M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Ettenheimer Heimatbote

Donnerstag, 1. März 1980



Afrika, eines der unterent-wickelten Länder.

Im Dschungel Afrikas

Ich wurde beauftragt, etwas mehr über die Afrikaner zu berichten. Mit meinem Jeep fuhr ich also in den Dschungel. Natürlich flog ich mit dem Flugzeug hin. Das ist ja klar.

Die armen Primitiven – Schüler schreiben über Afrika

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU

Nr. 99 Februar 1982 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Horst Hüncker, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Maier, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Jörg Wetterich.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,-)
Österreich: ÖS 260. (bzw. 190)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM), Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,- DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4,– // ÖS 30,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr. 100: **3. März 1982**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE

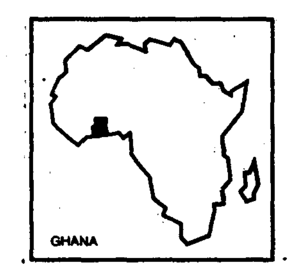


Ghana

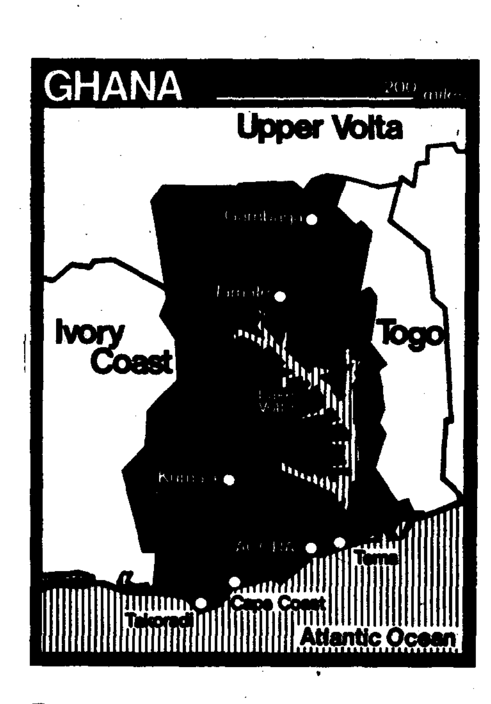
Kalabule und „Heiliger Krieg" – Zum zweiten Putsch von Jerry J. Rawlings

Im Mai 1981 auf seiner ersten Auslandsreise nach der Amtsübernahme antwortete der damalige Präsident Ghanas, Hilla Limann, auf die Frage seiner Gastgeberin, der britischen Premierministerin Thatcher, was er in den siebzehn Monaten seiner Amtszeit erreicht hätte: »Ich habe überlebt!« Lange sollte er sich allerdings nicht mehr über diese Leistung freuen können. Denn in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember übernahm der Mann wieder die Macht, der sie im September 79 nach einer viermonatigen Säuberungsaktion Limann übergebe hatte. Der frühere Fliegerleutnant Jerry John Rawlings, 34, macht damit auf dem putschgeplagten Kontinent sozusagen »Putschgeschichte«: Durch seinen Coup Silvester 81 wurde Rawlings der erste ehemalige Putschist, der in Afrika zum zweiten Mal an die Macht gelangt war.

Diesmal allerdings will sich Rawlings nicht mehr nur mit einem »Hausputz« begnügen wie im Juni 79. Damals hatte er nur kurz eingegriffen, um die als korrupt berüchtigten Militärs, die sieben Jahre an der Macht gewesen waren, und die gerade im Begriffe standen, die Regierungsgeschäfte wieder an Zivilisten abzugeben, nicht ungestraft davon kommen zu lassen. Zum Erschrecken der westlichen Welt und vieler afrikanischer Regierungen ließ er eine Reihe von hohen Offizieren – davon drei ehemalige Regierungschefs (Akuffo, Acheampong und Afrifa) erschießen. Diesmal will Rawlings aber weitergehen und einen »Heiligen Krieg« gegen Korruption und »Kalabule« führen. Kalabule, ein System der »Schieberei«, bei dem so gut wie alles, was nur irgendwie verkäuflich ist außer Landes geschmuggelt wird, ist das soziale Übel, an dem das ganze Land krankt. Vor allem sind es Lebensmittel und der devisenbringende Kakao, die in die Nachbarländer Togo und Elfenbeinküste verschoben und dort gegen den im Gegensatz zum ghanaischen Cedi »harten« CFA-Franc verkauft werden. Mit diesem werden dann in Ghana knappe Güter eingekauft und dort gegen horrende Preise wieder verkauft.



Sicher sind es die hohen Beamten und Politiker, die aus diesem System den größten Nutzen ziehen, aber inzwischen ist es für den einfachen Ghanaer eine schlichte Überlebensstrategie geworden, um täglich das »Ghanaische Wunder« aufs Neue vollbringen zu können. Ein Wunder, das darin besteht, sich bei einem Brotpreis von 15 Cedi mit einem täglichen Mindestlohn von 12 Cedi durchzubringen. In der Tat ist das Überleben in Ghana aufgrund der galoppierenden Inflation für die meisten zum Hauptproblem geworden, wo auf dem Schwarzmarkt ein Kilo Zucker 50 Cedi kostet, ein Pfund Fleisch 40 oder eine Dose der beliebten Kondensmilch 10 Cedi, und wo man in der Woche mit durchschnittlich 20 Stunden Schlangestehen rechnen muß, will man zu den offiziellen niedrigfestgesetzten Preisen einkaufen.



Diese Situation trifft natürlich in erster Linie die städtische Bevölkerung, die in Ghana allerdings ein für Afrika hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmacht (32% von ca. 12 Millionen Einwohnern).

Der Weg in die Misere

Eine solche Beschreibung eines afrikanischen Landes ist inzwischen nichts Ungewöhnliches. Erstaunlich ist es aber, wenn sie auf ein Land zutrifft, das, als es 1957 als erstes Land Schwarzafrikas unabhängig wurde, nicht nur zu den reichsten gehörte, sondern das auch sonst gute Voraussetzun-

GHANA



Der neue starke Mann – J. J. Rawlings

gen für eine positive Entwicklung mitbrachte: ein hohes Bildungsniveau (die Einschulungsquote lag bei 70%), eine aufgrund des hochentwickelten Pressewesens gut informierte Bevölkerung und eine relativ gute Infrastruktur. Günstige geographische Bedingungen ermöglichten einen intensiven Feldbau mit einer Vielzahl von wichtigen Grundnahrungsmitteln: Kokosnüsse, Ölkerne, Mais, Reis, Bananen, Erdnüsse, Knollenfrüchte (Yams, Taro, Maniok, Süßkartoffeln) und verschiedene Hirsesorten. Vor allem machten die günstigen Bedingungen für den Kakaoanbau Ghana zu einem der größten Kakaoproduzenten der Welt. Der Urwald besaß reiche Bestände an Edelhölzern, während an Bodenschätzen Gold, Bauxit, Mangan und Diamanten gefördert wurden.

Trotz dieses Potentials gehörte Ghana neun Jahre nach der Unabhängigkeit zu den ärmsten Länder des Kontinents. Der Grundkonflikt der Entwicklung bestand darin, aus einem kolonialen Agrarland unter den restriktiven Bedingungen des Weltmarkts eine wirtschaftlich selbständige Industriegesellschaft schaffen zu wollen. Finanziert werden sollte dieses ehrgeizige Projekt überwiegend durch den Exporterlös eines einzigen Agrarproduktes, nämlich Kakao, das in besonderer Weise den Schwankungen des Weltmarktes unterworfen war, was zur Folge hatte, daß der Handlungsspielraum für die erstrebte ökonomische Unabhängigkeit gefährlich eingeengt wurde (so fiel der Kakaopreis in der Zeit von 1959 bis 1965 um 60%).

Der Versuch der ersten Regierung unter Nkrumah, diesen Industrialisierungsplan durchzuführen, durchlief viele Stadien. Zuerst wurde versucht durch ausländische Finanzhilfe das einheimische Handwerk zu fördern, um dadurch eine Industrialisierung in Gang zu setzen. Aber schon 1958 begann der Staat eine direkte Kontrolle auszuüben. Ein Fünfjahresplan, der unter anderem den Bau des Volta-Staudamms vorsah, sowie den Aufbau von 600 Fabriken, die vorwiegend aufgrund von Staatsinitiativen und durch eigene Finanzmittel entstehen sollten und schließlich auch die Errichtung reiner Staatsbetriebe, erwies sich schon 1961 als Fehlschlag. Die für diesen Plan verantwortliche Industrial Development Corporation hatte sich auf unproduktive Prestigeunternehmen konzentriert und erwies sich infolge personeller Aufblähung, Kompetenzenwirrwarr etc. als ineffizient: Ende 1964 wiesen 32 Staatsbetriebe, in die 110 Mio US-Dolar investiert worden waren, Verluste von 38 Mio US-Dollar auf. Um einen Ausweg aus dieser ökonomischen Misere zu finden, stellte die Regierung die weitere Entwicklungsplanung auf Fremdfinanzierung durch extrem teure Lieferantenkredite um. Zwischen 1959–66 wuchsen diese Kredite auf 573,6 Mio US-Dollar an, während sie gleichzeitig so schlecht angelegt waren, daß kaum Aussicht darauf bestand, sie je zurückzahlen zu können. »Damit begann der Weg in die Verschuldung, zu deren Ausmaß der Mangel an einheimischen Kontroll- und Planungseinrichtungen für Vergabe und Einsatz der knappen Ressourcen erheblich beitrug.«[1]

Ein 1964 aufgestellter Siebenjahresplan sah Investitionen von 1016 Mio £ vor, von denen aber 60% vom kapitalistischen Ausland erwartet wurden. Der Aufbau einer eigenständigen »sozialistischen« Gesellschaft sollte also mit Hilfe eben jener finanziert werden, von denen man sich befreien wollte. Symbolischer Ausdruck dafür war das Volta-Staudamm-Projekt, eine wichtige Voraussetzung für die energiepolitische Unabhängigkeit des Landes. Für dieses Projekt von 105 Mio £ brachten die Weltbank, die USA und Großbritannien 70 Mio £ auf, jene kapitalistischen Kräfte also, die Nkrumah in seinem Buch »Neokolonialismus als letztes Stadium des Imperialismus« der planmäßigen Ausbeutung der Dritten Welt angeklagt hatte. Das Buch erschien fast gleichzeitig mit der Eröffnung des Dammes im Januar 1966. Vier Wochen später wurde Nkrumah durch einen Militärputsch gestürzt, bei dem der CIA angeblich seine Hände im Spiel gehabt haben soll.

Die ökonomische Bilanz der Nkrumah-Zeit war ein Zahlungsbilanzdefizit von 223 Mio US-Dollar (1965) und eine Verschuldung gegenüber dem Ausland in Höhe von 350 Mio £ – 1957 hatte das Land noch über Devisenreserven von 200 Mio £ verfügt – wobei die Tilgung schon allein 32% der jährlichen Exporterlöse ausmachte. Gleichzeitig war der Index der Lebenshaltungskosten zwischen 1960–1965 um 70% gestiegen.

Die Nkrumah-Ära war aber nicht nur durch wirtschaftliche Fehlplanung, sondern auch

durch eine erhebliche Einschränkung der politischen Freiheiten gekennzeichnet. Das Streikrecht wurde abgeschafft, dennoch stattfindende Streiks wurden gewaltsam unterdrückt. Politische Gegner wurden jahrelang in Untersuchungshaft gehalten, die eigene Partei durch wiederholte Säuberungen geschwächt. Darüberhinaus riß Nkrumah alle entscheidenden Regierungskompetenzen an sich, schaffte Parlamentswahlen und schließlich auch die Oppositionsparteien ab.
Innerhalb der politischen Elite breitete sich gleichzeitig eine derartige Korruption aus, daß das Funktionieren der Wirtschaft ernsthaft gefährdet wurde: so war z. B. das handelsministerium dafür berüchtigt, daß es Importlizenzen nur gegen eine »Beteiligung« von mindestens 10 % erteilte. Zwar versuchte Nkrumah in wiederholten öffentlichen Appellen gegen dieses Korruptionsunwesen vorzugehen, doch wie sich später herausstellen sollte, war er selbst in erheblichem Maße daran beteiligt: nach der Machtübernahme durch General Ankrah wurde bekanntgegeben, daß der sozialistische Präsident ein Vermögen von 2.322.009 £ in Bargeld und Immobilien angehäuft hätte.

Beide Nachfolgeregierungen, sowohl die Militärregierung unter General Ankrah (1966-69) als auch die sich daran anschließende Zivilregierung unter dem Soziologieprofessor Busia (1969-72), trieben eine Wirtschaftspolitik, die das Land noch mehr dem ausländischen Kapital öffnete und es sogar den restriktiven Bedingungen des IWF unterwarf, ohne daß sie aber dadurch der Lösung der Probleme – steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Inflation und Korruption – auch nur einen Schritt näher gekommen wären. Das Ergebnis war schließlich, daß Ghana Anfang 1972 eine Pro-Kopf-Verschuldung aufwies, die die höchste in ganz Schwarzafrika war.
So war es kein Wunder, daß im gleichen Jahr die Armee erneut auf den Plan trat und dieser Entwicklung entgegenzutreten versuchte, diesmal allerdings durch die Errichtung eines sich als anti-imperialistisch verstehenden »National Redemption Council« (NRC) unter General Acheampong. Tatsächlich begann diese neue Ära vielversprechend: Acheampong weigerte sich mit Erfolg einen Teil der von seinem Vorgängern gemachten Schulden anzuerkennen, sowie solche Verträge, die aufgrund von Bestechung zustande gekommen waren. Der Import von Luxus-Konsumgütern wurde gedrosselt und um die hohen Nahrungsmittelimporte zu reduzieren, wurde eine Operation »Feed yourself« initiert, mit dem Erfolg, daß sich der NRC nach einem Jahr rühmen durfte, seit zehn Jahren die erste Regierung Ghanas zu sein, unter der sich die Auslandsschulden wenigstens nicht vergrößert hatten.
Der Erfolg sollte allerdings nicht lange anhalten. Schon 1974 wies die Handelsbilanz erneut ein hohes Defizit auf. Verantwortlich dafür waren einmal die rapide gestiegenen Ölpreise, aber auch die finanziellen Ansprüche, die Militär und Bürokratie mehr und mehr stellten. Auslandskredite wurden daher wieder aufgenommen und auch die Korruption erreichte wieder ihren alten Umfang, nicht zuletzt auch dadurch, daß wegen der Knebelung der Presse die öffentliche Kritik quasi ausgeschaltet worden war. Selbst der anfänglich mit so großem Elan ans Werk gegangenen Acheampong, verfügte, wie sich herausstellen sollte, über eine ganze Kolonne von Militärlastwagen, die im großen Stil Kakao über die Grenze verschoben.
1977 schließlich war die Situation so desolat geworden, daß Acheampong nichts besseres mehr einfiel, als sie auf den »sündhaften Lebenswandel« der Ghanaer zurückzuführen. Er ging sogar soweit, eine »Woche der Nationalen Bereuung« ausrufen und Prediger einfliegen zu lassen, die das Volk wieder zum Beten bringen sollten. Als auch das nichts half, suchte Acheampong den Ausweg schließlich in einer Rückgabe der Verantwortung an eine vom Volk zu wählende Zivilregierung. Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen, denn mitten in den Wahlkampf platzte der erste Putsch des Fliegerleutnants Rawlings hinein.
Nach seinem kurzen »Hausputz« übergab Rawlings wider Erwarten – obwohl er es versprochen hatte – die Macht an den aus freien Wahlen hervorgegangenen Präsidenten Hilla Limann. All zu große Hoffnung schien die Bevölkerung in eine demokratische Lösung allerdings nicht zu setzen, betrug die Wahlbeteiligung doch nicht mehr als 40 %

Die dreißig Monate Hilla Limanns

Die Probleme die sich dem integren, aber politisch unerfahrenen Limann und seiner People's National Party (PNP), die sich als Erbin Nkrumahs verstand, stellten, waren immens.
Obwohl Kakao nach wie vor das entscheidende Exportprodukt Ghanas ist, von dem die gesamte Wirtschaftsentwicklung abhängt (1979 stammten 80 % der gesamten Exporterlöse aus dem Kakao), ist die Produktion in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen: während 1975 noch 397.000 t produziert wurden, werden für 1981 nur noch 270.000 t erwartet. Die Gründe dafür liegen in der Überalterung der Kakaobäume, dem Mangel an saisonaler Arbeitskraft, und vor allem der Tatsache, daß die dringend benötigten Düngemittel und Insektizide wegen der schlechten Infrastruktur und der allgemeinen Korruption nur noch selten bei den Bauern ankommen. Hinzu kommt, daß die Regierung die Ankaufpreise so niedrig festgesetzt hat, daß es den Bauern an jeglichem finanziellen Anreiz fehlt und viele schon damit drohen, ihre Bäume zu fällen und statt dessen Nahrungsmittel anzubauen.
Aber selbst das, was produziert wird, wird nur zu einem Teil exportiert. Die Lager- und Transportmöglichkeiten sind so schlecht, daß ein erheblicher Teil der Ernte einfach verrottet (so warten zur Zeit immer noch mindestens 20.000 t aus der Vorjahresernte darauf, abgeholt zu werden.) Schließlich verschwinden jährlich bis zu 20 % der Ernte auf illegalen Wegen über die Grenze – ebenfalls ein Ergebnis der Preispolitik der Regierung. Nicht zuletzt sind es aber die enormen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, die nicht nur die Bauern mehr und mehr das Interesse am Kakao verlieren lassen, sondern auch für die Regierung jegliche langfristige Planung unmöglich machen. Allein innerhalb eines einzigen Jahres, nämlich von 1979 bis 1980 fiel der Tonnenpreis von 1700 £ auf 1200 £ was für den Staat eine Verringerung seiner Exporteinnahmen um 10 % bedeutete.
Die allgemeine Lage wird durch das Problem der Nahrungsmittelversorgung noch zusätzlich verschlechtert. Das Hauptproblem liegt, wie auch sonst in Afrika, in einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion bei einem gleichzeitigen Bevölkerungszuwachs. So schätzt ein Weltbank-Bericht, daß zwischen 1970 und 1978 die Nahrungsmittelproduktion um 21 % fiel, während die Bevölkerung um jährlich 3 % zunahm. Außer in dem von Dürren heimgesuchten Norden können zwar die Bauern ihren Bedarf an Nahrungsmitteln decken, aber in den Städten ist die Versorgung katastrophal. Ghana produzierte z. B. 1981 bei einem Jahresbedarf von 580.000 t Mais selbst nur 270.000 t. Der Rest mußte gegen teure Devisen eingeführt werden. Ähnliche Relationen gelten für die anderen wichtigen Grundnahrungsmittel Reis, Fleisch und Zucker. In den siebziger Jahren wurde zwar versucht, die Versorgungslage durch einen großflächigen und mechanisierten Anbau von Reis und Getreide zu verbessern. Diese Versuche brachen nach anfänglichen Erfolgen jedoch zusammen, weil es an ausgebildeten Mechanikern für die Maschinen mangelte und weil, wegen fehlender Devisen, keine Ersatzteile vorhanden waren. Darüber hinaus haben die Nahrungsmittelproduzenten mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die Kakaoproduzenten, nämlich dem weitgehenden Fehlen von Düngemitteln und Intektiziden und vor allem der desolaten Lage im Bereich von Transport und Lagerung.
So verrotteten 1980 im Norden Ghanas tausende von Tonnen an Tomaten. Als die Bürokratie dann die Situation dadurch zu retten versuchte, daß sie die Tomaten auf dem Luftwege (!) in die Hauptstadt Accra transportieren ließ, mußte sie feststellen, daß es hier an den entsprechenden Gemüsesteigen fehlte. Das alles geschah, während nur 25 Meilen von den Feldern entfernt eine komplette Tomatenmarkfabrik vor sich hin rostete – weil die Maschinen wegen nicht vorhandener Ersatzteile zusammengebrochen waren.
Das Bild im Bergbau und in den anderen Industrien sieht ebenfalls nicht viel rosiger aus als in der Landwirtschaft. Die Maschinen sind überaltert und auch hier fehlt es an Devisen für Ersatzteile, ebenso wie die schlechten Transportmöglichkeiten zusätzliche Kosten verursachen. Außerdem sind viele der dringend benötigten Fachkräfte ins Ausland abgewandert, wo sie bessere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten finden. Mit Ausnahme der Zigarettenfabriken und der Brauereien produziert die Industrie –

es handelt sich hier durchweg um Betriebe der Leichtindustrie – daher nur mit 25–30% ihrer Kapazität. Im Goldbergbau – ein für Ghana an sich sehr wichtiger wirtschaftlicher Bereich – war die Förderung 1979 gegenüber 1974 um 50% gefallen, hinzu kommt noch, daß die Bergleute immer mehr dazu übergehen, einen guten Teil des abgebauten Goldes in die eigene Tasche zu stecken.

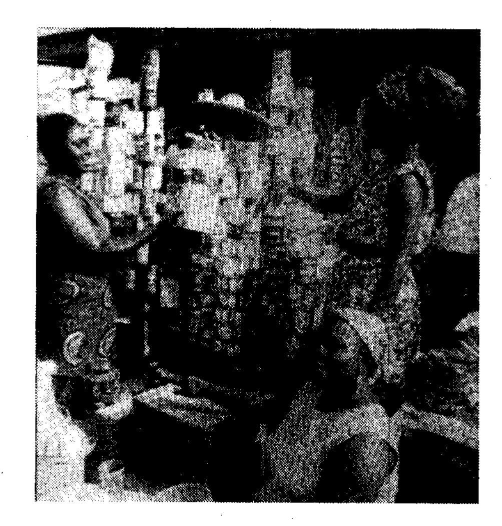
Die groteske Situation, die im Lande herrscht, zeigt das Beispiel der Firma Kaiser Aluminium Chemical Corporation. Diese unterhält eine Aluminiumhütte, die mit einer Jahreskapazität von ca. 180.000 t Aluminium ausgelegt ist. Elektrische Energie wird preisgünstig vom 60 km entfernten Wasserkraftwerk Akosombo bezogen. Das eingeschmolzene Bauxit wird aber vollständig aus Jamaika oder den USA importiert. Und das, obwohl Ghana selbst über erhebliche Bauxitvorkommen verfügt und nur 160 km von der Aluminiumhütte entfernt sich die Bauxitgrube von Tema befindet. Der Ausbau der Infrastruktur und der Transportwege ist angeblich unrentabel, selbst auf lange Sicht...

Insgesamt war bei Limanns Amtsantritt die gesamte wirtschaftliche und soziale Situation Ghanas bereits so verfahren, daß es schon fast außergewöhnlicher Fähigkeiten und eines gut durchdachten und von einer breiten Öffentlichkeit mitgetragenen Konzepts bedurft hätte, um hier etwas bewirken zu können. Offensichtlich war Limann aber nicht der geeignete Mann für eine solche Situation. Zwar verstanden er und seine PNP sich als die politischen Erben Nkrumahs, tatsächlich verfügte er aber weder über die Ausstrahlung Nkrumahs noch über ein konsistentes politisches Konzept, das Nkrumah trotz seines Scheiterns in der praktischen Politik immerhin entwickelt hatte. »Meine Ideologie ist Ghana« war das einzige, was Limann als Programm anzubieten wußte.

Wohl versuchte er ausländische Investoren ins Land zu holen und gegen die Korruption innerhalb der politischen Elite vorzugehen, ebenso wie er den offiziellen Mindestlohn heraufsetzte und sich den Abwertungsforderungen des IWF widersetzte, aber angesichts des fortgeschrittenen Verfalls der Wirtschaft, der das Land schon längst zu einem einzigen Schwarzmarkt gemacht hatte und vor allem angesichts einer Bevölkerung, die das Vertrauen in jegliche Politik verloren hatte, war das einfach nicht genug. Die Bilanz seiner dreißigmonatigen Amtszeit wies daher außer einem Schuldenberg von 1,5 Mrd US-Dollar nichts Positives auf.

Volksheld, Charismatiker, Playboy...

Wenn Limann nicht die ghanaische »Karre« aus dem Dreck ziehen konnte, ist dann wenigstens der neue starke Mann Ghanas, J. J. Rawlings die Persönlichkeit, von der man diese Fähigkeit erwarten kann? Was sein Bild in der westlichen Presse betrifft, so scheint es eher ein schillerndes zu sein: war er 1979 trotz seines äußerst harten Vorgehens noch ein Volksheld und ein »Charismatiker«, von dem die Rettung Ghanas abhing, so wird er jetzt bestenfalls noch als fanatischer und wirklichkeitsfremder Idealist eingestuft, meistens aber als unseriöser Playboy, der sich, wie die ARD am 26. 1. 82 zu berichten wußte, »ein Leben ohne schnelle Motorräder und schöne Frauen nicht vorstellen kann«. Tatsächlich war sein Vorgehen nach dem ersten Putsch 1979 nicht sonderlich überzeugend. Sein Feldzug gegen Schwarzhandel und Korruption wurde zwar mit großem Elan und starker Rhetorik begonnen, blieb im Endeffekt aber im Kampf gegen die äußeren Symptome stecken, denn außer der öffentlichen Auspeitschung einiger Schwarzmarktköniginnen und dem Niederreißen ihrer Marktstände geschah nicht viel. Andererseits zeigte er damals aber ein hohes Maß an persönlicher Integrität, als er tatsächlich, wie versprochen, nach vier Monaten die Macht wieder an eine Zivilregierung abtrat, wenngleich der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß hierfür auch starke Spannungen innerhalb der Armee selbst der Grund gewesen sein könnten. Ebenso spricht für



ihn, daß er später nicht nur die ihm von Limann angebotenen Privilegien eines ehemaligen Staatschefs zurückwies, sondern sich auch um eine Aufgabe im Rahmen der ländlichen Entwicklung bemühte, die ihm allerdings verweigert wurde. Diese Verweigerung deutet darauf hin, daß Liman und seine Gruppe ihn auch noch nach seinem Rücktritt für politisch gefährlich gehalten haben mußte: offensichtlich fürchtete man einen zu engen Kontakt zwischen Rawlings und den unzufriedenen ländlichen Massen. Dafür, daß man ihn für ein politisches Risiko hielt, spricht auch, daß man Rawlings von Anfang an den Weg zu verbauen suchte, eventuell auch auf legale Weise wieder an die Macht zu kommen. So wurde ein Gesetz erlassen, demzufolge in Zukunft nur derjenige Präsident werden konnte, dessen beide Elternteile ghanaischer Abstammung sind. Rawlings Vater war aber Schotte... Obwohl Rawlings nach seinem zweiten Putsch oft Fanon zitiert, scheint er an einer ideologisch-programmatischen Untermauerung seiner Politik wenig interessiert zu sein: »Kapitalismus, Sozialismus, Ideologie – das sind Worte, deren Inhalt ich nicht verstehe«. Die Nachbarn Ghanas, vor allem Nigeria, scheinen allerdings nicht so sehr an Rawlings Ideologiefreiheit zu glauben, sie befürchten vielmehr, daß er von Ghaddafi beeinflußt worden sein könnte. In der Tat deutet einiges daraufhin. Rawlings war vor einiger Zeit bei Ghaddafi persönlich zu Besuch gewesen und schon bald nach seinem jetzigen Putsch kündigte er den Aufbau einer »Basis- und Arbeiterdemokratie« nach libyschem Vorbild an, vor allem aber plant er die Einrichtung von sog. Volkstribunalen, die ein für allemal mit der politischen Elite Ghanas abrechnen sollen. Sollte Rawlings tatsächlich an eine Art von »Ghaddafiismus« denken, dürfte er in einem Land, das vor allem im Süden stark christlich geprägt ist, mit einigen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Schwierigkeiten könnten freilich auch so bald auf ihn zukommen, denn seine Machtbasis scheint noch lange nicht gesichert zu sein. Die Begeisterung der Bevölkerung ist diesmal angeblich längst nicht so groß wie 1979, offensichtlich schätzt man die Erfolgsaussichten des von Rawlings propagierten »Heiligen Kriegs« gegen Korruption und »Kalabule« nicht gerade als sehr hoch ein. Seine Hauptanhängerschaft liegt wohl vorwiegend bei den Intellektuellen und Studenten. Auch die Unterstützung durc die Armee scheint nicht einhellig zu sein, in den letzten Tagen wurden jedenfalls Nachrichten von nächtlichen Schießereien innerhalb des Armee-Camps bekannt, in dem Rawlings selbst wohnt. Schließlich deuten auch Berichte über Ausschreitungen und Plünderungen von Soldaten darauf hin, daß Rawlings die Armee nicht vollständig unter Kontrolle hat. Die größte Gefahr für ihn scheint im Augenblick aber von außen zu kommen: Nigeria, das schon 1979 zeitweise alle Öllieferungen eingestellt hatte, besteht jetzt auf der Bezahlung sämtlicher Ölrechnungen – ein Schlag, der der ghanaischen Wirtschaft den endgültigen Todesstoß versetzen könnte.

jbt

Anmerkung

1) Tetzlaff, Rainer, Ghana – Fehlgeschlagene Versuche der Befreiung, in »Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika«, hrsg. von Gerhard Grohs und Bassam Tibi. Frankfurt a. M. 1973. Eine gute Zusammenfassung der Entwicklung Ghanas bis 1972.

Quellen

Länderkurzberichte: Ghana 1980. Statistik des Auslands. Herausgegeben vom statistischen Bundesamt. Review of African Political Economy Nr. 14 1979; Nr 19 1980 Der Spiegel 11. 1. 82; Der Tagesspiegel Berlin 24. 2. 80; Mannheimer Morgen 3. 11. 81; Die Zeit 8. 1. 82; ARD »Weltspiegel« 26. 1. 82; New African Nr 151, März 1980; New Nigerian 12. 10. 81; FAZ 23. 4. 80; FR 7. 1. 82; Ft 13. 5. 81; JA 17. 6. 81; 13. 1. 82; NfA 7. 4. 81; 20. 7. 82; LM 17. 11. 81; 18. 11. 81; 29. 1. 82; NZZ 19. 9. 79; Guard 30. 9. 79; SZ 8. 1. 82

Israel

Die Annexion der syrischen Golan-Höhen

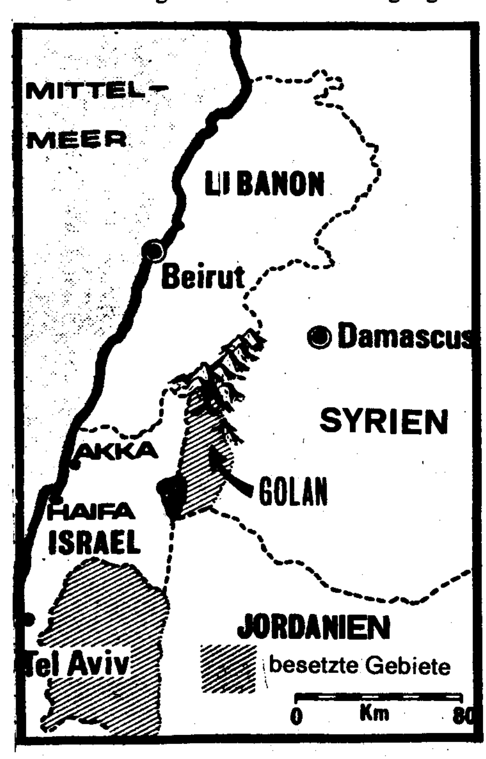
Die Annexion der Golan-Höhen im Dezember 1981 oder — wie es die Israelis verharmlosend nennen — die »Übertragung israelischer Rechtsprechung und Verwaltung« auf das von ihnen seit 1967 besetzte syrische Territorium kam genauso überraschend wie auch zwangsläufig.
Überraschend weil die israelische Regierung es versteht, bei der Durchführung ihrer Gewaltaktionen die Gunst der Stunde zu nutzen. Der für die Annexion gewählte Zeitpunkt war in mehrerer Hinsicht günstig. Sie fand statt im Schatten der alle Ereignisse dominierenden Geschehnisse in Polen; im Anschluß an die frühzeitig gescheiterte Gipfelkonferenz der arabischen Staaten im marokkanischen Fes, auf der eine gemeinsame Strategie gegenüber Israel gesucht werden sollte; und in der Abschlußphase des von Ägypten mit Spannung erwarteten israelischen Rückzugs aus dem Sinai.
Zwangsläufig ist die Annexion, weil Israel seit Beginn der zionistischen Besiedlung Palästinas am Anfang dieses Jahrhunderts und auch nach der Staatsgründung 1948 bis zum heutigen Zeitpunkt auf Grund seiner militärischen Stärke und der uneingeschränkten Unterstützung der USA ungehindert eine Politik der Gewalt auf Kosten der arabischen Nachbarstaaten betreiben kann.

Die Vorbereitung der Annexion

Seit dem Juni-Krieg von 1967 halten die Israelis die Sinai-Halbinsel (sie wird im Rahmen der Verträge von Camp David 1979 bis April 1982 geräumt), dem Gazastreifen, Ost-Jerusalem (wurde 1980 annektiert), Westjordanland und die Golan-Höhen besetzt. Diese Gebiete stehen seitdem unter israelischer Militärverwaltung.
Nach dem Oktoberkrieg von 1973 — dem vierten und bisher letzten Krieg zwischen Israel und arabischen Staaten — wurden unter der Aufsicht der UNO am Golan kleinere Grenzberichtigungen vorgenommen. U. a. gelangte Syrien wieder in den Besitz der Stadt Kuneitra, die allerdings anläßlich der Rückgabe von den Israelis völlig zerstört wurde. Zwischen dem syrischen Staatsgebiet und den von Israel besetzten Golan-Höhen hat eine 1500 Mann starke Friedenstruppe der Vereinten Nationen Stellung bezogen, die auf jeder Seite eine Entwaffnungszone kontrolliert, in der Syrer und Israelis jeweils nicht mehr als 6000 Soldaten und 450 Panzer stationieren dürfen. Die UNO-Truppe soll außerdem das Eindringen palästinensischer Kommandos aus dem Libanon über den Golan nach Israel verhindern (Die Welt, 16. 12. 81).
Wie in den anderen besetzten Territorien hat Israel auch in dem 67 km langen und bis zu 25 km breiten Gebiet der Golan-Höhen eine rege, wenn auch in der Öffentlichkeit wenig beachtete Siedlungsstätigkeit entfaltet ungeachtet der Resolution der Vereinten Nationen, die auf der Grundlage des Völkerrechts feststellt, »daß die israelische Politik und Praxis der Errichtung von Siedlungen in den palästinensischen und anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten keine rechtliche Gültigkeit haben«[1].
Auf dem Golan wurden seit 1967 aus Sicherheitsgründen — dem üblichen Vorwand der israelischen Siedlungs- und Expansionspolitik — 31 jüdische Siedlungen errichtet. In den Siedlungen — es handelt sich um die üblichen Wehrdörfer, die mit Stacheldrahtzäunen, hohen Scheinwerfermasten und tiefen Schutzbunkern abgesichert sind — leben etwa 7000 israelische Siedler, überwiegend Obstbauern, die das Land für sich beanspruchen mit der Begründung, es überhaupt erst urbar gemacht zu haben. (Ein Argument übrigens, das die Israelis nur dann nicht anerkennen, wenn es von arabischer Seite in Anspruch genommen wird)[2]. Daß der Golan schon vor ihrer Ankunft bewohnt war, vergessen die israelischen Siedler nur allzu gern, wenn sie behaupten, »niemandem etwas weggenommen« zu haben (Die Welt, 16. 12. 81).
Die Mehrheit der Bevölkerung des Golan, 130 000 syrische Araber, wurde seit 1967 vertrieben, ihre Dörfer zerstört, 13 000 ha arabischen Bodens wurden entschädigungslos enteignet. Noch im Herbst 1969 — also zwei Jahre nach Kriegsende und Unterzeichnung des Waffenstillstands zwischen Israel und Syrien — vernichtete die israelische Armee 17 Dörfer auf den besetzten Golan-Höhen, um die 115 000 syrischen Bewohner jener Region zum Abzug zu zwingen[3]. Diese ehemaligen Einwohner hatten zwar keine blühenden Obstgärten vorzuweisen, wie sie die Israelis provokativ dicht vor der von ihnen zerstörten Stadt Kuneitra angelegt haben. Aber sie hatten ihre Arbeit und ihr Einkommen als Bauern un Hirten und ihr Heimatrecht auf den Golan.
Den im Golan verbliebenen Rest der syrischen Bevölkerung bilden etwa 14 000 Drusen (Angehörige einer islamischen Religionsgruppe) überwiegend Obstbauern, die mit einem dreitägigen Generalsreik auf die Annexion reagierten (TAZ 17. 12. 81; DWMD 18. 12. 81).Sie sind zwar seit der Besetzung zwangsläufig weitgehend in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen Israels einbezogen. Die große Mehrheit von ihnen hat jedoch bisher trotz massiver Angebote die Übernahme der israelischen Staatsbürgerschaft abgelehnt (TAZ 17. 12. 81). Die Geschlossenheit des Generalstreiks im Anschluß an die Annexion hat die Israelis inzwischen dazu bewogen, den Beschluß des Innenministeriums zurückzunehmen, durch den die Drusen mit Beginn der Annexion als israelische Staatsangehörige betrachtet und ihnen israelische Personalausweise aufgezwungen werden sollten. Jetzt setzen die Israelis ihre Hoffnung u. a. auf das Überalterungsprinzip: »Jeder jugendliche Druse auf dem Golan, der das Alter von 16 Jahren erreicht«, also ausweispflichtig wird, erhält nicht wie bisher üblich dem Ausweis der seit der Annexion aufgelösten Militärverwaltung, sondern den israelischen Personalausweis (DWMD 29. 12. 81).
Außerdem soll die Zahl der Siedler innerhalb der nächsten vier Jahre um 20 000 erhöht werden, so daß dem israelischen Bevölkerungsanteil auf den Golan-Höhen die deutliche Mehrheit gesichert ist (DWMD 8. 1. 82).

Die Bedeutung der Golan-Höhen

Die Besiedlung und die mühselige wirtschaftliche Erschließung des 900 m hoch gelegenen, steinigen und kahlen Landstreifens selbst ist von nebensächlicher Bedeutung, sie dienen nur der scheinbaren Legitimation der jetzt vollzogenen Annexion. Der eigentliche Wert der Golan-Höhen liegt in seiner militärstrategischen Bedeutung und in seiner Funktion als Wasserlieferant Israels.
Die Wasserquellen des Golan liefern zur Zeit 30% der gesamten Wasserversorgung



Israels (Spiegel 21. 12.81).
Die strategische Bedeutung des Golan ist offensichtlich. Das 900 m hoch gelegene Plateau verschafft Zugang und Kontrolle über den Norden Israels. Das Industriezentrum von Haifa bis Akka am Mittelmeer ist nur etwa 90 km von der Westseite des Golan entfernt. Vom Golansteilhang entlang der israelischen Grenze lassen sich im Kriegsfall außerdem die angrenzenden fruchtbaren Gebiete und Siedlungen um den See Genezareth und im Hula-Tal, eins der landwirtschaftlichen Zentren Israels, gut kontrollieren. Von dieser gegen Angriffe gut abgesicherten Position aus, so argumentieren die israelischen Militärs, wären die Syrer in der Lage, diese wirtschaftlich wichtigen Gebiete, die zudem keine natürlichen Hindernisse aufweisen, gezielt mit Artillerie und Raketen unter Beschuß zu nehmen.
Umgekehrt gewährleistet die Beherrschung der Golan-Höhen den Israelis heute die Kontrolle weiter Teile Syriens. Die syrische Hautstadt Damaskus liegt nur 70 km von den israelischen Stellungen auf dem Golan entfernt. Die Radaranlagen und elektronischen Horchposten, die die israelischen Besetzer längs der syrischen Grenze installiert haben, registrieren alle strategisch wichtigen Bewegungen im möglichen syrischen Aufmarschgebiet (TAZ und Die Welt 16. 12. 81). Die außerordentliche strategische Bedeutung der Golan-Höhen und ihre Rolle als Wasserlierferant sind die eigentlichen Gründe für die israelische Annexion, nicht die vom israelischen Ministerpräsidenten Begin geltend gemachten angeblichen biblischen Ansprüche Israels, die immer wieder herhalten müssen, um israelische Gewaltaktionen gegen seine arabischen Einwohner und Nachbarstaaten vor der Weltöffentlichkeit zu verharmlosen. (DWMD 15. 12. 81).


Israelischer Posten auf dem Golan

Die Antriebskräfte der israelischen Annexionspolitik

Der angebliche, historische Anspruch auf Erez Yisrael (das biblische Land Israel oder Palästina) bildet die Grundlage des Zionismus, der politischen Ideologie des heutigen Staates Israel.
Diese oft beschworene historische Verbindung zwischen den alten Hebräern oder Israeliten und dem biblischen Palästina beruht weder auf *Geburt* noch auf *langem Besitz* wie im Fall der arabischen Ureinwohner Palästinas,» sondern ist auf vorübergehende Inbesitznahme durch Invasion« (vor 3000 Jahren!) begründet[4]. Es bestehen also weder historisch noch von heutigen völkerrechtlichen Vorstellungen ausgehend Ansprüche.
Trotzdem ist es das Ziel des Zionismus, das Land der Väter, den seit zweitausend Jahren nicht mehr existierenden biblischen Staat Israel, zu erlösen, d. h. zurückzugewinnen. Die 'Erlösung', d. h. Übertragung in jüdisches Eigentum — dieser Begriff wird allen Israelis während ihrer Ausbildung vom Kindergarten an vertraut gemacht[5] — wird sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten tagtäglich praktiziert. Die Rückgewinnung des Landes bedeutet gleichzeitig die Vetreibung aller Nichtjuden, d. h. der Palästinenser und anderen arabischen Einwohner, die seit Jahrtausenden in diesem Land leben und beheimatet sind.
Unterstützt wird diese rassistische Politik von den Bereinigten Staaten, die seit dem Sturz des verbündeten Schahregimes im Iran mehr denn je auf die Zusammenarbeit mit ihrem zuverlässigsten Partner Israel angewiesen sind,um ihre Interessen an der Region (Öl und Ausbau strategischer Stützpunkte und Einflußzonen gegen die Sowjetunion) abzusichern. Die Solidarität der USA mit den Israelis beschränkt sich nicht mehr 'nur' auf Militär- und Wirtschaftshilfe, die auch für 1982 nur drei Tage nach der Golan-Annexion in vollem Umfang (zwei Milliarden US $) zu günstigeren Bedingungen als gefordert bewilligt wurde (DWMD 18. 12. 81).
Anfang Dezember 1981 haben die USA und Israel ein Abkommen über strategische und militärische Zusammenarbeit geschlossen mit dem Ziel, den angeblichen sowjetischen Einfluß zurückzudrängen (NZZ 3. 12. 81). Das Abkommen sieht gemeinsame Manöver der Flotten- und Luftstreitkräfte im östlichen Mittelmeer vor, wie sie im November 1981 von den USA schon mit Ägypten, dem anderen Partner des Camp David-Vertrages praktiziert würden. In der ägyptischen Wüste probte Amerikas sogenannte Schnelle Eingreiftruppe die Gesetzuung eines fiktiven arabischen Staates (Spiegel 9. 11.;7. 12. 81).

Ausschnitte israelischer Agressionspolitik in den letzten Jahren

März 1978	Überfall auf den Südlibanon und Besetzung bis Juni 1978. Seitdem finanzielle und militärische Unterstützung des israelischen Statthalters im Südlibanon, Major Haddad, und seiner Privatmiliz.
Mai 1980	Deportation der Bürgermeister von Hebron und Halhul, den Zentren des palästinensischen Widerstandes gegen die Willkür israelischer Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten.
Juli 1980	Annexion des seit 1967 besetzten arabischen Ostjerusalem.
seit 1980	verstärkte Siedlungstätigkeit. In den besetzten Gebieten gibt es bereits über 100 Siedlungen
Juni 1981	Zerstörung des irakischen Atomreaktors in Bagdad durch Luftangriff.
Juli 1981	Luftangriff auf Zivilviertel in Beirut — über 300 Tote!
Dez. 1981	Annexion der syrischen Golan-Höhen

Syriens Boykott — Forderungen

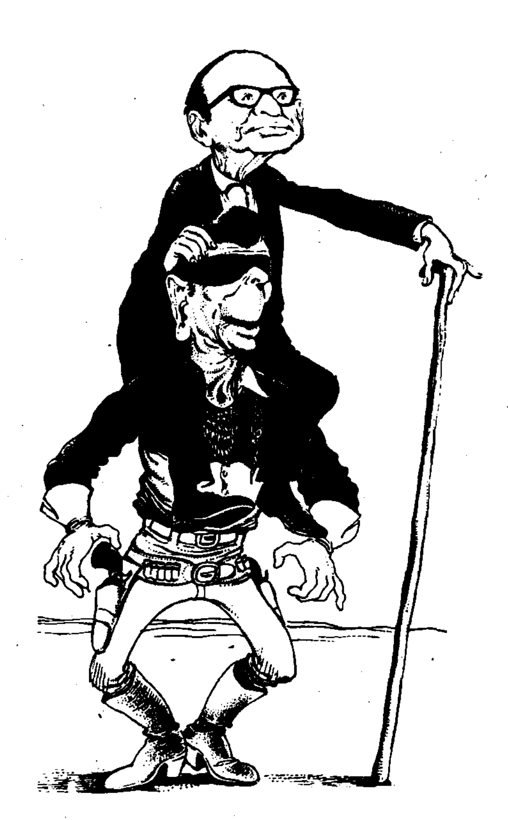
Israel annektiert aus angeblich sicherheitspolitischen Gründen Gebiete eines Staates, der selbst nach israelischen Angaben den eigenen Streitkräften in allen Waffengattungen sowohl zahlen- und mannschaftsmäßig als auch technologisch eindeutig unterlegen ist. Dieser Widerspruch zeigt einmal mehr, daß Israel gegenüber arabischen Staaten, die sich gegen die israelische Expansionspolitik wehren und die auf Kosten der Palästinenser abgeschlossenen Verträge a la Camp David ablehnen, auf seine militärische Überlegenheit setzt.
Die Israelis haben wieder einmal bewiesen, daß ein Staat, der wie Israel auf den Grundlagen von Expansion und Rassismus gegenüber seinen arabischen Bewohnern und Nachbarstaaten aufgebaut ist , von sich aus zu Verhandlungen auf Grundlage des Völkerrechts nicht bereit und fähig ist.
Den einzigen Weg, Israel von der Politik der vollendeten Tatsachen und Präventivschläge ab und an den Verhandlungstisch mit allen arabischen Beteiligten zu bringen,

scheint die Forderung Syriens aufzuzeigen. Syrien, das vorläufig letzte Opfer der israelischen Agressionspolitik verlangt konkrete Sanktionen gegen Israel wie die Einstellung der Rüstungslieferungen und Wirtschaftshilfe, Abbruch aller Handelsbeziehungen und diplomatischen Kontakte, um die Rücknahme der Annexion zu erzwingen (NZZ 23. 1. 82)

Allerdings bleiben solche Maßnahmen wirkungslos, wenn sie nicht von allen wesentlichen Kontaktländern praktiziert werden, in diesem Fall neben den USA auch den EG-Ländern einschließlich der BRD.

Auch die Vereinten Nationen haben sich wieder als ein Gremium erwiesen, das zwar verurteilen kann, aber keine Vollzugskraft hat, so daß auch Abstimmungssiege sich nur als wirkungslose diplomatische Siege feiern lassen. Der Antrag Syriens kam in einer entschärften Fassung zur Abstimmung vor den Weltsicherheitsrat. In unscharfen Formulierungen forderte er alle Staaten auf, »konkrete und wirksame Maßnahmen zu erwägen«, um Israels Rücknahme der Annexion zu erzwingen und rief gleichzeitig dazu auf, jede Zusammenarbeit und Hilfe zu unterlassen, die Israel bei seiner Annexionspolitik ermutige. Dieser Antrag scheiterte am Veto der USA, die als einziges Land Einspruch gegen Sanktionen erhob, die es kennzeichnenderweise so dringend gegen Polen und die Sowjetunion verlangt. (FR 22. 1. 82)

Abgesehen davon, daß die USA mit ihrem Veto sich erneut als Schutzmacht israelischer Agressionen entlarvt hat, bleibt die praktische Wirksamkeit von UN-Resolutionen fragwürdig. Selbst wenn es in der nächsten UN-Instanz — der für Februar einberufenen Sonderdebatte der UN-Vollversammlung, in der es keine Veto-Möglichkeit gibt — zur Annahme des Antrages kommt. Denn die Resolutionen dieses Gremiums sind nicht verbindlich. Ihre Durchführung bleibt den einzelnen Mitgliedsländern überlassen.



Bleibt nur die Hoffnung, daß die arabischen Staaten über die sich bereits abzeichnende Annäherung (FT 2. 1. 82) hinaus noch zu einer gemeinsamen Strategie finden angesichts der erneuten Gewaltaktion Israels. Zu ihrer Einigkeit beitragen könnte auch die immer deutlicher werdende Entwicklung des Camp David-Abkommens zu einem strategischen Bündnis zwischen den Vertragspartnern Israel und Ägypten unter der Schirmherrschaft der USA, die die endgültige Vorherrschaft im Nahen Osten anstreben.

hst

Tote machen Spaß

TEL AVIV, 8. Januar (Reuter). Israel geht nach den Worten seines Stabschefs Generalleutnant Rafael Eytan davon aus, daß der Krieg zwischen Irak und Iran vorerst nicht zu Ende gehen wird. In einem am Freitag verbreiteten Interview der Nachmittagszeitung „Yediot Aharont" äußerte Eytan zugleich „Vergnügen" an den Verlusten an Menschenleben, die sich die beiden Nachbarstaaten in dem Konflikt zufügen. Auf die Frage, ob er einen Waffenstillstand zwischen dem Irak und dem Iran für erreichbar und ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder gegen Israel für möglich halte, antwortete der Stabschef: „Theoretisch ist dies möglich. Aber ich sehe kein Anzeichen dafür, das in diese Richtung weist." Er fügte hinzu: „ es hat einige Vermittlungsversuche gegeben. Aber beide Seiten sind so halsstarrig, daß es ein Vergnügen ist zu sehen, wie sie sich gegenseitig umbringen — laßt sie damit fortfahren."

Frankfurter Rundschau 9. 1. 82

Anmerkungen:

1) Resolution 446 v. 22. 3. 1979. Text s. Vereinte Nationen, Zeitschrift für die Vereinten Nationen, 2/1979, S. 75.
2) Bei der Enteignung und Besiedlung palästinensischen Bodens in den besetzten Gebieten gelten andere Maßstäbe. Palästinensischer Besitz wird — falls die Bewohner keine Besitztitel nachweisen können — kurzerhand zu israelischem Staatsland erklärt. Da sich der Besitz von Land oft auf traditionelle Gewohnheitsrechte stützt, oder das Land gemeinschaftlich genutzt wird, Urkunden also bisher nicht notwendig waren, sind palästinensische Landbesitzer nach israelischem Recht leicht zugunsten israelischer Siedler zu enteignen (TAZ 8. 1. 82). In der BRD wurde das Argument der Golan-Siedler von der israelfreundlichen Springerpresse aufgegriffen: Schlagzeile in der 'Welt' v. 16. 12. 81 »Jetzt wachsen auf dem Golan Obstbäume«.
3) Die Neue 3. 3. 81; W. Hollstein, Kein Friede um Israel, Bonn 1977[2], S. 179 ff. Siehe dort auch die Hinweise auf die entsprechenden UN-Dokumente.
4) Sami Hadawi, Bittere Ernte. Palästina 1914-1967, Rastatt 1977, S. 63 ff.
5) Vereinte Nationen, a. a. O., S. 205.

El Salvador/Honduras

Militärische Großoffensive vor den Wahlen?

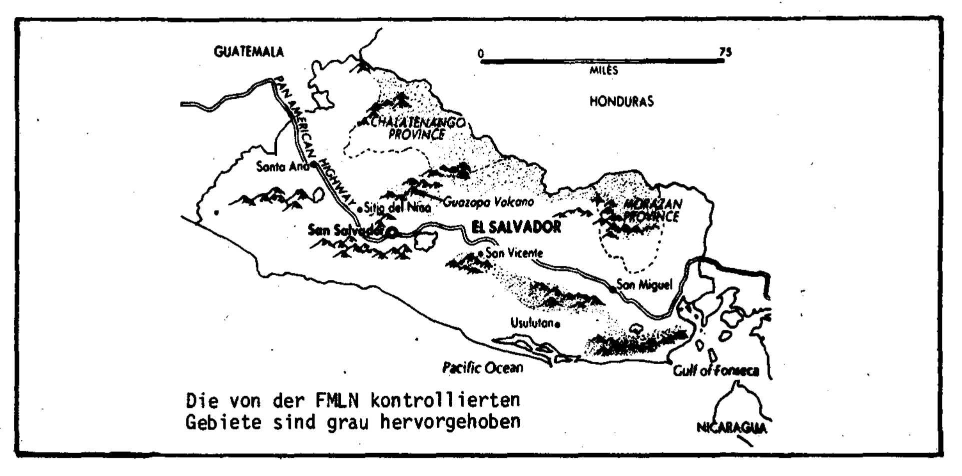
Zwischen 20000 und 30000 salvadorianischer Flüchtlinge befinden sich in verschiedenen Lagern in Honduras an der Grenze zu El Salvador.
Gegenwärtig findet dort unter der Parole »limpiar la frontera« (Grenzsäuberung) eine breit angelegte Massenverlagerung der Flüchtlinge statt. Gegen ihren Willen werden sie in zwei riesigen Lagern zusammengepfercht, die sich weiter im Landesinneren von Honduras befinden und unter strengster Kontrolle der honduranischen Militärs stehen.
Im Auftrag der Evangelischen Studentengemeinde reiste im Dezember 81 eine ökumenische Delegation nach El Salvador und Honduras, um sich über die Situation der Flüchtlinge zu informieren.[1]
Nach ihrer Reise mußten sie einhellig feststellen, daß diese Flüchtlingsverlegungsaktion keineswegs humanitäre Ziele verfolgt, sondern Teil einer militärischen Strategie ist. Die Junta El Salvadors verfolgt mit der Grenzsäuberung das Ziel, ihrer Armee freie Hand zu verschaffen, um von Honduras aus die von der FMLN befreiten Gebiete des Landes durch Umklammerung zurückzuerobern.
Die Aktion soll bis Ende Februar abgeschlossen sein. Im März sollen in El Salvador »Wahlen« stattfinden (Vgl. blätter des iz3w Nr. 98). Soll vor Beginn der Wahlen die politische Opposition ausgebombt werden?

Im folgenden drucken wir Auszüge aus dem o. g. Bericht der Delegation ab.
(d. Red.)

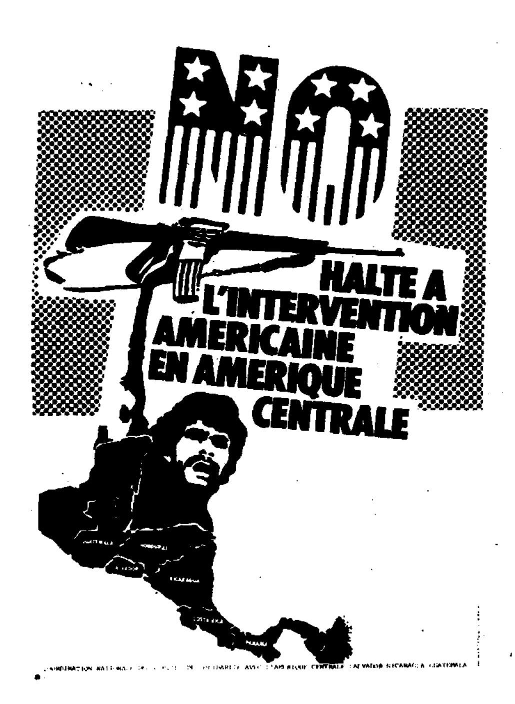
»Nach Auswertung unserer Gespräche und Erfahrungen kamen wir übereinstimmend zu dem Ergebnis:
Die Grenze zwischen El Salvador und Honduras muß von Flüchtlingen und Einheimischer Bevölkerung 'gesäubert' werden, weil hier mit Wissen und Unterstützung der US-Regierung noch vor den sogenannten »Wahlen« in El Salvador eine militärische Intervention gegen die bewaffnete salvadorianische Opposition vorbereitet wird. Das Ganze geschieht unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe für die Flüchtlinge.
Für diese Schlußfolgerung sprechen folgende Fakten:
1. Auf der salvadorianischen Seite des Grenzgebietes liegen die Provinzen Cabanas, Chalatenango, Morazan und San Miguel, die größtenteils von der FMLN kontrolliert werden.
2. Der Plan zur Umsiedlung der Flüchtlinge wurde nach der Ankunft der US-amerikanischen Militärberater in Honduras forciert.
3. Im Grenzgebiet gibt es eine offene Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften von El Salvador und Honduras. Die militärischen Einsätze der beiden Armeen werden teilweise von nordamerianischen Spezialtruppen, den »Green Berets«, angeführt. Außerdem sollen sich inzwischen argentinische und chilenische Militärberater in dem Grenzgebiet aufhalten.
4. Aus absolut zuverlässiger Quelle haben wir erfahren, daß ein Dokument existiert, daß vor etwa viereinhalb Monaten von einer als Journalisten getarnten Gruppe von US-Militärberatern angefertigt worden ist. Bei dem Dokument handelt es sich um Empfehlungen an Verteidigungsminister Garcia, die Flüchtlinge in Honduras von der Grenze ins Landesinnere zu verlegen, nach Möglichkeit sogar bis an die Atlantikküste, da die Lager wichtige Stützpunkte der Guerilla seien.
5. Die Eile, mit der die Umsiedlungsaktion durchgeführt wird. Obwohl in dem Massenlager »Mesa Grande« noch keinerlei Infrastruktur besteht, sollen trotzdem wöchentlich weitere 1.000 Menschen nach dort transportiert werden. Wir bekamen den Eindruck, daß das Programm auf Biegen und Brechen bis Ende Februar, also einen Monat vor den Wahlen in El Salvador, durchgezogen werden soll.
6. Sowohl der honduranische Innenminister wie auch der salvadoranische Staatschef Duarte haben uns unabhängig voneinander gesagt, daß die Flüchtlinge umgesiedelt werden müssen, um die Kontakte mit der Guerilla in El Salvador zu unterbinden. Duarte stellte uns gegenüber sogar fest: »Wir haben beschlossen, die Flüchtlinge zu verlegen«, wobei er offen ließ, wen er mit »wir« meinte.
7. Die Begründung des UN-Flüchtlingshochkommissariats, die Flüchtlinge müßten zu ihrem eigenen Schutz aus dem Grenzgebiet in Landesinnere umgesiedelt werden, hat uns nicht überzeugt. Das neue Lager liegt nur 15 Kilometer von der Grenze entfernt. Außerdem werden die Flüchtling hier von den honduranischen Militärs noch intensiver kontrolliert, als dies bisher in den verstreuten Dörfern und Zeltstädten möglich war. Würde diese Kontrolle zum Schutz der Flüchtlinge durchgeführt, hätten die Steitkräfte Honduras die bisherigen Invasionen von salvadorianischer Seite verhindert und außerdem nicht selbst die Flüchtling bedroht.
8. Wir haben gesehen, daß aus den Gegenden, aus denen die Flüchtlinge wegtransportiert wurden, auch die einheimische Bevölkerung flieht. In den bereits »gesäuberten« Dörfern gibt es fast überhaupt keine Einwohner mehr.

Wir möchten noch anmerken, daß die Bundesregierung die Umsiedlung der salvadorianischen Flüchtlinge finanziell unterstützt, und zwar nicht nur durch ihre regelmäßigen Beiträge für das Flüchtlingshochkommissariat. Sie hat zusätzlich — so teilte uns der bundesrepublikanische Geschäftsträger in Tegucigalpa mit —
800 000 DM für die Aktion zur Verfügung gestellt.«
Als weitere Indizien, die auf die Vorbereitung einer militärischen Intervention gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung noch vor den »Wahlen« im März hindeuten, führte die Delegation an:

- Die nächste Ernte steht vor der Tür. Vier Wochen vorher werden die Flüchtlinge in ein Gebiet abtransportiert, wo es erstmal nichts gibt. Wie läßt sich das mit »humanitären Argumenten« begründen?
- angeblich heißt die Politik des UN-Flüchtlingshochkommissariats: »Keine Flüchtlinge in Grenznähe«. Warum werden aber die Lager an der Grenze von Honduras und Nicaragua, in denen Anhänger von Somoza leben und von denen aus es immer wieder Überfälle auf Nicaragua gibt, nicht verlegt? Es gibt eine Vereinbarung zwischen den Regierungen von Nicaragua und Honduras, diese Lager möglichst weit von der Grenze zu verlegen. Warum also engagiert sich das UN-Flüchtlingshochkommissariat nicht hier, sondern an der Grenze von Honduras und El Salvador, wenn nicht ein



Die von der FMLN kontrollierten Gebiete sind grau hervorgehoben



gewisser Zeitdruck besteht, diese Region für eine militärische Großoffensive zu räumen?
Als Termin, bis zu dem die Umsiedlung abgeschlossen sein soll, wird der 28. Februar »gehandelt« - also einen Monat vor den angekündigten Wahlen.

Diese Wahlen stellen nicht nur nach Ansicht der Delegation eine Farce dar ... Sogar der Botschafter der USA in El Salvador, Hinton, hält die Voraussetzungen für den Erfolg der Wahlen in El Salvador für nicht gegeben. (FAZ vom 31. 10. 81) In der Bundesrepublik hingegen stoßen die angekündigten Wahlen auf Zustimmung. Bundesaußenminister Genscher knüpft an sie die Erwartung, daß sie »den Weg für einen friedlichen und gewaltlosen Übergang zur Demokratie ebnen« (Bonner Generalanzeiger vom 21. 11. 81).

Kompliziert wird die Situation dadurch, daß neben den übrigen Bischöfen El Salvadors, die allgemein als staatstreu gelten, jetzt auch der Erzbischof von El Salvador, Rivera y Damas, die Wahlen begrüßt hat. Von der Bundesregierung wird indessen gefordert, die Scheinwahlen nicht durch die Entsendung eines Beobachters aufzuwerten. Sie soll stattdessen in Gesprächen, die die Delegation in der nächsten Zeit führen will, gedrängt werden, all ihren Einfluß auf die Regierungen von El Salvador, Honduras und den USA sowie auf die UNO-Kommission für Flüchtlingsfragen in Genf geltend zu machen, um eine weitere Verlegung der Flüchtlinge gegen deren Willen zu stoppen und einen Weg für Verhandlungen unter Einschluß der FDR/FMLN zu öffnen.

Wichtig sei weiterhin, daß in den Lagern ständig internationale Beobachter anwesend seien. Immer wieder werden von salvadorianischem oder honduranischem Militär Flüchtlinge aus den Lagern verschleppt, die bei internationaler Präsenz bisher freigelassen wurden - wenn allerdings gerade kein ausländischer Beobachter in der Nähe war, wurden später die grausam verstümmelten Leichen der Verschleppten gefunden, so im November bei einem benachbarten Lager von La Virtud.
Gegenwärtig wird von Angehörigen amerikanischer und kanadischer Kirchen (organisiert vom US-Kirchenrat) ein regelrechtes Beobachterprogramm organisiert. Europäer sind dringend aufgefordert, sich anzuschließen! Selbst wenn die Ausländer die Verlegung nicht werden verhindern können, so stellen sie doch einen wichtigen Schutz für die Flüchtlinge und die Mitarbeiter der bedrohten Hilfsorganisationen gegen die schlimmsten Repressalien dar.

Bei allem, was künftig an Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit hier denkbar ist, bleibt jedoch die grundsätzliche Frage, ob und wann die Bundesregierung bereit sein wird, sich auf die Seite der Befreiungskräfte El Salvadors zu stellen und die FDR/FMLN als repräsentative politische Kraft anzuerkennen. Die bisherigen Äußerungen hierzu lassen allerdings nicht eben viel Bereitschaft erkennen, sich aus der Gefolgschaft des »großen Bruders USA« zu lösen, der auf dem Schlachtfeld Mittelamerika offenbar » die Freiheit des Westens« verteidigen muß. Gab es das nicht vor Jahren schon mal in einem anderen Erdteil?

Weitere Informationen:
ESG-Geschäftsstelle, Ökumenereferat, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1, 0711 - 281034/5
ESG Essen, Universitätsstr. 2, 4300 Essen, 0201 - 1833347/8

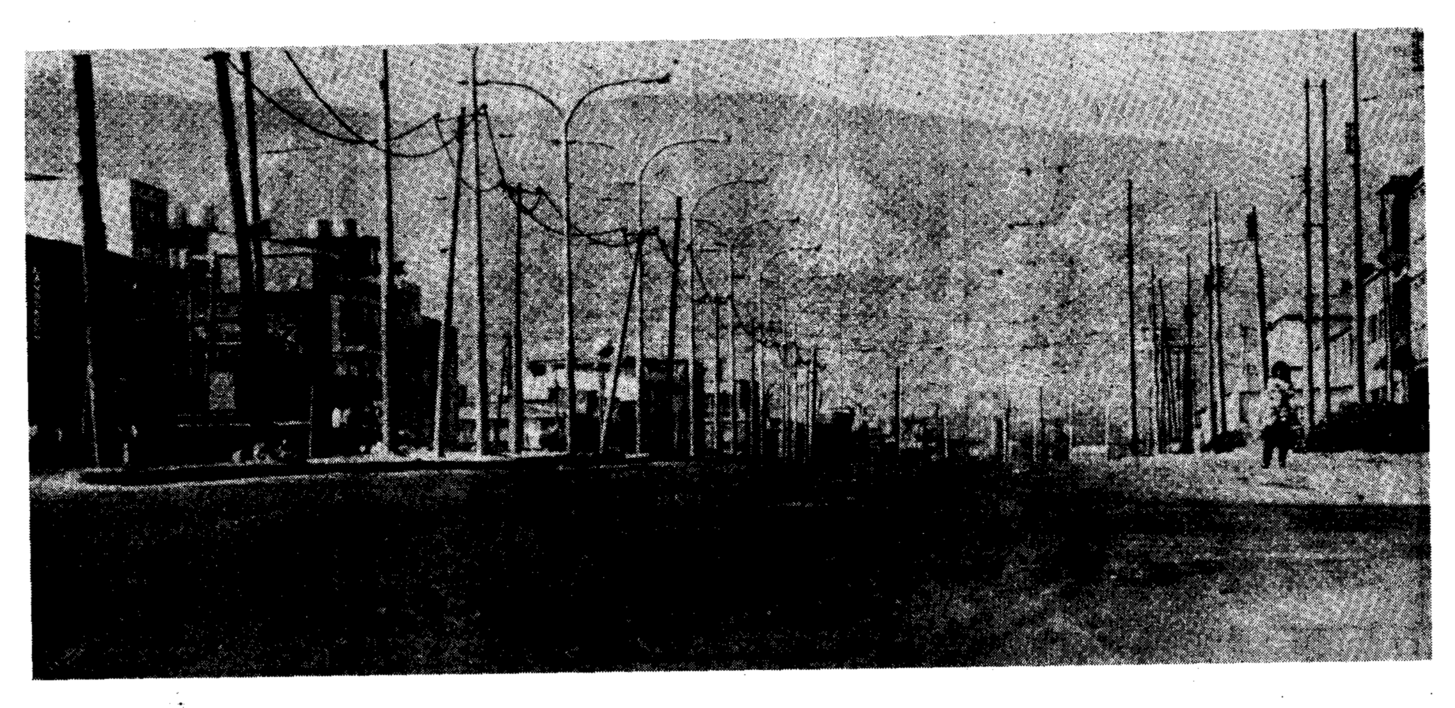
Anmerkungen:

1 Der Delegation gehörten Helmut Frenz (Generalsekretär von ai), die beiden Theologieprofessoren Norbert Greinacher und Bernd Paeschke sowie die Journalistin Ursula Junk an.

Zur Erarbeitung eines **Rüstungsexporthandbuchs** bzw. dessen „Aktionsteils" suchen wir jede Menge Aktionsberichte, Zeitungsausschnitte, Flugblätter etc. zum Thema Rüstungsexporte. Bitte sendet derartiges Material an:
Rüdiger Walter, Hochstraße 44, 1000 Berlin 65

Kolumbien

Generalstreik und Militarisierung



Ereignisse der letzten Monate
21. Oktober — Tag des nationalen Streiks

Ob, wann und wie sich die Erfahrungen des großen Generalstreiks vom 14. September 1977 — wohl der größten Massenmobilisierung der jüngeren Geschichte — wiederholen ließen, darüber wird in Kolumbien schon lange heftig diskutiert.
Noch am 30. 8. 81 rufen die traditionellen großen (unternehmerfreundlichen) Gewerkschaftszentralen UTC, CTC und CGT sowie die kommunistischen CSTC gemeinsam mit dem Nationalen Einheitsgewerkschaftskomitee CSNU und der Coordinadora de Solidaridad y Protesta (alle vereint im ersten Nationalen Gewerkschaftsforum) in einer Großanzeige der Tageszeitung »El Espectador« zu einem Generalstreik in der zweiten Oktoberwoche auf, um durch die Mobilisierung der gesamten Bevölkerung ihren ökonomischen und politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Es geht dabei u. a. um die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Abschaffung des repressiven Sicherheitsgesetzes[1], bedingungslose Amnestie der politischen Gefangenen, Entmilitarisierung der ländlichen Gebiete, Lohnerhöhungen, Festfrierung der Preise, Versammlungs- und Streikrecht, Nationalisierung des Erdöls und anderer Bodenschätze.
Kurz vor dem festgelegten Streiktermin bricht diese »Einheitsfront« jedoch auseinander. Nur die CSTC und andere linke Gewerkschaftsföderationen außerhalb der großen Zentralen bleiben bis zuletzt bei ihrem Streikaufruf. Eine Woche vor dem 21. Oktober erklärt der Ministerrat schließlich den Streik für »illegal und subversiv« und droht den sich beteiligenden Gewerkschaften damit, ihnen die juristische Anerkennung für ein Jahr zu entziehen.
Die Personalchefs der Betriebe werden mit Sonderfunktionen von sog. Arbeitsinspektoren ausgestattet und erhalten die Weisung, jede Arbeitsniederlegung ans Arbeitsministerium zu melden.
Am Vorabend des Streiks gleicht Kolumbien einem Land im Kriegszustand: die größeren Städte werden von Militärpatrouillen kontrolliert, die Universitätsgelände sind militarisiert, eine große Zahl von gewerkschaftlichen und politischen Führern werden festgenommen, in vielen Städten kommt es zu Massenverhaftungen. In Bucaramanga z. B. erhält der Gouverneur die Vollmacht, alle »Unruhestifter« bis zu 30 Tagen festzunehmen. Organisatoren von Streiks drohen Haftstrafen bis zu 180 Tagen. Am 21. Oktober, dem eigentlichen Streiktag, werden als weitere Präventivmaßnahme einige Schulen und Hochschulen geschlossen.
Es kommt zu einem Verkehrschaos, weil wegen der befürchteten »Operación Tachuela« (um den Verkehr zum Erliegen zu bringen, werden Nägel und Scherben auf die Fahrbahn geworfen) so gut wie keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr unterwegs sind. In einigen Städten kommt es zu Zusammenstößen zwischen Soldaten und vereinzelten Menschengruppen, die versuchen, der perfekten Kontrolle Widerstand entgegen zu setzen. Es wird von Molotowcocktails, brennenden Fahrzeugen, zerschnittenen Reifen und kleinen Straßenschlachten »extremer Grüppchen« berichtet. Der Streikaufruf, die Arbeit niederzulegen, wird jedoch nur von wenigen befolgt.
Insgesamt äußern sich die Regierungsvertreter sehr zufrieden zum »fracaso total« des Streiks, den sie als Beweis bewerten dafür, daß sich die »Menschen der Notwendigkeit struktureller Veränderungen zwar bewußt sind, jedoch nur im Rahmen von Freiheit und Ordnung.«
Erste traurige Bilanz des Streiks: zwei Studenten werden getötet, ein Kind erschossen, ein weiteres durch eine Kugel verletzt. Mehr als 2000 Menschen werden verhaftet. Die meisten sind inzwischen wieder frei. Ein Großteil der (wohl noch) festgenommenen Personen sind Gewerkschafter, Führer politischer Gruppierungen und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, von denen viele erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden waren, wo sie aufgrund ähnlicher »Delikte« ihre Strafe abgesessen hatten. Unter ihnen sind Rechtsanwälte, Mediziner, Arbeiter, Studenten, Priester, Professoren etc.
13 Gewerkschaften verlieren ihre juristische Anerkennung: u. a. die CSTC, die Lehrergewerkschaft FECODE und FENALTRASE, die Gewerkschaft der staatlichen Arbeiter.
Der Streik läßt sich also — abgesehen von der von ihm ausgelösten verschärften staatlichen Kontrolle — nicht mit dem Generalstreik von 1977 vergleichen.
An ihm hatten die Mitglieder aller großen Gewerkschaftszentralen, die zahlreichen unabhängigen Gewerkschaftsverbände und die Streikkomitees der armen Stadtviertel teilgenommen.



Der Staat hat wieder einmal die Kraftprobe bestanden. Das Scheitern des Streiks zeigt einmal, daß die Politik der »harten Hand«, die der liberale Präsident Turbay Ayala mit Hilfe des Militärs seit 1978 konsequent auf allen Ebenen durchführt, nicht zu unterschätzen ist.
Zum anderen ist wohl auch die allgemeine Einschüchterung und Verunsicherung der Arbeiterklasse durch eine Reihe neuer gewerkschaftsfeindlicher Gesetze und die enorm angewachsene Arbeitslosigkeit für dieses so andere Ergebnis als 1977 verantwortlich.

Der Streik von 1977 war eine spontane, unter ganz bestimmten historischen Bedingungen entstandene Massenbewegung gewesen, die sich auf diese Weise, und dann noch nach langem Hin und Her der Gewerkschaftsspitzen, nicht wiederholen ließ.

Guerilla-Aktivitäten

Laut Presseberichten entführt eine Gruppe der Guerilla M-19 Ende Oktober ein Flugzeug der Gesellschaft Aeropesca, um von Panamá aus Waffen in andere Gebiete Kolumbiens zu transportieren. Dies wird jedoch von der Regierung in Panamá dementiert. Zu gleicher Zeit halten in der Nähe des Landeortes des Flugzeugs einige M-19-Guerilleros im Departement Caquetá einen Reporter der Tageszeitung »El Espectador« und den Bürgermeister von Florencia fest und übergeben ihnen ein Tonband mit ihrer Analyse der politischen und sozialen Situation Kolumbiens am Vorabend der Wahlen.
Sie bezeichnen sich als die Feinde der Repräsentanten der bürgerlichen Oligarchie (vor allem des Präsidentschaftskandidaten López und des Großunternehmers Ardila Lulle), und kündigen an, daß sie nur unter der Bedingung, daß die Regierung auf ihren Friedensplan eingeht, darauf verzichten würden, die nächsten Kongreß- und Präsidentschaftswahlen zu sabotieren. Andernfalls drohen sie mit dem totalen Krieg. Dies sind ihre Friedensvorschläge: 1. Forderung, den Ausnahmezustand aufzuheben, 2. das Sicherheitsgesetz zurückzunehmen und 3. eine Friedenskommission von Regierungsrepräsentanten, liberalen und konservativen Oppositionellen, rechten und linken Gruppen, Gewerkschaften, Kirchen und allen Guerillabewegungen einzuberufen.
Wörtliches Zitat: »Wir wollen nur eine demokratische Öffnung in Kolumbien. Aber man muß unsere Beteiligung (an der Macht, A. L.) akzeptieren, denn wir sind eine politische Realität in Kolumbien. Wir sind in Kolumbien eine politische und militärische Macht. Das haben wir bis jetzt bewiesen. Mehr noch, wir wollen mit der Kandidatur des Genossen Bateman (einer ihrer Führer, A. L.) für Kolumbien eine Öffnung schaffen.«
Die Guerrilleros geben außerdem an, daß in diesem Teil des Caquetá 2500 bis 3000 gut ausgerüstete M-19-Leute operieren. (Die Zahlen der regulären Soldaten zur Guerilla-Bekämpfung in dieser Gegend wird etwa genauso hoch angegeben.)
Um zu verstehen, wie eine Guerilla-Organisation dazu kommt, sich zu Präsidentschaftswahlen aufzustellen, bedarf es einiger detaillierter Informationen über den Charakter der M-19. Als bei den Präsidentschaftswahlen am 19. April 1970 der Kandidat der populistischen Bewegung Anapo (nat. Volksallianz), General Rojas Pinilla, die meisten Stimmen auf sich vereinigt, verfälschen die sog. demokratischen Kräfte — Liberale und konservative Partei — die Wahlergebnisse und setzen den konservativen Kandidaten Pastrana als neuen Präsidenten ein.

4 Jahre nach diesem Wahlbetrug entsteht im Untergrund die M-19 (movimiento 19 de avril) als ein Zusammenschluß der verschiedensten oppositionellen Tendenzen: ihre Mitglieder reichen von der extremen Linken bis zu ehemaligen Parlamentariern. International bekannt wurde die M-19 durch die Besetzung der Dominikanischen Botschaft im Februar 1980. Im vergangenen Jahr kam es immer wieder zu Konfrontationen zwischen M-19 und Armee, bei denen zahlreiche Guerilleros getötet und verhaftet worden sind.
Die M-19 führt ihren Kampf sowohl auf der politischen als auch auf der militärischen Ebene. In seinem letzten bekannt gewordenen Interview sagt Bateman, die Oligarchie »zwinge dem Volk den außerparlamentarischen Kampf mit Bajonetten auf«,[2] da in der jetzigen repressiven Situation keine legale Opposition möglich sei. Um ein »Ausbluten der Nation« zu vermeiden, müßten jedoch alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Bewegung zu legalisieren und eine politische Atmosphäre zu schaffen, in der sich die M-19 zu einer Massenbewegung entfalten könne. Ihren Hauptgegner sieht die Organisation in den Spitzen der Oligarchie und im Imperialismus. Innerhalb Lateinamerikas orientiert sie sich an der FSLN und der FDR, sowie an der mexikanischen und panamesischen Regierungspartei.
In ihren politischen Zielvorstellungen steht sie der Sozialdemokratie nahe.
Laut Presseberichten gibt es inzwischen im Südwesten des Landes eine Koorddinierung der Operationen der Guerilla M-19 und der FARC (bewaffneter Arm der KP). Andererseits hat die FARC bekanntgegeben, daß sie ihre militärischen Aktionen bis zu den Präsidentschaftswahlen einstellen will (vom 1. Nov. — 1. Mai), um der Armee keinen Vorwand zum Eingreifen zu liefern.

Zur Lage auf dem Land

Associated Press berichtet von der Existenz einer Antiguerilla-Basis in der Gegend von Cimitarra, etwa 170 km von Bogotá entfernt. Wie überall in den Gebieten, die vom Militär zur Bekämpfung der Guerilla besetzt sind, sind die Leidtragenden in erster Linie die ansässigen Bauern.

In Cimitarra scheint das Vorgehen gegen die Bevölkerung besonders grausam zu sein, da die Armee von sogenannten Todesschwadronen unterstützt wird. Seit 1975 sollen sie 75 Bauern umgebracht haben. Allein im letzten Jahr sind 20 Menschen getötet worden.
Bei 40° feuchter Hitze werden Bauern oder auch ihre Angehörigen in der Mililtärbasis ohne Ernährung festgehalten, mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen an den Bäumen aufgehängt, geschlagen, mit Zigarettenspitzen verbrannt, mit Messern und Scherben geschnitten, auf Ameisenhaufen gesetzt. Gefoltert wird auch außerhalb der dafür vorgesehenen Militärbasen. Die Familien werden von den Soldaten in ihren Häusern überfallen und sind ihrer Wilkür ausgesetzt.
Doch außer Folter und Tod gibt es noch andere Methoden, um die Bevölkerung zu terrorisieren: Ihre Lebensmittel werden vernichtet. So werfen die Soldaten beispielsweise ganze Kanufrachten in den Fluß oder vernichten die Ernten. Eine andere Möglichkeit, die Bauern zu schikanieren: es wird ihnen der Salvoconducto (Passierschein, um von einer Gegend zur anderen zu gelangen) verweigert.
Die Region Cimitarra entvölkert sich mehr und mehr. 60% der Häuser sind inzwischen verlassen.
Als Begründung für die Überfälle auf die Landbevölkerung dient das alte Argument: Kollaboration mit der Guerilla. Als Grund für den gewaltsamen Tod eines Bauern wird immer wieder angegeben: Als Guerillero im Kampf gefallen, oder: die Guerilla hat ihn umgebracht, weil er ein Verräter war.
Das Gebiet Cimitarra, das, wie gesagt keine Ausnahme darstellt, wird wohl vor allem deswegen so heimgesucht, weil die Kommunistische Partei hier einen starken Einfluß hat.
Ein General des Verteidigungsministeriums weist die gegen die Armee erhobenen Foltervorwürfe zurück, bestätigt aber gleichzeitig die vestärkt Antiguerilla-Aktivitäten des Militärs, da die »zivile Regierung nicht fähig sei, die sozialen Schwierigkeiten des Landes zu lösen.«
Für die »alarmierende Subversion« macht er den internationalen Kommunismus und die fehlende soziale Gerechtigkeit und Moral verantwortlich.
Eine Untersuchung der OAS und der CIDH (Interamerikanische Menschenrechtskommission, die Turbay ins Land gerufen hat, kurz nach den von amnesty international erhobenen Anklagen schwerer Menschenrechtsverletzungen) spricht die Armee von den Anschuldigungen ai's frei:
Zwar gebe es Fälle von Machtmißbrauch, der sich aber lediglich auf der Ebene der einfachen Soldaten abspiele, jedoch nicht Bestandteil der Regierungspolitik sei.
Nachdem ai Anfang 1980 eine Untersuchungskommission nach Kolumbien geschickt hatte, und in einem ausführlichen Bericht alle Anklagepunkte belegt und darstellt, daß es sich nicht um Ausnahmefälle handelt, hat ai in diesem Sommer in einer Zusatzdokumentation die Situation auf dem Lande charakterisiert und der Turbay-Regierung mit der Empfehlung zukommen lassen, Untersuchungen einzuleiten.

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD	:	Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

Zur Situation der Studenten

Im November bittet eine Gruppe von Studenten der Nationalen Uni Bogotá[3] in der französischen Botschaft um Asyl. In ihrer Erklärung »Die Universität ist eine politisch Verfolgte« vom 27. November geben sie die Gründe für ihre Aktion an:
Laut Verteidigungsminister Camacho Leyva und Erziehungsminister Albán Holguin gibt es in der Nationalen Uni keine Studenten mehr, sondern nur noch »Subversive«. Dementsprechend ist die offizielle Reaktion auf jegliche Formen der politischen Meinungsäußerung wie Versammlungen, die umgehende Militarisierung des Kampus, Schließung der Uni, Verhaftung oder Entlassung von Kommilitonen.
»Unter den Bedingungen der politischen Verfolgung ist es unmöglich zu studieren, zu denken, zu forschen . . . eine Universität zu zensieren, zu verfolgen, zu unterwerfen, heißt, sie zu töten, sie in einen gewöhnlichen Machtapparat der Diktatur zu verwandeln . . . wir sind politische Gefangene.«
Die Öffentlichkeit wird aufgefordert zu verstehen, daß die Krise der Uni nur innerhalb der ökonomischen und politischen Krise des Landes zu begreifen ist, und daß die Fehler nicht nur in der Verwaltung selber zu suchen sind.
Es genüge jedoch nicht, die Universität wieder zu öffnen, wenn weiterhin eine Wissenschaftsdiktatur mit den Mitteln physischen und psychischen Terrors ausgeübt werde.
Die Uni dürfe nicht isoliert sein von den Fabriken, Kliniken, Gefängnissen, Gewerkschaften, den armen Stadtteilen, sie dürfe sich nicht mit der Rolle des passiven Zuschauers begnügen, sondern müsse an der Lösung der gesellschaftlichen Probleme beteiligt werden.
Es schließen sich konkrete Forderungen an:
– Amnestie für die Studenten der Uni Nacional Bogotá und Medellin, über die zwischen 1979-80 aus politischen Gründen Haftstrafen verhängt wurden.
– Öffnung der juristischen Fakultät der Uni Bogotá.
– Entlassung des Dekans dieser Fakultät wegen Korruption
– Juristische Wiederanerkennung der Gewerkschaften CSTC, FECODE und Fenaltrase. Aufhebung der Sanktionen gegen die Arbeiter der Erdöl-Gewerkschaft USO.
Einige ganz konkrete Ereignisse hatten zu diesem Schritt der Studenten geführt.
Am 6. Oktober ist die Nationale Uni (im Gegensatz zu privaten oder kirchlichen Unis heißt sie »national«)wegen Unruhen auf dem Campus, bei denen es wieder zu Verhaftungen kam, für unbestimmte Zeit geschlossen worden.
In Bogotá wurde Ende September der Leichnam eines Studenten mit Spuren schwerer Folter aufgefunden.
Ebenso im September sind in Manizales 12 Studenten verhaftet worden, die das Militär offensichtlich schwer foltert. Anwohner der Kaserne Ayachucho (in der sie untergebracht sind) beschwerten sich, daß nachts Personen nackt über einer Brücke hängend gefoltert werden. Aufgrund dieser Beschwerden ist dieses Gebiet nun militarisiert. In Cali wurden im Oktober 4 Studenten und 1 Professor wegen des Verdachts subversiver Tätigkeit festgenommen.
In Medellin kam es am Vorabend des Generalstreiks zur Erschießung eines Studenten.
Am Streiktag selbst wurden, wie schon erwähnt 2 Studenten erschossen.
Es ist nicht das erst Mal, daß die kolumbianischen Studenten durch einen solch spektakulären Schritt an die Öffentlichkeit treten. So haben sie im Sommer 1980 eine Kirche besetzt, um gegen die schon viele Monate dauernde Schließung ihrer Universität zu protestieren.

Wahlvorbereitungen

Die Regierungszeit des liberalen Präsidenten Turbay Ayala — der es dadurch zu einiger Berühmtheit gebracht hat, daß er die Macht des Militärs in einem nie vorher dagewesenen Ausmaß erweitert hat und daß er ein überaus eifriger Verfechter des antikommunistischen »Plan Reagan«[4]ist — geht ihrem Ende entgegen.Im kommenden März finden Kongreß-und im Mai Präsidentschaftswahlen statt.
Die liberale Partei hat sich nach langem Hin und Her und ohne große Begeisterung auf den glücklosen Präsidentschaftskandidaten Lopez Michelsen, den Vorgänger Turbays, geeinigt. Mit großen Versprechungen 1974 an die Macht gekommen, hatte seine Wirtschaftspolitik »des Freihandels neuen Typs« bald zu einem rapiden Sinken der Reallöhne und damit zu einer Radikalisierung der Arbeitskämpfe geführt.
Lopez Michelsen ist bekannt als Repräsen-

tant der parasitärsten Fraktion des Kapitals, d. h. des Finanzkapitals. Im Zusammenhang mit obskuren Spekulationsgeschäften kam es zu seiner Zeit zu einer sehr starken Konzentration von Unternehmen. Ergebnis seiner Wirtschaftspolitik war eine Rezession in der Industrie und ein Ansteigen von Arbeitslosigkeit und Inflation. Durch das Anwachsen der Verschuldung nach außen erhöhte sich die Abhängigkeit. Es herrschte fast ununterbrochen der Ausnahmezustand. Viele der repressiven Dekrete, die Turbay dann in dem berüchtigten »Sicherheitsgesetz« zusammenfaßt, stammen noch aus seiner Zeit. Nun stellt er sich mit dem Versprechen einer »vollen und bedingungslosen« Amnestie für die politischen Gefangenen zur Wahl.[5]
Bleibt abzuwarten, ob es sich bei diesem Angebot um Demagogie handelt wie unter dem jetzigen Präsidenten, und wenn nicht, wie das Militär dann reagieren wird.
Aus öffentlichen Statements hoher Generäle geht hervor, daß die Armee immer stärker auf ihr Mitspracherecht pocht. General Landazábal, einer der höchsten Militärs: »Die Armee ist eine Hoffnung für die Verteidigung der demokratischen Institutionen und des Friedens« und die zivilen Führer verstehen nicht »die volle Dimension der Bedrohung des Landes« und fordert sie auf, dafür zu sorgen, »daß die Streitkräfte respektiert werden in ihrem Bemühen, dem Land Frieden zu schenken.«
Wenn er auch ausdrücklich die Möglichkeit eines Militärputsches zurückweist, ist die seinen Äußerungen zugrunde liegende Warnung nicht zu überhören.

Angelika Löw

Anmerkungen:

1. Zum Sicherheitsgesetz
1978 als erste Amtshandlung des Präsidenten Turbay Ayala erlassen; bildet eine Zusammenfassung, Verschärfung und Absicherung einer Reihe von bereits vorher erlassenen Dekreten, was zu einer Kriminalisierung jeglicher Form sozialen Protests führt, da Grundrechte wie Versammlungs-, Informations-, Meinungsfreiheit extrem eingeschränkt werden.
Gleichzeitig wird den Militärs auch hinsichtlich ziviler Prozesse praktisch uneingeschränkte Macht zugesprochen. Militärs verhaften, foltern, führen die Anklage, oft auch die Verteidigung.
2. Siehe Punto final (Mexico), September 1981
3. Die Nationale Universität ist eine staatliche Universität. Sie steht den Studenten mit geringerem Einkommen offen. Traditionell genießt die U. N. den Ruf eines hohen Niveaus vor allem der Sozialwissenschaften.
4. Der Plan Reagan ist ein Versuch, die antidemokratischen Regierungen Lateinamerikas zu einer gezielten Bekämpfung »subversiver« Elemente in ihren jeweiligen Ländern zu bewegen, um eine geschlossene Front gegen den von Kuba und Nicaragua vordringenden Einfluß des Kommunismus im eigenen Land zu bilden. Im Falle von Kolumbien hat die Turbay-Regierung Angebote militärischer Hilfe und Vermittlungsunterstützung bei einem Konflikt mit Nicaragua von der Reagan-Regierung erhalten.
5. Ausdruck einer Spaltung innerhalb der liberalen Partei ist die Tatsache, daß im selben Monat (Okt) als López aufgestellt wurde, ein sich »neuer Liberalismus« nennender Flügel einen eigenen Kandidaten aufstellte. Es ist der vom Expräsidenten Carlos Lleras Restrepo protegierte ehemalige Erziehungsminister Luis Carlos Galán. Er ist verantwortlich für die permanente Schließung öffentlicher Universitäten, in deren Folge immer wieder Studenten den Tod fanden (zur Zeit der Nationalen Front 1959-74). Die Konservative Partei hat sich auf Belisario Betancourt geeinigt. Er war Anfang der 60er Jahre Arbeitsminister und spielte eine entscheidende Rolle bei dem »Massaker von Santa Barbara«, bei dem streikende Zementarbeiter vom Militär erschossen worden sind.

Multis

Multis erobern das Amazonastiefland

Die Machenschaften des Central American Services in Peru

Perus südöstliches Amazonastiefland - Departement Madre de Dios, bis vor wenigen Jahren noch eine weitgehend unbekannte und unerschlossene Region, ist zur Zeit aufgrund seines Ressourcenreichtums eines der bevorzugten Investitionsziele transnationaler Unternehmen in Peru. Ein noch kaum genutztes Potential an Gold, Erdöl, Paranüssen und wertvollen Edelhölzern verspricht hohe Gewinne. Die Belaunde-Regierung fördert seit 1980 die wirtschaftliche Erschließung dieser Grenzregion durch ausländisches Kapital mit günstigen Investitionsanreizen.

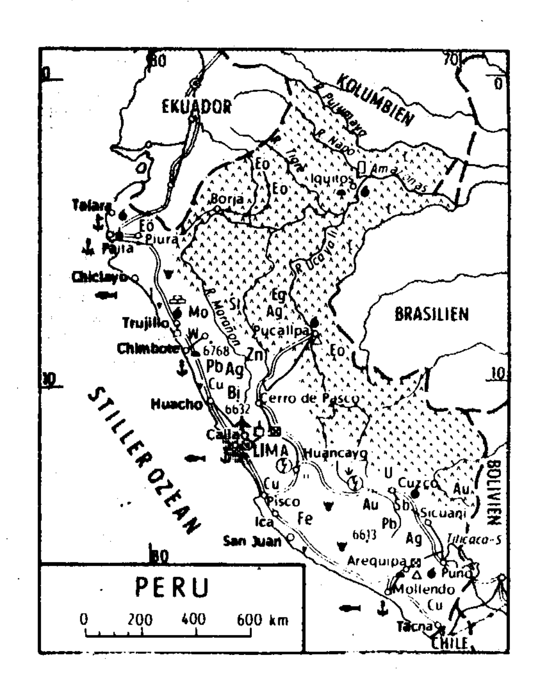
Der Goldsektor ist der dynamischste und dominierende Wirtschaftszweig in Madre du Dios, in dem tausende von armen Hochlandemigranten als Lohnarbeiter oder selbständige Goldsucher Beschäftigung gefunden haben. Viele der selbständigen Goldsucher sind jedoch in den letzten Monaten gewaltsam von der Nationalgarde (guardia Civil) auf Betreiben transnationaler Unternehmen von ihren Parzellen vertrieben worden. Die Versuche der Betroffenen, sich zur Wehr zu setzen, werden von den lokalen Regierungsvertretern und der örtlichen Bourgeoisie brutal unterdrückt.[1]

Die Erdölförderrechte in Madre de Dios hat sich der britisch-niederländische Konzern Royal Dutch Shell gesichert. Er schloß kürzlich mit der staatlichen peruanischen Ölgesellschaft Petroperu einen 30-Jahresvertrag ab, in dem der Konzern die Erschließungsrechte in einem 2 Millionen Hektar großen Gebiet erhielt. Als Gegenleistung verpflichtete sich der Shell-Konzern, in den nächsten 6 Jahren mindestens 100 Millionen US-Dollar für die Erschließung des Gebietes zu investieren.[2]

Für Schlagzeilen in der peruanischen Presse sorgten während der letzten Monate Aktivitäten des Central American Services (CAS) in Madre de Dios, einem obskuren Unternehmen mit Sitz auf den Bahamas. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß hinter diesem Unternehmen das Kapital des inzwischen verstorbenen Ex-Diktators Somoza steckt. Der CAS bekam bereits am 18.10.1979 unter mysteriösen Umständen, wie die Tageszeitung „el diario" vor kurzem enthüllte, noch unter der Militärregierung von Morales Bermudez ein 299.500 ha großes Urwaldgebiet in Madre de Dios zugesprochen, um dort wie es offiziell heißt, das größte Viehzuchtprojekt Perus aufzubauen. Auch unter den Regierungsvertretern der Belaunde-Regierung und in der lokalen Machtelite in Puerto Maldonado, dem Verwaltungszentrum von Madre de Dios, hat der CAS viele 'Gönner' gefunden, die sicher nicht ganz billig waren, die aber das Projekt trotz aller Bedenken entschieden und beschleunigt vorantreiben.

Wer steckt hinter dem CAS?

Beim Central American Services handelt es sich um eine Investment-Gesellschaft, die in Nassau/Bahamas offiziell registriert ist. Das Gründungskapital wurde von der Gran Cayman-Insel über eine Ultramar Banking Corporation nach Nassau transferiert.[3] Da auf der Cayman-Insel die Herkunft von Kapitaleinlagen sowie die Identität der Kapitaleigner nicht benannt werden brauchen, stehen die eigentlichen Geldgeber der CAS im Dunkeln. In der peruanischen Presse wird der CAS aber als Somoza-Unternehmen bezeichnet.



Die Cayman-Inseln sind dafür bekannt, daß dort größere Mengen von illegal erworbenen Kapitalien umgeschlagen werden, die zum Beispiel aus dem Drogenhandel, Glücksspiel- und sonstigen dunklen Geschäften in den USA und auch aus lateinamerikanischen Ländern stammen.

Kurz zusammengefaßt heißt das, diese Gelder werden an Investment bzw. Bankgesellschaften übertragen, die unter ihrem Namen und unbehelligt von Steuerfahndern arbeiten und das Kapital in gewinnträchtige Unternehmen vornehmlich in Lateinamerika investieren.

Nach Angaben des CAS-Vizepräsidenten und Peru-Projektleiters, dem Mailänder Alberto Capriotti, fungiert ein Bankenkonsortium, das aus der Royal Bank of Canada, der Banco Ambrosiano (Mailand, Italien), der National Westminster-Bank of London und der Bank of Bahamas besteht, als Kapitalgeber für das Viehzuchtprojekt in Madre de Dios.[4]

Diese Angaben von Capriotti beweisen lediglich, daß die Hintermänner des CAS auch international 'renomierte Banken eingeschaltet haben, die ebenfalls ein einträgliches Geschäft wittern.

Vor seiner Registrierung in Nassau am 24.4.1979 war der CAS in Nikaragua aktiv, wo er 1977 ein größeres Viehzuchtprojekt realisierte. Es handelte sich dabei um den 10.000 ha großen landwirtschaftlichen Betrieb „Gran Lago" im Departemento Rio San Juan. Nach der Revolution gingen die Sandinistas daran, den Betrieb zu enteignen, da sie ihn als Somoza-Besitz einstuften.[5]

Bemerkenswert ist auch, daß der CAS knapp 3 Monate vor dem Sieg der Sandinistas seinen Sitz nach Nassau verlegte. Zu diesem Zeitpunkt transferierte der Diktator Somoza alle verfügbaren Kapitalanlagen ins sichere Ausland, da er seine Machtposition bereits ernsthaft gefährdet sah.
Inwieweit die vier genannten Banken direkt in Nikaragua tätig waren, läßt sich nur schwer nachvollziehen, da die Banken ausnahmslos über ein weltweites Netz von Holding-, Investment-, Financing-, Consulting-, Promotion- (etc.) Gesellschaften verfügen, die im lateinamerikanischen Raum hauptsächlich von den Bahamas und den Cayman-Inseln aus operieren.
Eine direkte Verbindung Managua-Nassau-Peru wird zumindest bei der italienischen Banco Ambrosiano sichtbar. Diese Bank ist (Stand 1980) seit Jahren in Nikaragua durch die Ambrosiano Group Banco Comercial S.A. Managua vertreten. Es ist anzunehmen, daß beträchtliche Gelder des Somoza-Clans über diese Bankvertretung ins Ausland geflossen sind. Hilfreich könnten dabei die von der Banco Ambrosiano auf den Bahamas und den Bermudas gegründeten Holding and Service Corporations sowie die Promotion Consulting Representative in Panama, die Banco Ambrosiano Andino S.A. in Peru und Bankvertretungen in Brasilien, USA und Europa (Italien, Luxemburg) gewesen sein.
Die National Westminster Bank of London hat inzwischen eine Verbindung zum CAS in Peru dementiert (vgl. el diario v. 1.6.1981). Dieses Dementi hat aber nicht viel zu besagen, da der CAS nach eigenen Angaben auch mit einer Roy West Holding Ltd. in Nassau liiert ist.[6] Dem „Register of British Industry and Commerce 1980[7] ist zu entnehmen, daß die National Westminster Bank an dieser Holding-Gesellschaft beteiligt ist. Ihr wichtigster Partner dabei ist die Royal Bank of Canada, mit der sie im übrigen einen gemeinsamen internationalen Banken-Trust, die Libra-Bank London, gebildet hat.[8]
Eine klare Einschätzung des CAS ist im Dschungel der internationalen Finanz- und Bankwelt nicht möglich. Sicher ist jedoch, daß die Kapitalien des CAS in einem überwiegenden Teil aus dem Vermögen des Ex-Diktators Somoza stammen.

Peruanische Verbindungsmänner

Die Umstände, unter denen der Vertrag mit der Regierung Morales Bermudez zustande kam, waren undurchsichtig wie die Struktur des Unternehmens selbst.
Von Anfang an war der Vizepräsident des CAS auf die Protektion und Kollaboration hoher Funktionäre in der Regierung und im Agrarministerium angewiesen, ohne deren tatkräftige Mitwirkung der Vertragsabschluß undenkbar gewesen wäre.
Einer von ihnen war der Ing. Jaime Calderon Cardo, ehemals Direktor der nationalen Agrarreformbehörde und heute leitender Angestellter beim multinationalen Unternehmen Carnation Milk. Sein Nachfolger auf diesem Posten, der Ing. Enrique Gainza, gleichzeitig Vizechef der Kontrollabteilung (inspectoria) des Agrarministeriums, tat sich ebenfalls als Förderer des Projektes hervor.[9]
Als Befürworter galten auch der Ex-Premierminister Pedro Richter Prada und der peruanische Botschafter Jose de la Puente Radbill, der bereits 1977 in Managua Gespräche mit dem Repräsentanten des CAS Hugo Gotuzzo Wuffarden führte.[10]
Da der CAS in seinem Projektantrag außer einer vagen Projektbeschreibung weder eine Evaluierung noch eine Studie über die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen vorweisen konnte, wies die Abteilung für Agrarplanung im Agrarministerium (Ospa) den Antrag folgerichtig als „untauglich" zurück. „Zufällig" wurden kurze Zeit später der Direktor dieser Abteilung und andere Kritiker des Projekts von ihren Posten abgelöst. Auch das Nationale Planungsinstitut (INP) stellte damals fest, daß das Projekt weder der Bevölkerung der Region noch dem Lande irgend einen Nutzen bringen würde.[11]
Trotzdem erhielt der CAS, der sich im April 1979 mit einem Gesellschaftskapital von nur 5 US-Dollar (!!!) in das peruanische Handelsregister eintragen ließ, ohne Vorbedingungen 299.500 ha unerschlossenes Urwaldgebiet.

Der offizielle Projektplan

Die Investitionskosten schätzt der CAS auf mindestens 100 Millionen US-Dollar. Das geplante Agro-Unternehmen soll sowohl Viehzucht (Fleischverarbeitung) als auch zur besseren Rentabilität Holzverarbeitung betreiben.
Verteilt auf 24 Viehzuchtzentren mit einer Gesamtweidefläche von 140.000 ha sollen in der Endphase des Projektes 240.000 Stück Vieh gehalten werden können. Für die Fleischverarbeitung ist an Ort und Stelle eine eigene Fabrik geplant. Von einem Computerzentrum aus soll das Viehzuchtprojekt gesteuert werden. Die CAS-Experten hoffen, bis zum Jahre 2000 ca. 6 % des gesamten peruanischen Fleischbedarfs mit der Produktion des Unternehmens decken zu können.

Diese Kalkulation klingt zynisch, wenn man weiß, daß durch die Aushungerungspolitik der Regierung der nationale Fleischkonsum, besonders der unteren Schichten, stark zurückgegangen ist. Im Grunde spekuliert der CAS darauf, im internationalen Fleischgeschäft mitzumischen.
Für die Holzverarbeitung sollen 3 Sägewerke installiert werden. Durch den hohen technischen Stand der gesamten Produktion können nach Angaben der Planer lediglich 3.600 Arbeitsplätze in der Viehzucht und 1.200 in der Holzverarbeitung geschaffen werden. Die infrastrukturellen Maßnahmen beinhalten den Bau eines lokalen Straßennetzes sowie eines eigenen Flughafens.[12]

„Zufällige" Gold- und Uranvorkommen

Monatelang rätselten Fachleute und die peruanische Presse, warum der CAS ausgerechnet auf dieses Territorium in Madre de Dios ein Auge geworfen hatte. Viehzucht, Holz- und auch Paranußausbeutung sind zwar lohnende Geschäfte, aber die Investitionskosten in einer infrastrukturell kaum erschlossenen Region ständen in keinem Verhältnis zu den jährlich zu erwartenden Renditen. In ähnlicher Weise äußerte sich zum Beispiel der Ex-Agrarminister der ersten Belaunde-Regierung Rafael Cubas Vinatea auf einer Tagung der Universidad Agraria de La Molina, als er die Rentabilität des Projektes bestritt.[13]
Andere Zonen des ausgedehnten peruanischen Amazonastieflandes würden sich als Standort für große Viehzuchtprojekte viel besser eignen. Oder sollte der CAS das Viehzuchtprojekt nur vorgeschoben haben, um später in ganz andere Geschäfte einzusteigen?

Diese Vermutung erhielt neuen Aufwind, als Anfang Juni 1981 bekannt wurde, daß in dem betreffenden Gebiet bedeutende Gold- und Uranvorkommen liegen.[14] Es fällt verständlicherweise sehr schwer, hier an einen Zufall zu glauben.
Zwar braucht man nach dem peruanischen Bergbaugesetz eine besondere Lizenz, um Gold bzw. Uran zu gewinnen, aber bei seinen guten Kontakten dürfte es dem CAS nicht schwer fallen, auch dieses Problem zu lösen.

Ein ökologisches Desaster

Das weiträumige Abholzen eines so riesigen Urwaldareals, wie es der CAS realisieren will, würde katastrophale Folgen für die Ökologie des südostperuanischen Amazonastieflandes haben. Das erklärten bereits peruanische und ausländische Agrarexperten.
Wie die betreffende Gegend später aussehen würde, kann man sich heute u.a. im Nordosten von Brasilien ansehen, wo Bodenerosion weite Landstriche in trostloses Ödland verwandelt hat. Hinzu kommt, daß in Madre de Dios nicht nur der CAS, sondern auch, wie anfangs erwähnt, die Royal Dutch Shell ein Großprojekt auf Kosten der Umwelt plant. Schon heute betreiben dort verschiedene nationale Holzfirmen eine selektrive Rodung des Urwaldes.

Die Vernichtung indianischer Gemeinschaften

Die geringsten Gedanken machte sich die CAS-Lobby im Agrarministerium über das Schicksal der Tieflandethnien, die in dem 299.500 ha großen Urwaldareal leben. Man erklärte sie einfach für nicht existent. Dem schloß sich auch Alberto Capriotti an, der in einem Zeitungsinterview erklärte, er wüßte von keinem Indianer auf dem von der CAS deklarierten Land.[15]
Im Agrarministerium hätte man es eigentlich besser wissen müssen, denn die Comunidad Nativa San Jose del Karene hatte von demselben Ministerium einen Landtitel über 5.000 ha ausgestellt bekommen. Doch da die Interessen internationaler Banken und der Somoza-Familie in Peru einen höheren Stellenwert haben als die rechtlichen Ansprüche einheimischer Indianer, wurde deren Besitztitel einfach dem CAS-Imperium einverleibt. Folgende Comunidades Nativas sind von dem Projekt bedroht und müssen bald ihren Lebensraum verlassen: die Comunidades Amarakaeri von Puerto Luz, von Barraco Chico, von Boca de Inambari, die Comunidad Toyoeri von Lagarto und die Comunidad Amahuaca von Santa Maria.

Mit welchen Methoden Capriotti die Indianer los werden will, bleibt zunächst abzuwarten. Seine reichhaltigen Erfahrungen im Umgang mit 'widerspenstigen' Bauern, die er in Somoza's Nikaragua erwerben konnte, lassen aber jetzt schon schlimmes befürchten.

Die Belaunde-Regierung hält am Projekt fest

Es klingt unglaublich: ein vor wenigen Jahren außerhalb von Nikaragua unbekanntes Unternehmen, dessen Struktur absichtlich im Dunkeln belassen wird, um die Zugehörigkeit zum Somoza-Imperium zu verschleiern, bekommt ohne genaue Studien und nach Einzahlung von 5 Dollar 299.500 ha Land. Selbst als sich herausstellte, daß dieses Unternehmen nebenbei noch die größten nationalen Uran- und Goldressourcen kassiert hat, sah die gegenwärtige Regierung keine Veranlassung, den Vertrag zu kündigen. Aufgrund von Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen könnte der Vertrag sofort für ungültig erklärt werden. Stattdessen räumte Agrarminister Nils Ericsson Correa dem Unternehmen im April des Jahres eine 4 Monate Frist ein, um die ausstehenden technisch-ökonomischen Studien endlich vorzulegen.[16]
Es ist anzunehmen, daß darin die ökologischen Folgen verharmlost und die Existenz der indianischen Gemeinschaften weiter verschwiegen wird.
Abgeordnete der Oppositionsparteien IU und APRA forderten inzwischen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Aktivitäten des CAS unter die Lupe nehmen soll.[17] Alberto Capriotti und seiner Lobby ist es aber anscheinend gelungen, solche Bestrebungen noch einmal zu verhindern.

Anmerkungen:

1) vgl. dazu Klaus Rummenhöller: „Der Goldboom in Madre de Dios", in: Ethnologische Ansichten, Nr. 8, Oktober 1981 West-Berlin (Verlag „Das Arsenal")
2) vgl. AP-Meldung vom 12.7.1981
   Für den Fall, daß die Menge des kommerziell erschließbaren Rohöls 400 Mill. Barrel überschreiten sollte, erhöht sich die im Vertrag festgelegte Mindestinvestitionssumme auf 1,5 bis 2 Milliarden US-Dollar
3) vgl. el diario, Lima, vom 30.5.1981
4) vgl. La Selva, Puerto Maldonado, vom 16.9.1980 und 24.9.1980
5) vgl. el diario, vom 30.5.1981
6) vgl. La Selva, vom 24.9.1981
7) vgl. Kompass, 18th Edition, Register of British Industry and Commerce, Seite 934, 1980, London
8) Die Libra Bank London umfaßt die Chase Manhatten Overseas Banking Corp., die Royal Bank of Canada Holdings und die National Westminster Bank Ltd.
9) vgl. el diario, vom 1.6.1981
10) vgl. La Selva, vom 24.9.1980
   Hugo Gotuzzo Wuffarden war ein ehemaliger peruanischer Großgrundbesitzer aus Ica, der im Zuge der Agrarreform der Velasco-Regierung enteignet wurde und daraufhin nach Nikaragua auswanderte. Dort trat er 1977 als einer der Initiatoren des CAS-Engagements in Peru auf.
11) vgl. el diario, vom 30.5.1981 und 1.6.1981
12) alle Angaben aus La Selva, vom 16.9.1980 und 24.9.1980
13) vgl. el diario, v. 2.6.1981
14) vgl. el diario, v. 3.6.1981
15) vgl. La Selva, v. 24.9.1980
16) vgl. el diario, v. 1.6.1981
17) vgl. el diario, v. 3.6.1981

Klaus Rummenhöller / Claudia Maennling



Internationales Netzwerk gegen Agrarmultis gegründet

Internationales Netzwerk gegen Agrarmultis gegründet.

Auf dem Bundeskongreß der Entwicklungspolitischen Gruppen (BUKO) im Herbst 1981 in Berlin, wurde ein erster Versuch gemacht, alle Gruppen zu koordinieren, die in Westdeutschland zum Thema Agrobusiness arbeiten.
Einen ähnlichen Versuch gibt es nun auch auf internationaler Ebene. Anfang Dezember letzten Jahres trafen sich in Amsterdam Vertreter von 20 Gruppen aus acht westeuropäischen Ländern (Frankreich, Italien, Großbritannien, Dänemark, Holland, Schweiz, Belgien und BRD). Eingeladen wurden sie von der Organisation „Transnational Information Exchange", die aus der Arbeit des „Transnational Institute" in Amsterdam entstand und bisher vor allem die Gewerkschaftsarbeit bei Auto- und Elektromultis zu koordinieren versuchte.
Das Spektrum der vertretenen Gruppen war sehr breit, es reichte von rein universitären „Research Groups" aus Belgien und Dänemark bis zu den sehr aktionsorientierten Gruppen aus der Schweiz (Erklärung von Bern). Das hatte zwar den Vorteil eines regen Informationsaustausches (1), machte es aber sehr schwierig, eine gemeinsame Basis und Orientierung zu finden. Daher war es auch nicht sehr einfach, sich darüber zu einigen, wo man an dem Riesenbereich „agro-business" ansetzen soll. Trotz zahlreicher Publikationen hatten – mit Ausnahme der Schweizer – alle Gruppen den Eindruck, daß die vorliegenden Informationen über die Tätigkeiten der Konzerne im europäischen Bereich nicht ausreichen, um Kampagnen, Boykotte oder direkte Aktionen durchzuführen. Bisherige Untersuchungen haben sich hauptsächlich auf US-Konzerne bzw. auf den amerikanischen Markt konzentriert. Von Europa weiß man zwar, daß ein Großteil der Fleisch- und Milchproduktion der EG auf Futtermittelimporten aus der Dritten Welt basiert, aber welche Firmen sich im einzelnen daran beteiligen, wie der Markt organisiert ist und welchen Einfluß die EG-Politik auf diesen Markt hat, ist bisher noch zu wenig untersucht.
Deshalb wurde beschlossen, den Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit zunächst auf die Untersuchung der Tätigkeiten europäischer Unternehmen bzw. US-Filialen in Europa und des EG-Marktes zu legen. Darüber hinaus sollen mehr Kontakte zu den entsprechenden Gewerkschaften aufgenommen werden, weil ohne Zusammenarbeit mit Beschäftigten innerhalb der Konzerne sich vieles nicht aufklären läßt. Als erster konkreter Schritt wurden fünf Arbeitsthemen festgelegt, zu denen bis zum nächsten Treffen intensiv recherchiert werden soll. Im einzelnen sind das die folgenden Themen (in Klammern sind die jeweiligen Kontaktpersonen angegeben):

- **Futtermittelimport/Getreidehandel (Theo Ruytter c/o OSACI, Prinshendrikkade 48, Amsterdam)**
- **Agrochemiefirmen (Peter Arnold, Voorstr. 91, 2800 Bremen)**
- **Nahrungsmittelverarbeitung/Neue Technologien und deren Auswirkungen (Paul Elshof, SOMO c/o TNI, Paulus-Potterstraat 20, 1071 DA Amsterdam)**
- **Soziale Konsequenzen der EG-Politik für die Bauern (Collin Hines, c/o „Earth Ressource Research", 258 Pentonville road, London N 1**
- **Einfluß der Banken im europäischen Agro-business (David Figg, c/o Latin America Bureau, 1 Amwellstreet, London EC 1 R 1 U C)**

Leser, die Tips oder Material haben zu den obigen Themen, sollen sich bitte an die genannten Kontaktadressen wenden.
Für das nächste Treffen, das am 5. Juni in London stattfindet, soll außerdem für jedes Land eine Übersicht aller im Agrarbereich tätigen Konzerne erarbeitet werden. Undiskutiert blieb, ob und wie die Zusammenarbeit mit Bauerngruppen oder Verbraucherorganisationen aufgenommen werden soll. Nicht geklärt wurde auch, wie der Kontakt zu Gewerkschaften und Gruppen nicht vertretener Länder hergestellt werden kann.
Trotz dieser ungelösten Probleme ist das Natzwerk ein guter Ansatz, der der Solidaritätsarbeit neue Impulse geben kann. Die Schweizer Kampagne gegen Del Monte und Dole Ananas wäre sicher erfolgreicher, wenn sie durch ähnliche Kampagnen in andere Länder unterstützt würde. Beim nächsten Treffen sollten daher mehr Gruppen und Länder vertreten sein. Vor allem solche Gruppen, die diesem Zusammenschluß eine größere Aktionsorientierung geben könnten.
Gruppen, die mitarbeiten wollen, können sich an die folgende Adresse wenden:

TIE c/o Transnational Institute
Paulus-Potterstraat 20
1071 DA Amsterdam
TEL.: 0031 / 20 / 72 66 08

1) Hiervon eine kleine Auswahl:
Eine gute Dokumentation über den Getreidehandel sowie ein gutes Archiv über Multis gibt es bei: Stichting BASTA, Postbus 1552, NL Nijmegen.
Eine kommentierte Bibliographie zum Thema Agro-business sowie ein monatliches Bulletin zum gleichen Thema gibt es bei: IDOC (International Documentation Centre), Via Sancta Maria del Anima 30, I-Roma.
Empfehlenswert ist auch das Handbuch „Hunger ist ein Skandal" das bei der „Erklärung von Bern" Gartenstraße 27, 8004 Zürich erhältlich ist. Hier ist auch eine ausführliche Bibliographie des „Institute for Food and Development, San Francisco zu beziehen.
Zum Saatgutproblem gibt es Hintergrundmaterial bei der Multigruppe im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30.

hasch

(durch die Red. leicht gekürzt und überarbeitet)

Bangladesh

Verborgener Krieg in Bangladesh

Die repressive Minoritätenpolitik der Regierung Bangladeshs in den Chittagong Hill Tracts.

Schon immer werden die Rechte und die Interessen von Minderheiten denen der Mehrheit geopfert, sobald sie mit diesen in Widerspruch geraten.
Diese Erfahrungen müssen seit vielen Jahren auch die etwa 500 000 Bewohner der Chittagong Hill Tracts machen. Dieses schwer zugängliche Berggebiet liegt in Bangladesh, an der Grenze zu Indien und Burma. Seine Bewohner sind mongolischen Ursprungs und in ihrer Mehrheit buddhistisch, während die Bewohner der übrigen Landesteile Bangladeshs vor allem Bengalen sind und dem Islam angehören.
Während der englischen Konolialzeit wurde diesem Gebiet in gewissem Umfang ein autonomer Status, mit eigener Verwaltung und eigener Polizei zugebilligt. Wichtig war auch, daß in dieser Zeit die Einwanderung in dieses Gebiet verboten wurde, was den Bewohnern der Chittagong Hill Tracts einen Schutz für ihre kulturelle Identität bot.
Das änderte sich jedoch nach dem Ende der englischen Kolonialzeit, als dieses Gebiet Pakistan zugesprochen wurde. Die pakistanische Regierung hob die Sonderregelungen für dieses Gebiet zwar erst 1964 auf, unternahm aber bis dahin nichts, um sie durchzusetzen. Daher begannen schon kurz nach der Uabhängigkeit bengalische Bauern in das relativ dünn besiedelte Bergland einzuwandern. Für die Regierung war dies eine einfache Lösung der sozialen Probleme, die im Tiefland durch Bodenknappheit und massive Verelendungsprozese entstanden.
Zu ersten blutigen Auseinandersetzungen kam es aber erst, als Anfangs der 60er Jahre am Karnaphuli-Fluss ein Staudamm gebaut wurde, der große Teile des fruchtbarsten Bodens überschwemmte und damit mehr als 90 000 Bewohnern des Berglandes die Existenzgrundlage vernichtete. Ein bewaffneter, organisierter Widerstand begann sich 1972 mit der Gründung der »Shanti Bahini« (Friedenskämpfer) zu formieren. Damals wurde nämlich deutlich, daß die neue, von Pakistan unabhängige Regierung Bangladeshs, nicht gewillt war, die Einwanderung weiterer Siedler zu verhindern. Die Forderung nach Autonomie wurde abgelehnt und im Gegenzug mit militärischen Aktionen beantwortet, in deren Verlauf mehrere tausend Menschen umgekommen sein sollen. Auch die Regierungen, die inzwischen folgten, waren bisher nicht bereit, auf die Forderungen der Bergbevölkerung einzugehen. Im Gegenteil, sie förderten durch staatliche Hilfe und durch großzügige Versprechungen die weitere Einwanderung von Siedlern.
Um den Widerstand der Bergbevölkerung gegen diese Politik zu brechen, werden starke Militär- und Polizeieinheiten in den Chittagong Hill Tracts eingesetzt.
In den letzten vier Jahren hat sich daher die Situation erheblich zugespitzt. Zusammenstöße zwischen der Bergbevölkerung und den Siedlern bzw. dem Militär haben sich gehäuft. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen ist es dabei zu Zerstörungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und zu Ermordungen gekommen und schließlich sogar zu Massakern, denen mehrere hundert Menschen zum Opfer fielen.
Das hier auszugsweise abgedruckte Interview mit dem Parlamtentsabgeordneten *Upendra Lal Chakma* vermittelt einen guten Eindruck dieser Ereignisse. Upendra L. Chakma gehört der sozialistisch orientierten Partei Jatiyo Samajtantrik Dal (JSD) an und ist seit mehreren Jahren einer der Abgeorneten für die Chittagong Hill Tracts. Gemeinsam mit zwei weiteren oppositionellen Abgeordneten, hatte er 1980 nach einem Massaker, das Armeeinheiten in einem Dorf der CHT verübten, die Öffentlichkeit auf die Politik der Regierung aufmerksam gemacht. Obwohl sich seither der Druck auf die Regierung verstärkt hat, um diese zu einer politischen Lösung des Konfliktes zu drängen, konnten bisher keine wesentlichen Ergebnisse erzielt werden. Ende 1980 wurde von der damaligen Regierung Z. Rahmans sogar ein Gesetz vorgeschlagen (Disturbed Area Act), das die Regierung dazu ermächtigt, Landesteile zu »unruhigen Gebieten« zu erklären. Der Armee und der Polizei sollen damit praktisch uneingeschränkte Machtbefugnisse erteilt werden, die selbst willkürliche Erschießungen erlauben.
Obwohl dieser Gesetzesentwurf aufgrund des Widerstandes im Parlament bisher nicht verabschiedet werden konnte, ist das für die Zukunft nicht auszuschließen, vor allem dann nicht, wenn sich die Situation in den Chittagong Hill Tracts weiter zuspitzen sollte.
Wir drucken daher im Anschluss an das Interview noch einen Aufruf ab, der dazu auffordert, bei der Regierung Bangladeshs gegen ihre Minoritätenpolitik und gegen die noch immer geplante Einführung des »Disturbes Area Act' s « zu protestieren.

Red.

Quellen: »blätter des iz3w«, Nr. 95, August 1981, S. 46-50;
Amnesty International, ASA 13/03/80, Distr. NS/CO
Times of India, January 5/6, 1981
Far Eastern Economic Review, 19. Dec. 1981

Interview mit Upendra Lal Chakma,

F: *Welche Ereignisse führten zu der Massenflucht von in den Chittagong Hill Tracts (CHT) lebenden Stammesangehörigen in dem Bundesstaat Tripura?*
A: Vor den schweren Zwischenfällen, die sich am 26/27/28 Juni 1981 in dem Bezirk Belchari (Polizeidistrict Maliranga) ereigneten, war es in Goumti zu einem Anschlag der Shanti Bahini auf bengalische Siedler gekommen, wobei nach mir vorliegenden Informationen einige Häuser dieser Siedler niedergebrannt wurden. Als Vergeltung verübten in dem gesamten Bezirk Belchari die

bengalischen Siedler mit Unterstützung von Armee- und Polizeikräften, sowie mit Hilfe der Bangladesh Rifles (Grenzschutz) und der Miliz (Ansars) ein dreitägiges Massaker, in dessen Verlauf der Großteil der Häuser der dort ansässigen Stammesbevölkerung niedergebrannt wurde. Ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und Alte zu nehmen, wurde die Stammesbevölkerung mit den verschiedensten Waffen, einschließlich Messern und Speeren attackiert und viele, die nicht fliehen konnten, kamen in ihren brennenden Häusern ums Leben. Mehr als 500 Menschen fielen den Überfällen zum Opfer. In vielen Fällen suchten die Menschen Schutz in den Armee-Camps, wurden aber zurückgewiesen. Weder die Polizei noch die Armee gewährte ihnen Schutz. Die Stammesbevölkerung war gezwungen, vor den sie weiter verfolgenden bengalischen Neusiedlern zu fliehen. In dieser Situation wagte niemand indie betroffenen Dörfer zu gehen, um sich von der Lage ein Bild zu verschaffen. Auch in meiner Eigenschaft als der für das Gebiet zuständige Parlamentsabgeordnete, gewährten mit die Regierungsstellen nicht den notwendigen Schutz, so daß auch ich die betroffenen Gebiete nicht besuchen konnte. Bis heute konnte ich Informationen sammeln, die präzise Auskunft über den Tod von bislang 46 Personen geben. Die Informationen, die mir vorliegen, ergeben keineswegs ein vollständiges Bild, da die Betroffenen in den Wäldern Zuflucht suchten und Hinweise über das Schicksal dieser Menschen nur sporadisch bekannt werden. Auf mein Verlangen hin erhielten 300 bis 400 Familien eine geringfügige Hilfe (100 Taka pro Familie, sowie ein Kleidungsstück pro Person) von den lokalen Behörden. Angesichts der Erfordernisse einer meist aus 6, 7, 8 oder mehr Köpfen bestehenden Familie, die ohne Nahrungsmittel und Unterkunft ist, sind 100 Taka nichts. Die meisten wagten ohnehin nicht aus den Wäldern zu kommen, selbst di Verletzten suchten nur in den seltensten Fällen Hospitäler auf.

Um wieder Ruhe herzustellen, versprach die Regierung den Betroffenen eine Entschädigung von 1000 Taka in jenen Fällen in denen die Häuser zerstört wurden und 500 Taka für die übrigen Familien, sowie die Versorgung mit Reis über einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten. Soweit mir bekannt ist, wurden diese Versprechungen nicht erfüllt, woraufhin die Stammesbevölkerung auch den Sicherheitsgarantien keinen Glauben schenkte umd auch jene die zwischenzeitlich in ihre Dörfer zurückgekehrt waren, erneut in die Wälder und schließlich über die Grenze nach Indien flüchteten.

Bezeichnend für die Haltung der Regierung ist, daß lange behauptet wurde, es seien allenfalls 5.000 Menschen nach Indien geflohen, tatsächlich wurden aber bei der Repatriierungsaktion (Anm.: abgeschlossen am 3. 12. 81) offiziell 16.900 rückkehrende Flüchtlinge registriert. Die Regierung hat bekanntgegeben, daß die zurückgekehrten Flüchtlingsfamilien 150 Taka und ca. 40 Kg Reis erhalten. Ich befürchte jedoch, daß ähnlich wie in früheren Fällen, diese Versprechungen nicht eingehalten werden, was für viele Hungersnot und sogar den Tod bedeuten könnte. So stellt im übrigen die Zeitung Ittefag vom 30. 11. 81 fest, daß für eine ausreichende medizinische Versorgung der Flüchtlinge, die zurückkehren, nicht gesorgt ist.

F: *Gibt der Wechsel im Präsidentenamt und die Neuformierung der Regierung Anlaß zu Hoffnungen; könnte es zu einer Neuorientierung der Politik gegenüber der Stammesbevölkerung kommen?*

A: Ich glaube nicht, daß sich die Poliltik gegenüber der Stammesbevölkerung wesentlich ändern wird, wenn nicht Druck von außen die Regierung dazu zwingt. Vor einem Jahr wurde ein vertraulicher Brief an alle 20 District-Commissioners bekannt, in dem diese aufgefordert wurden, Listen mit jeweils 5000 landlosen Familien zu erstellen, die für die Umsiedlung in die CHT in Frage kämen. Dies würde den weiteren Zuzug von 100.000 Familien, bzw. 500.000 bis 600.000 Menschen bedeuten. Während der Anteil der bengalischen Bevölkerung am Ende der Kolonialzeit, also 1947 in den CHT bei 1,5% lag, beläuft er sich heute auf 40%. Die Beschränkungen, die in britischer Zeit die Stammesbevölkerung vor Überfremdung



Verwundeter buddhistischer Priester

schützten sind formal noch gültig, finden jedoch keine Beachtung. Ich hege für die Zukunft keine großen Hoffnungen, dennoch bleibt abzuwarten, ob z. B. der Premierminister Shah Aziz, nun, da er weiter an Einfluß gewonnen hat, Konsequenzen auf früheren Äußerungen zieht, in denen er sich für eine politische Lösung ausgesprochen hat. Die Tatsache, daß nahezu 17.000 Menschen über die Grenze flüchteten, wirft kein gutes Licht auf die Politik der Regierung und stellt eine Herausforderung dar. Falls man daraus gelernt hat, sollte das eigentlich in der praktischen Politik — auch dieser Regierung — sichtbar werden.

F: *Kam es in letzter Zeit verstärkt zu Zusammenstößen zwischen Regierungskräften und den Shanti Bahinis?*

A: Ja, da aber die Kommunikationsverbindungen in den CHT nicht entwickelt sind, ist ein genauer Überblick über die Situation nur schwer zu erlangen.

F: *Treffen Angaben zu, nach denen die Guerillas über mindestens 10 000 Mann verfügen?*

A: Ich kenne die Zahl nicht, es können 10 000, aber möglicherweise auch 15 000 oder 20 000 sein.

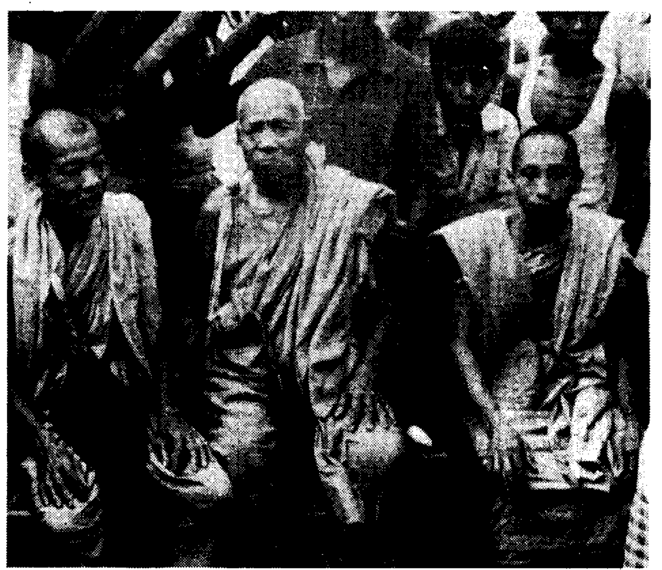
F: *Die Regierung Bangladeshs behauptet, Indien unterstütze die Guerillas, lasse sogar Trainingscamps zu.*

A: In jedem Land — nicht nur in Bangladesh — in dem eine solche Bewegung existiert, behauptet die jeweilige Regierung ausländische Einmischung. Da Indien der Nachbarstaat ist, liegt es für die Regierung nahe, zu behaupten, Indien unterstütze Manabendra Larma (Anm: Führer der Shanti Bahini). Ich persönlich kann nicht beurteilen, ob diese Behauptungen zutreffen. Die Shanti Bahini verfügen nach, meiner Information über Waffen, die aus der Zeit des Befreiungskrieges stammen. Als Larma Abgeordneter war, forderte er von Mujibur Rahman einen autonomen Status für die CHT, aber dieser wies

solche Forderungen weit von sich, obwohl wir ebenfalls am Unabhängigkeitskrieg teilgenommen und so zur Entstehung dieses Staates beigetragen hatten. Nach der Ermordung Mujib und der Machtübernahme durch Zia Rahman begann eine forcierte Militarisierung der CHT mit der Errichtung zahlreicher Armeecamps, woraufhin Larma und die Shanti Bahini in den Untergrund gingen.

F: *Fordern die Shanti Bahini die Loslösung der CHT von Bangladesh?*

A: Nein, das Ziel ist nicht staatliche Unabhängigkeit, nicht die Loslösung, sondern die Autonomie, die den bedrängten Menschen Schutz vor der totalen Eliminierung durch die Majorität gewähren soll. Wir wünschen eine konstitutionelle Garantie unserer Existenz, die Gewährung fundamentaler Menschenrechte, unsere kulturelle



Vom Halampati – Massaker betroffene Bevölkerung vor der parlamentarischen Delegation

Eigenständigkeit. Ähnliche Forderungen erhebt auch Larma. Auch die Shanti Bahini fordern nicht die Loslösung von Bangladesh, sondern einen autonomen Status für die CHT. Gewährte man uns Autonomie, fänden die Probleme ein schnelles Ende. Solange die Regierung versucht, die Probleme nicht mit politischen sondern mit mililtärischen Mitteln zu lösen, ist keine Lösung in Sicht. Der Stammesbevölkerung droht heute die totale Eliminierung. Es ist meine persönliche Überzeugung, daß Bangladesh auch unser Vaterland ist, daß wir zu Bangladesh gehören. Wir verlangen politische Konzessionen innerhalb dieses Staates, wie sie uns bereits die Briten gewährt hatten. Mit welchem Recht behauptet die Regierung, hier handle es sich um eine sezzessionistische Bewegung? Würde die Regierung einem Dialog und Verhandlungen zustimmen, so würde sich erweisen, daß dies nicht zutrifft.

Das Interview führte Georg Krähmer am 4. Dezember 1981.

Ausführliches Material ist erhältlich beim Internationalen Versöhnungsbund / Hof van Sonoy 15-17 / 1811 LD Alkmar / Holland

Aufruf

Wir fordern Euch auf, Euch dem Protest gegen diese Politik äußerster Repression anzuschließen und an Präsident Abdus Sattar einen Protestbrief folgenden oder ähnlichen Inhalts zu schicken:

Excellency,

Ten years ago the world welcomed the independence of Bangladesh with a great reservoir of good will. Today, disturbing reports of your government's policies in the Chittagong Hill Tracts are increasingly coming to light, severely shaking world respect and support for your country.

Independent sources report that the tribal people of the Chittagong Hill Tracts have been subject to summary killings, torture, arrest and detention without charges, harassment, and the wholesale destruction of not only homes but entire villages. We are most deeply concerned about these events the latest of which happened in June 1981 and forced nearly 17 000 tribal people to flee abroad.

Mr. President, I appeal to you and your government to withdraw the Disturbed Areas Act proposed in August 1980 and to take urgent steps to guarantee these minority peoples' human rights, including land tenure as well as political and cultural rights.

Sincerely yours,

An folgende Addresse: President Abdus Sattar
President's Secretariat
Bongo Bhaban
DACCA
Bangladesh

Excellenz,

vor 10 Jahren begrüßte die Weltöffentlichkeit die Unabhängigkeit Bangladeshs mit viel Wohlwollen.

Heute jedoch tauchen verstärkt beunruhigende Berichte über die Politik Ihrer Regierung in den Chittagong Hill Tracts auf, die den Respekt der Weltöffentlichkeit und die Unterstützung für ihr Land ernsthaft gefährden.

Unabhängige Beobachter berichten, daß die Stammesbevölkerung der Chittagong Hill Tracts Massentötungen ausgesetzt sind, von Folter, Verhaftungen ohne Angabe von Gründen, von Belästigungen und Massenzerstörungen nicht nur einzelner Häuser, sondern ganzer Dörfer wird berichtet.

Wir sind tief betroffen von diesen Ereignissen, bei denen zuletzt im Juni 1981 17 000 Menschen der Stammesbevölkerung gezwungen waren, ins Ausland zu fliehen.

Herr Präsident, ich appelliere an Sie und Ihre Regierung, das im August 1980 verhängte Notstandsgesetz (Disturbed Area Act) aufzuheben und ernsthafte Schritte zu unternehmen, um die Menschenrechte dieser Minderheiten zu garantieren, was sowohl Landbesitzrechte, als auch politische und kulturelle Rechte beinhaltet.

Hochachtungsvoll,

DIE ARMEN PRIMITIVEN – SCHÜLER SCHREIBEN ÜBER AFRIKA

Einleitung

Dritte-Welt-Gruppen und entwicklungspolitische Institutionen wenden sich bei ihrer Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit zu einem erheblichen Teil an Schüler: zahlreiche Materialien, die sich direkt an Schüler wenden oder die Lehrer beim Unterricht unterstützen sollen, wurden in den letzten Jahren erstellt und Schüler in der Arbeit von Verbänden oder lokalen Gruppen angesprochen. Von welchem Kenntnisstand der Schüler kann bei dieser Arbeit ausgegangen werden, auf welche Einstellungen und Vorurteile muß eingegangen oder Rücksicht genommen werden? Eine bessere Kenntnis des Konglomerats von Vorurteilen, Wissen und Unwissen in den Köpfen der Schüler ist hilfreich,um besser die Wirkungen entwicklungspolitischer Bewußtseinsarbeit beurteilen zu können. Der in der Bewußtseinsarbeit Tätige muß die Einstellungen der Schüler kennen, um an ihnen ansetzen und sie in eine bestimmte Richtung verändern zu können. Im folgenden wird versucht, zu dieser Bestandsaufnahme beizutragen.

Um die Einstellungen von Schülern zur Dritten Welt erheben zu können, habe ich im Rahmen meiner psychologischen Diplomarbeit etwa 500 Schüler baden-württembergischer Realschulen und Gymnasien im Deutschunterricht gebeten, Aufsätze zu schreiben (1). Die Aufsätze werden im folgenden auszugsweise veröffentlicht. Das Thema der Aufsätze bezog sich auf Afrika, da hier das Bild einer fremden (oder auch fehlenden) Kultur am stärksten vorhanden sein dürfte und rassistische Vorurteile wohl am ehesten offenbar werden. Diese Aufsatzmethode, angeregt durch die erschreckende Studie D. Bossmanns „Was ich über Adolf Hitler gehört habe" (2), hat mehrere Vorteile: Sie ist offen, die Schüler werden nicht in ein vorgefertigtes Fragenraster gezwängt. Sie erlaubt ein relativ verdecktes Vorgehen. Schüler sind es gewohnt, im Deutschunterricht zahlreiche Aufsätze zu schreiben, sie konnten nicht sofort erkennen, was das Ziel dieser Aufsätze war und somit war die Gefahr gering, daß sie nur das schreiben, was sie als die vom Fragenden gewünschte Meinung vermuten. Und ein ganz praktischer Vorteil dieser Methode: Sie erfordert nur den Kontakt zu einer ausreichenden Anzahl von Lehrern, mit ihr ist man nicht abhängig von Genehmigungen des Kultusministeriums, dessen baden-württembergischer Dienstherr das heile konservative Weltbild zur Richtschnur der Bildungspolitik macht.

Das Thema der Aufsätze war für alle Schüler einheitlich formuliert: „Stelle Dir vor, Du würdest als Reporter einer Zeitung nach Afrika geschickt, (a) um über das Leben der Menschen dort zu berichten und (b) um herauszufinden, welche Meinung die Afrikaner über unser Land haben. Was würdest Du vermutlich berichten?" Die Reporterrolle sollte den Schülern die Identifikation erleichtern. So übernahmen besonders die jüngeren Schüler oft mit großem Engagement die Reporterrolle und berichteten als Redakteur ihrer Heimatzeitung (Ettenheimer Heimatbote, Hügelheimer Tagblatt, Heidenheimer Zeitung etc.) oder als Heute-Reporter und betteten ihren Bericht in einen entsprechenden Rahmen ein. Die vermutete Meinung der Afrikaner über Deutschland bzw. Europa wurde miteinbezogen, da von diesem Teil der Aufsätze Rückschlüsse auf die Einstellung der Schüler zu ihrer eigenen Gesellschaft möglich sind. Um Altersunterschiede erfassen zu können, wurden die Aufsätze in der 5. (ca. 11 Jahre), 7. (ca. 13 Jahre) und 9. Klassenstufe (ca. 15 Jahre) geschrieben. Eine unterrichtliche Vorbereitung auf die Aufsätze fand nicht statt, um nicht die Wiedergabe von Schulwissen oder der Lehrermeinung zu provozieren.

Bei der Entstehung der Einstellung zur Dritten Welt wirken vermutlich viele Faktoren zusammen: Elterneinstellungen, Schulunterricht in verschiedenen Fächern, Jugendliteratur, Fernsehen, kirchliche Spendenwerbung, kommerzielle Werbung etc. Einige dieser Faktoren sind in ausführlichen Untersuchungen auf ihren Vorurteilsgehalt hin überprüft worden. Teilweise kamen sehr deprimierende Ergebnisse zum Vorschein. Sowohl die inhaltsanalytische Untersuchung der Schulbücher (3) als auch die Analyse der Kinder- und Jugendliteratur (4) kamen zu dem Ergebnis, daß



Der gönnerhafte Weiße. Titelblatt von „Echo aus Afrika" September 1981, Monatszeitschrift der St. Petrus-Calver-Solidarität für katholische Mission in Entwicklungsländern. Aufforderung im Inneren des Heftes: „Ich kann mir regelmäßig ein kleines Opfer auferlegen und das Ersparte als Taufspende für ein Heidenkind geben."

das Einstellungspotential in diesen Büchern zum großen Teil verzerrt, vorurteilsstrukturiert und europazentriert ist, daß die Menschen in der Dritten Welt bestenfalls als „Auch-Menschen" einer „Restwelt" angesehen werden. Eine Betrachtung des Afrikabildes in Kinderliedern (5) bringt Erschreckendes zu Tage. Mit den Aufsätzen wird ein anderer Zugang zur Problematik europazentrierter und rassistischer Vorurteile gesucht: Nicht die Medien werden auf ihren Inhalt hin untersucht, sondern es wird der Versuch unternommen, zu erfahren, wie es in den Köpfen der Schüler aussieht, die diesen Medien ausgesetzt sind.
Wer die Aufsätze der Schüler liest, wird oft lachen müssen. Er wird meist über die falschen lachen. Er lacht beispielsweise über einen Schüler-Reporter, der „in das Tierreservat fährt, in dem die Massai leben", aber es ist sicherlich nicht auf seinem Mist gewachsen, wenn Völker der Dritten Welt in die Nähe von Tieren gerückt werden. Vielleicht beziehen auch seine Eltern „ADAC-Motorwelt", die Mitgliederzeitung des Millionen zählenden Interessenverbandes, die in einem Reisebericht aus der Dritten Welt über „Einheimische", die sich „zu einem gemütlichen Plausch auf dem Pflaster versammelt" haben, schreibt: „In diesem Zustand unterscheiden sie sich überhaupt nicht von den unzähligen, herrenlosen Hunden, die entweder müde auf dem warmen Asphalt liegen oder einem unvermittelt vors Auto laufen." (6) Vielleicht beziehen die Eltern des oben zitierten Schüler-Reporters auch „Die Zeit". Aber selbst in diesem renomierten Blatt des Bildungsbürgertums findet sich latent die Gleichsetzung von Mensch und Tier, etwa wenn in einem Reisebericht aus der Dritten Welt geschildert wird, daß es „von Kindern und Schweinen wimmelt" (7). Nicht die Schüler, die oft in aller Naivität ihr Bestes gegeben haben, sollten also Spott auf sich ziehen, sondern die Medien, die alte, bis in die Kolonialzeit zurückreichende, zur Rechtfertigung der kolonialen Verbrechen ausgesäte Vorurteile immer wieder verfestigen. Damit der Blick auf diejenigen offen bleibt, die Verantwortung tragen für das Meinungsklima, in dem die Schüler ihre Meinung gebildet haben, werden im folgenden den Auszügen aus den Aufsätzen der Schüler Beispiele aus Medien gegenübergestellt, wie europazentrierte und rassistische Vorurteile gefestigt werden.
Schwerpunkt dieses Themenblockes ist die kommentierte Wiedergabe von Auszügen aus den Aufsätzen der 500 Schüler, geordnet unter fünf Gesichtspunkten:
– Afrika, der Kontinent der primitiven und exotischen Wilden
– Afrika, der Kontinent der Armut und Unterentwicklung
– Afrika, die heile Dritte Welt
– Afrika, der Kontinent der Rassendiskriminierung
– Traumland Europa – Problemland Europa

Der letztgenannte Bereich gibt einen Überblick über das von den Schülern vermutete Bild der Afrikaner von Europa bzw. der Bundesrepublik. Mit der Auswahl der Schüleräußerungen wurde versucht, ein wirklichkeitsnahes, repräsentatives Bild der Schülermeinungen in all ihrer Widersprüchlichkeit zu zeichnen.
Der den Auszügen aus den Schüleraufsätzen folgende Artikel „Warum halten sich Vorurteile so hartnäckig", gibt einen knappen Überblick über die Funktionen, die Vorurteile für Individuen, Gruppen und Gesellschaften haben. Die Schüler, die die Aufsätze verfaßt haben, sind ja nicht nur Opfer von Elternmeinung, Medien oder anderen Vermittlern, sondern haben sich ihre Meinung über Afrika in dem von diesen Vermittlern gesetzten Feld aktiv gebildet. Für sie haben die Vorurteile eine psychische Funktion, etwa wenn sie ihre Wünsche nach Gemeinschaft oder selbstbestimmtem Leben nach Afrika projezieren und so zu einem Bild Afrikas als heiler Welt finden. Der abschließende Artikel „Politische Arbeit darf Vorurteile nicht ignorieren" stellt einige sehr bruchstückhafte Überlegungen an, welche Konsequenzen aus dem weiteren Vorherrschen europazentrierter und rassistischer Vorurteile für die Dritte Welt-Arbeit zu ziehen sind. Wir wären froh, wenn Leser hierzu sich äußern würden, Vorschläge für Aktionen gegen die Vermittler rassistischer Vorurteile machen oder über bestehende Ansätze berichten könnten.
Abschließend ist allen Lehrern und Schülern herzlich zu danken, die die Sammlung der Aufsätze ermöglicht haben.

hiwe/gc

»Die Neger haben meist auch eine sehr vielköpfige Familie, was das Überleben noch schwieriger macht. Wenn man die Sohlen dieser ärmeren Leute betrachtet, dann ist eine sehr dicke Hornhaut zu sehen. Ihnen macht es nichts aus, über Kies oder Waldboden zu gehen. Ihre harten Sohlen ersetzten praktisch die Schuhe. Auch eine Friseur können sie sich nicht leisten, das macht die überanstrengte Mutter. Oft ist sogar der Vater tot, dann ist es für die Mutter und die vielen Kinder noch schwieriger. Sie beneiden die Deutschen um viele Dinge und bewundern die frischherausgeputzten zierlichen Babys und Kleinkinder und die modebewußten geschminkten und gepuderten Damen und Ladies. Sie freuen sich auch immer wieder, wenn Medikamente aus Deutschland kommen, die doch nie ausreichen werden. Für sie ist es ein Erlebnis, wenn sie irgendwann einmal auf einem alten und klapprigen Fernsehapparat ein ungenaues Bild oder einen Film sehen. Sie beneiden die Deutschen auch darum, daß diese bald in jeder Familie einen Fernseher haben.
Sie freuen sich auch, jung und alt, wenn wir ihnen ein Bonbon oder Schokoladenstückchen in die Hand drücken. Sie rennen schnell wieder weg mit der frisch errettenden Beute, denn sie haben Angst, daß man ihnen es nimmt. Man gewinnt nur langsam ihr Zutrauen, sie sind wie scheue Rehe. Ihnen gefallen sogar die von uns nicht geliebten 10–12stöckigen Hochhäuser. Auch die Schulen, die unsere Kinder auch nicht gerade als schön bezeichnen. Und wenn wir Ihnen sagen oder zeigen, wie oft es bei uns regnet oder schneit, sprechen ihre Gesichter ungläubiges Staunen aus. Und Autobahnen sind für sie ein großes Erlebnis. Und als jeder einen Schluck Cola bekam, strahlten sie über das ganze Gesicht. So schön haben es die Deutschen!
PS. Viele Grüße an die Deutschen von den Negern.« (G7)

(1) Etwa 300 Aufsätze wurden in der erwähnten Diplomarbeit quantitativ anhand eines Kategorieen systems ausgewertet. Prozentangaben bei der Kommentierung der Aufsätze beziehen sich auf diese Aufsätze. 200 weitere Aufsätze wurden für diese Veröffentlichung ausgewertet.
(2) D. Boßmann (Hrsg.): „Was ich über Adolf Hitler gehört habe..." Folgen eines Tabus: Auszüge aus Schüleraufsätzen von heute, Frankfurt 1977 (Fischer Taschenbuch Verlag)
(3) F. Fohrbeck, A. Wiesand, R. Zahar: Heile Welt und Dritte Welt, Schulbuchanalyse, Opladen 1971 (Leske Verlag)
(4) J. Becker u. Ch. Oberfeld (Hrsg.): Die Menschen sind arm, weil sie arm sind. Die Dritte Welt im Spiegel von Kinder- und Jugendbüchern, Frankfurt 1977 (Haag + Herchen Verlag).
(5) F. Deltgen: „Der Neger im deutschen Kinder- und Jugendlied", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1977, S. 118 – 136.
(6) ADAC-Motorwelt, 1/1980, S. 44.
(7) „Die Zeit" 8.4.77

Afrika, der Kontinent der primitiven und exotischen Wilden

Hinter jeder Schüleräußerung ist die Klassenstufe und die Schulart angegeben, die der Schüler besucht. »R 5« bedeutet beispielsweise 5. Klasse Realschule, »G 7« 7. Klasse Gymnasium.

»Die Afrikaner sind Wilderer. Sie gehen noch auf die Jagd«
Vorstellungen zur Lebensgrundlage der Afrikaner

Die Vorstellung, daß die Afrikaner in wilden Stämmen im Urwald leben, dort in Hütten aus Lehm und Stroh wohnen und kaum etwas zu essen haben, außer wenn sie Jagdglück haben, ist ein sehr durchgängiges Klischee. Während die älteren Schüler insbesondere zwischen dem Leben auf dem Lande und in den afrikanischen Städten differenzieren, herrscht bei den Jüngeren der Eindruck vor, daß die meisten Afrikaner dem Klischee entsprechend leben. Soweit diese Schüler sich zur Lebensgrundlage der Afrikaner äußern, nennen sie die Jagd häufiger als die Landwirtschaft.

„Sie gehen auf die Jagd, um Nilpferde oder Tiger zu jagen. Sie sind mit Fellen gekleidet und jagen mit Speeren oder Pfeil und Bogen und sie bauen auch Fallen." (R 7)

„Auf dem Land jagen sie meistens (mit) Blasrohren. Die Pfeile, die sie aus dem Blasrohr spucken, sind mit Pflanzengift bestrichen. Ein Mensch braucht dort im Durchschnitt einen km² Jagdrevier." (G 7)

„Die Männer standen morgens sehr früh auf und gingen auf die Jagd. Die Frauen und Kinder (und die Wachen) blieben im Dorf zurück. Sie wuschen zuerst die Kinder und dann sich selbst in einem Fluß. Danach gingen die Kinder baden und die Frauen an ihre Arbeit. Sie wuschen die Teller und die Wäsche. Am Nachmittag kamen die Männer von der Jagd zurück und brachten fünf Hasen und ein Wildschwein ins Dorf. Das Abendessen wurde zubereitet und der Medizinmann trat aus dem Zelt. Wir machten einen Kreis um die Beute und tanzten und sangen. Der Tanz dauerte eine halbe Stunde. Danach dankten sie den Göttern." (G 7)

Neben der Jagd halten einige Schüler auch das Sammeln von Beeren, Wurzeln und anderen Pflanzen für die wichtigste Nahrungsquelle der Afrikaner.

„Es gibt wandernde und seßhafte Afrikaner... Die Afrikaner haben sehr wenig zu essen. Sie graben Wurzeln aus und sammeln Beeren für ihre Ernährung." (G 7)

„Die Männer und älteren Kinder (hauptsächlich Jungen) gehen schon früh in den Dschungel, um Eßbares und Brennholz zu suchen. Es kommt sogar öfters vor, daß nur mehr die Hälfte von den Ausgezogenen zurückkehrt, da der eine oder andere von einem wilden Raubtier angegriffen oder von einer Giftschlange gebissen und tödlich verletzt wird. Die Frauen räumen derweil die Hütten auf." (G 7)

„Die in der Natur lebenden Afrikaner leben von der Jagd und vom Sammeln. Sie sind Sammler und Jäger und leben noch wie unsere Vorfahren in der Steinzeit." (G 7)

Ein Teil der Schüler hat entschieden realistischere Vorstellungen über die Grundlagen der afrikanischen Wirtschaft. Landwirtschaft und Viehzucht werden, insbesondere bei den älteren Schülern, häufiger angesprochen. Nur sehr selten dagegen werden Handwerk, Industrie und Bergbau erwähnt.

„Dort gibt es keine Läden, was sie essen, müssen sie sich selbst anbauen". (R 5)

„Sie halten sich Ziegen, Schafe und Kühe". (R 7)

„In Afrika sind die meisten Neger Analphabeten. Die meisten sind Kleingärtner von Beruf und versorgen sich selbst. Nur wenige haben einen zivilisierten Beruf gelernt."

„Manchmal machen sie auch aus Ton (Krüge, Töpfe), aber nur die, die in Siedlungen wohnen, und verkaufen sie in der Stadt." (G 7)

„Manche arbeiten auch in Fabriken oder Industrien." (R 7)

Tourismus, Nahrungsmittelhilfe, ja sogar der Verkauf von wilden Tieren an europäische Zoos wird von einigen Schülern als wichtigste Lebensgrundlage der Afrikaner angesehen.

„Im Sommer bekommen wir viel Arbeit, da kommen Touristen und die Geschäfte, und wir bekommen Geld ins Haus. Ich würde sagen, der Unterhalt wird uns von den Touristen bezahlt." (R 7)

„Sie müssen zum Teil von Almosen der Touristen leben." (R 5)

„Viele Afrikaner verdienen sich ihr Brot auch durch Schnitzereien und Knüpfereien, die sie an leichtgläubige Touristen verscheppern." (R 9)

„Ich als Starreporter in Afrika – Ich erzähle: Als ich aus dem Flugzeug stieg, kamen mir viele Indianermänner entgegen und tanzten mir einen Tanz vor. Ich wußte, warum sie mir vortanzten, sie verdienen ja so wenig und sie wollten mehr verdienen. Ich gab jedem Tänzer 2 Dollar, insgesamt waren es 40 Dollar. Sie bissen gleich hinein." (R 5)

Attacken aus den Negerreservaten

Aus einem Bericht über die „Safari-Rallye" in Ostafrika 1980:
„Von den am Gründonnerstag in Nairobi gestarteten Wagen fielen 23 aus, 25 kamen also ans Ziel in der Hauptstadt von Kenia. In früheren Jahren gehörten bei größeren Startfeldern nur 12 oder 14 Ankömmlinge zur Tagesordnung. Undurchdringliche Wasserlöcher, in Sturzbäche verwandelte Straßen, weggeschwemmte Pfade, Attacken der Einheimischen aus den Negerreservaten und plötzliche Hindernisse forderten stets großen Tribut."

Sportteil der „Badischen Zeitung", 8.4.1980. Dem Redakteur fiel nicht auf, daß die Afrikaner im schwarzafrikanischen Kenia nicht in Reservaten leben. Über die hohen physischen und ökologischen Opfer, die eine solche Rallye der Bevölkerung aufbürdet, schweigt der Bericht. Es ist anzunehmen, daß dieser Agenturbericht (dpa/sin) auch in zahlreichen anderen Zeitungen abgedruckt wurde.

Rassismus im Jugendlied

Negeraufstand ist in Kuba

Negeraufstand ist in Kuba
Schüsse hallen durch die Nacht,
in den Straßen von Havanna
stehen Neger auf der Wacht.

Refrain:

Umba, umba, assa,
umba, umba assa,
umba, eeo, eeo, eehh.

Und der Jo mit seinem Messer
ist der ärgste Menschenfresser,
schneidet ab nur Ohr und Nasen
und versucht dadurch zu blasen.

Und der Häuptling Scharfer Zacken
der frißt einen weißen Backen,
und von einem Säuglingsknochen
läßt er sich 'ne Suppe kochen.

In den Nächten gellen Schreie,
Köpfe rollen hin und her.
Schwarze Negerhände greifen
nach dem Goldzahn und nach mehr.

In Gesträuch und in Gestrüppe
hängen menschliche Gerippe,
und die Neger und die Kleinen
knabbern schmatzend an Gebeinen.

In den Bäumen hängen Leiber
und darunter stehen Weiber
und die denken wie bessessen
an das nächste Menschenfressen

Heiß brennt die Äquatorsonne

Heiß brennt die Äquatorsonne
auf die öde Steppe nieder,
nur im Kraale der Ovambo
singt voll Wonne seine Lieder:
Refrain: Kalitschkakau, katschulima,

Dazu singen alle: Wumba, wumba, wumba, wumba

Doch vorbei ist's mit dem Singen
und im Kraale wird es leer;
denn schon naht mit Keulenschwingen
seine Frau Ovamba her.

„Wart, dich will ich singen lehren",
hört man sie von ferne schimpfen.
„Hole Fressen für die Gören
in den Tanganyikasümpfen!"

In den Sümpfen war die Schlange
diese biß Ovambo sehr,
doch Ovambo war nicht bange,
und er sang sein Lied daher.

Ach, nun hat er ausgesungen,
eine Schaufel nahm das Weib
und sie warf mit ihren Jungen
in ein Grab Ovambos Leib.

Andere Fassung der Schlußstrophe:

Ach, nun hat er ausgesungen,
seine Haut zog ab sein Weib,
und sie fraß mit ihren Jungen
seinen fetten Negerleib.

Diese beiden Lieder sind zusammen mit einem dritten die verbreitesten Jugend- und Fahrtenlieder, die Afrika bzw. Schwarze zum Thema haben. Eines oder mehrere dieser Lieder stehen auch heute noch in Liedersammlungen wichtiger Verlage dieser Branche (Voggenreiter Verlag, Möseler Verlag, Mundorgel Verlag), die auch heute noch in den Buchhandlungen erhältlich sind. Das dritte, hier nicht abgedruckte Lied „Wie oft sind wir geschritten auf schmalem Negerpfad" schildert sehr sentimental eine Atmosphäre intakter Kolonialherrschaft. Die Afrikaner kommen in diesem Lied nur als Statisten vor, als „Träger und Askari" (Askari = einheimischer „Schutz"-Truppensoldat in Deutsch-Ostafrika). Die beiden hier abgedruckten Lieder sollen den Jugendlichen wohl vermitteln, was passiert, wenn die Afrikaner nicht unter weißer Befehlsgewalt stehen. Das „Lied „Heiß brennt die Äquatorsonne" vermittelt die „Negersprache" als unverständliches Gebrabbel. Die gewalttätige Frau treibt ihren Mann mit einer Keule in die Sümpfe und damit in den Tod. In der „milderen" Version der Schlußstrophe wird er ohne Zeichen eines Mitgefühls verscharrt, in der anderen Version von der eigenen Familie gegessen. Es werden Ausdrücke verwandt, die sonst der Beschreibung von Tieren vorbehalten sind (Fressen, Junge). Das Lied „Negeraufstand ist in Kuba" bezieht sich auf einen historischen Hintergrund: die Aufstände entlaufener Sklaven in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Kuba, einem Zentrum des Handels mit Negersklaven. Man sieht, was bei der Auflehnung gegen die weiße Herrschaft herauskommt.
(Zur Interpretation dieser und anderer Lieder siehe F. Deltgen: Der Neger im deutschen Kinder- und Jugendlied, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jahrgang 1977, S. 118 – 136).



Illustration zu „Heiß brennt die Äquatorsonne" in: Der Kilometerstein. Eine lustige Sammlung. Hrsg. v. Gustav Schulten (Möseler Verlag/Voggenreiter Verlag), heute (1982!) im Buchhandel.

„Wir fragen, woher sie ihre Nahrung bekommen. Sie sagten: 'Einmal in der Woche kommt ein großer Kombi mit Lebensmitteln.' " (R 5)

„Manche wohnen aber auch auf dem Lande bei den wilden Tieren. Dort sind die meisten dazu beauftragt, die wilden Tiere z.B. Zebras, Affen, Giraffen ... für den Zoo zu fangen." (R 7)

„Sie fühlen sich auch sehr stolz über ihre Elefanten und Tiere, die man im Weltmarkt so oft findet und dafür sie soviel Geld bekommen. Sie meinen, wir Deutschen wären Angeber und Hochstapler. Trotzdem leben sie auch von uns." (R 7)

»Sie wollen später auch mal so zivilisiert sein wie wir«

Die Wortwahl vieler Aufsätze läßt erkennen, daß mit der Beschreibung einer anderen Lebensweise der Afrikaner sehr häufig eine abwertende Charakterisierung verbunden wird. Die Assoziation „Afrika – Urwald – naturverbunden – primitiv" ist bei vielen Schülern zu finden. Erst bei den Schülern der 9. Klassen werden Urwald und wilde Tiere nicht mehr so häufig erwähnt. Primitiv steht für rückständig; die Menschen in Afrika haben den Standard Europas noch nicht erreicht. Die europäische Lebensweise wird unhinterfragt als Maßstab gesetzt.
Diejenigen Schüler, die – teilweise in dem ausdrücklichen Wunsch, bestehenden Vorurteilen entgegenzuwirken – darauf hinweisen, die Afrikaner seien heute zivilisiert, betonen zur Begründung, sie würden heute genauso leben wie wir. Auch hier bleibt also die europäische Lebensweise der einzige Maßstab. Nicht wenige Schüler beschreiben in ihren Aufsätzen, die Afrikaner würden in völliger Unkenntnis den Dingen des täglichen Bedarfs eines „zivilisierten" Lebens gegenübertreten.

„Manche Menschen wohnen noch immer in Baumstämmen. Sie ernähren sich durch die Jagd. Es gibt auch noch zivilisierte Menschen." (G 7)

„Die Anzahl der Analphabeten ist relativ hoch, nur die Hälfte der Stadtbewohner sind zivilisiert und gebildet." (R 9)

„Viele vereinzelte Dörfer leben wie vor 1000 Jahren. In Afrika sind nur die größeren Städte einigermaßen auf dem heutigen Stand." (R 9)

„Sie leben in kleinen Stämmen in überwiegend verwilderten Gegenden" (R 9)

„Ich stelle mir meist jedoch die Vergangenheit dieser Menschen (vor). Wie sie zum Beispiel ganz 'ohne' in ihren Strohhütten sitzen oder wie umständlich doch ihre Arbeitsweise war. Heute jedoch ist das alles ganz anders. Sie leben zivilisiert. Sie wohnen, lernen, schlafen und tun alles so wie wir, nur etwas anders." (R 9)

„Die Menschen in Afrika leben nun nicht mehr so primitiv, wie vor einigen Jahren. Deutsche sind in einige Teile Afrikas übersiedelt und haben den Negern vieles beigebracht." (R 7)

„Was haben Sie denn da an? Eine Hose, erwiderte ich. Was ist denn eine Hose?, fragte der Häuptling verwundert. Ich war so erschreckt darüber, daß er nicht einmal eine Hose kannte, daß ich den Tonbecher ins Wasser fallen ließ." (G 5)

„Die Menschen dort haben fast keine Kleider. Die Männer haben Bärenfell oder Leopardenfelle an. Die Frauen haben am Unterleib eine Art kurze Hose an. Und am Oberleib sind sie nackt." (R 5)

„Die Afrikaner haben überhaupt keine Ahnung von unserer Zivilisation. Sie haben keine Ahnung von technischen Dingen, sie können sich kein Bild von uns machen." (G 9)

„Die Meinung der Afrikaner ist, daß sie das Meiste davon nicht verstehen, die Industrie und die Modernisierung in ihrem Land wäre für sie unwahrscheinlich. Wenn man ihnen eine elektrische Zahnbürste in die Hand drückt, denken sie, ist das ein schönes Spielzeug, aber sich damit die Zähne zu putzen, würde ihnen nicht mal im Traum einfallen." (R 7)

„Oder wenn sie ein Radio mal hören würden, sehen sie es als Zauberei an. Sie sind ja noch sehr unterentwickelt." (R 9)

„Das Leben in Afrika ist für uns wie ein Loch, in dem sich Hütten, Wildnis und Lebewesen in Not befinden. ...
Eine Uhr kannten sie nicht, ich zeigte sie ihnen, sie warfen die Uhr zu Boden und zerstampften sie. Sie warfen die Uhr ins Feuer und tanzten um das Feuer mit der kaputten Uhr... Wir könnten uns in Afrika nicht wohlfühlen." (R 5)

»... wo die Massai lebten, die eine wilde Horde waren...«

Die Abwertung als „primitiv" zeigt sich oft schon in der Wortwahl. So ist z.B. die Rede von „Stämmen", „Horden", „Eingeborenen", „Artgenossen", die „hausen", „sich vermehren" oder „sehr zutraulich" sind. Einige dieser Begriffe sind nur bei der Beschreibung von Tieren üblich, mit der Verwendung dieser Begriffe rücken die Schüler – sicher unbewußt – die Afrikaner in die Nähe von Tieren. In manchen Schüleräußerungen wird deutlich eine Gleichsetzung von Tier und Mensch vollzogen.

„Es sind meist mehrere lange Bauten, in denen Großvater, Großmutter, also die ganze Familie und Verwandte zusammenwohnen. Deshalb nennt man sie auch häufig Horden." (G 7)

„Als ich mit meinem Team ... Afrika durchstreifte, fielen uns auch Eingeborene, die total von der Umwelt abgeschnitten waren, in den Weg." (R 9)

„Von dort aus fuhr ich mit einem Jeep nach Kenia, wo die Massais lebten, die eine sehr wilde Horde waren. Am Anfang traute ich mich nicht so recht an sie heran. Ich filmte sie immer von 500 m Abstand zu dem Lager." (R 5)

„Später spielt man in kleinen Horden zusammen, bis man mit rund 8 Jahren auf die Jagd geht ... Sie sind also noch nicht so weit entwickelt wie wir, höchstens der Schmuck, den die Frauen herstellen, ist eine besondere Fähigkeit." (G 7)

„Was es hier an Lebewesen gibt, natürlich außer Menschen, das glaubt man kaum: von Spinnen bis Krebse oder Schlangen kann man hier alles beobachten. Auch die Menschen, die hier wohnen mit ihren rituellen Bräuchen,sind nicht gerade ohne." (G 5)

„Wir werden schon von Wildhüter Mark Steward erwartet, der uns mit dem Jeep in sein Wildreservat fahren will, wo wir eine Woche lang das Leben der Massai beobachten wollen." (R 7)

„Manche Afrikaner sind vertrauenserweckend, manche angstvoll und nicht zutraulich. Sie halten sich Ziegen." (G 7)

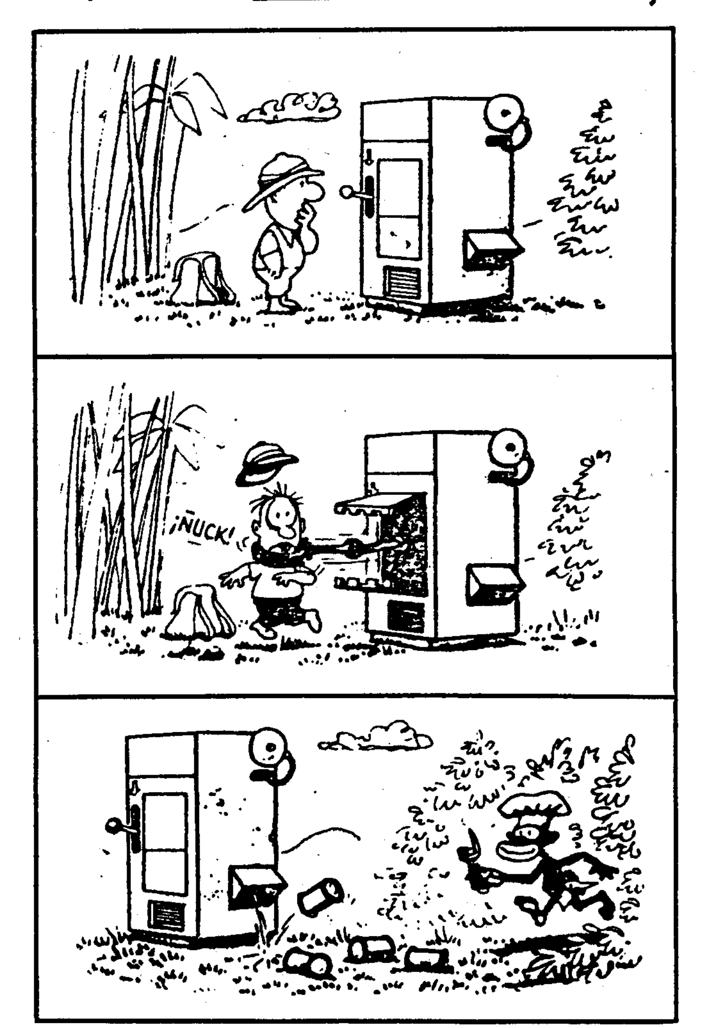
„Weiter drinnen im Dschungel leben Stämme, die sich Pykmehenstämme (Pygmäen) nennen. Sie sind Lilliputaner und sind gute Kletterer. In Afrika leben außergewöhnliche Tiere frei, z.B. Zepra, Nilpferd, Giraffe und andere.



Quick 18/1972

„Jetzt siehst du, was sie mit all den Sachen für die Dritte Welt machen"

Bild am Sonntag 7.12.1980



„Entwicklungshilfe"

Report 26.10.1980



„Fragen Sie ihn doch mal, ob wir beide die Plätze wechseln können — mir wird nämlich hinten immer so schlecht . . ."

Funk Uhr 33/1978

Unausrottbar: Der Kannibalenwitz

Der Kanibalenwitz stirbt nicht aus, aber er wandelt sich; auch in ihm ist der Fortschritt nicht aufzuhalten: Der alphabetisierte Schwarze kann ein Kochbuch zu Rate ziehen, wenn er den Weißen zubereitet (Quick). Die Beitexte zweier Kannibalenwitze nehmen ausdrücklich auf Entwicklungshilfe bezug und sollen wohl deren Sinnlosigkeit belegen: Bezahlt von „unserem Geld", wird der Weiße vollautomatisch eingedost (Bildserie in Report) oder getoastet (Bild am Sonntag). Mit arglistiger Täuschung begegnen die Afrikaner dem Weißen. Der Weiße, der meint, „die Eingeborenen scheinen friedlicher zu sein, als wir dachten...", irrt sich gründlich (Hör zu). Man beachte die stereotype Darstellung der Afrikaner: Wulstlippen und Baströcke.



»Die Eingeborenen scheinen friedlicher zu sein, als wir dachten . . .«

Hör zu, Dritte Märzausgabe 1980

Es gibt dort auch noch wilde Tiere. Die Afrikaner jagen noch nach altem Gebrauch, nämlich mit Messer, Speer und Pfeilbogen." (R 7)

»...ich glaubte, sie wollten mich aufspießen«

Werden die Afrikaner als „unzivilisierte Horden" bezeichnet, werden sie sprachlich in die Nähe von Tieren gerückt, so ist es nicht erstaunlich, daß nicht wenige Schüler-Reporter sich unter Afrikanern in Gefahr wähnen. Den Gipfel der Gefahr stellt der Kannibalismus dar, der nach Meinung einiger Schüler in Afrika „weit verbreitet" sein soll.

„Wenn man eine Expedition machen will, sollte man einen Eingeborenen mitnehmen, der sich auskennt. Es ist empfehlenswert, sich vor den Eingeborenen zu schützen. Man sollte keinen Schmuck oder so etwas ähnliches tragen. Es wird ihnen (gemeint: einem) vom Leibe heruntergerissen. Am ehrlichsten sind die ältesten Einwohner." (G 7)

„Wenn sie, liebe Leser, nächsten Sommer eine Reise nach Afrika machen wollen, so empfehle ich Ihnen, niemals alleine ohne einen erfahrenen Führer die Urwaldgegenden Afrikas zu erforschen." (G 7)

„Als ich das erste Mal in Kenia war, schaute ich verwundert um. Die Menschen standen um mich herum und ich glaubte, sie wollten mich aufspießen." (R 5)

„In den großen Urwäldern, dort wo man nicht hervorgedrungen ist, ist der Kannibalismus weit verbreitet." (G 7)

„Am Anfang, als wir am Ziel waren, griffen uns die Neger mit Speeren und Stöcken an. Die Menschen in der Wildnis haben vor jedem fremden Menschen Angst und greifen sofort an. ...
Die Menschen greifen die Fremden an, weil sonst das ganze Leben der Neger erloschen ist." (R 5)

„daß er sich ein Leben in einer Stadt nicht vorstellen könne, ihnen würde der Dschungel und das Jagen und das Kämpfen fehlen. Auch das stille Sitzen und Arbeiten könnten wir nicht vertragen. Wir brauchen das Kriegerische, um uns abzureagieren. ... Doch die Eingeborenen waren Kannibalen und wollten mich einsperren." (R 7)

„Sie haben große Töpfe in denen sie Menschen kochen. Sie haben wenig zu essen. Als sie mich sahen, stürmten sie auf mich los. Aber als sie hörten, daß ich ihre Sprache kenne, dachten sie, ich bin von ihrem Stamm." (R 5)

»Die Massai haben fürchterliche Bräuche, gegen die man nichts machen kann«

**Neben der Kennzeichnung afrikanischer Lebensweisen als „primitiv" schwelgen viele Schüler geradezu in der Schilderung des Exotischen, von Bräuchen, die sich von den unseren unterscheiden. Exotik und Faszination prägt das Afrikabild dieser Schüler. Mit zunehmendem Alter ist diese Sichtweise allerdings weniger häufig anzutreffen.
Bei der Schilderung afrikanischer Bräuche fällt die genaue Detailbeschreibung realer oder vermuteter Besonderheiten auf. Hier ist die Wirkung pseudo-ethnologischer Fernsehfilme festzustellen, die die Schüler verleiten, regionale oder ethnische Besonderheiten zu ihrem Gesamtbild von Afrika zu verallgemeinern.**

„Die Massai haben fürchterliche Bräuche, gegen die man nichts machen kann... Die Tiere der Massai sind ihr Heiligtum. Ohne ihre Ochsen und Kühe würden sie aussterben. Sie geben ihnen Fleisch, Käse, Milch und Blut. Das Blut nehmen sie den Ochsen oder der Kuh aus der Halsschlagader, indem sie mit einem extra zurechtgeschnitzten Holzpfeil aus etwa 20 cm Entfernung in die Ader schießen, gleich darauf hebt ein anderer einen länglichen Holzbecher unter den Hals des Tieres und fängt das Blut auf. Die Wunde wird dann mit einer bestimmten Mischung abgedeckt und es hört dann auch blitzschnell auf zu bluten. Das Blut trinken die Massai, solange es noch 'warm' ist. Für sie ist das Blut wie für uns der Wein." (R 7)

„Heute berichten wir aus dem Dschungel von Nordafrika. Wir sind bei dem Stamm der Kongokiganer angelangt. Dieser Stamm ist noch sehr wenig erforscht... Die Kongokiganer sind ein sehr primitives Volk. Sie leben in Lehmhütten, in denen es auch Ungeziefer gibt. Sie fischen mit Speeren, die aus Bambusholz gemacht sind. Wenn ein Kind schwächlich geboren wird und es nach ein paar Tagen nicht stärker wird, muß es im Dschungel ausgesetzt werden." (G 7)

„Bei den Bambuti war es auch Sitte, ein neugeborenes Kind nach der Geburt in eiskaltes Wasser zu tauchen, damit es von den bösen Geistern befreit ist ... Auf dem Rückweg ging es durch den Busch und ich knipste wie eine Wilde." (R 7)

„Wenn einer Frau die Angehörigen sterben, oder ihr Mann, wird ihr jedesmal ein halber Finger abgehaun, der Daumen bleibt verschont, sonst könnte sie nichts mehr tun. In manchen Völkern kotzen die Männer 2 Tage nach einer Geburt. Diese Leute leben in unhygienischen Verhältnissen, die kleinen Kinder werden in Schlammgewässern gebadet. Die Medizinmänner haben großen Einfluß auf die Bevölkerung. Er ist am reichsten unter ihnen. Er heilt keine Wunden, nein, er schmiert Lehm und Dreck darauf, daß die Wunde nur schlimmer wird, statt besser." (G 7)

„Ich fange mit dem Bambus an, es sind mittelgroße Menschen, die einen merkwürdigen Schmuck tragen, sie bohren sich im Unterbewußtsein, stechen durch die Lippen oder dehnen ihre Unterlippe so aus, daß eine Holzscheibe mit einem Durchmesser von 16 cm hineinpaßt ... Die Bambus dagegen hängen ihre Toten auf und lassen sie über einen Baum langsam in den Scherschon, einen heiligen Fluß, etwa 5 - 6 m breit, in das Wasser. In diesem Fluß leben Piranyas, die den Toten bis auf den Knochen abfressen. Für uns ist das nicht gerade sittlich, aber so entstehen keine Seuchen und Krankheiten." (R 7)

„Alle Mädchen stellen sich in einer Reihe auf. Jede faßt in einen Tonkrug, die, die eine schwarze Kugel herauszieht, muß mit dem fremden Stamm gehen, aber die, die eine weiße Kugel zieht, darf zu Hause bleiben." (G 5)

Für das Bild des exotischen und primitiven Afrikas trägt das Fernsehen eine erhebliche Verantwortung. Der Teil seines Programms, der die Schüler erreicht, ist bestimmt durch Darstellungen des Urwalds (z. B. Daktari), ethnologische Berichte sowie Abenteuerschilderungen, in denen oft ein weißer Junge der Held ist. Gleichzeitig ist das Fremde und Exotische für diese Altersgruppe besonders anziehend. Nicht nur Urwald und wilde Tiere interessieren vor allem die Jüngeren, sondern auch das Andersartige Afrikas übt seinen Reiz aus. Afrika wird zur Kulisse für Abenteuer. Darauf deutet auch hin, daß die Schüler in ihren Reportagen meist mit dem Jeep fahren, oder auch die Flugreise gerne ausführlich beschreiben. Gerade während der Zeit der Ablösung vom Elternhaus ist das Nachdraußen-Streben, wie auch die Suche nach eigener Identität für die Schüler von großer Bedeutung. Die Abwertung des Fremden kann dabei die Angst reduzieren.

Afrika, der Kontinent der Armut und Unterentwicklung

„Die Leute, meine ich, sind sehr, sehr arm."

Armut und Unterentwicklung bestimmen in starkem Maße das Bild der Schüler von Afrika; etwa drei Viertel der Schüler aller Altersstufen beschreiben Merkmale der Unterentwicklung. Hunger und Unterernährung, die schlechte Wohnsituation, Krankheiten, mangelnde Gesundheitsversorgung und Hygiene sowie nicht ausreichende Bekleidung sind die Merkmale der Unterentwicklung, die von den Schülern am häufigsten angesprochen werden. Schlechte Ausbildungsmöglichkeiten, fehlende Arbeitsplätze, werden insbesondere von den Schülern der 9. Realschulklassen häufig genannt. Diese Schüler stehen unmittelbar vor Entscheidungen über ihren weiteren Ausbildungsweg und sind damit von fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten selbst betroffen.

„Viele mußten hungern, und um den Hunger zu stillen, aßen Kinder und Eltern Blätter, Schnecken, Würmer und Rinde von den Bäumen." (R 5)

„Oft erliegen hier die noch kleinen schwachen Kinder dem Hunger oder werden ausgesetzt, weil es zu wenig zu essen gibt und man sie darum nicht ernähren kann." (G 7)

„Als wir ankamen, sahen wir, daß viele Menschen kein Dach über'm Kopf hatten. Viele mußten die Nacht über draußen schlafen und auch noch an Hunger leiden. Und das alles nur, weil es ständig Krieg gab." (R 5)

„Es gibt dort Elendsviertel, Hungerleidende, aber auch normale Menschen." (G 7)

„Die meisten Afrikaner sterben an Infektionen, wenig Wasser und einseitiger Ernährung." (R 7)

„Sie wohnen in Slums, in einfachen Häusern, wo keine Hygiene herrscht. Dadurch entstehen Krankheiten und Seuchen. Es entstehen Vorurteile gegen sie, sie seien dreckig, dumm und faul." (R 9)

„Von Hygiene ist kaum etwas zu spüren." (R 9)

„Was auch in den Tropenwäldern aber z.Zt. besonders in Ägypten eine Plage ist, wird in der Fachsprache 'Bilharziose' genannt. Eine Krankheit, die durch Wasserschnecken (Zwischenwirt) im Wasser 'produziert' wird. Diese Krankheit bringt als Symptome Trägheit und Lustlosigkeit zu Tage, bei schwerer Krankheit kann sie zum Tod führen. Hier wird zur Bekämpfung ein von einer deutschen Firma (Bayer) hergestelltes Produkt eingesetzt." (R 9)

„Wenn ein Deutscher nach Ägypten fährt, muß er sich erst impfen lassen, denn in Kairo und auch anderswo ist so ein Dreck. (Nil ist so schmutzig, daß man nicht einmal den Finger hineinstecken darf, denn man könnte sofort erkranken.)" (G 7)

„Sie geben den Babys manchmal billigen Schnaps, um sie einzuschläfern, denn sie haben nichts zu essen. Die Hütten sind alle sehr dreckig, denn die Leute können sich keine Putzmittel leisten und sie mögen auch den Schmutz. Die Kleider sind auch sehr dreckig und zerlumpt. Manche haben auch überhaupt nichts an. Wenn die armen Leute etwas brauchen, schauen sie auf den Müllhalden nach." (G 7)

„Sie liefen ohne Schuhe herum und hatten nur zerlumpte Kleider an." (R 5)

„Sie tragen fast immer die selbe Kleidung und haben keine Wäsche zum wechseln." (R 7)

„Die meisten Leute sind Analphabeten und können weder lesen noch schreiben." (G 7)

„Sie bekommen keine anständigen Arbeitsplätze, Jugendliche keine Lehrstellen usw." (R 9)

Die Schilderung eines Schülers der 5. Klasse soll veranschaulichen, wie sich Schüler die Armut in Afrika vorstellen:

„Sie vermehren sich so stark, daß sie in ein paar Jahren keine Lebensmittel zum Ernähren haben. Sie lernen nicht in einer Schule, sondern im Freien. Mit ein paar Bänken müssen sich die afrikanischen Kinder in der Schule begnügen. Sie haben ein Lesebuch und keine Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Sie haben keine Hygiene. Sie haben keine gesunde Ernährung. Sie haben keine abwechslungsreiche Ernährung. Die Kleidung ist ein kleines Stück Stoff, das sie aus Baumwolle herstellen. Es gibt viele unterernährte Kinder, die bald sterben werden. Nur mit Hilfe anderer Menschen haben sie eine Überlebenschance. Ich als Reporter sah, wie sie den Brei aufteilten. Jeder Afrikaner bekam einen kleinen Löffel vom Brei. Sie haben einen Ziehbrunnen, an dem ein Holzeimer hing. Die Schnur war aus Lianen." (R 5)

„Menschen vermehren sich zu schnell" – Vorstellungen zu den Ursachen der Unterentwicklung

Während fast alle Schüler Merkmale der Unterentwicklung beschreiben, nehmen nur wenige zu den Ursachen der Unterentwicklung Stellung. Die Stellung des Aufsatzthemas hat nicht unmittelbar zu Ursachenerklärungen aufgefordert und insbesondere jüngere Schüler sind durch die komplexen Zusammenhänge überfordert. Aber deutlich wird auch, welchen geringen Stellenwert die Frage nach den Ursachen der Unterentwicklung im Unterricht und insbesondere in den auf spektakuläre Berichterstattung angelegten Medien einnimmt.
Von denjenigen Schülern, die ihre Vorstellungen über die Ursachen der Unterentwicklung wiedergeben, nennen relativ viele Scheinerklärungen, die auch in den Medien häufiger anzutreffen sind. Das Klima erscheint als Ursache der Armut, vor allem des Hungers. Auch die »Übervölkerung« wird häufiger genannt.

„Die Leute können dort nicht genug Früchte, Reis usw. anbauen, denn der Boden ist viel zu hart und es gibt dort nur sehr wenig Wasser. Viele Brände gibt es dort und die Leute verlieren dadurch ihr Hab und Gut und müssen fliehen." (R 5)

„Das Wasser in der Sahelzone verrinnt und die Menschen verdursten." (R 7)

„Viele Menschen sterben, wie der Regen in der Regenzeit nicht kommt." (R 7)

„Es kommen dort immer mehr Babys auf die Welt, es kommen mehr Babys auf die Welt wie Leute sterben, und alle muß man ernähren. Die Afrikaner müssen erst mal be-

greifen, daß man aufhören muß mit Kinderkriegen, sonst kommt das Land nicht hoch." (R 9)

„Sie sind fast alle Analphabeten und viele haben Krankheiten. Es gibt zu wenig zu essen für sie und dazu kommt, daß sie eine hohe Geburtenrate haben. Das bedeutet, daß es für jeden immer weniger zu essen gibt. Davon kommt die Unterernährung, was wieder bedeutet, daß sie für Krankheiten anfälliger sind als gut ernährte Menschen. Es ist wie ein Teufelskreis." (R 9)

„Es ist ein ständiger Zyklus. Arme Eltern haben viele Kinder. Dies auch schon, weil sie das Geld für Verhütungsmittel nicht haben. Sie wollen die Kinder, weil sie meinen, je mehr Kinder, desto mehr Arbeiter, die Geld heimbringen." (R 9)

„Sie haben keine Familienplanung". (R 9)

„Die meisten Menschen in Afrika leben in großer Armut. Mindestens 2/3 der Bevölkerung. Ein Grund dafür: Ein verheiratetes Paar hat oft bis zu 8 Kinder. Und noch ein Grund ist die Hitze, oft Wassermangel und noch öfters haber die Menschen dort nichts zu essen. Auch ihre Behausung, Hütten und ihre sonstige Umgebung ist oft noch sehr primitiv. Doch sie wollen oft auch ihre Sitten nicht aufgeben und ihre Kultur beibehalten, deshalb ist es oft schwierig, den Afrikanern zu helfen, ohne sie zu beleidigen." (R 9)

„Sie leben in der 3. Welt, weil sie sich nicht weitergebildet haben."

Einige Schüler, besonders der 9. Klassen, führen die Armut in Afrika auf Unwissenheit und mangelhafte Ausbildung zurück.

„Es gibt in Afrika gar keine oder nur schlechte Schulen, wo die Kinder wenig lernen. Deshalb haben sie später auch fast keine Chance, irgendeinen Beruf auszuüben... Das erschwert wieder die Arbeit, das Land zu kultivieren." (R 9)

„Viele sind Analphabeten und bekommen daher keine oder keine guten Arbeitsplätze. Dadurch, daß sie dann kein Geld haben, können sie sich keine Wohnung leisten und wohnen in armen Gegenden am Stadtrand in Slums." (R 9)

„Sie leben von der Hand in den Mund. Sie haben keine Ausbildung, können nicht lesen und schreiben... Sie sind auf Entwicklung aus Europa angewiesen." (R 9)

„Sie werden uns vielleicht beneiden, weil wir so reich sind an Gütern und modern in der Landwirtschaft... Sie denken vielleicht, daß es ihnen auch so gut gehen könnte, wenn sie diese neumodischen Geräte benutzen würden, aber die meisten haben Angst vor diesen Geräten, weil sie denken, daß sie Ungeheuer sind. Die Reichen wollen ja immer solche Geräte einführen, um die Hungersnot zu lindern. Aber die Armen können mit solchen Geräten nicht umgehen!" (R 9)

Auch andere Faktoren, mit denen die verbreiteten „Teufelskreise der Armut" die Unterentwicklung zu erklären versuchen, finden sich in den Aufsätzen der Schüler wieder. Kapitalmangel wird in den wenigen Schüleräußerungen, die überhaupt Momente der Ursachenerklärung erfassen, gelegentlich genannt.

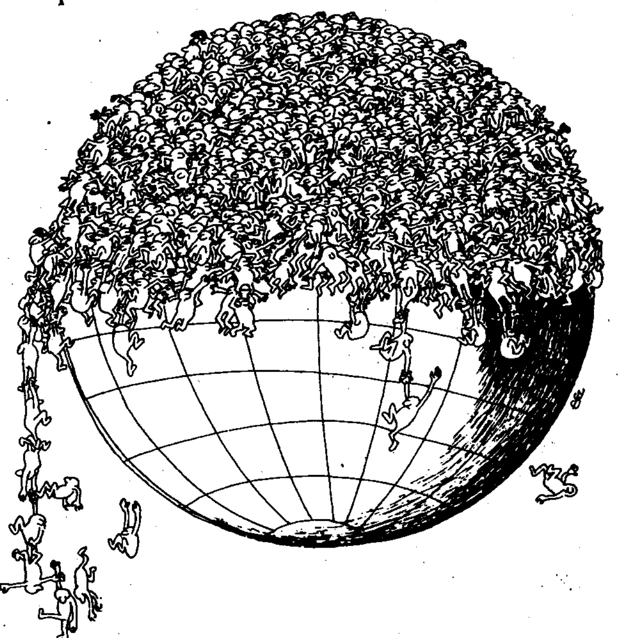
„Um den Boden fruchtbar machen zu können, fehlt ihnen das nötige Geld." (G 9)

„Sie könnten sich selbst entwickeln, wenn sie Kapital hätten. Es fehlt die Finanzierung, um die Bodenschätze und Rohstoffe, die reichlich vorhanden sind, zu fördern." (R 9)

„Ich stelle mir die Neger auf dem Lande als Unterentwickelte vor. Sie sind noch nicht zivilisiert und brauchen noch einige Zeit, um ihre Wirtschaft auf unsere Höhe zu bekommen, wenn sie es überhaupt dazu bringen. Ich glaube, die Afrikaner könnten sich selbst entwickeln, wenn sie Kapital hätten. Es fehlt die Finanzierung, um die Rohstoffe und Bodenschätze, die reichlich vorhanden sind, zu fördern. Man sollte die Bodenschätze in Afrika nicht für Geld abkaufen, sondern ihnen dafür Maschinen und technische Geräte schicken, oder Fachmänner, die die Leute unterrichten." (R 9)

Vom Hasen und vom Igel: die Bevölkerungsexplosion

Obwohl in der Dritten Welt die Lebenserwartung gering und die Kindersterblichkeit hoch ist, wächst die Bevölkerungszahl in atemberaubendem Tempo.



Die westlichen Länder haben den wirtschaftlich Armen seit nunmehr über 20 Jahren Hilfe geleistet. Aber Entwicklungshilfe ist nicht leicht. Deshalb nicht, weil es mit dieser Hilfe so ist, wie mit dem Hasen und dem Igel im Märchen: Die Not gewinnt immer, solange die Bevölkerung schneller wächst als die wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Länder. Die hungrigen Münder zehren alles wieder auf.

Nicht nur für viele Schüler, auch für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung ist das Wachstum der Bevölkerung der hauptsächliche Grund für die anhaltende Armut in der Dritten Welt. Die gestiegenen Ölpreise werden in der Publikation des Amtes als zweiter Grund genannt. Ursachenkomponenten, die im wirtschaftlichen und politischen Verhalten der Industrieländer begründet sind, finden sich dagegen nicht. Aus: Ein Land lebt nicht für sich allein. Zur Außenpolitik und den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, August 1981.

„Wirtschaftsmindernde Religionen"

Einige Schüler verbinden ihre Vorstellungen von afrikanischer Religion mit einer ausdrücklichen Ursachenerklärung, als Ursache der Armut erscheint die Religion der Afrikaner.

„Sie glauben alle an Götter, die ihnen gerade das verbieten, was ihnen zur Entwicklung verhelfen würde. Sie glauben so stark an ihre Götter, so daß sie es nicht wagen, ihre Regeln zu brechen ... Die Afrikaner dürfen den Boden nicht pflügen, denn das würde den Gott der Erde ärgern und er würde sie zürnen." (G 7)

„Viele Leute sterben an Krankheiten, weil sie nicht die Medizin von uns wollen ... Die meisten wollen auch nicht Ackerbau betreiben, weil sie meinen, das verstößt gegen Sitte und Tradition. Sie sind oft abergläubisch. Wenn der Medizinmann mit Knochen würfelt, wird oft das gemacht, was er sagt." (G 7)

„Die Afrikaner, meist Schwarze, leben noch ein Stück in der Vergangenheit... Sie leben streng nach den Geboten ihrer Götter." (R 9)

„Sie beten sehr viele Götter an, und man kann sie nicht überzeugen, daß diese Götter gar nicht existieren. Sie glauben, wenn man Malaria hat, muß man die ganzen Lehmhütten schmutzig machen, um eine bestimmte Göttin nicht zu beleidigen. Auch wenn ein Krankenhaus in der Nähe ist, gehen sie nicht hinein, da sie die Sauberkeit hassen, weil sie wieder eine andere Göttin nicht beleidigen wollen." (G 7)

„Wir haben schon oft versucht, ihnen zu helfen, aber sie haben es uns schwer gemacht. Wir haben ihnen Kunstdünger angeboten und sie waren damit auch einverstanden. Doch als sie probierten, wie der Kunstdünger schmeckt, haben sie gesagt: 'Nein, das Zeug ist nichts für unsere Felder. Man kann es ja nicht mal essen. Dann schmeckt es der Erdgöttin auch nicht. Nein, das dürfen wir nicht zulassen.' " (G 7)

„Das Leben der Afrikaner ist einfach und primitiv... Obwohl die Weißen ihnen helfen wollen, nehmen sie es nicht an, da ihre Religion es anders will." (G 7)

„Sie waren früher sehr reich, aber es wurde ihnen alles gestohlen"

Einige Schüler führen die Armut auf historische Ursachen zurück und erwähnen die koloniale Unterdrückung Afrikas ausdrücklich. Zudem gehen einige Schüler auf das Geflecht wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt ein und sehen Zusammenhänge zwischen dem Wohlstand der industrialisierten Welt und der Unterentwicklung. In einem Teil dieser Schüleräußerungen wird die Charakterisierung dieser Beziehungen als ungerecht Afrikanern in den Mund gelegt.

„Bevor die Weißen in das Land kamen, waren noch viele alte Kulturen, die ausgerottet wurden." (R 9)

„Afrika gehört zu den Ländern der Dritten Welt und wurde zur Zeit des Imperialismus ausgebeutet. Dadurch ist die afrikanische Bevölkerung verarmt, und auch heute noch auf demselben Stand wie vor 100 Jahren." (R 9)

„Die meisten Länder sind noch sehr unterentwickelt. Das kommt von der Kolonialzeit, in der die Afrikaner sehr unterdrückt wurden und ausgebeutet wurden." (R 9)

„Die Leute und ihr Land werden von anderen ausgebeutet und deshalb können sie nie selbst zu Produktionsmitteln kommen und ihre Bodenschätze selbst nutzen. Sie können keine eigene Industrie aufbauen und werden auch nie ohne unsere Unterstützung zu etwas kommen." (R 9)

„Die Länder, die viel Rohstoffe haben, werden von europäischen Ländern ausgenützt. Viele europäische Firmen stellen ihre Ware in afrikanischen Ländern her, weil die Arbeitskräfte in Afrika billiger sind. Die Ware wird dann in Europa teuer verkauft. Die Afrikaner glauben, daß die Europäer sie ausnützen um sich zu bereichern. Sie sollten eher den afrikanischen Ländern helfen." (R 9)

„Die meisten Stämme sind ärmlich und die meisten sind doch zufrieden. Bevor die Weißen in Afrika eindrangen, hatten sie eine große Kultur. Die Afrikaner werden von den Weißen unterdrückt. Die Weißen bringen den Fortschritt nach Afrika und deshalb werden die meisten Stämme ausgerottet." (R 9)

„Die Afrikaner finden es bestimmt ungerecht, daß sie so unterdrückt werden. Bei uns ist alles im Überfluß, Autos, Geld, Fernseher, Radio usw., alles, was die Neger nicht bekommen. Neger sind genau so Menschen wie wir, obwohl sie eine andere Hautfarbe haben. Das hat gar nichts zu sagen, im Gegenteil, manche Neger sind weit bessere Menschen als wir Weißen. Manche Neger sind nur durch uns so primitiv und unterentwickelt. Das kommt alles von den ärmlichen Verhältnissen, in denen sie leben müssen." (R 9)

Während in der Vorstellung der meisten Schüler alle Menschen Afrikas gleichermaßen arm sind und unter Hunger und Krankheit leiden, differenzieren einige Schüler und beschreiben Klassenunterschiede innerhalb der Länder der Dritten Welt, wobei sie sich teilweise auch um eine Ursachenerklärung bemühen.

„In Afrika ist der Unterschied zwischen arm und reich noch sehr groß." (G 7)

„Wir sind es gewöhnt, die Reichen geben uns keine Chance, ein anderes Leben zu führen, wir haben uns schon oft gewehrt, aber niemals etwas gegen die reichen Leute tun können." (R 9)

„Und sie müssen alles abgeben und schwer auf den Feldern arbeiten... oder den höheren Leuten, wie Königen oder so alles bringen und Arbeiten machen, die sonst keiner machen würde. – Die Afrikaner meinen, daß wir mehr für uns haben und nicht so viel abgeben müssen wie sie. ... und wir müssen nicht knechten." (R 5)

„Als ich ankam, bemerkte ich gleich, daß es ein Elendsviertel und ein Stadtviertel (gab), wo die reichen Menschen wohnten. Die meisten Männer arbeiteten bei Großgrundbesitzern auf den Felden und die Frauen halfen dabei. Es gab viele arbeitslose Menschen, da die Feldarbeiter von den modernen Maschinen vertrieben wurden. Die arbeitslosen Männer versuchten, ihre Familien durch Gelegenheitsarbeiten zu ernähren. Die Arbeiter wohnen am meisten in erbärmlichen Baracken. Die Kindersterblichkeitsrate ist groß, da sie viele falsche Nahrung bekommen und an den Bazillen sterben. Im reicheren Stadtviertel wohnen meistens Beamte, auch viele weiße Menschen, sie kümmern sich wenig um die ärmeren Leute." (R 5)

„Müssen wir nicht etwas für diese Menschen tun?"

Relativ viele Schüler beenden ihre Reportage mit der Aufforderung zur Hilfeleistung oder lassen Afrikaner zu Wort kommen, die hierzu auffordern.

„Deshalb bitten wir sie, liebe Deutsche, helfen sie – helfen sie diesen armen Geschöpfen, die in einem Land leben, das kaum Wasser hat und Hunger leiden muß." (G 7)

„Es ist schon eine Schande, daß diese Menschen in Afrika so erbärmlich leben. Durch unsere Spenden kann den Menschen geholfen werden." (R 5)

„Die Probleme dieser Menschen können nur gelöst werden, wenn alle mithelfen, sie zu bewältigen." (R 9)

„In Afrika fehlen Schulen und Ärzte, die Leute können sich ja nicht weiterbilden, mit unserer Hilfe werden sie es vielleicht schaffen. Wir müssen Ärzte und Lehrer rüber schicken, Maschinen und Leute, die die Maschinen erklären können. Die Leute brauchen nicht nur Mitleid, sondern auch Hilfe, viel Hilfe." (R 9)

„Wenn jeder von uns nur mit demnötigsten, was er wirklich zum Leben braucht, auskommen wollte, wäre es möglich, die Armut abzuschaffen in den Ländern, wo es unbedingt erforderlich wäre. Ich finde es eine Sauerei, daß Menschen Hunger leiden müssen und die Leute hier nicht wissen, was sie sich alles an Delikatessen usw. in den Mund stecken können. Ich glaube, daß wir den Leuten in Afrika auch auf eine Art leid tun, weil sie bestimmt besser erkennen, daß dieser ganze Wohlstand und Kapitalismus uns langsam zugrunde richten." (R 8)

„Viele sagen, daß es die Deutschen zu gut haben und deshalb auch mehr Geld als Entwicklungshilfe schicken können." (R 7)

„Als erstes verteilte ich Lebensmittel, die Bewohner von Afrika waren sehr froh."

In diesen Appellen nehmen die Schüler allerdings oft eine sehr überhebliche und eurozentrische Haltung ein. Der wohlhabende Europäer besinnt sich des „armen Nächsten" in Afrika und erbarmt sich mitleidig, ein Almosen zu geben. So könnte man überspitzt das Bild kennzeichnen, das viele Schüler von Entwicklungshilfe haben.

„Als ich in Afrika ankam, kamen alle Menschen zu dem Hubschrauber. Ich hatte auch Lebensmittel eingepackt, um die Menschen zu verpflegen. Als erstes verteilte ich Lebensmittel, die Bewohner von Afrika waren sehr froh... Ich ging zu ihnen und fragte, ob sie krank sind. Einer antwortete, ja wir sind alle krank. Ich holte meine Medizin und gab sie ihnen. Jeder wollte sie als erstes nicht einnehmen. Aber dann sagte eine Frau, das ist unsere letzte Hilfe, daß wir überleben." (R 5)

„Als ich wieder heim kam, taten mir die Leute leid und (ich) schickte ihnen eine Kiste Brot und Reis mit dem Zug." (R 5)

„Die Kinder kamen auf mich zu und bettelten etwas Geld ab. Als ich ihnen ein bißchen gab, eilten sie zu ihren Eltern und die Eltern freuten sich." (R 5)

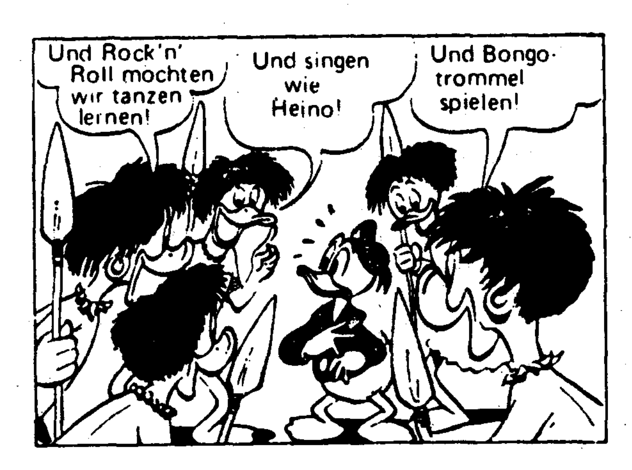
„Als wir in das Dorf fuhren, stürzten sich die Kinder in Scharen auf unser Auto und erhofften eine Spende von uns. Wir gaben jedem von ihnen ein Bonbon, worüber sie sich wahnsinnig freuten." (R 7)

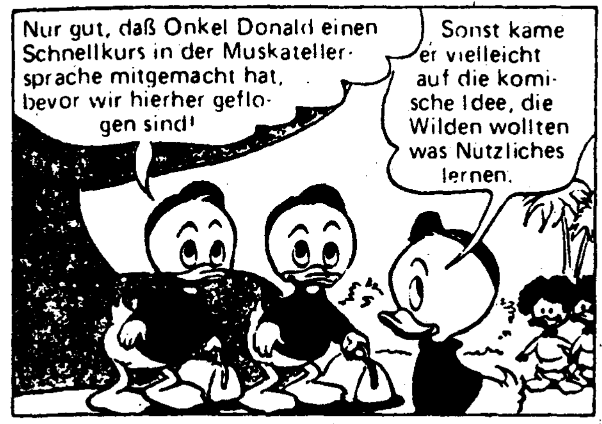
„Eigentlich müßten sie aber doch gut von unserem Land denken. Denn es gibt mehrere Organisationen, die sich für Entwicklungshilfe einsetzen und denen wir Geld geben. Wir haben ja auch Patenkinder, denen wir ermöglichen, zur Schule zu gehen und für die wir sammeln.' (G 7)

„Wahrscheinlich haben sie eine gute Meinung von uns, weil wir ihnen Geld spenden." (R 9)

„„... daß wir ihnen bloß aus Mitleid helfen wollen."

Einige Schüler problematisieren die Entwicklungshilfe etwa wenn sie die mitleidige Haltung als Almosengeber kritisieren, die mit dem Empfang von Entwicklungshilfe verbundene Gefahr der Abhängigkeit benennen oder hinter der Entwicklungshilfe stehende ökonomische Interessen andeuten.







Donald Duck als Entwicklungshelfer bei gefährlichen Wilden, die nichts Nützliches lernen wollen. Aus: Die tollsten Geschichten von Donald Duck, Heft 51, Ebapa-Verlag, Stuttgart 1977, S. 17

„Es werden auch zu armen Negerstämmen Eßpakete geschickt. Die Eßpakete werden von einem Flugzeug abgeworfen und die Neger sammeln sie auf ... Ich glaube, daß die Afrikaner denken, wir würden uns gescheiter vorkommen. Daß wir alles besser wissen und daß wir ihnen bloß aus Mitleid helfen wollen, wenn wir z.B. Ärzte nach Afrika schicken." (G 7)

„Vielleicht wollen sie unsere Hilfe gar nicht, weil sie dann glauben, wir machen sie von uns abhängig, oder sie glauben, sie bekommen nur Almosen und dafür fühlen sie sich zu schade." (R 9)

„Der Haß (der Afrikaner gegen Europäer) wird auch dadurch gedämpft, daß ab und zu Lebensmittel in die Slums gebracht werden. Aber danach geht es den Leuten jahrelang wieder dreckig. Eine konkrete Hilfe sind die Lebensmittel nicht. Während wir uns in Europa buchstäblich überfressen, verhungern dort Millionen Menschen." (R 8)

„Die Bodenschätze, die die Industrieländer brauchen, werden mehr oder weniger zu lächerlichen Preisen gekauft (heute allerdings nicht mehr in diesem Maße wie noch vor 20 – 30 Jahren). Auch die Entwicklungshilfe, die die BRD jährlich ausgibt, dient auch nur den eigenen Interessen. Die Gelder werden nicht aus humanitären Gründen gegeben, sondern meiner Meinung nach, aus bloßer Gier nach Profit. Wenn man bedenkt, daß jährlich Millionen von Menschen an Hunger sterben (ein Großteil Kinder) und die EG jährlich Millionen Tonnen von Lebensmitteln vernichtet, so versteht das, wenn kann ... Fazit: Auch die Industrieländer sind erheblich daran schuld an soviel Hungertoten in der Welt." (R 8)

„Doch alle (die Armen und Reichen) sind derselben Meinung über unser Land. 'Die Deutschen sollen uns helfen, damit die Not bei uns nicht größer wird. Wenn wir etwas von ihnen bekommen, müssen wir es mit Zinsen wieder zurückzahlen, dann haben wir nichts vom Geld. Die Deutschen sollen uns Ausbilder schicken, die uns die Arbeit lernen.' " (G 7)

„Brot für die Welt ist also keine Spende für sie, sondern man gibt ihnen nur einen Teil, den man ihnen genommen hat wieder. Wir beziehen aus ihrem Land Bananen, Orangen und vieles mehr." (G 7)

„... es ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein"

Wie nicht anders zu erwarten, führt ein Teil der Schüler, die ihre Einschätzung der Entwicklungshilfe wiedergeben, Argumente ins Feld, mit der eine prinzipielle Ablehnung von Entwicklungshilfe begründet wird, etwa weil die Afrikaner nur auf das Geld der anderen warten würden, ohne sich selbst anzustrengen oder ohnehin nicht „zum Fortschritt" kommen könnten.

„Wiederum finde ich, sollte man sie nicht aus ihrer gewohnten Umgebung herausreißen. Auch ist das so eine Sache mit der Hilfe der (gemeint: an die) 3. Welt. Man kann kaum helfen, es ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Sie müssen sich auch selbst ein wenig helfen, dann ginge es ihnen auch besser." (R 9)

„Ich würde über die Verhältnisse schreiben und auch die Leute kritisieren, die nur auf die Gelder von den anderen Staaten warten ohne sich anzustrengen, um aus diesen Verhältnissen herauszukommen ... (Ich würde mir ansehen), ob die Arbeitsplätze im Sommer alle besetzt wären oder ob die Armen faulenzen." (R 9)

„Wenn man Spenden sammelt für die Dritte Welt denke ich immer daran, ob das Geld überhaupt auch ankommt." (R 9)

„Es dauert lange, bis dort die vollendete Zivilisation eintreten kann."

Soweit die Schüler Vorstellungen zur Überwindung der Unterentwicklung entwickeln, ist Hilfe von außen der wesentliche Hebel. Ein Entwicklungsweg, der in erster Linie aus eigener Kraft angetrieben wird, scheint außerhalb der Vorstellungswelt der Schüler zu liegen: Die Ideen der Schüler sind der „Aufholstrategie" verhaftet: eine Entwicklung nach westlichem Vorbild ist Schritt für Schritt anzustreben.

„Die afrikanischen Länder sind den europäischen im Sinne der Industrialisierung weit hinterher, sie brauchen noch viel Hilfe von uns." (R 9)

„Auf jeden Fall wird es schwierig sein, die Afrikaner auf zivilisationsangepaßten Lebensstil zu bringen." (G 7)

„Wenn man Ausbilder für Fabrikarbeit usw. schicken würde, die ihnen die Arbeit in hochmodernen Bauten beibringen würden, wäre alles viel einfacher und für mehr Arbeitsstellen wäre gesorgt." (G 7)

„Die anderen Schwarzen leben im Dschungel. Diese haben sowieso keine Ahnung von Europa.. Sie leben noch wie im Mittelalter, zum Teil jedenfalls. Natürlich haben auch diese von den Weißen schon sehr viel angenommen. Aber sie lassen sich auch nicht von heute auf morgen zivilisieren." (R 9)

„Den Schwarzen wird langsam das Leben der sogenannten zivilisierten Welt beigebracht. Sie sollen lernen, richtig zu pflügen, also Feldarbeit lernen, das richtige Verhalten bei Krankheitsfällen und auch für Büro und sonstige Arbeiten werden sie ausgebildet. Anstatt wie die Kinder es früher taten, die Herden zu hüten, werden sie nun zur Schule geschickt, um dem Land zu helfen, den westlichen Industriestaaten nachzukommen." (R 9)

Für 1983 planen wir, einen **Dritte-Welt-Taschenkalender** mit dem Schwerpunktthema »Kinder in der Dritten Welt« herauszugeben. Mit diesem Taschenkalender wollen wir ein vorwiegend junges Leserpublikum ansprechen, das sich zwar für die sog. Dritte-Welt-Thematik interessiert, sich jedoch mit ihr noch nicht intensiv auseinandergesetzt hat.
Wir würden uns freuen über jeden Hinweis/Beitrag, der uns hilft, den Kalender zu gestalten:
Auf welche Jahrestage, Unterrichtseinheiten, Bücher oder Medien sollen wir hinweisen?
Welche Selbsthilfe-Projekte gibt es in der Dritten Welt, die die Lage der dort lebenden Kinder verbessern können?
Wie können wir diese Projekte unterstützen, welche Aktion durchführen?
Gibt es Gedichte, Kurzgeschichten, Karikaturen, Fotos etc., die ihr uns zur Verfügung stellen könntet?
Bitte sendet Eure Beiträge bis zum 1. April 1982 an:
Redaktion Dritte-Welt-Kalender, LAMUV Verlag, Martinstr. 7, 5303 Bornheim 3

Afrika, die heile Dritte Welt

Unzufrieden mit dem Leben hier, der Wunsch nach Veränderung sind bei einigen Bevölkerungsgruppen, vor allem aber bei Jugendlichen anzutreffen. Dabei gibt es im Zusammenhang mit dem Erstarken der ökologischen Bewegung immer mehr Leute, die das „einfache Leben" propagieren. Die Bewegung der Landkommunen hat zugenommen, der Wunsch alternativ zu leben wird immer größer, da insgesamt das Bewußtsein zunimmt, daß durch die Industrialisierung, Technisierung etc. die Lebensqualität abnimmt und unsere Existenz bedroht ist.
Einige Schüler haben nun in ihren Aufsätzen dieses Thema aufgegriffen und projezieren ihre Wünsche nach einer heilen Welt auf das Leben in Afrika. Werte, die sie bei uns vermissen, sehen sie in Afrika noch verwirklicht, Werte wie z.B. Freiheit, Harmonie, Gemeinschaft, Frieden. Sie drücken so gewissermaßen ihren Überdruß an der Industriegesellschaft aus. Die Afrikaner leben in den Augen vieler Schüler einfach und ohne Komfort, aber glücklich und zufrieden.

„Wir hatten den Eindruck, als sei die Welt hier noch in Ordnung"

„Sie haben keine große Schulausbildung und trotzdem sind diese Menschen glücklich. Sie leben zwar primitiv, aber ich glaube, sie leben sogar viel glücklicher als wir. Sie freuen sich über die kleinste Kleinigkeit, sie feiern zu vielen Gelegenheiten. Die Kinder wachsen nicht unter solchen Bedingungen auf wie z.B. Kernkraftwerke, Smog, Konsumzwang, Atomkrieg, Streß, Hektik... Wenn diese Leute zu uns nach Europa kommen würden, wüßten sie nichts mit unserem Komfort anzufangen. Sie gewöhnen sich erst langsam an unsere 'Zivilisation'. Vielleicht würden sie es aber auch als Paradies bezeichnen. Wir haben alles und sind nach außen hin glücklich mit unserer Umwelt." (R 9)

„Dennoch leben sie zufrieden, und sind, wenn sie nicht unterdrückt werden, zufrieden." (G 9)

„Aber als ich die freundlichen und lachenden Gesichter sah, war ich davon überzeugt, daß sie hier glücklich waren." (G 5)

„So leben diese Menschen in großer Armut, aber doch zufrieden, denn sie kennen ja nichts anderes. Wie wird es aber sein, wenn auch dieses Dorf von der Zivilisation eingeholt wird? Ich glaube, wir wissen dies nur zu genau!" (G 7)

„Mir war klar, daß die Leute nicht so viel Geld hatten, aber trotzdem zufrieden waren." (R 5)

„Die Leute leben primitiver, aber sie sind (mit dem was sie haben) glücklicher, da sie natürlicher als wir aufwachsen." (R 9)

„Sie denken, wir leben nur im Streß und sie leben trotz viel Arbeit friedlich." (R 7)

„Als ich im Dschungel ankam, war ich überrascht. Ich war ja noch nie im Dschungel. Was es da alles gab: seltene Pflanzen, wilde Tiere, ja was soll ich noch alles sagen, es war ein Paradies." (G 5)

„Sie wollen ebenfalls zu Reichtum kommen. Ich finde das nicht gut. Sie würden wahrscheinlich ihre schönen Wälder roden, um Städte darauf zu bauen. Sie sollten dort bleiben und ihr einfaches Leben weiterführen. Ich würde gerne einmal mit ihnen tauschen." (R 9)

„Die Menschen in Afrika führen ein viel schöneres, glücklicheres Leben als wir. Sie genießen die Natur" (R 9)

„daß er nicht viel von uns halte, weil es uns viel zu gut geht, wir hätten zuviele moderne Maschinen und viel zu viel zum Essen, daß wir es sogar wegwerfen. Als ich ihn fragte, woher er das wüßte, antwortete er, es kommen manchmal Touristen hierher, die haben sehr schöne Sachen an und sehen gut ernährt aus und wären mit nichts zufrieden, wir haben nicht sehr viel zu essen, arbeiten von früh bis spät und sind sehr glücklich." (R 7)

„... bei ihnen sei es schöner, weil sie eine richtige Gemeinschaft haben"

Viele Schüler betonen, wie gut die Afrikaner zusammenhalten. Jeder hilft jedem, alle kennen sich und bilden die gute Gemeinschaft.
Die Geborgenheit, die eine solche Gruppe bietet, scheinen die Schüler zu vermissen. Der reale Kern, den das sehr idealisierte Bild dieser Schüler hat, ist der höhere soziale Rückhalt, den die afrikanische Großfamilie oder andere soziale Einheiten (wo sie halbwegs intakt sind) bieten können im Vergleich zu engen Kleinfamilien oder anonymen Städten bei uns.

„Aber sie leben viel lustiger als die Europäer. Sie tanzen, sie essen gemeinsam, sie fühlen sich gemeinsam wohl. Keiner neidet dem anderen etwas, sie sind nicht eifersüchtig, sie leben richtig, daher werden viele auch so alt, sie denken nicht daran, ob das schädlich ist oder ungesund. Sie machen sich nicht mit seelischen Konflikten kaputt." (R 9)



Afrika, der Kontinent der Naturwunder. Aus einer Anzeige für ein Deodorant von Blendax. Aus: Bild und Funk 17/80

„Ich glaube, sie beneiden uns, daß wir viel zu essen haben – aber über (gemeint: um) unsere Atmosphäre nicht. Denn dort, wo Not ist, hält man viel besser zueinander. Man hilft sich gegenseitig, ob Ernte, ob jemand krank ist. Bei uns ist das ganz anders. In der Großstadt kennt man kaum die Nachbarn. Man lebt sozusagen aneinander vorbei." (R 8)

„Im Fernsehen habe ich schon oft gesehen, daß die Kinder dort mehr spielen und singen als wir hier. Ich glaube, wenn man es bei uns so machen würde, hätten die meisten mehr Lust, in die Schule zu kommen."

„Sie sagen, sie wollen nicht bei uns leben, bei ihnen sei es schöner, weil sie eine richtige Gemeinschaft haben. Und der Lärm auf den Straßen macht einen nervös. Sie haben eine schönere Landschaft als wir." (R 5)

„Die Leute leben oft sehr ärmlich, aber sie sind trotzdem zufrieden... In den Stämmen ist ein guter Zusammenhalt." (R 9)

„Sie finden unser Land nicht sehr schön, weil man sich bei uns nicht richtig kennt." (R 7)

„Dann würde ich vor allem ihre Lebensart genau studieren... Was sie mit den alten oder kranken Leuten machen. Denn oft haben Völker mit einer alten, erhaltenen Kultur ein besseres Sozialwesen als bei uns." (R 9)

„Die Menschen sind sehr freundlich zu einem und sehr behilflich" (R 7)

„... sie haben gesagt, sie wollen in Freiheit und nach ihren Gesetzen leben."

Der Wunsch, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und kein Rädchen in einer funktionierenden Maschine zu sein, kommt in den folgenden Schüleräußerungen deutlich zum Ausdruck. Die Afrikaner leben nach Meinung der Schüler in Freiheit, sie sind nicht eingeengt durch feste Regeln, sind keiner Routine unterworfen und können eigene Entscheidungen treffen. Gerade in dieser Altersstufe, in der allmählich die Ablösung vom Elternhaus ansteht, ist es nicht verwunderlich, daß die Sehnsucht nach einem solchen Leben nach Afrika projeziert wird.

„Wir leben in Städten, haben festgelegte Feiertage, arbeiten immer am gleichen Platz. Nur an Fasching wird sich ein wenig verkleidet, aber auch nur die kleinen. Den freilebenden Negern würde es bei uns in den Städten nicht gefallen. Sie würden dort vielleicht auch sterben, weil sie so an die Freiheit gewöhnt sind, daß sie unser Leben sowieso nicht verstehen und uns wahrscheinlich auch für verrückt halten, weil wir in solchen Betonwüsten leben." (R 7)

„Die Afrikaner leben freier als wir. Sie haben keine Gesetze." (R 7)

„Sie würden sich bei uns bestimmt nicht so wohlfühlen, weil bei uns ganz andere Verhältnisse bestehen. Auch haben sie ganz andere Sitten als wir.Auch haben wir sehr viele Regeln, sie würden sich ganz eingeengt vorkommen." (R 9)

„... daß er sich ein Leben in einer Stadt nicht vorstellen könne, ihm würden der Dschungel und das Jagen und das Kämpfen fehlen. Auch das stille Sitzen und Arbeiten könnten wir nicht vertragen. Wir brauchen das Kriegerische, um uns abzureagieren." (R 7)

„Sie haben ein freies Leben. Schon ihre Vorfahren haben so gelebt... Sie haben auch bestimmte Bräuche. Z.B. gibt es dort in jedem Stamm einen Medizinmann. Er soll angeblich die bösen Geister vertreiben. Eine Schule für die Kinder gibt es auf dem Land nicht. Die Frauen machen das Essen, helfen ihren Männern auf den angepflanzten Feldern. Jagen ist die Aufgabe der Männer. Sie bringen das Fleisch nach Hause. Tänze werden auch nach Gebrauch der Vorfahren gemacht. Frauen und Männer tanzen in einem Kreis herum. Das Leben in Afrika, also auf dem Land, kann man wirklich 'frei' nennen." (R 9)



aus einem deutschen Jugendbuch



aus einem afrikanischen Jugendbuch

Zwei Darstellungen von Afrikanern, links aus einem deutschen, rechts aus einem afrikanischen Jugendbuch (entnommen aus: Deutscher Volkshochschulverband, Materialien 7, Texte zum Seminar „Die Menschen Afrikas")

Afrika, der Kontinent der Rassendiskriminierung

„und dies alles nur, weil sie schwarz sind."

Die Unterdrückung der Schwarzen durch die Weißen, insbesondere die Situation im Apartheidsstaat Südliches Afrika, wird von vergleichsweise vielen älteren Schülern angesprochen, während die jüngeren Schüler hierzu so gut wie nicht Stellung beziehen.

In den im folgenden wiedergegebenen Auszügen aus den Aufsätzen der Schüler zeigt sich, daß die Themen Rassismus und Apartheid in den letzten Jahren verstärkt in Unterrichtseinheiten des Religionsunterrichtes aufgegriffen wurden. Auch für die Kinder- und Jugendliteratur zu Afrika sind - wenn sie überhaupt Hinweise auf politische Konflikte enthält - diese Themen vorrangig. Zudem gehören die älteren Schüler einer Altersgruppe an, in der das Empfinden für Situationen sozialen Unrechts und die Fähigkeit, Interessen anderer Menschen zu erkennen, größer wird.

„Ich glaube, ein großes Problem ist die Gleichberechtigung zwischen schwarz und weiß, denn oft ist es so, daß ein Schwarzer, der die gleiche Arbeit wie ein Weißer verrichtet, viel weniger Geld bekommt als ein Weißer." (R 9)

„Die Schwarzen, denen das Land eigentlich gehört, werden von den Weißen unterdrückt. Die Armen leben zum Teil in Slums und Wellblechhütten. Sie suchen nach fortgeworfenem Brot und anderen Speisen, um überleben zu können... Unterernährung führt oft zum frühen Tod. An Badestränden wird eingeteilt. Auf Schildern steht z.B. „Only for white people" oder „Not for black people". Auch woanders haben Schwarze oft keinen Zutritt. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen sollte aufhören. Alle sollten dabei helfen und mit Einsicht arbeiten." (G 7)

„Zuerst flog ich mit dem Flugzeug nach Johannisburg, in die Goldstadt in Afrika. In dieser Stadt ist die Rassendiskriminierung sehr groß und die Schwarzen leben sehr abgetrennt. Sie leben hinter Zäunen und dürfen nicht auf Bänken sitzen und einkaufen. Sie müssen die ganze Dreckarbeit leisten." (R 9)

„Ich sah schon Bilder einer Kommunion vor einer Kirche. An der Tür stand 'Nur für Weiße'. Ich finde es empörend, daß sogar die Kirche Unterschiede macht." (G 7)

„Die Schwarzen fühlen sich von den Weißen unterdrückt und wollen den Weißen die Regierung entnehmen." (R 9)

„Warum lassen sich die Schwarzen es gefallen, daß sie von den Weißen aus ihrem eigenen Land getrieben werden, nur wegen der militärischen Übermacht?" (G 9)

„Wenn man überlegt, daß früher die Schwarzen allein das Land beherrschten und dann praktisch von Fremden, die ins Land eindrangen, unterdrückt wurden, kann man nur den Kopf schütteln. Klar, daß diese Menschen von uns nicht allzu begeistert sind, wenn sie von den meisten Weißen wie Aussätzige oder solche, die es nicht wert sind, wie Menschen behandelt zu werden, betrachtet werden. Es ist doch zum Teil menschenunwürdig, wie diese Menschen leben müssen. In Slums eng zusammengepfercht und ohne jede Aussicht auf baldige Besserung.Und dies alles nur, weil sie schwarz sind und eine andere Art zu leben führen." (R 9)

„Die weiße Minderheit lebt dort wie zu Victorias Zeiten, sie sind reich oder gehören zur gehobenen Mittelschicht. Es gibt nur wenige Neger, die zur Mittelklasse gehören. Die meisten Neger leben in Arbeitersiedlungen oder Slums und sind sehr arm. Sie arbeiten meist in den Goldgruben bei Johannisburg. In dem Busch und im Steppenland kämpfen Guerillakrieger gegen die Regierung. Die weißen Farmer können nur mit Maschinenpistolen zu ihren Weiden fahren, denn sie könnten überfallen werden, ihre Häuser sind mit Maschinengewehren abgesichert." (R 9)

„Ein weiteres Problem ist der Rassenunterschied... Das Verblüffende an der Geschichte ist, daß die Schwarzen in diesem Teil Afrikas sich schon soweit an die Lage gewöhnt haben, daß es ihnen egal ist. Natürlich gibt es auch Schwarze, die sich an die Lage noch nicht gewöhnt haben und eine Art von Befreiungskrieg durchführen. Nicht wie Martin Luther King, sondern gewaltsam, um ihre Stärke, Gleichberechtigung, Wissen und Glaubwürdigkeit an die Oberfläche zu bringen. Dieser Teil ist aber nur sehr gering." (G 7)

„Die wenigen Weißen wollen nicht alles aufgeben, was sie aufgebaut haben."

Die meisten Schüler, die über Rassendiskriminierung und Apartheid berichten, äußern gleichzeitig Empörung über die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit. Aber nicht jede Schüleräußerung, die Rassenprobleme aufgreift, ist als Stellungnahme für die Unterdrückten aufzufassen.

„BILD: Afrika, das 2. Europa –
Kein Zweifel, Schwarzafrika ist das 2. Europa. Besonders die südafrikanischen Staaten streben unserem Wirtschafts- und Lebensstil nach. Afrika ist reicher als Europa, riesige Gold- und Diamantenvorkommen, Nigerias Öl machten Afrika wohlhabend. Die Leute dort genießen den gleichen Lebensstandard wie wir. England und Frankreich blicken traurig auf die Zeit zurück, da Afrika noch in Kolonien aufgeteilt war. Heute wären diese Kolonien mit ihren Bodenschätzen sehr günstig für uns. Doch leider geht es in diesen reichen Ländern in anderer Hinsicht nicht so gut, innere Unruhen durch Rassenprobleme und schwarze Partisanen, die gegen die weiße Regierung sind, bilden echte Probleme für Afrika. Die wenigen Weißen wollen ihre Regierung behalten und nicht alles aufgeben, was sie aufgebaut haben." (R 9)

„Sie hassen die Weißen dafür, was sie getan haben und tun"

Vergleichsweise viele ältere Schüler nehmen an, daß die Afrikaner als Folge früherer und gegenwärtiger Unterdrückung ein negatives Bild von Europa haben.

„Die Afrikaner sehen in uns Kapitalisten, Ausbeuter und Kolonialherrscher. Das kommt noch aus der Zeit, als die Weißen nach Afrika kamen und dort den Sklavenhandel eröffneten. Noch heute haben sie einen Haß auf uns, weil wir ihre Vorfahren gequält und wie eine Maschine behandelt haben." (R 7)

„Sie leiden meist auch unter der Herrschaft der Weißen. Viele Weiße in Afrika unterdrücken die Neger und werden immer reicher und die Neger ärmer. Dadurch kommen die

Neger immer mehr unter die Herrschaft der Weißen... Sie mißtrauen uns, weil wir ihnen helfen wollen und andere Weiße sie arm machen." (G 7)

„Die meisten denken bestimmt, daß die Weißen meinen, daß sie besser wären als die Schwarzen. Sie hassen die Weißen dafür, was sie getan haben und tun. Die Weißen sollten mal daran denken, daß es auch Menschen sind, und wenn sie so behandelt würden, würde es ihnen bestimmt nicht gefallen." (R 9)

„Ich glaube, daß sie unser Land für ein sehr reiches und herrscherisches Land halten. Früher verachteten sie unser Land, was sie bestimmt auch heute noch tun." (R 7)

„Die Schwarzen denken meist nicht gut über uns Deutsche, weil, so sagen sie, man nichts gegen den Rassismus unternimmt und die Entwicklungshilfe an die weiße Bevölkerung geht." (G 7)

„Darf man jemand nur wegen seiner Hautfarbe gleich verurteilen, daß er schlechter ist als wir?"

Nicht wenige Schüler sprechen rassistische Vorurteile der Weißen gegenüber Afrikanern ausdrücklich an und wollen mit ihren Reportagen zum Abbau dieser Vorurteile beitragen. Zum Teil tun sie dies allerdings in Formulierungen, die selbst wieder auf die Wirkung rassistischer Vorurteile schließen lassen.

„Wenn ich Reporter wäre, würde ich ... versuchen, den Lesern eine bessere Meinung zu geben, damit meine ich, daß sie z.B. Schwarze für gleichwertige Menschen halten und nicht für halbwertige Menschen. Denn Schwarze sind wie wir, sie fühlen und denken so wie wir, nur haben sie eine andere Hautfarbe. Darf man jemand nur wegen seiner Hautfarbe gleich verurteilen, daß er schlechter ist als wir?" (R 9)

„Wenn die vielen Vorurteile nicht wären, und die Schwarzen wie alle anderen akzeptiert würden, wäre ihnen, so glaube ich, schon viel geholfen." (R 9)

„Wieviele Völker werden von uns Weißen als Wilde und Barbaren angesehen, weil wir ihre Sitten nicht verstehen und sie auch nicht begreifen wollen." (R 9)

„Noch heute werden die Afrikaner, ihrer Hautfarbe wegen, falsch behandelt oder benachteiligt." (R 9)

„Doch die Afrikaner leben wie wir, und ich glaube, sie denken wie wir. Ich finde, diese Menschen haben die gleiche Abstammung (von der Bibel von Adam und später noch Eva). Sie sind gleich gebaut, haben die gleichen Organe und Gefühle". (R 9)

„Wie die meisten sicher wissen, ist es in Afrika nicht mehr so wild und grausam wie früher. Stellen wir zum Beispiel meinen Freund Achmet vor. Er steht jeden Morgen wie jeder normale Mensch auf, zieht sich an, rasiert sich und geht sich anschließend duschen. Er ist sehr sauber, damit möchte ich die Vorurteile abschaffen, die jeder Mensch über die Afrikaner denkt. Nach dem Frühstück geht er zur Arbeit. Leider sind die Direktoren der Fabriken ziemlich hartgesottene Halsabschneider. Sie stellen die Leute für so einen Stundenlohn ein, daß nicht einmal die Arbeitslosen, die es in Deutschland gibt, die Arbeit annehmen würden." (G 7)

„Weil sie ja den Nachteil haben, eine andere Hautfarbe zu haben ... denn unter einer anderen Hautfarbe kann ein ganz anderer Mensch stecken. Ich glaube, daß das ein Grund für die Entstehung der vielen Elendsviertel in Afrika ist." (R 9)

„Sie fühlen sich sehr zurückgedrängt wegen der Hautfarbe. Manchmal versuchen sie uns zu bestehlen, darin sollten sie sich ändern. Sie haben nur etwas gegen uns, weil wir sie verstoßen. Aber ich finde, warum kommen sie dann her, und wenn sie schon kommen, dann müssen sie sich auch an das halten, was sich gehört." (R 7)

Traumland Europa – Problemland Europa

Die bisherigen Gesichtspunkte, unter denen die Äußerungen der Schüler geordnet wurden, bezogen sich auf ihr Bild von Afrika. In der Themenstellung der Aufsätze sind die Schüler auch aufgefordert worden, zu berichten, „welche Meinung die Afrikaner über unser Land haben". Das Bild der Bundesrepublik bzw. Europas, das die Schüler bei Afrikanern vermuten, gibt auch Auskunft über die Einstellung, die die Schüler selbst zu ihrem eigenen Lebensbereich haben.
Der weit überwiegende Teil der Schüler äußert sich zu der Frage, welche Meinung die Afrikaner über unser Land haben, etwa 60 % der jüngeren und 80 % der älteren Schüler. Im überwiegenden Teil dieser Äußerungen wird vermutet, daß die Afrikaner das Leben in Europa sehr positiv bewerten, ja geradezu als ideal betrachten. Es wird ein Gegenbild zu Afrika, dem Kontinent primitiver und unzivilisierter Lebensweise, dem Kontinent der Armut und Unterentwicklung, aufgebaut.

Traumland Europa

„Sie finden es ein Land, wo Milch und Honig fließt"

Die Afrikaner glauben – so vermuten die Schüler –, daß wir in einer Art Schlaraffenland leben, in dem die vollständige Befriedigung aller Bedürfnisse möglich ist. Es ist auffallend, wie oft hierbei von „Paradies", „Traumland" oder „Himmel" gesprochen wird.

„Die Afrikaner stellen sich sicher unser Land als einen 'Garten Eden' vor in dem sie alles finden, was sie zum Leben brauchen." (R 9)

„Er sagte mir, die Europäer haben es besser als wir, sie haben technische Geräte und schöne Häuser. Dort ist es wie im Himmel." (G 5)

„Was halten die Afrikaner von Deutschland? Sie finden es ein Traumland ... Sie finden das Leben in der Bundesrepublik zivilisierter und kultivierter. Nicht an jeder Ecke sitzt ein Verkäufer... Sie finden es ein Land, wo Milch und Honig fließt." (G 7)

„Die Eingeborenen hätten sicher gerne den Luxus, wie er in Deutschland herrscht. Sie wären sicher froh, wenn überall Straßen wären und überall Strom wäre.' (R 90

„Als ich ihnen ein Bild von unserem Haus zeigte, verbeugten sie sich vor mir, weil sie dachten, ich bin der Graf, weil unser Haus so groß sei, rissen sie Mund und Ohren auf." (R 5)

„Um herauszufinden, wie Afrikaner unser Land finden, braucht es nicht viel Arbeit. Man kann es schon an ihren Augen erkennen, wenn sie etwas von Europa hören oder auch nur Deutschland hören, sind sie hell begeistert und fragen einem Löcher in den Bauch, wie es dort sei. Man kann aber auch Pech haben und einige bekannte Europafeindestämme treffen, die den Fortschritt und die Aufdringlichkeit unserer Länder bekämpfen und bestreiten wollen. Sie lassen keine Weißen in die Nähe ihrer Dörfer. Aber, wie gesagt, gibt es nur einzelne von diesen Stämmen. Die anderen sind begeistert von dem Fortschritt und der Technik der Weißen. Würde uns ein Zacken aus der Krone fallen, wenn wir ihnen einen Teil unserer Technik vermachen würden? Nein! Worauf warten wir noch?" (R 7)

„Für sie sind wir Götter"

Wenn Europa als paradiesisches Wunderland angesehen wird, so ist es nicht erstaunlich, daß die Afrikaner in der Vorstellung einiger Schüler die Weißen als Halbgötter ansehen.

„Sie kennen nur den 'Weißen Mann', den sie in manchen Stämmen als halben Gott verehren und ihm zu essen geben, ihn aufnehmen, zu ihm Vertrauen haben...
Nur die Medizinmänner finden uns böse, unheilverrichtend, ich glaube, weil sie selbst als Halbgott und unerreichbar gelten möchten." (G 7)

„Manche Afrikaner, die noch nie einen Europäer gesehen haben, meinen, sie wären ihre Götter oder sonst irgend etwas." (R 5)

„Sie halten Deutschland für das Land der Reichen. Für sie sind wir Götter, die Befehlenden." (G 7)

Einige Schüler, die wie die Mehrheit vermuten, daß die Afrikaner ein äußerst positives Bild von Europa haben, weisen darauf hin, daß sie dies für ein realitätsfernes Bild halten.

„Sie sehen vielleicht auch nur das Positive in unserem Land. Wenn sie hier leben würden, könnten sie auch genug negative Seiten im Lande kennenlernen." (R 9)

„Bei einer Umfrage... ergab es sich, daß die Menschen in Nigeria eine ganz falsche Einstellung von uns (in Deutschland) haben. Die Nigerianer, überhaupt die ganzen Afrikaner denken, daß wir Deutschen in einer Art von 'Paradies' leben. In einem Paradies, in dem es alles gibt, was man zum Leben braucht. In einer Welt, in der man nichts mehr verbessern muß, sozusagen in einer 'heilen Welt'." (G 7)

„Sie glauben, daß wir ein gemütliches Leben führen und nur faulenzen"

Parallel zur Betonung der materiellen Besserstellung in Europa nehmen einige Schüler bessere Arbeitsbedingungen als Grund für das vermutete positive Bild der Afrikaner von Europa an, dies in Abgrenzung zur harten Arbeit, die Afrikaner leisten müssen (Das Stereotyp vom faulen, arbeitsscheuen Afrikaner war in den Schüleraufsätzen so gut wie nicht vertreten, obwohl es zu den verbreitetsten kolonialen Rechtfertigungsmustern gehörte).

„Viele würden zwar gerne mit uns tauschen, wegen des bequemen Lebens. Aber glücklicher und zufrieden wären sie, glaube ich, nicht." (R 9)

„Unsere Kinder sehen die Touristen, die von ganz Europa kommen und bewundern sie wegen ihrer Kleidung... Ich würde in Deutschland gern leben und meine Arbeit haben, genaue Feierabendzeit, und einen Fernseher und ein Radio und gute Kleidung – alles anders als hier in Marokko.
Und man hat die ganze Freiheit für sich. Sein eigenes Auto und viel Geld verdienen. Deutschland mein Traumland." (R 7)

„Wir sind, nach ihrer Idee, reich, kleiden uns in Samt und Seide, sitzen den ganzen Tag in seidenen Kissen, haben dicke Bäuche, essen und trinken immerzu und haben einen verkehrten Glauben." (G 7)

„Sie meinen, daß die Menschen in Deutschland gleichberechtigter sind als bei ihnen"

Während die meisten Schüler den materiellen Wohlstand als Grund für die vermutete positive Einstellung der Afrikaner Europa gegenüber angeben, stehen für einige Schüler andere Gründe – so die vermutete bessere rechtliche Stellung der Menschen in Europa – im Vordergrund.

„Auch wenn die Leute fröhlich sind, sind sie doch im inneren traurig, weil sie nicht so leben können wie wir. Sie meinen, daß die Menschen in Deutschland gleichberechtigter sind als bei ihnen." (G 7)

„Die Armen, die in Afrika so gut wie keine Meinung haben, schätzen die Demokratie sehr. Die Reichen dagegen halten



Aus dem Katalog eines Möbelhauses

nicht viel von unserem Land, da sie bei uns ihre Macht nicht so durchsetzen können." (R 7)

„Sie wollen lieber in Europa leben, weil sie es dann besser hätten"

Wenn Afrikaner – so die Schüler – Europa sehr positiv einschätzen, ja dort ein Paradies vermuten, so ist es nicht erstaunlich, wenn ihnen der stete Wunsch unterstellt wird, in dieses Traumland gelangen und leben zu wollen. Manche Schüler äußern allerdings die Überzeugung, ihr positives Bild würde sich als Täuschung herausstellen.

„Das Geld reicht niemals für eine Überreise, sonst würde er gerne in unser Land kommen." (R 5)

„Ich glaube, sie vergleichen (die) Indutrieländer mit dem Paradies, weil Technik was neues, was unbekanntes, gleichzeitig etwas faszinierendes für sie ist. Ich glaube, die meisten würden gerne nach Europa kommen, aber ich glaube, sie würden es bereuen, weil sie sich nicht zurechtfinden würden." (R 9)

„Sicher sehen uns viele Afrikaner als das 'gelobte Land' an, weil sie meinen, bei uns gibt es alles im Überfluß. Ich bin aber sicher, daß die Afrikaner, die in das 'gelobte Land' ausgewandert sind, bald enttäuscht zurückkommen, wenn sie nicht das Glück haben, gleich von ihrer neuen Umwelt aufgenommen zu werden." (R 7)

„Ich glaube, sie sind sehr neidisch, daß wir im Überfluß leben"

Einige Schüler vermuten, daß das Bild der Afrikaner von Europa stark durch Neid oder Kritik an einem Leben in Überfluß bestimmt ist. Die Äußerungen der Schüler lassen ein schlechtes Gewissen vermuten, deshalb wird in diesem Zusammenhang zur Hilfe appelliert. In Aufrufen zu kirchlichen Spendenkampagnen findet sich dieses Argumentationsmuster oft: jeder Bewohner der Industrieländer ist ein Reicher, der im Überfluß lebt.

„Das weiße Volk ist böse, die haben Geld, Essen und richtige Kleider, das ist gemein." (R 5)

„Man kann in dieser Weise nicht mit den Afrikanern reden, denn sie fangen gleich an zu weinen und beneiden uns, weil wir verhältnismäßig sehr gut gegenüber den Afrikanern leben." (R 9)

„Sie denken, daß wir es viel zu gut haben. Sie meinen, daß wir ihnen ruhig einen Teil unseres Essens abgeben können. Sie stellen sich unser Land sicher als ein Paradies vor. Ihre Kinder möchten auch gerne in die Schule gehen, aber sicher nur solange, bis sie zum ersten Mal da waren." (R 9)

„Selbst dem Ärmsten in unserer Umgebung geht es seiner (des Afrikaners) Ansicht nach im Gegensatz zu ihm noch gut. Wenn er zum Beispiel das Geld, das ein Arbeitsloser bei uns bekommt, in seiner Heimat umsetzen würde, wäre er dort ein sehr reicher Mann... Er denkt jedenfalls, daß es uns viel zu gut geht." (R 9)

Problemland Europa

Auch wenn der größte Teil der Schüler annimmt, daß die Afrikaner Europa als Traumland ansehen, vermuten doch nicht wenige Schüler, daß die Afrikaner Europa mit kritischen Augen sehen oder zumindest ihr Befremden über unsere Lebensweise äußern. Wurde im Teil „Afrika, die heile Dritte Welt" die Projektion des Wunsches nach einem einfachen und harmonischen Leben auf Afrika thematisiert, so werden hier Schüleräußerungen wiedergegeben, die die Verhältnisse in Europa direkt kritisieren oder diese Kritik den Afrikanern direkt in den Mund legen.

„Die Menschen dort halten nicht viel von unserem Land, sie meinen, es würde uns kaputt machen."

„Die Afrikaner meinen, wir sind viel zu zivilisiert und sollten uns mehr mit der Natur und den Tieren beschäftigen." (R 5)

„Meinung eines Afrikaners: Deutschland ist ein sehr zivilisiertes Land, es gibt dort die Maschinen und die Autos, die das Leben so leicht machen, daß es kaum noch ein Leben ist." (R 7)

„Die Afrikaner, das heißt die meisten von ihnen, halten nicht viel von uns Weißen. Wir sind, so sagen sie, dem Fortschritt unterlegen. Wir wollen hoffen, daß sie nicht recht behalten." (R 7)

„Ich werde jetzt jemand fragen, was er von uns hält. 'Den Europäern geht es gut, und sie brauchen nicht zu hungern wie wir'. Die Menschen der Dritten Welt sehen nicht, daß wir auch unsere Probleme haben. Z.B. Krankheiten, politische Probleme etc... etc... etc. Natürlich haben sie auch viele Sachen in ihrem Leben zu überwinden: Hunger, Krankheiten, Arbeitsplätze etc. etc. etc. Ich würde sie bitten, daß sie dabei beitragen, daß diese Welt besser wird. Aber nicht so werden wie wir." (R 5)

„Den Arbeitsstreß möchten sie in ihrem Land aber nicht haben"

Neben allgemeinen kritischen Äußerungen über unsere Zivilisation sprechen die Schüler auch konkrete Probleme an. Das Spektrum reicht von Arbeitsstreß über psychische Probleme bis hin zur Umweltverschmutzung.

„... daß die Europäer zwar genug zu essen und einen großen Fortschritt haben, aber daß sie es immer eilig haben und dabei nicht glücklich sind." (R 9)

„Wenn ein Afrikaner nach Europa kommen würde... werden ihm die Menschen auffallen, die rastlos umherhasten. In Geschäften wird ihm die große Auswahl verschiedener Dinge auffallen." (R 9)

„Die Afrikaner halten unseren Lebensstandard nicht unbedingt für erstrebenswert. Sie finden es zwar gut, daß bei uns keiner Hunger leiden muß. Den Arbeitsstreß möchten sie in ihrem Land aber nicht haben. Ebenso ist unser Verkehr und unsere Industrie bei ihnen unerwünscht. Unsere Sitten finden sie komisch. Z.B. unsere Heirat oder besonders die Scheidung, sie finden es absurd, daß sich eine Frau von ihrem Mann scheiden lassen kann! Sie finden es komisch, daß man bei uns die Rente braucht, um im Alter zu überleben. Bei den Afrikanern werden die Alten von den Jungen mitversorgt." (R 9)

„Die Afrikaner denken sich, daß in Europa überall Wolkenkratzer stehen und es keine wilden Tiere in der Freiheit gibt. Überall, so denken sie, wimmelt es von Autos, diese nennen sie Benzinungeheuer... Sie denken, daß bei uns jeder Mensch einen Palast besitzt und jeder die neueste Kleidung anhat. Das Leben dort ist sehr gefährlich." (R 5)

„Was glaubst Du, wie sieht es in einem Industriestaat aus? Es kam ein erschreckendes Ergebnis heraus, er glaubt genauso wie die meisten anderen, es gäbe viel Arbeit,

viel Geld. Von den Problemen, wie z.B. dem Papierkrieg, wissen sie nichts." (R 7)

„Aber was stellt Ihr Euch unter Westdeutschland vor? ... Es muß schrecklich sein: Schulen: Entsetzlich. Fabriken: grauenhaft. Das einzige Schöne, das ist der Bodensee." (G 5)

„Die Industrie verschmutzt die Luft. Sie denken, wir vernichten unser Land"

„Sie meinen, daß wir Tierquäler sind und wir verunreinigen unsere Welt nur. Die Industrie verschmutzt die Luft. Sie denken, wir vernichten unser Land... (R 7)

„Die BRD ist ein sehr fortschrittliches Land, allerdings mit einigen Nachteilen. Die meisten Menschen glauben an einen Gott, den es gar nicht gibt. Man kann ihn nicht sehen. Außerdem verschmutzen sie ihr eigenes Land. Aus großen Schornsteinen kommt grauer Rauch, der sehr giftig sein kann. Außerdem haben die Gebäude, die sie Atomkraftwerke nennen. Damit zerstören sie ihr eigenes Land. Im großen und ganzen ist es eigentlich sehr zweifelhaft, ob dieses Land fortschrittlicher ist, als unseres." (G 9)

„Ich finde unseren Entwicklungsstand nicht gut, weil der Mensch sich durch die Umweltverschmutzung und immer mehr Hochhäuser selbst kaputt macht." (R 7)

„Sie würden (sich) bestimmt über die Flughäfen und die hochmodernen Kliniken und Krankenhäuser wundern... Aber über die Atombomben – (Müll) und über die Smog-Alarme, Auspuffgase und Verkehrstote würden sie sich bestimmt nicht freuen." (R 9)

„Aber ich glaube, manche von ihnen möchten nicht in unserem Land leben. Sie denken, es sei viel zu viel Industrie. Die Luft wird verpestet und unsere Fahrzeuge behagen ihnen bestimmt auch nicht. Sie bevorzugen sicher nur ihre Ochsenwagen." (R 7)

„Sie denken vielleicht, daß wir die Natur sehr verschandeln und viel zu viele Großstädte haben (Wald abholzen)." (G 7)

„Sie lieben nun einmal ihr armes Land"

In dem Maße, wie die Schüler in der Lage sind, auch die eigene Gesellschaft kritisch zu sehen, verliert die europäische Lebensweise den Rang des alleinigen Maßstabes. Der Gedanke, daß die Afrikaner vom Wert ihrer eigenen Lebensweise überzeugt sind, rückt in die Vorstellung der Schüler. In diesem Zusammenhang weisen einige Schüler auf die Gefahr der Zerstörung der afrikanischen Kultur durch die Einflüsse der Industrieländer hin.

„Sie finden ihr Land besser als unseres und wollen sich ihr Land nicht zivilisieren lassen." (R 5)

„Ich glaube, die Menschen dort wollen nur ihren Frieden haben. Sie wollen ungestört so weiterleben, wie sie es gewohnt waren. Sie möchten keine Zivilisation. Hilfe brauchen sie trotzdem, weil sie nicht alleine von der Jagd leben können." (R 9)

„Wir erfuhren dabei viel Wissenswertes, z.B., daß sich die Neger uns als grobe Menschen, die kein Verständnis für alte Rassen und Kulturen und vor allem für die Natur haben, vorstellen. Sie dachten, daß wir ihnen ihr Land wegnehmen wollen und an dessen Stelle Großstädte hinsetzen wollen. In diesem Punkt konnten wir sie beruhigen, wir wollen alles tun, um ihre alten Bräuche und Sitten zu erhalten." (R 7)

„Von einigen jungen Männern habe ich gehört, daß sie nach einer Schulbildung in eine größere Stadt gezogen sind, um dort zu studieren oder einer Arbeit nachzugehen. Bei vielen ist das schade, weil die ganze Kultur und Tradition mit der Zeit ausstirbt. Ansonsten ist das eigentlich nicht das „romantische Afrika", das wir aus Filmen kennen. Diese Menschen haben zu kämpfen, mit der Natur und für das Überleben." (R 9)

Der größte Teil der Schüler vermutet, daß die Afrikaner Europa bzw. Deutschland für ein Traumland halten. Es ist anzunehmen, daß sie damit gleichzeitig eine positive Grundeinstellung zu ihrem eigenen Land äußern wollen (dies bedeutet allerdings nicht, daß sie selbst ihren eigenen Lebensbereich als »Traumland« empfinden). Die Schüler fühlen sich als Mitglieder ihrer Gesellschaft und entwickelt Mechanismen, wie man sie in jeder Gruppe findet: die Entstehung eines Wir-Gefühls sowie ähnlicher Einstellungen und Wertvorstellungen. Es erfolgt eine deutliche Abgrenzung nach außen. Die Schüler, die sich als Mitglieder dieser von den Afrikanern so bewunderten »zivilisierten« und hochentwickelten Gesellschaft fühlen, können ihre Größenphantasien ausleben (»Sie halten uns für Götter«). Der eigenen Realität der Schüler, in der sie ihre Schwierigkeiten und Probleme haben, wird durch die Bewunderung durch die Afrikaner ein positiver Stellenwert zugesprochen, sie kann dadurch psychisch leichter bewältigt werden. Das eigene Land wird von einigen Schülern als so positiv angesehen, daß am liebsten alle Afrikaner hier leben wollen.
In der Vorstellungswelt vieler Schüler gibt es neben der europäischen keine andere Lebensweise, die für sich in Anspruch nehmen kann, den gleichen Wert zu besitzen.
Auch für die Schüler gelten die Maßstäbe für Erfolg und Mißerfolg, die in der Erwachsenenwelt vorhanden sind (Konkurrenz, Vorrang materieller Werte). Mit diesen Maßstäben vergleichen sie die europäische mit der afrikanischen Lebensweise und werten letztere ab.
Aber neben der Mehrheit der Schüler, die die eigene Gruppe sehr positiv bewerten, äußern nicht wenige Schüler Kritik an der eigenen Gesellschaft. Diese Schüler gehen nicht davon aus, daß westlicher Konsum oder westliche Kleidung als Zeichen einer höherstehenden Kultur gewertet werden können. Sie stellen Probleme der eigenen Gesellschaft, etwa Umweltprobleme heraus. Es ist anzunehmen, daß sie diese Kritik nicht nur Afrikanern in den Mund legen, sondern auch selbst vertreten. Vielen Jugendlichen fällt eine Identifikation mit der eigenen Gesellschaft immer schwerer. Sie bewundern nicht die materiellen Errungenschaften, sondern spüren die fehlenden Möglichkeiten, ihr Leben selbst zu bestimmen. Das dadurch vermittelte Gefühl der Ohnmacht läßt das von ihnen in Afrika vermutete »einfache Leben« als Ideal erscheinen.

Zusammenstellung: hiwe/gc

Eismohr
Eisneger
Negerküsse
Negerlein (Oetker)
Negerspeck

Offizielle Handelsbezeichnungen der Genußmittelbranche. Sarotti wirbt als die „gute Schokolade mit dem Mohren". Konditoreien verkaufen noch den „Mohrenkopf". Von Kindern und Jugendlichen wird die Bezeichnung „Negerschweiß" für Lakritzwasser verwandt, eine trüb-braune Flüssigkeit.

Warum halten sich Vorurteile so hartnäckig?

Zu den psychologischen Hintergründen

„Kommt, macht mir keinen Negeraufstand" sagt vermutlich heute noch mancher Lehrer zu seinen Schülern; „Friß nicht wie ein Kaffer", ist noch heute eine pädagogisch gemeinte Ermahnung an manchen familiären Eßtischen; „Unser Küchenneger ist am Werk" bezeichnet auch heute noch die Verrichtung nicht angesehener Arbeiten. Auch wenn der Sprachgebrauch gegenüber Afrikanern besonders diskriminierend ist, so ist Diskriminierung nicht auf die Völker Afrikas beschränkt. „Die polnische Wirtschaft", „die böhmischen Dörfer" und „das Hausen wie die Hunnen" verkörpern das Vorurteil der Kulturlosigkeit im Osten; da ist es nicht mehr weit zum slawischen Untermenschen. Aber auch das Franzosenkraut, ein fast nicht bekämpfbares Unkraut, überliefert eine abwertende Einstellung den Franzosen gegenüber. Die Liste der Sprichwörter und Redensarten, die rassistische Vorurteile und nationale Stereotypen enthalten, ließe sich noch lange fortsetzen. Die Sprache ist aber nur ein Beispiel, an dem gezeigt werden kann, wie tief solche Vorurteile und Klischees sitzen.
Im Alltag werden die Schüler in sehr vielfältiger Weise mit ihnen versorgt: so singen schon die Vorschulkinder: „Zehn kleine Negerlein" oder spielen „Schwarzer Peter"; vorgelesen wird ihnen aus dem „Struwelpeter" über den „kohlpechrabenschwarzen Mohr". Gegessen werden Afrikaner als „Eisneger" (Softeis mit Schokoladenüberzug). Die dann verfleckte Kleidung wird zur Reinigung Mohr mit ihrem wulstlippigen, breitgrinsenden, affenartigen Mohren als Erkennungszeichen gebracht.
Das Bild der Afrikaner, das sich in den genannten Beispielen niederschlägt ist sehr vorurteilsbehaftet. Ein Vorurteil ist eine negative Einstellung, die sich auf eine fehlerhafte und starre Verallgemeinerung gründet, emotional geladen ist, sich meist gegen eine ganze Gruppe von Personen richtet und sich nur schwer ändern läßt.

Besteht ein Zusammenhang zwischen Vorurteil und Verhalten?

Keineswegs eindeutig zu klären ist der Zusammenhang von Einstellung und Verhalten. Es ist keine eindeutige Aussage möglich daß derjenige, der eine positive Einstellung gegenüber Afrikanern äußert auch zu einem positiven Verhalten fähig sein wird wenn er in einer bestimmten Situation zu konkretem Verhalten aufgefordert ist.
Neben der Einstellung bestimmen auch andere Faktoren wie Situation, Zeitpunkt, beteiligte Personen das Verhalten. Anzunehmen ist, daß eine Einstellung eine bestimmte Handlungsbereitschaft schafft. Ihren ersten Ausdruck findet die Einstellung meist in Phantasien und Worten. Vor allem bei der Einstellung zu Afrika gibt es sicher deutlich weniger Situationen, in denen konkretes Verhalten gezeigt werden kann, als zum Beispiel bei der Einstellung Frauen gegenüber.
Im folgenden möchte ich jedoch einige Bereiche nennen, in denen eine negative Einstellung gegenüber Afrika bzw. der Dritten Welt auch bei uns verhaltenswirksam werden kann.
In vielen Orten haben sich Bürger zusammengetan, um gegen die Errichtung von Asylantenheimen zu protestieren. Auch ausländische Studierende und dabei besonders Afrikaner können sich in Deutschland meist nur schlecht zurechtfinden, da sie in sehr vielen Bereichen offene Ablehnung erfahren. In der Art, in der bei uns oft über Gastarbeiter gesprochen wird, oder wie sie behandelt werden, kommen ebenfalls die Vorurteile gegenüber Fremden stark zum Tragen. Sie werden oft kaum mehr als Personen wahrgenommen, vielmehr spricht man häufig nur noch von den „Kanacken", den „Kümmeltürken" oder den „Spaghettifressern". Bei den breiten Vorbehalten gegen Entwicklungshilfe, sie sei rausgeworfenes Geld in ein afrikanisches Faß ohne Boden, kommt ebenfalls ein negatives Fremdbild zum Tragen.
Die Zahl der Touristen in die Dritte Welt nimmt immer mehr zu. Das Bild, das man von dem bereisten Land hat, kann sich dabei besonders gut in konkretem Verhalten zeigen. Die Vorurteile mit denen ein Tourist ausreist, sind oft wie eine rosa bis schwarz gefärbte Brille, was unvermeidlich dazu führt, daß falsche Vorstellungen mit nach Hause gebracht werden, bzw. die auf die Reise mitgenommenen Vorurteile gefestigt werden, und mit der Autorität desjenigen, der „es ja mit eigenen Augen gesehen hat", weitergegeben werden.



Werbung der Chemischen Reinigung Dr. Mohr in Freiburg.

Wie funktionieren Vorurteile?

„Vorurteile gehören zum Haltbarsten in der menschlichen Geschichte" schreibt Alexander Mitscherlich. Was sind die Funktionen, die diese langfristige Stabilität garantieren? Im folgenden soll dargestellt werden, welche Funktionen Vorurteile und Einstellungen für Individuen, Gruppen und Gesellschaften haben.

Vorurteile dienen der Orientierung: Nicht eindeutige Situationen können mit Hilfe einer Einstellung klarer gefaßt werden. Der Einzelne wird s cherer und handlungsfähiger. Vorurteile dienen der Klassifizierung und Charakterisierung sonst undurchschaubar bleibender Phänomene und ge-

währleisten so eine gewisse Orientierung. Deshalb werden für Sachverhalte und soziale Gruppen, über die nur wenig objektive Informationen bekannt sind, besonders leicht Vorurteile gebildet und akzeptiert. Aus diesem Grund sind gerade Völker der Dritten Welt der Bildung von Vorurteilen ausgesetzt.

Vorurteile dienen der Abwehr: Das Vorurteil hat eine festumschriebene Funktion im eigenen Selbst. Es bietet eine Möglichkeit, innere, aus der Kindheit stammende und im Erwachsenenalter noch unbewußt wirkende ungelöste Konflikte und Ängste zu bewältigen bzw. abzuwehren. Fällt das Vorurteil weg, so ist die innere Ausgeglichenheit dessen, der das Vorurteil hatte, in Gefahr. Besonders Minderheiten bieten solchen Personen die Chance, Bedürfnisse und Wünsche, verdrängte Aggressionen auf diese Gruppe zu projezieren. Das bis heute nicht ausgerottete Vorurteil der naturhaften, ungezügelten sexuellen Potenz des Afrikaners ist auf die Projektion verdrängter Wünsche zurückzuführen.

Vorurteile halten eine Gruppe zusammen: Um in einer Gruppe überleben zu können, identifiziert sich der Einzelne mit den in seiner Gruppe und seinem sozialen Umfeld herrschenden Einstellungen und Vorurteilen. Vorurteile halten eine Gruppe zusammen, sie vermitteln das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft. Der Einzelne, der die Vorurteile der Gruppe übernimmt, fühlt sich dann in der Gruppe leichter geborgen, sicher und sozial akzeptiert. Gegen den wachsenden Antisemitismus in Deutschland zwischen den Weltkriegen haben viele auch dann nicht protestiert als dies noch ohne Gefahr für die eigene Person möglich war, da sie Angst hatten, sich in ihrem sozialen Umfeld zu isolieren.

Vorurteile sind für eine Gruppe nützlich: Vorurteile haben für eine Gruppe aber nicht nur eine interne Funktion, wie die Schaffung des Zusammenhalts der Gruppe, sondern richten sich auch nach außen, indem andere soziale Gruppen bzw. Minderheiten diskriminiert werden. Die Vorurteile diesen Gruppen gegenüber rechtfertigen oft Privilegien, d.h politische und wirtschaftliche Vorurteile der Majorität (bzw. einer Minderheit in ihr) diesen Gruppen gegenüber. Die Gesellschaft erfindet Haßobjekte, gegenüber denen man ungestraft asoziale Triebverhaltensformen ausleben darf.
Mit Hilfe von Vorurteilen können Konflikte und Aggressionen innerhalb von Gruppen und Gesellschaften auf auswärtige Sündenböcke umgelenkt werden. In Krisenzeiten besteht dann die Möglichkeit, der Minderheit die Schuld an den aufgetretenen Mißständen zu geben, und damit die sozialen Konflikte innerhalb der Gesellschaft zu verdecken. So dürfte es zu der wohl verbreitetsten „Erklärung" der Arbeitslosigkeit gehören, die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer dafür verantwortlich zu machen.

Zusammenhang von Vorurteilen und anderen politischen Einstellungen:
Die Bedeutung, die Vorurteile für eine Persönlichkeit haben, ist unterschiedlich stark. Die Untersuchungen von Adorno u a. haben gezeigt, daß Personen mit einer bestimmten Persönlichkeitsstruktur sehr viel mehr Vorurteile haben als andere Personen. Sie sprechen vom „autoritären Charakter". Bei solchen autoritären Personen findet man sehr häufig eine Überidentifikation mit der eigenen Nation. Sie schätzen das eigene Volk übermäßig hoch ein und lehnen Fremde, insbesondere aus anderen Kulturen, gleichzeitig stark ab. Es konnte aufgezeigt werden, daß zwischen Vorurteilen gegen andere Rassen und Religionen und einem übertriebenen Ethnozentrismus sowie faschistischen Ideologien deutliche Zusammenhänge bestehen.

Wie entstehen Vorurteile?

Auch wenn die psychologische Forschung noch keine befriedigende Antwort auf die Frage geben kann, wie Vorurteile und Einstellungen entstehen, so ist jedoch geklärt, daß sie im Laufe der Sozialisation erlernt werden. Vor allem die ersten sechs Jahre der Kindheit sind für das Erlernen von Einstellungen wichtig.
So untersuchte eine Amerikanerin die Entwicklung des ethnischen Zugehörigkeitsgefühls und stellte fest, daß Kinder unter 4 Jahren sich noch nicht ethnisch zugehörig fühlen, aber fast alle Kinder, die älter als 5 Jahre sind. Andere Untersuchungen ergaben, daß ethnische Vorurteile spätestens mit 11 Jahren anzutreffen sind, bzw. zwischen dem fünften und dem vierzehnten Lebensjahr allmählich ansteigen. Insgesamt wurde mit zunehmendem Alter eine wachsende Tendenz zum Ethnozentrismus gefunden.
Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, daß rassistische und ethnische Vorurteile im Jugendalter schon fest begründet sind. In diesem Zeitraum werden die Grenzen zwischen sozialen Schichten und Gruppen schärfer gezogen. Dabei kommt den Vorurteilen eine wichtige Bedeutung zu.



„... an die CSU-Landesleitung München – stop – Der CSU-Freundeskreis der Zentral-Guineanischen Pygmäen protestiert aufs schärfste gegen die diskriminierenden Äußerungen von F. J. S.!"

Karrikatur von H. Haitzinger (u.a. Badische Zeitung) nachdem Strauß im November 1976 im Spiegel führende CDU-Politiker als politische Pygmäen bezeichnet hatte.

Unklar ist ob bestimmte autoritäre Erziehungspraktiken zur Vorurteilsbildung führen. So wurde ermittelt, daß Mütter mit einem autoritären Erziehungsstil Kinder mit ausgeprägten Vorurteilen haben. Es ist auch möglich, daß die Vorurteile durch direkte Identifikation während des Sozialisationsprozesses gelernt werden. Beide Wege schließen sich keineswegs aus, da autoritär erziehende Eltern selbst auch viele Vorurteile haben und so ein negatives Vorbild für ihre Kinder sind.
Eine große Rolle für die Entstehung von Vorurteilen spielt nicht nur die Erziehung des Einzelnen, sondern auch die Gruppe, in der er lebt. Deren Vorurteile und Einstellungen muß der einzelne übernehmen, um überhaupt zur Gruppe zu gehören und nicht ein Außenseiter zu werden. So wird es für den Einzelnen oft sehr schwer sein, andere Einstellungen, die ihm in der Erziehung vermittelt wurden, gegen diesen Gruppendruck zu bewahren.

hiwe

Literatur:
E. Barres: Vorurteile – Theorie – Forschungsergebnisse – Praxisrelevanz, Opladen 1978
A. Mitscherlich: Zur Psychologie des Vorurteils, in: K. D. Hartmann (Hrsg.): Vorurteile, Ängste, Aggression, Frankfurt 1975

Konsequenzen für Dritte Welt-Arbeit?

Politische Arbeit darf Vorurteile nicht ignorieren

Die Arbeit von uns und anderen Dritte-Welt-Gruppen ist zu einem überwiegenden Teil Bildungsarbeit und steht vor der Aufgabe, Einstellungen zu ändern. Soweit unsere Arbeit Schüler erreicht hat, etwa durch die Beantwortung zahlreicher Anfragen aus dem Bereich der Schule, durch Veranstaltungen oder durch Publikationen, die für Schüler bestimmt waren, hat sie Themen angesprochen, die das Verhältnis von Industrieländern und Ländern der Dritten Welt betrafen – Welthandelsstrukturen, Entwicklungshilfe, Waffenhandel –, sie hat versucht, die Arbeit von Befreiungsbewegungen politisch zu unterstützen und trat für einen eigenständigen, an den Bedürfnissen der breiten Massen ausgerichteten Entwicklungsweg ein. Bei dieser Arbeit haben wir gelegentlich Ideologien angesprochen, etwa falsche oder verkürzte Ursachenerklärungen, wie sie in den Schüleräußerungen des Teils „Afrika, der Kontinent der Armut und Unterentwicklung" vertreten werden, da diese Ideologien den Blick ablenken von dem Geflecht ökonomischer, politischer und militärischer Beziehungen zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt, das den eindeutigen Schwerpunkt unserer Arbeit ausmacht. Rassistische Vorurteile, die abwertende und diskriminierende Einstellung fremden Kulturen und Gesellschaften gegenüber war aber so gut wie nie thematischer Mittelpunkt unserer Arbeit. Doch wird politische Arbeit diese Vorurteile auf Dauer nicht ignorieren können: Wer Afrikaner für primitive, gefährliche und unberechenbare Wilde hält, läßt sich schwer dafür gewinnen, etwa gegen eine militärische Intervention zu protestieren, wie sie von französischen und belgischen Truppen in Zaire zum Schutze des Mobutu-Regimes unternommen wurde, und wird wenig Zweifel haben, wenn als Ziel einer solchen Intervention der Schutz der dort lebenden Weißen angegeben wird. Wer afrikanische Kulturen für minderwertig hält, ist vielleicht bereit, für Entwicklungshilfe einzutreten und gelegentlich zu spenden, aber er wird darin eher eine Regung des Mitleids sehen, aber wohl kaum in der Lage sein, in einem eigenständigen, nicht an den Bedürfnissen Europas ausgerichteten Entwicklungsweg eine Perspektive für die Überwindung der Armut zu sehen. Auch die innenpolitische Funktion, die Vorurteile gegenüber anderen Völkern und Rassen haben können, spricht dafür, diese Vorurteile in der politischen Arbeit nicht unbeachtet zu lassen: Wer die Gastarbeiter oder gar die Asylanten für die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik oder für den Verlust seines Arbeitsplatzes verantwortlich macht, kann nur in der Parole „Ausländer raus!" eine Perspektive zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sehen, statt die Rationalisierungen in vielen Bereichen oder den Stellenabbau im öffentlichen Dienst zu betrachten und sich mit der Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung auseinanderzusetzen. Natürlich bewirkt der Abbau rassistischer Vorurteile noch keine Änderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Ländern der Dritten Welt, dafür sind die ökonomischen Interessen zu gravierend, die in diesen Beziehungen auf dem Spiel stehen. Aber die langfristige Zersetzung rassistischer Vorurteile ist eine Voraussetzung dafür, daß Forderungen nach grundlegenden Änderungen in diesen Beziehungen breitenwirksam werden können, da der Schleier der Rechtfertigung weggezogen wird.

Ein verengter Begriff von Politik?

Viele rassistische Vorurteile werden bereits sehr früh erworben, etwa durch Kinderlieder, alltägliche Redewendungen in einem Alter, in dem das Kind vor den aufklärerischen Bemühungen politischer Gruppen noch weitgehend verschont bleibt. Aber möglicherweise verbaut ein verengter Begriff von Politik einige Möglichkeiten einer antirassistischen Arbeit. „Politisch" sind Schriften oder Aktionen zu Weltwirtschaftsstrukturen, Apartheid in Südafrika oder bundesdeutschen Waffenlieferungen. Aber kann ein Bilderbuch über ein afrikanisches Dorf oder eine Sammlung afrikanischer Kinderspiele „politisch" sein? Ich denke, doch. Es macht einen Unterschied aus, ob der heute immer noch verlegte Struwelpeter, in dem Kinder aufgefordert werden, den Mohren nicht zu verspotten, der schließlich nichts für seine schwarze Hautfarbe könne, zu den ersten Eindrücken gehören, die Kinder über Afrika oder Afrikaner vermittelt werden, oder ob dies durch ein Bilderbuch geschieht, das sich bewußt um ein positives Bild afrikanischen Lebens bemüht. Es macht auch einen Unterschied, ob Kinder „Ist die schwarze Köchin da" spielen und damit die Diskriminierung einer Farbigen regelrecht einüben, oder ob sie die Anregung erhalten, etwa afrikanische Kinderspiele auszuprobieren und somit von einer anderen Kultur lernen können. Weil dies aber einen Unterschied macht für die Einstellungen, die sich entwickeln und damit letztlich auch für die politische Wahrnehmungsfähigkeit, sollte man es auch als eine wichtige politische Tätigkeit begreifen, den frühen Vermittlern rassistischer Vorurteile entgegenzuwirken. Es gibt Ansätze hierzu, etwa in der Arbeit des Peter Hammer/Jugenddienst-Verlages oder des Evangelischen Missionswerkes oder in dem Material von Misereor für Kindergarten und Grundschule („Gimka und Golka"). Vielleicht haben einige Dritte-Welt-Gruppen die Möglichkeit, diese Ansätze zu unterstützen und aufzugreifen.

Die unbewußten Vermittler

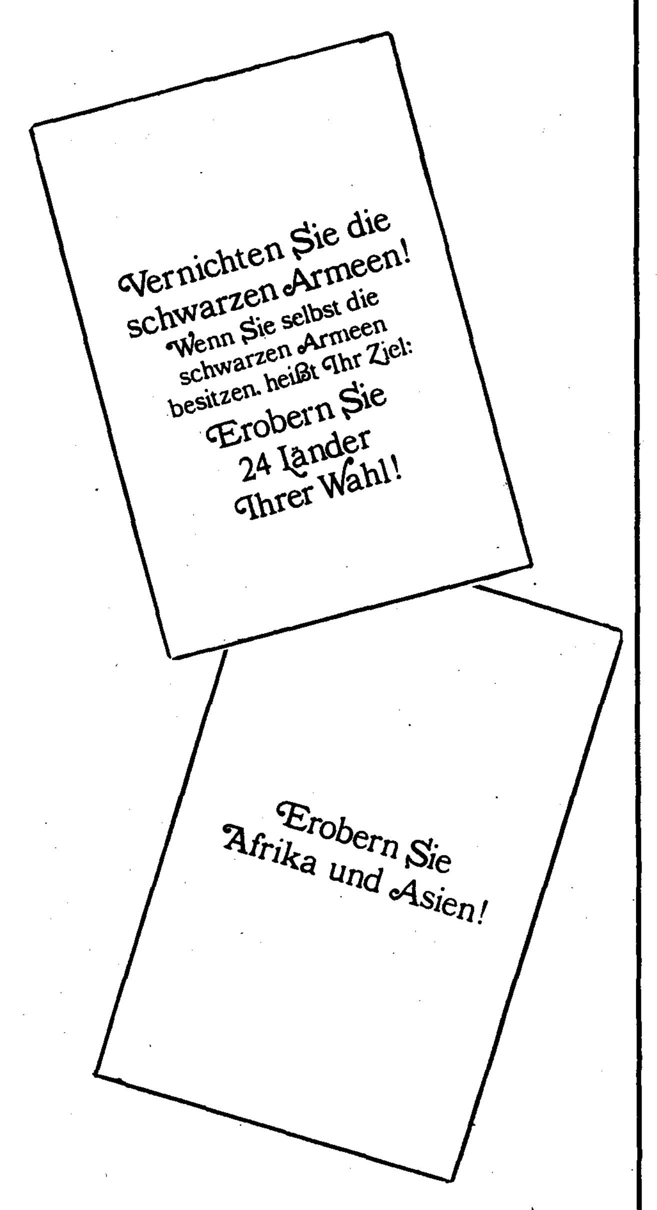
Antirassistische Arbeit wird nicht nur die Medien ernst nehmen können, die beabsichtigt Einstellungen zu anderen Völkern vermitteln, sondern muß auch die unbewußten, nicht minder wirksamen Vermittler im Auge haben, Kinder- und Jugendlieder, Redewendungen, Werbung. Hier könnte eine höhere Sensibilität zur Zersetzung rassistischer und ethnozentrischer Vorurteile beitragen. Öffentliche Auseinandersetzung könnte es erreichen, daß es überhaupt als Skandal erkennbar wird, wenn etwa in der Schokoladenwerbung Afrikaner zu kulleraugigen Kind-Negern werden und so zu früh geprägten Vorurteilen beigetragen wird. Zu den unbewußten Vermittlern eurozentrischer Einstellungen gehört auch die Spendenwerbung, wenn sie aus Gründen der Ertragsmaximierung auf Mitleid setzt und Menschen der Dritten Welt als hilflose Almosenempfänger statt als Menschen mit Selbstbewußtsein und eigenen Interessen darstellt und sie somit entmündigt. Die gönnerhafte Sicht der Entwicklungshilfe, die viele Schüler äußern, dürfte hier einen Ursprung haben.

Schaffung eines positiven Bildes anderer Kulturen statt Tabu

„Negerspeck" ist noch heute der offizielle Handelsname einer mit Schokolade überzogenen Süßigkeit, der Oetker-Konzern bringt sein Eis mit Fettglasur als „12 Negerlein" in der Kühlbox auf den Markt. Würde es eine Firma wagen, die Bezeichnung „Judenpfurz", die bei Jugendlichen für kleine Knallkörper üblich war (oder ist), zum offiziellen Handelsnamen zu erklären, gäbe es einen Skandal. Wie sehr

Imperialismus für Anfänger – ab 12 Jahre





Spielkarten des unter Jugendlichen weit verbreiteten Brettspiels „Risiko" von Parker.
Aus der Spielanleitung:
„Ziel von Risiko ist es, Länder zu erobern... Der Angreifer kann seinen Kampf bis zur Vernichtung des Gegners fortsetzen, solange ihn Armeen zur Verfügung stehen ... Wenn alle Armeen des Verteidigers in einem Land vernichtet sind, so besetzt der Angreifer mit seinen Armeen das Land... Es können aus dem Land, von dem aus angegriffen wurde, beliebig viele Armeen in das eroberte Land nachgeholt werden, mindestens eine Armee muß zurückbleiben, um das Ausgangsland besetzt zu halten. Von diesem Land aus können weitere Angriffe auf beliebige Gegner gestartet werden." Wie heißt doch die Werbung von Parker: „Parker – mehr als nur ein Spiel".

die Bewältigung des rassistischen Völkermords in der Bundesrepublik an der Oberfläche klebt, ist daraus ersichtlich, daß rassistische Bemerkungen über Juden im offiziellen Bereich gerade noch unterbleiben, da sie tabuisiert sind, weil „man das nicht tut", aber unter dieser Oberfläche kein anderes Verhältnis zu den anderen Rassen Platz ergreifen konnte. So erscheinen an zahlreichen Schulen antisemitische Schmierereien, und in jeder Krise beleben sich Bewegungen, die gegen Ausländer Front machen, neu. Afrikaner kamen nicht einmal in den relativen Vorteil, daß rassistische Redensarten und Witze aufgrund eines Tabus unterbleiben. Letztlich etwas gewonnen ist erst, wenn es antirassistischer Arbeit gelingt, rassistische Feindbilder zu zersetzen und das positive Bild einer anderen, eigenständigen Kultur aufzubauen.

Antirassistische Arbeit und politische Bildungsarbeit greifen ineinander

So wie der Abbau rassistischer Vorurteile eine Voraussetzung ist, daß die politische Bildungsarbeit im Dritte-Welt-Bereich eine Zielgruppe erreichen kann, so kann politische Bildungsarbeit die Verbreitung und Verfestigung rassistischer Vorurteile erschweren. Wer erfährt, wie vorkoloniale Kulturen zerstört wurden,wie die ökonomischen Beziehungen zwischen Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt Unterentwicklung stabilisieren oder wie korrupte Regime am Leben erhalten werden, wird Widersprüche zu seinen vorurteilsbeladenen Erklärungsmustern erkennen. Gerade der hohe Anteil älterer Schüler, die über Rassendiskriminierung und Apartheid in den Aufsätzen geschrieben haben, zeigt, daß mit langem Atem betriebene politische Arbeit von Dritte-Welt-Gruppen oder Gruppen innerhalb der Kirchen Wirkung zeigen kann.



Illustrierung einer Spendenkampagne. Aus: Bild und Funk 30/81

Aktionsmöglichkeiten?

In der antimilitaristischen Arbeit hat die Aktion „Kauft kein Kriegsspielzeug" eine gewisse Breite erreicht und zur Sensibilisierung von Eltern beitragen können. In ähnlichen Aktionen könnte auch eine Sensibilisierung gegenüber den Vermittlern rassistischer Vorurteile erreicht werden. So analysiert die „Kinderbuchaktion" der „Erklärung von Bern" die in Ländern der Dritten Welt handelnden Kinderbücher deutscher und schweizer Verlage im Hinblick auf rassistische und eurozentristische Vorurteile und gibt eine Übersicht über empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher.
Lokale Aktionen könnten eine solche Initiative bekannt machen und dafür sorgen, daß die Empfehlungen Eltern wirklich erreichen und unterstützen können. Vielleicht ergeben sich im lokalen Bereich auch Möglichkeiten, gegen die unbewußten Vermittler rassistischer Einstellungen vorzugehen. Wir haben die Möglichkeiten einer Arbeit gegen rassistische Vorurteile bisher nicht ausführlich diskutiert. Wir würden uns freuen, wenn Leser in Leserbriefen hierzu Vorschläge hätten oder gar von eigenen Erfahrungen berichten könnten. gc

Bücher

Wie man einen Gari baut oder Nage spielt

Truus Nijhuis: **Afrikanische Kinderspiele**, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1981, DM 14,80

Truus Nijhuis hat die Spiele der Kinder und Jugendlichen in Msambweni, einem Fischerdorf in der Nähe von Mombasa (Kenia) begleitet, detailliert beobachtet und in eindrucksvollen Photos festgehalten. Ein gut erklärender Text, der sich unmittelbar an Kinder und Jugendliche wendet, beschreibt das Dorf, die Lebensgrundlage seiner Bewohner, Fischfang, Landwirtschaft und Pendelarbeit in Mombasa, die Arbeiten im Haus und die vielen Tätigkeiten, mit denen die Jugendlichen die Arbeit ihrer Eltern unterstützen, wenn sie nicht in die Schule gehen. Zahlreiche Spielzeuge, Autos, Flugzeuge, Boote, Musikinstrumente sind dargestellt und beschrieben, die afrikanische Kinder aus Dosen, Büchsen, Stöcken, Muscheln, Eisendraht oder Palmblättern anfertigen. Viele von ihnen sind auch mit bei uns vorhandenen Materialien zu bauen, und so können sich die Leser durchaus aufgefordert fühlen, ein gari, kibahalulu oder meli zu bauen. Auch für die verschiedensten Gruppenspiele, für Strategiespiele, bei denen man mehrere Züge vorausdenken muß, werden Spielanleitungen gegeben. Text und Bilder machen Lust, einiges selbst auszuprobieren und geben einen Einblick in das Leben in diesem afrikanischen Dorf, wobei der Text bemüht ist, Idealisierungen einer heilen Welt entgegenzuwirken.

Rassismus in der Bundesrepublik

Peter Schütt: **„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan..."** Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik? Eine Streitschrift, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981, DM 12,80

Schütt, der zusammen mit seiner Frau, einer Afroamerikanerin in Hamburg lebt, hat die rassistische Diskriminierung von Ausländern an seiner eigenen Familie alltäglich erlebt und aus dieser Betroffenheit heraus eine Streitschrift verfaßt, di sich zu lsen lohnt. Rassistische Redewendungen, diskriminierende Kinderlieder, dümmliche Karrikaturen über Afrikaner, Auszüge aus Presseberichten und Politikeräußerungen, Beispiele fremdenfeindlicher Ausländerpolitik hat Schütt zu einer beeindruckenden Sammlung zusammengetragen. Im zweiten Teil des Buches berichten etwa 15 in der Bundesrepublik lebende Ausländer, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie zwei mit Ausländern verheiratete Frauen über ihre Erfahrungen im Alltag der Bundesrepublik.
In einem Punkt ist die Schrift Schütts ärgerlich. Schütt deckt mit hoher sprachlicher Sensibilität diskriminierende Äußerungen in der Alltagssprache auf. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn Schütt diese Sensibilität auch Menschen gegenüber beibehalten hätte, die aus Ländern fliehen, deren politischen Systemen Schütt als DKP-Mitglied offensichtlich mit Sympathie gegenübersteht. Wenn Schütt davon spricht, daß Flüchtlinge vor der vietnamesischen Küste „aufgefischt" werden, so ist das den vielen Opfern dieser Menschenflucht gegenüber mehr als unpassend. Auch die wohl ironisch gemeinte Bemerkung über Flüchtlinge aus Afghanistan, sie dürfen in die BRD einreisen, weil in ihren Adern indogermanisches Blut vermutet würde, finde ich reichlich überflüssig.

„Der Neger läßt sich zwar abrichten, aber selten wirklich erziehen"

Schon auf den ersten Blick. Lesebuch zur Geschichte unserer Feindbilder. Gesammelt und kommentiert von J.S. Hohmann, Sammlung Luchterhand 328, Neuwied 1981, DM 16,80

Ziel Hohmanns ist es, die Geschichte des Vorurteils anhand von Texten aus den letzten dreihundert Jahren zu dokumentieren. Eines der vier Hauptkapitel des Buches befaßt sich mit rassistischen Vorurteilen in Deutschland gegen Farbige, Juden und Zigeuner. Dabei hat Hohmann den Schwerpunkt auf wissenschaftliche Texte gelegt, die die Unterdrückung anderer Rassen legitimieren: Das anthropologische Werk von 1860, beispielsweise, das die „grob sinnliche Rohheit", „oft als unüberwindlich bezeichnete Faulheit" und „gefühllose Grausamkeit" des Negers diskutiert, oder die pädagogische Erörterung „Wie erzieht man am besten den Neger zur Plantagen-Arbeit?". Wiedergegeben ist auch der Sichwortartikel „Neger" im 1888 herausgegebenen „Handwörterbuch der Zoologie, Antropologie und Ethnologie", der so schließt: „In geistiger Hinsicht sind alle seine Gaben, bei deren Bethätigung es auf Nachahmung ankommt, gut entwickelt; selbständiges Denken ist aber wenig vorhanden. Der Neger läßt sich zwar abrichten, aber nur selten wirklich erziehen." Auch zwei Texte der sechziger Jahre sind vertreten. Die meisten Teste erklären die Afrikaner zu Primitiven, menschlichen Arbeitstieren, zu großen Kindern, die sich der überlegenen weißen Rasse unterzuordnen haben. Diese Texte genossen in ihrer Zeit durchaus wissenschaftliche Anerkennung, allein die große Zahl bekannter, renommierter Verlage, in denen sie erschienen sind, läßt darauf schließen. Allerdings würde man es wünschen, zu erfahren, ob die in den Texten vertretenen Auffassungen unumstritten waren oder wie stark im wissenschaftlichen oder politischen Bereich Gegenpositionen vertreten wurden. Dennoch ist diese Textsammlung ein Beitrag zur Klärung der Verbreitung auch heute noch wirkender Vorurteile.

gc

Weitere Literaturhinweise

J. Becker/Ch. Oberfeld: Die Menschen sind arm, weil sie arm sind. Die Dritte Welt im Spiegel von Kinder- und Jugendbüchern, Haag + Herchen Verlag, Frankfurt 1977

J. Becker/R. Rauter: Die Dritte Welt im Kinderbuch, Akademische Verlagsgesellschaft, Wiesbaden 1978

J. Becker: »Es ging spazieren vor dem Tor ein kohlpechrabenschwarzer Mohr«, in: Schule und Dritte Welt (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit), Nr. 48, Bonn 1976

F. Deltgen: der Neger im Deutschen Kinder- und Jugendlied, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1977, S. 118 ff.

A. Dorfman/A. Mattelart: Walt Disneys »Dritte Welt«. Massenkommunikation und Kolonialismus bei Micky Maus und Donald Duck, Basis-Verlag, Berlin 1975

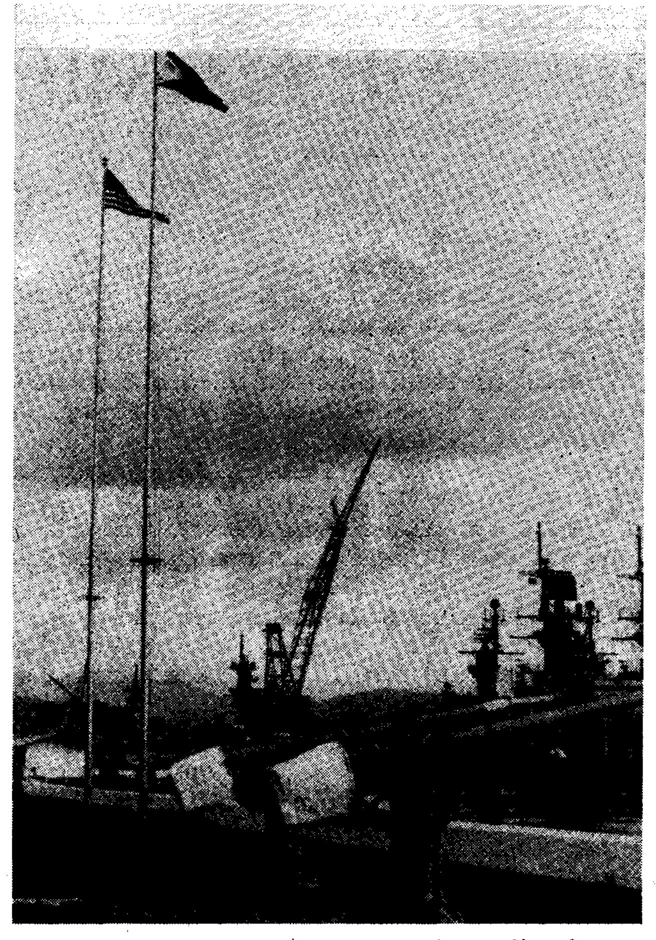
K. Fohrbeck/A. Wiesand/R. Zahar: Heile Welt und Dritte Welt, Schulbuchanalyse, Leske Verlag, Opladen 1971

Regula Renschler/Roy Preiswerk (Hrsg): Das Gift der frühen Jahre. Rassismus in der Jugendliteratur, Lenos-Verlag/Z-Verlag, Basel 1981

Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher, Erklärung von Bern (Gartenhofstraße 27, 8004 Zürich)

Dritte Welt in der Regenbogenpresse, in: »blätter des iz3w«, Nr. 61, Mai 1977, S. 29-36

Philippinen
Zwischen Repression und Widerstand



Am 17. Januar 1981 hob Präsident Ferdinand E. Marcos durch die Verordnung Nr. 2045 den 1972 über die Philippinen verhängten Ausnahmezustand wieder auf. Hinter diesem Schritt verbarg sich die Absicht des Präsidenten, die Unzufriedenheit vieler Filipinos mit den politischen Verhältnissen zu überwinden. Viele seiner Landsleute begannen die Legitimationsgrundlagen des Ausnahmezustandes – und damit auch des Regimes selbst – massiv in Frage zu stellen, da sich die wirtschaftliche Lage zunehmend verschlechterte, da die sozialen Reformen scheiterten, und da die persönlichen Freiheitsspielräume trotz gegenteiliger Versprechungen immer mehr eingeschränkt wurden.
Die Aufhebung des Ausnahmezustandes sollte daher ein erster Schritt auf dem Wege zu einer nationalen Versöhnung sein und damit einen politischen Neubeginn markieren.

Die Liberalisierung fand nicht statt

Schon damals sprachen viele politische Beobachter und Regimekritiker von einer rein „kosmetischen Operation", mit der Marcos die Welt täuschen wollte. Substantielle Liberalisierungen im politischen Willensbildungsprozeß lasse eine von Marcos' Handschrift geprägte „Normalisierung" ohnehin nicht zu. Es sei zudem kaum damit zu rechnen, daß Marcos seine weitreichenden Machtbefugnisse freiwillig aus der Hand gebe (1). Wie recht diese Beobachter mit ihren Bedenken hatten, sollte sich bereits kurze Zeit später bestätigen. Durch ein Referendum, das am 7. April 1981 abgehalten wurde, setzte Marcos Verfassungsänderungen durch, mit denen er das parlamentarische Regierungssystem, das gerade erst von einschränkenden Bestimmungen befreit wurde (zumindest formal), in ein präsidentielles umwandelte. Jetzt kann ein vom Volk auf sechs Jahre gewählter Präsident in geradezu autokratischer Weise die Richtlinien der Politik bestimmen. Die legislative Gewalt sollte zwar von nun an in vollem Umfang auf das Übergangsparlament – das Interim Batasang Pambansa (IBP) – übergehen, doch wurden zahlreiche Sicherungen gegen eine politische Verselbständigung des Parlaments eingebaut. Fast alle Abgeordnete, die 1984 zur Wahl stehen, werden über korporative Organe und indirekte Wahlverfahren von der Regierung vorselektiert. Das Regime wird so bei der Bestellung der Abgeordneten ein Höchstmaß an Kontrolle ausüben. Damit hat aber die Opposition nur geringe Chancen zur Erringung von Parlamentsmandaten. Zudem fuhr Marcos fort, durch die Rückdatierung von präsidialen Dekreten auf die Zeit vor den 17. Januar 1981 auch weiterhin legislative Gewalten auszuüben. In Zukunft werden noch mehr als 100 Präsidentenerlasse Rechtskraft erlangen, die ohne Mitwirkung der Legislative entstanden sind. Ähnlich verfuhr Marcos übrigens schon 1978, unmittelbar nach der „Wahl" und Einberufung des IBP. (2) Das von Marcos als Meilenstein auf dem Wege zu einer politischen Normalisierung gegründete IBP bleibt damit eine parlamentarische Farce.
Für den 16. Juni 1981 wurden Präsidentschaftswahlen anberaumt. Da ein fairer Wahlkampf aussichtslos schien, verzichtete die bürgerliche Opposition (UNIDO) auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten und boykottierte die Wahl. Um dieser wenigstens einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen, ließ Marcos mit Alejo Santos einen politischen Nobody aus der ihm nahestehenden Roy-Faktion der Nacionalista-Party als Gegenkandidaten aufstellen. Die „Wahl" selbst wurde überschattet von zahlreichen Protesten gegen Betrugsmanöver der Regierung. Sie unterschied sich damit in keiner Weise von früheren Wahlgängen. Marcos konnte erneut eine überwältigende Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen, eine glaubhafte Legitimationsbasis als demokratisch gewählter Präsident der Philippinen erlangte er damit aber auch diesmal nicht. So war es Marcos also trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes durch die Verfassungsänderungen und die Präsidentschaftswahl gelungen, die Ausübung seiner umfangreichen Machtbefugnisse auf weitere sechs Jahre festzuschreiben.
Auch die außenpolitische Großwetterlage ist für die innenpolitische Entwicklung der Philippinen bedeutsam. Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Reagan erfreut sich das Marcos-Regime einer amerikanischen Unterstützung, wie es sie seit der Verhängung des Ausnahmezustandes nicht mehr erfahren hatte. Im Rahmen der globalen anti-kommunistischen Eindämmungspolitik der USA erlangen die Philippinen mit den beiden US-Militärstützpunkten Clark Air Base und Subic Naval Base eine neue strategische Bedeutung für die amerikanische Geopolitik in Asien und im Indischen Ozean. Das vereinfachte Weltbild eines „freiheit-

lich-westlichen" und eines „unfreien, kommunistischen" Lagers, das dieser Politik zugrunde liegt, rechtfertigt für Washington auch die Unterstützung autoritärer Regime in der Dritten Welt, falls sie ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen willfährig sind. Dies um so mehr, wenn es diesen Regimen – wie beispielsweise dem Marcos'schen – gelingt, tiefgreifende politische und soziale Ungleichheiten und notorische Menschenrechtsverletzungen hinter einer scheinliberalen Fassade zu verbergen. Dann nämlich kann Vizepräsident Bush, der als Ehrengast an den Einführungsfeierlichkeiten von Präsident Marcos in dessen neue Amtszeit teilnahm, sagen: „We love your adherence to democratic processes".

Die politische Polarisierung nimmt zu

Unter diesen politischen Rahmenbedingungen wächst bei vielen Kritikern des Marcos-Regimes die Auffassung, daß eine legale Opposition und ein friedlicher Machtwechsel nicht möglich ist. Die Zahl derer, die in einer bewaffneten Volkserhebung den einzigen Ausweg aus der gegenwärtigen hoffnungslosen Lage sehen, wächst langsam, aber stetig. Selbst das in sich zerstrittene konservative bürgerliche Oppositionslager driftet immer mehr nach links ab. Die Folge ist, daß die Polarisierung der politischen Kräfte zunimmt.

Ein Sammelbecken für den Widerstand ist die National Democratic Front (NDF). Ihr gehören unter anderem die Communist Party of the Philippines (CPP), die New People's Army (NPA), einige Fraktionen der aus dem bürgerlichen Lager kommenden Social Democrats, die Christians for National Liberation (CNL) sowie verschiedene Massenorganisationen der Jugend, Bauern und Arbeiter an. Die Klammer, die diese Gruppen einigt, ist der Wille zum Sturz des Regimes, die grundlegende Veränderung des politischen Systems und ein Nationalismus, der sich gegen die ausländische Dominanz der Volkswirtschaft und der Kultur richtet (d.h. Anti-Amerikanismus). (4) Ideologische Differenzen zwischen diesen Gruppen – vor allem zwischen der CPP und den „Social Democrats" wurden in jüngster Zeit dem Ziel der Zusammenfassung aller Widerstandskräfte untergeordnet. Die radikalen Kräfte sind sich jedoch darüber im klaren, daß das Bündnis mit bürgerlichen Gruppen unter dem ideologischen Vorzeichen des Nationalismus nur taktischer Natur sein kann.

Die stärkste politische Kraft unter den Gruppen, die den gewaltsamen Umsturz auf ihre Fahnen geschrieben haben, ist zweifellos die CPP und ihre militärische Kampforganisation, die NPA. Die NPA konnte in den letzten drei Jahren ihren Einfluß enorm ausweiten – sowohl die Zahl ihrer bewaffneten Guerillas als auch ihrer Sympathisanten

US-Basen auf den Philippinen

Die drei wichtigsten Basen auf den Philippinen sind Subic Bay (Marinestützpunkt), Clark (Luftwaffenstützpunkt) und San Miguel (Nachrichtenstation). Zusammen bedecken sie eine Fläche von 70 000 ha. Sie sind also wesentlich größer als die ebenfalls bedeutsamen US-Basen auf den Inseln Guam (Pazifik) und Diego Garcia (Indischer Ozean). Allein Clark Air Base ist etwa so groß wie West-Berlin. Die Air Base ist Heimatstützpunkt der 13. US-Luftwaffe, und das einzige Übungsgelände der Luftwaffe für scharfe Munition außerhalb der USA. Bei regelmäßigen Übungen wird hier der Luftkampf gegen sowjetische Flugzeuge und Raketenstellungen trainiert.

Subic Bay ist ein natürlicher taifunsicherer Tiefseehafen und Heimathafen der 7. US-Flotte, zu der unter anderem zwei Flugzeugträger und ein Lenkwaffenzerstörer gehören. Der Hafen hat so riesige Ausmaße, daß er zur Not alle 55 Schiffe der 7. Flotte aufnehmen könnte. Der zugehörige Flughafen bietet Start- und Landemöglichkeiten auch für die größten Transportmaschinen. Er bietet Lagerraum für 46 000t Bomben, unter denen auch Atomwaffen sind.

Auf dem Gelände befindet sich ein Ausbildungszentrum der berüchtigten Ledernacken für Landübungen und Dschungelkrieg.

Innerhalb des weltumspannenden Netzes von Militärstützpunkten, das die USA nach dem 2. Weltkrieg zur Kontrolle der 3. Welt und zur Einkreisung von China und der Sowjetunion aufgebaut haben, spielen die Militärstützpunkte Clark und Subic eine entscheidende Rolle. Ihre Bedeutung hat sich nach Verlust von Vietnam und der Aufgabe von Thailand noch vergrößert, vor allem nach Verkündung der Carter-Doktrin 1980, die die militärische Intervention der USA in 3. Welt-Länder zum selbstverständlichen und jederzeit einsetzbaren Mittel der US-amerikanischen Politik macht.

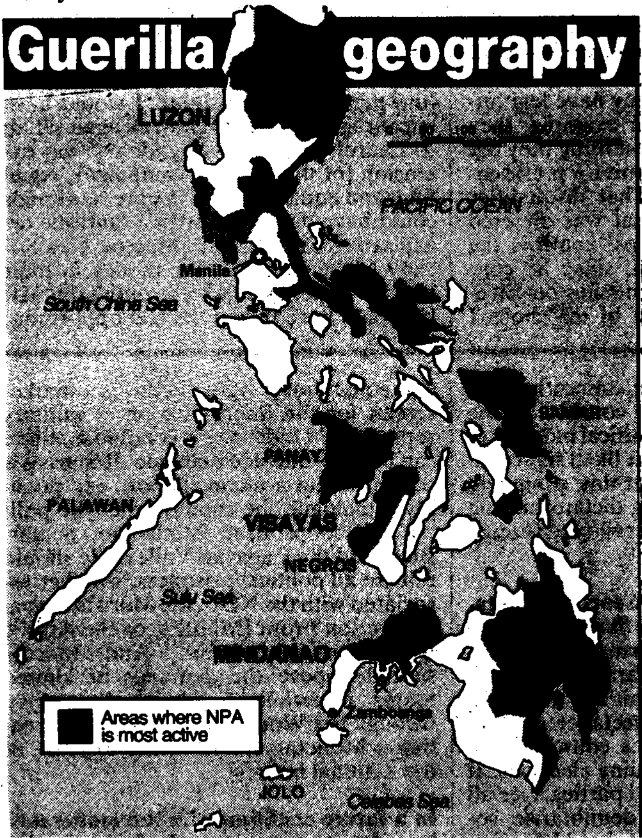
So sind sie ein Sprungbrett der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) für Interventionen in ganz Südostasien. Das operative Einsatzgebiet von Clark Airbase geht sogar noch darüber hinaus. US-Langstreckenflugzeuge können von Clark bis nach Südafrika und den Mittleren Osten fliegen. Clark Airbase spielte eine bedeutende Rolle bei Interventionsplänen der US-Armee für den Iran, und die Flugzeugträger, die an der mißglückten Geiselbefreiung dort beteiligt waren, starteten von Subic Bay.

Die Philippinen im allgemeinen und die US-Basen im besonderen sind also eine wichtige Bastion des US-Imperialismus für die Durchsetzung seiner Interessen in Südostasien und darüber hinaus. Diese Bastion wird seit Ende der 60er Jahre durch das Anwachsen des Widerstandes unter der Führung der Nationalen Demokratischen Front angegriffen. Es bleibt zu hoffen, daß diese Bastion noch weiter erschüttert wird und, wenn möglich, fällt. Nur so kann eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung betrieben werden.

Weitere Informationen und Literaturhinweise zu den Philippinen können bei uns bezogen werden.

Aktionsgruppe Philippinen (agphi)
Postfach 32, 5444 Polch

und Operationsgebiete. Während sich die NPA Mitte der siebziger Jahre infolge einer anti-kommunistischen Offensive der Regierung in die Gebirgsdschungel der Provinzen Isabela und Cagayan zurückziehen mußte, operiert sie heute in fast allen philippinischen Provinzen. Über die tatsächliche Stärke der NPA gibt es nur Mußmaßungen. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die Schätzung der im allgemeinen sehr gut unterrichteten Far Eastern Economic Review von 5000 bis 7000 bewaffneten Guerillas der Realität sehr nahe kommt. (5) Die Operationsschwerpunkte der NPA sind in den dunkel schattierten Flächen auf der abgebildeten Karte zu erkennen: Nord- und Südluzon, einige Provinzen in Zentralluzon, die Inseln Samar und Panay sowie weite Teile der Insel Mindanao.



Die NPA ist in 26 strategische Guerilla-Fronten organisiert, von denen jede eine eigene Parteistruktur mit lokaler Kommandozentrale und eine eigene Miliz besitzt. Eine Guerilla-Front ist ein sogenanntes „befreites Gebiet", eine Operationszone, die eine Guerilla-Basis umgibt. Unter einer Guerilla-Basis ist ein größerer bewohnter Ort zu verstehen, der von der NPA kontrolliert und von der NDF politisch organisiert wird. In den befreiten Gebieten bildet die NDF Bürgerkomitees, die für die lokale Verwaltung zuständig sind.

Daneben gibt es sogenannte Vorbereitungszonen (preparation zones). Das sind noch umkämpfte Gebiete, die die NPA von ihren etablierten Fronten aus durch bewaffnete Kampfgruppen, bewaffnete Propagandateams oder semilegale Einheiten infiltriert. (6)

Die CPP folgt den Organisationsprinzipien des demokratischen Zentralismus. Als Vorsitzender des angeblich 17 Mitglieder starken Zentralkomitees gilt Rodolfo Salas alias Commander Bilog, als sein Stellvertreter gilt Juanito Rivera alias Commander Juaning. Der Generalsekretär des ZK soll Rafael Baylosis sein. Rivera ist vermutlich auch der Chef der NPA (7).

Die aktiven Kader der CPP und der NPA rekrutieren sich überwiegend aus Bauern, jungen Sekundarschul- und Collegeabsolventen.

Sie sind hervorragend informiert und ideologisch geschult – ein Unterschied, der gegenüber den meisten anderen Widerstandsgruppen deutlich auffällt. Beobachter vermuten, daß der kommunistische Untergrund Informationen aus dem Staatsapparat bezieht – möglicherweise von mittleren Regierungsbeamten, die – von den leeren Versprechungen des Regimes enttäuscht – diesem die Loyalität aufgekündigt haben.

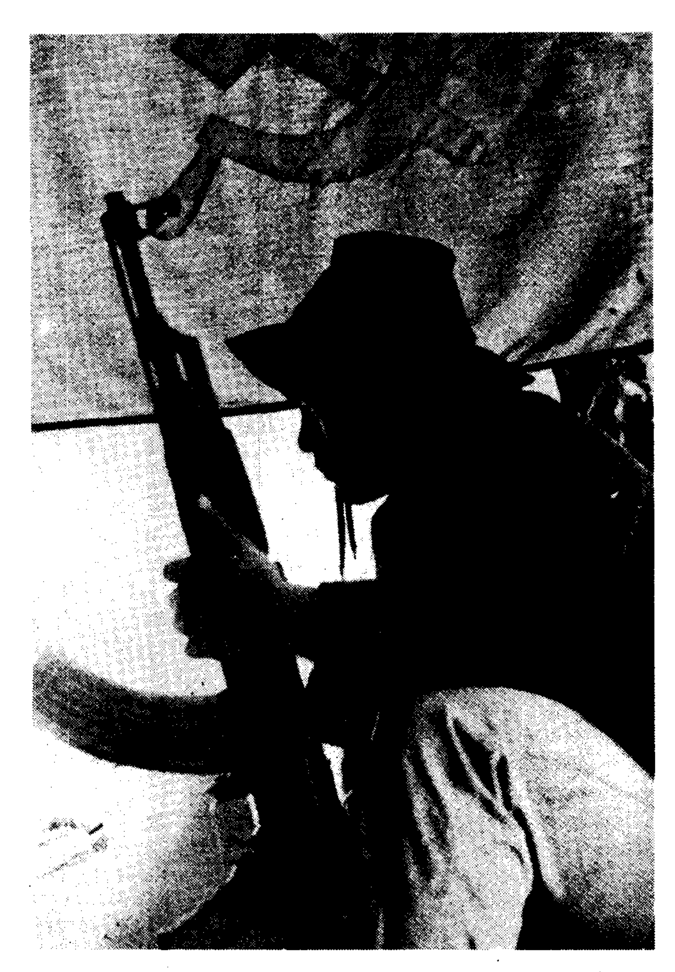
In ihrer revolutionären Strategie orientieren sich die CPP und die NPA an Lin Piaos Modell der Städte und Dörfer. Vom Lande her sollen die Städte eingekreist und schließlich befreit werden.

CPP und NPA folgen dabei einem genau festgelegten Plan der Machtübernahme. Nach eigenen Angaben ist die NPA heute bereits so stark, daß ihr letzter Fünfjahresplan zur Befreiung des Landes begonnen hat. In dieser Phase soll es mit den Kräften des alten Systems zu intensiven, bewaffneten Auseinandersetzungen kommen, an deren Ende die nationale Befreiung stehen soll.

Um vor allem in der ländlichen Bevölkerung Fuß zu fassen, mißt die Befreiungsbewegung – gewissermaßen als Gegenstück zum bewaffneten Kampf – ihrer politischen Basisarbeit entscheidende Bedeutung zu. Sie wendet sich dabei in erster Linie an untere Mittelbauern, kleine Pächter und Landarbeiter. Die Mobilisierung dieser Gruppen wird über eine dreistufige politische Bewußtseinsschulung angestrebt: zunächst eine allgemeine Bestandsaufnahme ihrer politischen und ökonomischen Lage, daran schließt sich eine Ursachenanalyse an und schließlich werden diese Gruppen indieArbeit der revolutionären bäuerlichen Basisorganiationen eingebunden.

Weiterhin soll der Bevölkerung durch Aktionen demonstriert werden, daß das Bild der NPA als einer prinzipiell destruktiven Kraft, die ins Chaos des Bürgerkrieges führt, lediglich ein Propagandaprodukt des regierungshörigen Medienapparates ist. Um sich als Träger einer neuen Gesellschaftsordnung zu profilieren, die – im Gegensatz zur Entwicklungskonzeption des Regimes – die Lebensbedingungen der verarmten Massen wirklich zu verbessern in der Lage ist, kommt es der NPA vor allem darau an, ihre Fähigkeit zu konstruktiver Entwicklungsarbeit bei der Bevölkerung sichtbar zu machen. Ein besonders wirkungsvolles Instrument zur Verschmelzung der Befreiungsbewegung mit den ländlichen Massen ist die Landreform, die die NPA in ihren Operationsgebieten durchführt. Mit ihr werden Groß- und Mittelbauern gezwungen, Land an kleine Pächter und Landlose abzutreten oder die Pachtforderungen zu reduzieren. Wer sich widersetzt, wird mit Waffengewalt dazu gezwungen oder getötet. Darüber hinaus unterstützt die NPA die von ihrer Landreform begünstigten Bauern durch tatkräftige Mithilfe bei den Feld- und Hausarbeiten oder bei der Überbrückung wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten.

In den Dschungelgebieten der Provinzen Nordluzons, den Davao-Provinzen und Samar geht die NPA gegen die dort – häufig illegal – operierenden ausländischen und einheimischen Holzexportfirmen und Sägewerke vor, die mit ihren Abholzungen erhebliche, auf Jahrzehnte hinaus unabsehbare ökologische Schäden verursachen. Die Guerillas belegen diese Unternehmen mit einem Steuersystem, das sie zur Zahlung fünf- bis sechsstelliger Pesobeträge verpflichtet. Den Forderungen wird durch Sabotageakte – auf Firmeneinrichtungen Nachdruck verliehen. In Nordluzon mußten bereits mehrere Firmen ihre Operationen aus diesem Grunde einstellen. Auch Infrastrukturprojekte der Regierung, die oft nur einigen Großgrundbesitzern oder Großunternehmern nutzen (Staudämme),



müssen zuweilen in den von der NPA infiltrierten Gebieten abgebrochen werden.
Als wenig wahrscheinlich darf die Beteiligung der NPA an Terrorakten gelten, die vor allem in Mindanao immer wieder einen hohen Blutzoll unter der Zivilbevölkerung fordern. So sind dieses Jahr bei einem Überfall auf die Kathedrale von Davao City während eines Ostergottesdienstes dreizehn Menschen getötet und 177 zum Teil schwer verletzt worden. Wie üblich machte die Regierung „NPA-Terroristen" oder Moslem-Separatisten für das Blutbad verantwortlich. (8) Nach Berichten gut informierter Kreise aus Davao handelte es sich jedoch um eine sinnlose Gewaltaktion, die dem Kampf zweier Kommunalpolitiker um den Bürgermeisterposten der Stadt entsprang. Eine NPA-Beteiligung an Zwischenfällen wie diesem wäre für ihre revolutionäre Zielsetzung in höchstem Maße schädlich. Damit setzte sie nicht nur die Unterstützung durch die Massen aufs Spiel, sondern auch die des radikalen Kirchenflügels.
Liquidationsakte der NPA richten sich gegen vier verschiedene Gegner: Regierungsbeamte, die sich in den befreiten Zonen den Anordnungen der NPA widersetzen, Sicherheitsbeamte und Soldaten, Polizeispitzel – sogenannte Informanten – sowie Grundbesitzer und Unternehmer, die sich der Landreform oder der Besteuerung durch die NPA zu entziehen suchen.
In der CCP und der NPA ist die maoistische Ausrichtung in letzter Zeit durch die chinesische Kooperationspolitik mit den Regierungen der ASEAN-Staaten – zu denen auch die Philippinen zählen – erheblich in Frage gestellt worden. Viele philippinische Kommunisten sehen ihren nationalen Befreiungskampf den geopolitischen Interessen der VR China in Südostasien geopfert. Infolgedessen beginnt man sich in der parteiinternen ideologischen Diskussion zunehmend mit anderen Modellen der Befreiung des Landes von den Fesseln des Neokolonialismus zu beschäftigen: Kuba und Vietnam, aber auch mit dem albanischen und jugoslawischen Weg und schließlich sogar mit dem Eurokommunismus. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die diese Länder bereits gemacht haben, versucht die CPP eine Variante des Sozialismus zu formen, die den gesellschaftlichen Bedingungen der Philippinen gerecht wird.

Wachsender studentischer Unmut

An den Universitäten des Landes gärt es ebenfalls. Nachdem von 1972 bis Mitte 1980 die politische Arbeit nur in kleinen Zirkeln stattfand, bekommen die von der NDF inspirierten studentischen Aktivisten seither raschen Zulauf. Zwar sind viele der Proteste altbekannt – sie richten sich gegen die Erhöhung des Schulgelds, die Abschaffung der Studentenparlamente und die Militarisierung auf dem Campus – doch gelingt es den Aktivisten immer mehr, ihre Kommilitonen mit diesen Forderungen zu einer weitergehenden, grundsätzlichen Regimekritik zu mobilisieren. (Verbotene) Demonstrationen gegen das Regime fanden auch während des Ausnahmezustandes hin und wieder statt (9). Doch am 18. September 1981 gelang es in Manila, Davao City, Cebu City, Baguio und Cagayan de Oro die größte gegen die Regierung gerichtete Demonstration seit 1972 zu organisieren. Die Demonstranten – unter ihnen auch Arbeiterführer, Geistliche und städtische Arme – protestierten gegen die universitären Mißstände, das US-gestützte Marionettenregime Marcos und den ausländischen Wirtschafts- und Kulturimperialismus.

Die Regierung beobachtet die Expansion der Befreiungsbewegung mit Sorge

Trotz des wachsenden und sich formierenden Widerstands besitzt Marcos noch immer eine beachtliche Anhängerschaft. Sie ist hauptsächlich unter den vielen autoritätsgläubigen Unpolitischen innerhalb des Kleinbürgertums und in Teilen des Mittelstandes zu finden. Angesichts eines in der philippinischen Gesellschaft tief verwurzelten Anti-Kommunismus gilt Marcos vielen Landsleuten als das geringere Übel. Doch deutet einiges darauf hin, daß Marcos und seine sicherheitspolitischen Berater die Expansion der NDF und vor allem der NPA wachsam und mit Sorge beobachten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich drei Eindämmungsstrategien erkennen:
(1) Verstärkte Regierungspropaganda
(2) Bekämpfung der Anti-Regierungskräfte durch neue Entwicklungsprogramme
(3) Ausbau des Militär- und Sicherheitsapparates

Die Propagandamaschine

Der gesteigerte Propagandaaufwand der Regierung zeigt sich nachdrücklich an nationalen Feiertagen wie dem Geburtstag des Präsidenten, der First Lady oder dem Jahrestag des Ausnahmezustandes. So wurde die Öffentlichkeit beispielsweise am 11. September – dem Tag, an dem Präsident Marcos seinen 64. Geburtstag beging – in den Medien von einer ungeheuren Public Relations-Kampagne der Regierung regelrecht überrollt. Der Personenkult um Marcos erreichte an diesem Tag einen bisher unerreichten Höhepunkt.
Die Propagandamaschine schreckte dabei selbst vor der Geschmacklosigkeit nicht zurück. Dies zeigt z.B. die Tatsache, daß der 21. September – der Jahrestag der Kriegsrechtserklärung – zum „National Thanksgiving Day" ausgerufen wurde.

Entwicklungsprojekte als Anti-Subversionsprogramme

Eine zweite Front im Kampf gegen die Widerstandsgruppen eröffnete das Regime durch den Start neuer Entwicklungsprogramme, die die Lebensbedingungen der breiten Masse verbessern sollen. Dahinter steht die Absicht, den revolutionären Kräften durch ökonomisches Wachstum den Nährboden zu entziehen.
Im August dieses Jahres startete die Regierung mit riesigem Propagandaaufwand das 11 Mrd. Peso-Projekt Kilusang Kabuhayan at Kaunlaran" (Programm für Erwerb und Fortschritt). (1) Das Ziel dieses Programmes ist es, jedem Filipino eine Erwerbsquelle zu schaffen. Kleinunternehmern soll durch günstige staatliche Kredite geholfen werden, einen Betrieb zu gründen oder zu erweitern. Primäre Zielgruppe ist die ländliche Bevölkerung, da hier das Beschäftigungsproblem besonders schwerwiegend ist. Die Regierung hofft, daß während der fünfjährigen Laufzeit dieses Programmes mehr als eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Für jeden Kredit von mehr als 10.000 Pesos ist der Kreditnehmer verpflichtet, mindestens eine Person zusätzlich zu beschäftigen. Höchste Priorität im KKK-Programm genießt die Nahrungsmittelproduktion und die Schaffung alternativer Energiequellen (vor allem durch Abfall-recycling). Weitere Prioritätsbereiche sind Viehzucht, Fischereiprogramme, die Herstellung von Baumaterialien, die Anlage von Baumschulen und der Ausbau von Versorgungsdienstleistungen. Bei der Durchführung des Programms stützt sich die Regierung auf die administrative Grundeinheit des Staates, die Nachbarschaftsverbände (Barangays). Jedes Barangay soll eine produktive Einheit werden. Das KKK-Programm wurde dem Ministry of Human Settlements (MHS) zur Durchführung übertragen. Als Generalsekretärin des Programms fungiert Human Settlements Minister Imelda R. Marcos (12). Der Durchführungsplan des Projekts bestätigt zwei Trends, die sich seit der Verhängung des Ausnahmezustandes in den Philippinen beobachten lassen. Zum einen wird das politische Gewicht der First Lady stetig größer, da ihr immer neue Verantwortungsbereiche übertragen werden. Die übrigen Ministerien werden dadurch in die Funktion von Zuarbeitern verwiesen. Offensichtlich verfolgt Marcos noch immer den Plan, seiner Gattin den Weg als Amtsnachfolgerin zu ebnen.
Zum zweiten ist KKK ein neues Mobilisierungsprogramm, mit dessen Hilfe es gelingen soll, die Basis noch stärker als bisher mit staatlichen Kräften zu durchdringen. Dies zeigt sich schon in der starken Bindung des Programmes an den Barangay-Apparat.

Stärkung des Militärapparates

Die entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Widerstandsgruppen wies das Regime aber zweifellos der Armee zu. Auf allen Gesellschaftsebenen nimmt die Militarisierung deutlich spürbar zu.
Der Verteidigungshaushalt wurde seit 1972 kontinuierlich aufgestockt und beläuft sich 1982 bei einem Gesamtetat von 59,7 Mrd. Pesos auf 8,3 Mrd. Pesos (13). Das sind rund 14 %. Er stellt damit den größten Einzelposten. Hinzu kommt amerikanische Militärhilfe in Höhe von jährlich ca. 175 Mio US $. Das sind weitere 1,4 Mrd. Pesos. (14)
Die Mannschaftsstärke der Armee, der para-militärischen Verbände, der Milizen und des Geheimdienstes expandierte seit der Verhängung des Ausnahmezustands ununterbrochen. Nach jüngsten Schätzungen soll die Gesamtstärke der regulären Streitkräfte auf 285.000 Mann angewachsen sein. Daneben stehen über eine Million Reservisten (Army Reserve Command) zum Einsatz bereit. Eine Bürgermiliz, die Integrated Civilian Home Defense Forces, zählt nach letzten Informationen 75.499 Mann. (15) Der Personalbestand des Geheimdienstes wird von Beobachtern auf rund 50.000 Mitarbeiter eingestuft. (16) Hinzu kommen sogenannte Informanten, von denen es in jedem Nachbarschaftsverband zwei oder drei geben soll. Deren Aufgabe ist es, den Sicherheitskräften Hinweise auf eventuelle „subversive" Aktivitäten in ihrer Nachbarschaft zu geben. Der Geheimdienst wird daher von der im Untergrund tätigen Opposition als eine weitverzweigte und durchaus effiziente Organisation gefürchtet. CPP-Mitglieder vermuten, daß er die Kader ihrer Partei bis in die mittleren Ränge infiltriert hat.
Angesichts des wachsenden Widerstands in zahlreichen Landesteilen rüstet die Regierung offensichtlich für eine neue Anti-Guerilla-Offensive, der größten seit den fünfziger Jahren, wie die konservative „Asiaweek" in einem Artikel vermutet. (17) Darauf hin weist auch die Ernennung von Geheimdienstchef Ver zum neuen Kommandeur der Armee und die Berufung von Fidel Ramos, dem Chef der Philippine Constabulary (PC), zu seinem Stellvertreter. Ver genießt den Ruf eines „Hardliner" gegenüber Dissidenten. Auf eine intensivierte Guerillabekämpfung deuten ferner umfangreiche Truppenbewegungen in verschiedenen Landesteilen hin. (18)
Zur effizienteren Durchdringung der ländlichen Gebiete mit Sicherheitsorganen, vor allem dort, wo die Rebellen mit der Rückendeckung der Bevölkerung operieren, wird die AFP auch mit Schlüsselrollen bei der Durchführung ziviler Entwicklungsprojekte betraut – so zuletzt im neuen KKK-Projekt. Durch umfangreiche Beförderungen und andere materielle Vergünstigungen suchen Marcos und die militärische Führung die Kampfmoral der Truppen zu heben (18).
Das Ministry of Human Settlement (MHS) erhielt die Anweisung, in nächster Zukunft rund 14.000 Wohnungen für Armeeangehörige zu bauen (19).
Gewaltsame Maßnahmen gegen Mitglieder der Widerstandsbewegung konzentrieren sich vor allem auf die einfachen, der Öffentlichkeit unbekannten Mitglieder. Dagegen werden prominente Regimekritiker vom Geheimdienst zwar ständig beschattet und vielfachen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt, physische Übergriffe und Verhaftungen jedoch sind selten. Dies gilt insbesondere für den radikalen Flügel innerhalb des Klerus, der mit der NDF zusammenarbeitet. Dieses Vorgehen folgt mehreren Überlegungen: Einmal ist es besonders in entlegenen Gebieten sehr schwer, Menschenrechtsverletzungen beweiskräftig zu dokumentieren und damit strafrechtlich zu verfolgen. Zum zweiten wird so vermieden – und gerade dies versucht das Regime mit allen Mitteln – daß diese Fälle ins Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit gelangen. Das wäre aber bei einem massiven Vorgehen gegen prominente Dissidenten aus den Reihen der Kirche unvermeidlich. In einem zu 85 % katholischen Land, in dem die Kirche noch immer sehr einflußreich ist, könnte dies unter den Gläubigen sehr leicht politisch destabilisierende Effekte hervorrufen. Drittens steht dahinter der Versuch, die Sympathisantenbasis der Rebellen zu demoralisieren. Im übrigen scheint der Geheimdienst solange mit einer Großoffensive gegen die Befreiungsbewegung zu warten, bis er seine Agenten in deren Führungsgremien eingeschleust hat. Mit einem Überraschungsschlag könnte dann die ganze Befreiungsbewegung weitgehend funktionsunfähig gemacht werden. Auf ähnliche Weise ging das Regime bereits 1976 gegen die Kommunisten und 1979 gegen die Social Democrats vor. Die CPP und die NPA brauchten danach mehrere Jahre, um sich von diesem Schlag zu erholen.

Die gesellschaftlichen Wurzeln des Widerstandes

Nach der Erörterung der jüngsten politischen Entwicklung stellt sich nun die Frage, welche gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Faktoren die Expansion der in der NDF zusammengeschlossenen Widerstandsgruppen begünstigt haben.

Drei Faktoren verdienen dabei besondere Beachtung:

(1) Die gescheiterten gesellschaftlichen Reformen unter Marcos
(2) Die sich verschärfende ökonomische Krise
(3) Die zunehmende Militarisierung und Verletzung der Menschenrechte.

Keine gesellschaftlichen Reformen

Obwohl in den Philippinen sich ein Verstädterungsprozeß vollzieht, der rasch voranschreitet, lebt die Mehrheit der Bevölkerung (67 %) noch immer auf dem Lande. Auch heute noch ist die Landwirtschaft die Haupterwerbsquelle (52,7 % der Beschäftigten) der Filipinos.

Zur Beseitigung der eklatanten sozialen Unterschiede auf dem Lande startete Marcos unmittelbar nach der Verhängung des Ausnahmezustandes eine Landreform, die er als Eckpfeiler seines autoritären Regimes betrachtet (20.) Obgleich diese Landreform die bisher umfangreichste in der Geschichte der Philippinen ist, muß in ihr jedoch mehr eine Maßnahme zur Abwendung bäuerlicher Rebellionen denn eine wirkliche Veränderung der ländlichen Besitzerverhältnisse gesehen werden. Sozialen Fortschritt hat sie bisher nur wenigen gebracht. Für die große Mehrheit der Landbevölkerung aber bestimmen Armut, Unterdrückung und feudale Abhängigkeiten weiterhin die Lebensbedingungen. Wie wenig die Landreform ein Eckpfeiler der „New Republic" ist, zeigt bereits ein flüchtiger Blick auf den Haushaltsplan 1982. Die Militärausgaben sind mit 8,3 Mrd. Pesos rund 25 mal so hoch wie die dem Ministry of Agrarian Reform (332,5 Mio. P) bewilligten Mittel (21) (1 DM = ca. 3,5 Pesos)

Der Lobby der Grundbesitzer gelang es, die Zielgruppe der von der Landreform zu erfassenden bäuerlichen Pächter mehrmals erheblich zu reduzieren. Nach den Bestimmungen des Präsidentenerlasses Nr. 27 erfaßt die „Operation Land Transfer" rund 400.000 Pächter (22) aus dem Bereich des Reis- und Maisanbaus. Nicht eingeschlossen in die Reformmaßnahmen sind jedoch die mehr als 3 Mio. Landarbeiter. Der Plantagensektor blieb davon ebenfalls unberührt. Gerade hier herrschen aber für die kleinen Kontraktpflanzer und die Landarbeiter die drückendsten Lebensbedingungen. Den Grundbesitzern gelang es, durch vielfältige Repressionen gegenüber ihren Pächtern, durch die Manipulation von Katastereinträgen die Umwandlung von Ackerland in Bauland oder durch den Wechsel zum Anbau von landwirtschaftlichen Exportprodukten der Reform weitere kultivierbare Flächen zu entziehen. (23)

Viele Probleme ergeben sich auch aus den Durchführungsbestimmungen, die die Reform letztlich verwässern oder ineffektiv machen. Neben Entschädigungszahlungen an die Grundbesitzer sind die Begünstigten dazu verpflichtet, einer staatlichen Kooperative beizutreten und sich am Masagana-99-Programm (Anbau von Hochertragsreissorten) zu beteiligen. Die Einbindung in diese Programme der „Grünen Revolution" übersteigt die Kapitalkraft der meisten Bauern bei weitem. Der Anbau von Hochertragssorten erfordert umfangreiche Bewässerungsmaßnahmen, sowie die Verwendung von kostspieligem Kunstdünger und Insektiziden. Während dadurch die Produktionskosten um fast 400 % in die Höhe getrieben wurden, stieg der staatlich kontrollierte Reispreis lediglich um 100 %.(24). Zudem fehlen Berater, die die Bauern mit den neuen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden vertraut machen. Die vielen ehemaligen Pächter konnten so nur in wenigen Fällen ihre Ernteerträge in nennenswertem Umfang steigern. Zudem standen viele Grundbesitzer bei den Landwirtschaftsbanken in der Kreide. Häufig aber war die Sicherheit der Grundbesitzer das Land, das für die Landreform zur Umverteilung anstand. Ohne eine Rückzahlung ihrer Schulden konnten die Landwirtschaftsbanken jedoch nur sehr wenige Starthilfen an die ehemaligen Pächter vergeben.



So kam es, daß sich viele kleine Bauern bei privaten Geldverleihern verschuldeten und dadurch unter eine noch weit größere Schuldenlast und neue Abhängigkeiten gerieten. Der Löwenanteil der landwirtschaftlichen Kredite (1974 = 72 %) ging an Bauern mit mehr als 10 Hektar Land. Zwei Drittel dieser Kredite wurden an exportorientierte Betriebe für den Anbau von „cash crops" vergeben, nur ein Drittel an bäuerliche Betriebe, die in der Grundnahrungsmittelproduktion tätig sind. (25)

Daß in Wirklichkeit die Besitzverhältnisse auf dem Lande unangetastet bleiben sollten und die Reform wohl kaum ernst gemeint war, zeigt sich in der Förderung kapitalintensiver, exportorientierter landwirtschaftlicher Großbetriebe („corporate farming") – eine Maßnahme, die in diametralem Gegensatz zu den vorgegebenen Zielen der Landreform steht. (26) Corporate farming führte zu einer zunehmenden Marginalisierung und Entwurzelung der Bauern, die ihr Land an landwirtschaftliche Großunternehmen abtreten mußten. Nach Expertenschätzungen sollen etwa 70.000 Hektar Ackerland, das einst von etwa 20.000 Familien bewirtschaftet wurde, auf wenige „corporate farms" übergegangen sein. (27)

Die Insel Mindanao wurde von der Regierung zu einem Dorado multinationaler Agro-Konzerne umgewandelt, die dort „cash crops" (Bananen, Ananas, Kautschuk, Ölpalmen, Kaffee) für den Export anbauen. Die Regierung will damit die dringend erforderlichen Devisen erwirtschaften, die zum Abbau der drückenden Schuldenlast benötigt werden. Durch die kommerzialisierte Landwirtschaft (corporate farming), den expandierenden Anbau von „cash crops" und Infrastruktur-Großprojekte (z.B. Staudämme), die diese Betriebe begünstigen, werden immer mehr Kleinbauern, die für den Eigenbedarf produzieren, gewaltsam von ihrem Land vertrieben, auf schlechtere Böden umgesiedelt oder zum Anbau von „cash crops" gezwungen. Proteste und gerichtliche Klagen sind nutzlos, da Bürokratie, Justiz und Militär auf seiten der Konzerne stehen. Überdies wissen die meisten der Hintergangenen weder um ihre Rechte, noch besitzen sie die Mittel, diese juristisch auszufechten. Als lohnabhängige Landarbeiter oder als Kontraktpflanzer der Multis verdienen sie weniger als zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse erforderlich ist. So kommt es, daß auch die Kontraktpflanzer und Landarbeiter in Mindanao bei

den Konzernen und lokalen Wucherern hoch verschuldet sind.
Ähnlich bedrückende Lebensbedingungen wie in der Agroindustrie auf Mindanao herrschen für die meisten Bauern und Landarbeiter in den Zuckerrohr- (Panay, Negros) und Kokosnußanbaugebieten (Südluzon, Samar). Kokosnüsse sind das Hauptausfuhrerzeugnis der Philippinen. Von seinem Absatz leben 8 - 10 Mio der insgesamt 48 Mio. Filipinos. Im Kokosplantagensektor gibt es etwa 1 Mio Landarbeiter, 500.000 Pächter, 50.000 selbst bewirtschaftende Landbesitzer sowie 450.000 Verwalter und abwesende Grundbesitzer. (28) Doch die Verteilung des erwirtschafteten Mehrwerts ist extrem ungleich – wie das folgende Beispiel verdeutlicht.
Angenommen wird eine durchschnittlich große Kokosplantage mit etwa 50 ha Land und 12 Pächtern, die sie bewirtschaften. Auf der Grundlage des mittleren jährlichen Hektarertrages von 1 000 kg beträgt die Jahresproduktion rund 50.000 kg. Der von der Regierung bis September 1981 subventionierte Verkaufspreis für Kokosnüsse beläuft sich auf 200 Pesos pro 100 kg. Nach Abzug der Steuerlast von 40.000 Pesos hat die Jahresproduktion folglich einen Nettowert von 60.000 Pesos. Davon entfallen 40.000 Pesos oder zwei Drittel des Nettowertes an den Grundherren. Vom restlichen Drittel erhält der Plantagenverwalter ein Viertel und drei Viertel entfallen auf die 12 Pächter, d.h. der einzelne Produzent, der Pachtbauer, erhält nur 1.250 Pesos oder 2,1 % des Nettoernteertrages. (29)
So verwundert es kaum, daß gerade Landesteile mit ausgedehnter Plantagenwirtschaft die Armenhäuser der Philippinen sind. 1975 lag in Ostsamar das durchschnittliche Familieneinkommen um 56 %, in Nordsamar um 29 % und in Westsamar um 16 % unter dem nationalen Durchschnittswert. 59 % der Bewohner dieser Insel leiden an Mangelernährung. Die tägliche Nahrungsmittelzufuhr beträgt hier nur 59 % dessen, was das Food and Nutrition Research Institute (Manila) für eine gesunde Person als Minimum errechnete. Die Arbeitslosenrate erreicht in manchen Orten Spitzenwerte von 20 %. (3)
Zwar wiesen sozialwissenschaftliche Untersuchungen überzeugend nach, daß sowohl bei der städtischen, noch mehr aber bei der ländlichen Unterschicht, das Revolutionspotential relativ gering ist, solange ein Gesellschaftssystem genügend Mechanismen bereitstellt, die die Auswirkungen sozio-ökonomischer Krisen auffangen. (31) In den Philippinen jedoch ist – insbesondere in den letzten Jahren – für einen Großteil der ländlichen Bevölkerung eine derart massive Subsistenzkrise eingetreten, daß diese Mechanismen ihre Wirksamkeit verloren haben. Dies erklärt, warum die NPA besonders in den ländlichen Gebieten ihre Stärke entfalten kann. Neben ihrer traditionellen Hochburg in Zentralluzon ist sie heute insbesondere in jenen Gebieten eine gefährliche Bedrohung für die Regierung und die dominante Klasse geworden, in denen die Landreform am wenigsten spürbar wurde und feudale Pachtbeziehungen ungebrochen fortbestehen.

Die verschärfte ökonomische Krise

Seit 1979 leidet die Bevölkerung des Landes immer mehr unter den Folgen einer sich verschärfenden ökonomischen Krise. Die vom Regime verfolgte exportorientierte Entwicklungsstrategie vermochte die Unterentwicklung bisher nicht zu beseitigen. Im Gegenteil, sie führte zu einer Vergrößerung der sozialen und regionalen Disparitäten des Landes. Die Philippinen gehören zu den Ländern mit einer äußerst ungleichen Einkommensverteilung. Während 1975 die oberen 20 % der Einkommensskala 53,9 % der Haushaltseinkommen verdienten, entfielen auf die untersten gerade 3,7 %. Nach den neuesten Zensusdaten von 1980 scheint sich die Einkommensverteilung seither weiter verschlechtert zu haben. 1980 verdienten die oberen 20 % der Einkommensskala 59,2 %, die unteren 20 % hingegen nur 3,9 % der Haushaltseinkommen. (32) Bei einer Inflationsrate, die um 20 % oszilliert, sind die Reallöhne heute auf weniger als 70 % des Wertes von 1972 gesunken, die bäuerlichen Einkommen auf gar nur 60 % gegenüber 1974. Immer mehr Menschen leben unter oder nur knapp oberhalb der Armutsgrenze. Während dies 1971 für rund 59 % der Bevölkerung Metro Manilas galt, schätzten Beobachter diese Zahl 1980 auf etwa 70 %. Für rund 40 % der Betroffenen dürfte sich dabei der Lebensstandard relativ, für weitere 30 % sogar absolut verschlechtert haben. (33) Gleichzeitig konzentriert sich der Besitz in den Händen weniger. Von den 1000 größten Unternehmen der Philippinen sollen sich 265 im Besitz des Marcos-Clans und seiner Günstlinge befinden.
Die von ausländischem Kapitalzufluß abhängige Industrialisierungs- und Entwicklungsstrategie ließ die Auslandsverschuldung bis Ende 1981 auf 15,4 Mrd. US-$ emporschnellen. Mit 19,4 % hat der Schuldendienst damit das selbstgesetzte Limit von 20 % der Deviseneinnahmen fast erreicht. Die Philippinen sind das beim International Monetary Fund (IMF) am höchsten verschuldete Land Asiens. (34) Aus diesem Grunde richtete der IMF eine „Konsultativgruppe für die Philippinen" ein, die gegenüber der Regierung quasi-bindende Empfehlungen in Bezug auf ihre Wirtschafts-, Haushalts- und Entwicklungspolitik aussprechen kann. Die Eingriffsmöglichkeiten, die sich daraus für die ausländischen Wirtschaftsinteressen in die philippinische Souveränität ergeben, verdeutlichen die Außenabhängigkeit des philippinischen Entwicklungsweges.

Amerikanische Großbanken haben ebenfalls einen weitreichenden Einfluß auf die philippinische Wirtschaft. Sie sind Teilhaber an einer Vielzahl einheimischer Banken. Amerikanische Finanzinstitutionen sind die Hauptkreditgeber für die philippinische Wirtschaft. Die Hälfte aller dem Lande gewährten Kredite werden von den USA gedeckt. (35) Trotz dieser erheblich verstärkten Kreditaufnahme erzeugte die industrielle Förderung bislang keinen Boom, der auch anderen Wirtschaftssektoren zugute käme. Ein wesentlicher Faktor dafür sind die Probleme bei der Reinvestition ausländischen Kapitals. Die offene Wirtschaftspolitik unter Marcos gestattet ausländischen Investoren einen freien Transfer von Gewinnen. Der vermehrte Kapitalzufluß konnte so nicht ausgeglichen werden durch eine vermehrte Kapitalbildung oder eine effizientere Nutzung des Kapitals.
Mit 4,5 % wird das Wirtschaftswachstum zum ersten Mal seit langem unter der 5 %-Marke liegen. Einige der wichtigsten philippinischen Exportprodukte – beispielsweise Kokosnüsse, Kupfer, Nickel, Gold, Zucker und Bananen – mußten einen Preisabschwung auf dem Weltmarkt verkraften. So verzeichnete die philippinische Wirtschaft 1981 erstmals einen Rückgang der Exporterlöse. Dies ist ein besonders eindringliches Alarmzeichen, da die Exporterlöse bis dato kontinuierlich wuchsen.

Angesichts stagnierender Exporte und steigender Ausgaben für die Einfuhr von Rohöl, Kapital- und Luxusgütern, hat sich das Zahlungsbilanzdefizit auf fast 2 Mrd US-$ ausgeweitet. (36) Alarmierend ist auch der erhebliche Rückgang der Steuereinnahmen des Staates. Sie gingen im ersten Halbjahr 1981 um 15,22 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zurück. (37) Für das Haushaltsjahr 1982 wird ein Loch in der Finanzdecke von 1,25

Mrd. US-$ erwartet. (38) Die verminderten Staatseinnahmen aber müssen durch erneute Kapitalaufnahmen auf dem internationalen Kreditmarkt oder bei multilateralen Geberinstitutionen wie der Weltbank, dem IMF oder der Asian Development Bank (ADB) ausgeglichen werden.
Der letzte Vertrauensvorschuß breiter Bevölkerungsteile in den von der Regierung propagierten Entwicklungsweg schwand 1981 durch Finanzskandale und den Kollaps einiger der größten philippinischen Wirtschaftsunternehmen restlos dahin. Zunächst setzte sich im Januar der Unternehmer und Finanzier Dewey Dee mit 630 Mio. Pesos Schulden aus dem Lande ab. Ein dadurch ausgelöster Panikrun auf die Banken brachte das gesamte Börsen- und Wirtschaftssystem ins Wanken. Mismanagement, Nepotismus und die negativen Auswirkungen der weltweiten Rezession haben einige Firmenimperien – darunter die der Marcos-Proteges Cuenca Silverio und Disini – an den Rand des Bankrotts gebracht. Die Regierung mußte zur Rettung der angeschlagenen Unternehmen eine Summe von 5 Mrd. Pesos bereitstellen.
Die exportorientierte Entwicklungsstrategie konnte nicht im erhofften Ausmaße neue Arbeitsplätze schaffen. Relativ gesehen ist der Anteil der im industriellen Sektor Beschäftigten sogar rückläufig. Er sank von 15,0 % (1960) auf 10,9 % (1980) (39). Bei einem rapiden Zuwachs der Erwerbsbevölkerung von 5,5 % pro Jahr (1972-1976) oder jährlich 600.000 Personen, die neu in das Erwerbsleben eintreten, ist ein wachsender Teil der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bedroht. Schätzungen der Erwerbslosen- und Unterbeschäftigtenrate durch amtliche und nichtamtliche Stellen bewegen sich zwischen 25 % und 47 % der Erwerbsbevölkerung (40). De facto ist daher das neu gestartete KKK-Programm mit seiner Zielkomponente von jährlich rund 200.000 neuen Arbeitsplätzen ein Eingeständnis der Regierung, daß ihr Industrialisierungskonzept zumindest auf dem Beschäftigungssektor versagt hat.
Verstärkt wird das Arbeitslosenproblem durch die extreme Rezessionsanfälligkeit einer peripher-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Unter den zunehmend ungünstigeren „terms of trade" leidet vor allemdie Konsumgüterindustrie, die für den Binnenmarkt produziert. Sie mußte in manchen Branchen (v.a. Textilien) Umsatzrückgänge bis zu 20 % hinnehmen. So wird in Manila von zahlreichen Firmenschließungen berichtet. Darüber hinaus stellten 968 Firmen beim Arbeitsministerium einen Antrag auf Gewährung einer Ausnahmegenehmigung von den Tarifvereinbarungen. (41) Zwar liegen über die Zahl der Entlassungen nur sehr widersprüchliche Angaben vor, doch selbst die niedrigsten Schätzungen bewegen sich allein für Manila in einer Größenordnung von 55.000, während andere Quellen von jeweils 150.000 Entlassungen in den letzten beiden Jahren sprechen. (42) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen so zu immer härteren Arbeitsbedingungen für einen Großteil der Beschäftigten. Der Konkurrenzkampf um einen Arbeitsplatz wird immer erbitterter. Viele Unternehmen aber benutzen das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee und die von der Regierung propagierte Billiglohnpolitik als Anreiz für ausländische Investoren), um die ohnehin schon extrem unternehmensfreundlichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu umgehen. Dies geschieht dadurch, daß die meisten Arbeiter nur Tagelohn- und Kurzzeitverträge mit Lehrlingsstatus erhalten. In einer beliebig verlängerbaren Anlernphase ist der Arbeitgeber der Verpflichtung enthoben, seinen Arbeitern den gesetzlich garantierten Mindestlohn und Zusatzvergütungen zu zahlen oder ihnen soziale Schutzvorkehrungen zu bieten. Einer Untersuchung über die Arbeitsbedingungen von Industriearbeitern im Großraum Manila zufolge hatten nur 27 % der Befragten einen permanenten Arbeitsplatz. (43) Häufig werden Arbeiter mit Kurzzeitverträgen nach acht Wochen wieder entlassen, um sich dann erneut für die selbe Stelle bewerben zu müssen. Kaum ein Unternehmen zahlt selbst seinen festangestellten Arbeitern die gesetzlich garantierten Lebenshaltungszulagen. Nach den Berechnungen des ökonomen Jurado müßte der Tageslohn eines Arbeiters, um eine sechsköpfige Familie zu ernähren, bei 26,18 Pesos liegen. In Manila aber verdienen Arbeiter durchschnittlich nur etwa 55 % dieses Betrages. (44) Die Arbeitszeit beträgt in der Regel acht Stunden pro Tag, in den meisten Fabriken aber sind die Arbeiter – zu oft unbezahlten – Überstunden verpflichtet, wenn immer das Management dies wünscht. Die große Mehrzahl der Beschäftigten – mit Ausnahme des formellen tertiären Sektors – arbeitet sechs Tage in der Woche. Mehr als 14 % der befragten Beschäftigten – vor allem im Dienstleistungsbereich – arbeiten sogar sieben Tage, da der Sonntag als ein normaler Werktag gilt. Nur wenige Arbeiter (33 %) erhalten von ihrer Firma bezahlten Urlaub, Krankheits- und Mutterschaftsurlaub (33 % bzw. 25 %), ein 13. Monatsgehalt (18 %) oder eine Rente (15 %). Arbeitsschutzmaßnahmen fehlen unter diesen laisser-faire kapitalistischen Produktionsbedingungen fast vollständig. (45)
Ein legaler Widerstand der Arbeiter gegen diese kaum erträglichen Arbeitsbedingungen ist nur sehr schwer möglich. In vielen Betrieben herrschen unternehmerfreundliche „gelbe" Gewerkschaften. So endeten 1976 von 878 Tarifverhandlungen 304 (= 34,6 %) ohne Lohnerhöhung. (46) Überdies sind nur 4 % der philippinischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert (47). Streik als Mittel des Arbeitskampfes war bis 1981 in wichtigen Industriezweigen verboten.
Seit August 1981 gibt es ein neues Streikgesetz, das aber nicht weniger arbeiterfeindlich ist als das alte. Zwar darf nun in allen Industriezweigen gestreikt werden, doch müssen sich in einer Urabstimmung mindestens 2/3 der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik entscheiden. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des geringen Organisationsgrades der Arbeiter ist es den Unternehmensleitungen aber leicht möglich, durch Druck und Drohungen eine Solidarisierung unter den Arbeitern zu verhindern und die genannte Quote zu einer fast unüberwindlichen Hürde zu machen. Ein Streik muß zwei Monate vorher beim Arbeitsministerium angekündigt werden und dies auch erst, nachdem die Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern in eine Sackgasse geraten sind. Stehen „nationale Interessen" in einem arbeitsrechtlichen Konflikt auf dem Spiele, kann die Regierung eingreifen, indem sie den Fall schlichtet und den Streik aufhebt.
Die Beteiligung von Arbeitnehmern an illegalen Streiks kann den Verlust des Arbeitsplatzes nach sich ziehen. (48) Trotz des restriktiven Streikgesetzes fanden namentlich in den letzten Jahren zahlreiche Streiks statt. Von 290 Streikankündigungen, die 1979 beim Arbeitsministerium eingingen, wurden 51 tatsächlich abgehalten. 1980 waren es von 286 Ankündigungen 47 abgehaltene Streiks. Daneben fanden zahlreiche illegale Streiks statt, die sich gegen nicht eingehaltene tarifliche oder arbeitsrechtliche Zusagen der Unternehmer richteten. Die meisten dieser Streiks wurden von der Regierung nachträglich legalisiert. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings auch, daß eine Reihe von Unternehmensleitungen die Streiks über willfährige Gewerkschaften inszenierten, um auf diese Weise Einfluß auf die von der Regierung geplante Revision des Streikrechts zu nehmen und Liberalisierungen zu verhin-

dern. (49)
Das bedrückende Joch dieser Arbeitsverhältnisse, die anhaltende Wirtschaftskrise, die immer härteren Lebensbedingungen der Massen und – im krassen Gegensatz dazu – die Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger Günstlinge der Machthaber, erleichtern das Eindringen der NDF in die Industriearbeiterschaft der großen Städte – insbesondere in Manila. Aber auch die Reaktionen der Regierung auf die Mobilisierung und Organisierung der Arbeiterschaft stärken allmählich den Einfluß der NDF. Die Regierung sieht in Arbeitskämpfen eines ihrer wichtigsten Werbeargumente, mit denen ausländische Investoren angelockt werden sollen, gefährdet: sozialer Friede und ein niedriges Lohnniveau. In der freien Produktionszone Bataan, wo zahlreichen Quellen zufolge besonders viele ungeahndete Verstöße gegen das Arbeitsrecht von seiten der Unternehmensleitungen vorliegen, wurden im Juli 1981 drei Arbeiterführer von Sicherheitskräften erschossen. Aber auch sonst gehen Regierung und Unternehmensleitungen rigoros gegen kritische Arbeiterführer vor; durch massive Einschüchterungsmaßnahmen und fristlose Entlassungen.

Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen

Die Mißachtung grundlegender Menschenrechte durch Militär und Sicherheitskräfte im Zuge der raschen Militarisierung der Gesellschaft treibt immer mehr Menschen in den Widerstand. Berichte über Menschenrechtsverletzungen häufen sich vor allem in den Gebieten mit starker Armeepräsenz, d.h. überall dort, wo im Zuge der Rebellenbekämpfung größere Truppenverbände stationiert werden. Beim Versuch, die hochmobilen Basen der NPA zu zerschlagen, besetzt die Armee oft ganze Dörfer. Unschuldige Bauern werden als vermeintliche NPA-Sympathisanten verschleppt und unter Anwendung brutaler Foltermethoden verhört. (5)
Viele dieser Verschleppten blieben bis zum heutigen Tage vermißt oder wurden später tot aufgefunden. „Salvaging" wird diese unmenschliche Praxis genannt (d.h. bergen), mit der verhindert werden soll, daß die Opfer nach ihrer Freilassung die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf diese Terrormethoden lenken können.
Die „Task Force Detainees" – eine katholische Organisation zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und der Betreuung politischer Gefangener – registrierte zwischen 1975 und 1980 500 Fälle von „salvaging" und 263 Vermißte, von denen 34 später tot aufgefunden wurden. (51) Die Praxis des „salvaging" scheint in jüngster Zeit noch weit ernstere Ausmaße angenommen zu haben. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautete, sind 1981 allein in Manila 128 Fälle von „salvaging" bekannt geworden. Militäroperationen gegen Rebellen in den Provinzen werden begleitet von zahlreichen Protesten der Zivilbevölkerung über Plünderungen und Konfiskationen von Eigentum – vor allem Nahrungsmittel, Hausrat und Haustieren – durch Soldaten. Meist führt die Stationierung von Truppen in einem Gebiet binnen kurzer Zeit zum Verfall der öffentlichen Sicherheit. Betrunkene Soldaten oder bewaffnete Milizangehörige verursachen blindwütige Schießereien, belästigen Frauen und mißhandeln Zivilpersonen.
In Gebieten, wo das Militär Stützpunkte der Rebellen vermutet, kommt es häufig zu Evakuierungen der ansässigen Zivilbevölkerung, um eine sog. „freie Feuerzone" einzurichten. Jeder, der danach in dieser Zone angetroffen wird, ist als mutmaßlicher NPA-Angehöriger Freiwild des Militärs. Allein in Samar beläuft sich die Zahl der Evakuierungen auf mittlerweile mehr als 60.000 Personen. (52)
Evakuierungen und Umsiedlungen betreffen auch die Mitglieder kultureller Minderheiten – kleine Stammesgesellschaften, die als Reisbauern in Nordluzon, Mindoro und Mindanao leben. Da sie keinen formellen Landtitel für das Land besitzen, das sie seit Urgedenken bebauen und von ihren Vorfahren weitervererbt bekamen, wird es ihnen von skrupellosen Landspekulanten oder agrarischen Großunternehmern geraubt und sie selbst werden vertrieben. Bei einer Reihe von Staudammprojekten in Nordluzon und in Mindanao versucht die Regierung sie umzusiedeln – ein Vorhaben gegen das sich diese Minderheiten mit aller Macht zur Wehr setzen. Aber es ist weit mehr als nur der Verlust ihres Landes, wogegen sie kämpfen: Die Vertreibung bedeutet für sie gleichzeitig den Verlust ihrer kulturellen Identität. Diese Völker pflegen einen Ahnenkult der an Bodenständigkeit gebunden ist. In Nordluzon, wo die Kalingas und Bontocs einen verzweifelten Kampf gegen den Bau des Chico-River-Damms führen, mehren sich die Anzeichen für ein Bündnis mit der NPA. Es ist ihre einzige Möglichkeit, sich gegen die Terrormethoden und Täuschungsmanöver, mit denen sie die übermächtige Regierung vertreiben will, zu verteidigen.
Der Bürgerkrieg in vielen Landesteilen läßt die Zahl der Flüchtlinge rapide anschwellen. Allein in Mindanao wird von über 1 Mio. Flüchtlingen als Ergebnis des blutigen Krieges zwischen der Zentralregierung und der separatistischen Moslembewegung MNLF gesprochen. 150.000 – 300.000 von ihnen flohen über die Sulu-See nach Sabah, einem Bundesstaat Malaysias. (53) Mit der Verstärkung der Regierungstruppen in den Bergregionen Nord-Luzons wird neuerdings auch hier von einsetzenden Flüchtlingsbewegungen berichtet.
Die politische Repression verschärft sich. Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes blieben grundlegende politische Rechte wie die freie Meinungsäußerung, die Pressefreiheit oder die Versammlungsfreiheit nach wie vor starken Einschränkungen unterworfen. Der weitverzweigte politische Repressionsapparat gewinnt dabei eine nicht mehr kontrollierbare Eigendynamik, die zuweilen in blutigen Gewaltakten eskaliert. Bei einer Demonstrationsveranstaltung für den Boykott der Präsidentschaftswahlen beispielsweise erschossen am 14. Juni 1981 in Daet (Camarines Norte) Truppen der Philippine Constabulary vier Personen und verwundeten weitere 40. (54)
Zwischen 1972 und 1980 wurden mehr als 60.000 Menschen aus politischen Gründen verhaftet. Zwar wurde der Großteil der Verhaftungen unmittelbar nach der Verhängung des Ausnahmezustandes vorgenommen, doch noch immer verschwinden Dissidenten ohne formale Anklage und Vorlage eines Haftbefehls in den Gefängnissen des Regimes. Zwischen 1977 und 1980 registrierte die Task Force Detainees 6.345 politisch motivierte Verhaftungen. Über 700 der derzeit einsitzenden politischen Gefangenen sind Dauerhäftlinge. (55)
In den Slum- und Squattergebieten der Städte und in den Dörfern des Hinterlandes terrorisieren Angehörige der Miliz oder Barangay-Tanods – eine Art Hilfspolizei – politisch Andersdenkende. Auch die Universitäten – Schauplatz des Studentenaktivismus – wurden systematisch mit Spitzeln und Agenten durchsetzt.

Düstere Zukunftsaussichten

Die politische Polarisierung in den Philippinen hat sich also in letzter Zeit erheblich zugespitzt. Bei der zunehmenden Stärke der NDF und insbesondere der NPA wird

sich die bewaffnete Konfrontation mit den Kräften des alten Systems verschärfen. Die Befreiungsbewegung wird zunehmend an Boden gewinnen, wenn soziale Reformen ausbleiben, die ökonomische Rezession sich weiter vertieft und sich infolgedessen die Lebensbedingungen für die Massen weiter spürbar verschlechtern.
Immer mehr Filipinos gelangen an einen Punkt, wo sie nichts mehr zu verlieren haben. Die Instabilität des politischen Systems wächst, da die – wenn auch geringfügigen – „trickle down"-Effekte des bisherigen makroökonomischen Wachstums für die Massen ausbleiben. Primär ökonomische Überlegungen waren es bisher auch, die viele Filipinos dem Regime noch einen gewissen Bonus gegenüber der Opposition einräumen ließen. Die in der philippinischen Gesellschaft tief verwurzelte Eigentumsgläubigkeit und ein weitverbreiteter Antikommunismus ließen ihnen Marcos als das geringere von zwei Übeln erscheinen. Mit wachsender politischer Instabilität aber bricht gleichzeitig das exportorientierte Entwicklungsmodell des Regimes in sich zusammen. Das dringend erforderliche Auslandskapital wird sich auf Länder mit einem günstigeren Investitionsklima verlagern. Das Regime aber verliert damit seine zentrale Legitimationsgrundlage: wirtschaftliches Wachstum und Entwicklungsfortschritte durch einen autoritären Regierungsstil.
Auch die zahllosen Verletzungen der Menschenrechte durch Übergriffe des Militärs auf Zivilpersonen, die Einschränkungen der politischen Grundrechte und die Militarisierung der Gesellschaft treiben immer mehr Menschen ins Lager des Widerstands. Auf längere Sicht können sich auch die beginnenden Diadochenkämpfe um die Nachfolge Marcos günstig für die Ziele der Befreiungsfront auswirken, wenn es dadurch zu einer Kräftesplitterung innerhalb des Regierungslagers kommt. Zu berücksichtigen in diesem Kalkül bleibt jedoch die Rolle der USA, die den Stärkezuwachs der NDF im Kontext ihrer antikommunistischen Eindämmungsstrategie mit Sicherheit nicht hinnehmen wird. Es darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß zumindest unter der Reagan-Administration die amerikanische Militärhilfe an das Regime in Zukunft weiter massiv aufgestockt wird. Nicht auszuschließen ist auch, daß die USA eine für sie ungünstige politische Entwicklung in den Philippinen notfalls durch eigenes militärisches Eingreifen von ihren Stützpunkten aus zu unterbinden sucht. Letztlich aber ist es in einer derart polarisierten politischen Situation allein die Zivilbevölkerung, die für eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einen hohen Blutzoll entrichten muß.

Jürgen Rüland

Anmerkungen:

1) Siehe SZ 3. Jan. 1981, S. 5; SZ, 17. Jan. 1981, S. 7; SZ 20. Jan. 1981, S. 2; Time Magazine, 2. Febr. 1981, S. 46; NZZ 20. Jan. 1981, S. 3
2) Far Eastern Economic Revies (FEER), 11. September 1981, S. 18
3) FEER, 21. August 1981, S. 17
Diese und andere politischen und gesellschaftlichen Prämissen der Befreiungsbewegung wurden im Zehn-Punkte-Programm der NDF zusammengefaßt.
5) FEER, 21. August 1981, S. 18
6) FEER, 21. August 1981, S. 22 und Philippines. Repression and Resistance. Permanent Peoples' Tribunal Session on the Philippines, London 1981, S. 203
7) Asiaweek, 11. September 1981, S. 33
8) BZ, 21. April 1981, S. 1 oder auch SZ, 22. April 1981, S. 7
9) So z.B. vor den Referenden 1975 und 1976, mit deren Hilfe Marcos seine Diktatur demokratisch legitimieren wollte. oder am Vorabend der IBP-Wahl, am 6. April 1978
10) Asiaweek, 2. Oktober 1981, S. 16
11) Bulletin Today, 5. August 1981, S. 1
12) Asiaweek, 25. September 1981, S. 15; daneben siehe tägliche Berichterstattung der Presse in Manila
13) Daily Express, 15. August 1981, S. 6
14) Walden Bello, The forms, functions and causes of political repression in the Philippines, in: Philippines. Repression and Resistance. Permanent Peoples' Tribunal Session on the Philippines, London 1981, S. 145
15) Philippine Collegian, 18. September 1981, S. 1
16) Persönliches Interviewmaterial
17) Asiaweek, 11. September 1981, S. 37
18) So in Nordluzon, Bicol, Samar, Panay und den Davao-Provinzen, siehe Bulletin Today, 6. August 1981, S. 1 und 11. August 1981, S. 1
19). So wurden Anfang August 1981 insgesamt 7.832 PC-Soldaten, 1.728 Polizisten und 762 Armeeoffiziere befördert. Siehe auch Bulletin Today, 18. August 1981, S. 1
19) Bulletin Today, 11. September 1981, S. 1
20) Ministry of Agrarian Reform, Annual Report 1979/80. Agrarian Reform in the Philippines. Manila 1981, S. 6
Als weiterführende Literatur zum Thema Landreform seien die folgenden Titel empfohlen: Erika Hauff, Die Landwirtschaft in den Philippinen, in: Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/81 (April), S. 14 – 17; Rolf Hanisch, Landreform in the Philippines. Decision-making processes and problems of implementation, Bruxelles 1977; Benedict Kerkvliet, Landreform: Emancipation or Counterinsurgency? in: David A. Rosenberg (ed.), Marcos and Martial Law in the Philippines, Cornell University Press, Ithaca and London 1979, S. 113 - 144
21) ebd. S. 12
22) Benedict J. Kerkvliet, Emancipation or Counterinsurgency? in: David A. Rosenberg, Marcos and Martial Law in the Philippines, Cornell University Press, Ithaca and London 1979, S. 124 - 128
23) Felix Casalmo, The Vision of a New Society, Manila 1980, S. 65
24) s. ebd. S. 65
25) Ibon, Facts and Figures, The Credit Syndrome, S. 2
26) Kerkvliet und andere Quellen behaupten, daß der Marcos-Clan kräftig davon profitiert habe und zu einem der größten Grundbesitzer im Lande aufgestiegen sei. Mehr als 20 000 Hektar in Cagayan, 10.000 Hektar in Isabela, Zuckerrohrplantagen in Negros Occidental und große Flächen an Grund in Panay und Mindanao sollen sich heute im Besitz der Marcos-Familie befinden. Vgl. Kerkvliet (1979), S. 121
27) FEER, 29. Juni 1979, S. 56
28) Ibon, Facts and Figures, 30. April 1979, S. 2
29) s. ebd. S. 3
30) Ibon, Facts and Figures, 31. Juli 1979, S. 2
31) Vgl. Rolf Hanisch, Staat, ländliche Armutsgruppen und Agrarpolitik in den Philippinen, in: rolf Hanisch/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Staat und Entwicklung. Studien zum Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft in Entwicklungsländern, Frankfurt 1981, S. 223-226
32) National Census and Statistics Office, Office of the Executive Director, Special Release Manila, June 12, 1981
33) Robert B. Stauffer, Framework for Peripheral Development, in: John F. Doherty, S. J. (ed.), Readings on Peripheral Development: The Role of the Multinationals, Manila 1979, S. 93 - 123
34) Financial Times, Philippines, 7. November 1980
35) Robert L. Youngblood, Philippine-American Relations under the „New Society", in: Pacific Affairs, Vol. 50, No. 1, Spring 1977, S. 54
36) FEER, 21. August 1981, S. 20
37) Business Day, 25. August 1981, S. 4
38) Bulletin Today, 12. August 1981, S. 1
39) Rolf Hanisch, Philippinen, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt 4, Halbband II, Unterentwicklung und Entwicklung in Asien, Hamburg, 1978, S. 557
40) Ibon, Facts and Figures, 31. März 1979, S. 1
41) Bulletin Today, 25. August 1981, S. 1
42) Asia Yearbook 1981, Philippines 1981, S. 230
43) A Research Study on the Living and Working Conditions of Workers in Metro Manila, Manila 1980, S. 7
44) Casalmo (1980), S. 89
45) A Research Study on the Living and Working Conditions of Workers in Metro Manila, Manila 1980, S. 15
46) Ibon, Facts and Figures, 31. März 1979, S. 2
47) Rolf Hanisch, Gewerkschaften in den Philippinen: Instrumente der Arbeitermanipulation oder der Emanzipation, Papier vorgetragen auf dem Workshop „Soziale Bewegungen in Entwicklungsländern" 7. – 10. Oktober 1981, S. 9
48) Daily Express, 7. Aug. 1981, S. 3
49) Interwievinformation
50) Die Folterung von Häftlingen wird jedoch von der Regierung heftig dementiert. In einem Interview mit der amerikanischen Nachrichtenagentur ABC spricht der Präsident von höchstens 6 – 10 dokumentierten Folterungsfällen.
51) Political Detainees Update, Vol. V., No. 14, Juli 31, 1981 S. 5
52) S. ebd., S. 5
53 Bello (1981), S. 128
54) NASSA News, Vol. Xiii, No. 6-7, June/July 1981, Bloody Sunday in Daet, S. 14-15
55) Political Detainees Update, Vol. V., No. 14, July 31, 1981, S. 5

Brasilien
„Unser Land für Land am Ufer des Sees"

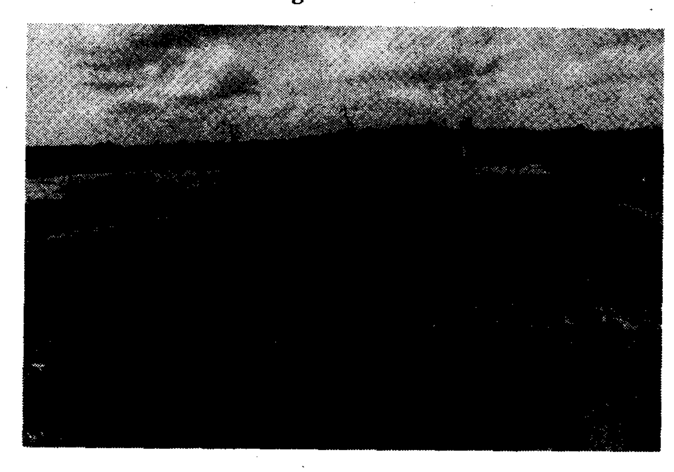
Unter diesem Motto kämpft seit 1979 die Bevölkerung von Itaparica, einer Landschaft im Vale Rio Sao Fransisco im Nordosten Brasiliens um ihr Land. Seit 1980 wird dort an einem Staudamm gebaut, der das Entstehen eines der größten Stauseen der Welt nach sich ziehen wird. Im Gebiet des entstehenden Stausees leben derzeit ca. 120 000 – 150 000 Menschen in verschiedenen Ortschaften entlang des dort noch ungehindert fließenden Rio Sao Fransisco. Die Bewohner der Dörfer leben von Fischfang, Ackerbau, Viehzucht und Kleingewerbe, sind Selbstversorger und damit weitgehend gegen materielle Not abgesichert. Für die Zukunft droht ihnen jedoch ein ähnliches Schicksal wie den 150 000 Menschen, die 350 km flußaufwärts durch den Bau des Sobradinho Staudamms von ihrem Land vertrieben wurden.
Der dortigen Bevölkerung war damals von der Elektrizitätsgesellschaft CHESF, unter deren Leitung die Staudämme gebaut werden, eine Entschädigung versprochen worden. Diese wurde jedoch, wenn überhaupt, nie in der ausgehandelten Höhe erstattet. Oft war das Geld nicht einmal ausreichend, um mit der Familie in die nächste Stadt zu fahren. Entschädigungen in Form von Land wurde nur in Ausnahmefällen geleistet, wobei meistens Land schlechterer Qualität zugewiesen wurde. An den Ufern des neuen Sees haben sich inzwischen große nationale und internationale Gesellschaften angesiedelt, die Landwirtschaft betreiben; da diese Betriebe aber eher industriemäßig aufgezogen sind, bieten sie den dort lebenden Menschen keine Arbeitsmöglichkeit. Somit war der Großteil der Bevölkerung gezwungen, das Land zu verlassen und nach Arbeit und Lebensraum in den Städten zu suchen – aber in der Stadt erwartete sie nur ein Leben ohne feste Bleibe, in den Elendsvierteln. Wenn man bedenkt, daß zur Zeit von 120 Mio. Brasilianern 30 Mio. obdachlos sind, kann man sich das Ausmaß des Elends vorstellen.
Bei dem Staudammprojekt in Itaparica versuchte die CHESF genau gleich gegenüber der Bevölkerung vorzugehen; diese begann sich jedoch zu wehren. Nachdem deutlich wurde, daß die betroffenen Menschen sich nicht ohne weiteres mit den Vorschlägen der CHESF einverstanden erklären würden, versuchte es diese mit Einschüchterungen. Am 27.6.1979 wurden in ihrem Auftrag vier Häuser der dort wohnenden Menschen zerstört. Die Bevölkerung reagierte darauf anders, als von der CHESF erwartet – sie schloß sich zusammen, um sich gemeinsam zur Wehr zu setzen. Im August 1979 kam es in Petrolandia (eine, der vom Staudamm betroffenen Ortschaften) zu einer Kundgebung, an der 2000 Menschen teilnahmen. Zuvor hatte man durch die Besetzung eines Ingenieurbüros die Herausgabe der Pläne des Projekts erreicht, aus denen für die Bevölkerung erstmals ersichtlich wurde, wie weit sich der neue See eigentlich ausdehnen würde. Mit Hilfe der neugegründeten Landarbeitergewerkschaft, der Kirche und anderen Organisationen wurde erreicht, daß sämtliche Betroffene nun gemeinsam für ihre Forderungen kämpften: „Terra pra terra ao margem do lago" – „unser Land für Land am Ufer des Sees".
Diese Geschehnisse stießen zunächst auf harten Widerstand seitens der Regierung und der CHESF. Es folgte eine Periode des „grilagem", d.h. Bedrohung und auch Ermordung durch „grileiros", die von der CHESF bezahlt wurden, um den Leuten Angst zu machen und sie zum Verlassen des Gebietes zu bewegen. Ein weiteres Druckmittel stellen auch heute noch Verhaftungen dar. Dennoch begannen die betroffenen Landbewohner, am Ufer des zukünftigen Sees ihr neues Land abzustecken und einzuzäunen.
Die Regierung konnte sich nicht leisten, mit Militär gegen die Bevölkerung vorzugehen, da offener Widerstand abzusehen war, und sie außerdem ihr liberales Image nicht zerstören wollte. Zusammen mit Vertretern der CHESF und der Bewohner des Vale Rio Sao Fransisco war sie gezwungen, eine Lösung zu finden, die für alle Parteien annehmbar war.
Im so entstandenen Vertrag wird den Betroffenen neues Land, Entschädigung für die zurückgelassenen Wohngebäude, Gemeinschaftsanlagen und das Kirchengebäude zugesichert. Folgende Forderungen stellten die Landarbeiter von Itaparica auf:

1979: Kartographische Erfassung:
- *Die CHESF sollte baldmöglichst eine Karte für die Gemeinden anfertigen, die das zu überschwemmende Gebiet bezeichnet.*

1980: Zuteilung neuen Landes an die betroffenen Familien
- *Die CHESF soll das Land am Seeufer in Grundbesitze für Familien aufteilen, gemäß dem Gesetz Nr. 4504 von 1964 (Agrarreformgesetz, d.Ü.)*

1981: Bau der Siedlungskerne
- *Jede Gemeinde soll einen Ort wählen, wo die CHESF Häuser bauen soll – entsprechend der Zahl der ehemaligen Häuser – mit Einrichtungen wie: Schulen, Gesundheitsposten, Kirche, Kanalisation, Elektrifizierung, Straßen, ein bedecktes Areal für den Markt etc.*
- *Gemeinschaftlicher Grundbesitz für Viehzucht in einer Größe von 10 ha pro Arbeiter*

1982: Gerechte Entschädigung des Besitzers
- *entsprechend einer Preisliste, der die Landarbeiter der Region zustimmen müssen.*



Ein Versuch, sich gegen die Willkür der CHESF zu wehren: Bau einer Straße wird durch „Kakteenbarriere" aufgehalten

Vor kurzem erhielten wir einen Brief vom Landarbeiterzentrum in Petrolandia mit der Mitteilung, daß die im Vertrag gemachten Zugeständnisse nicht, bzw. nur schleppend ein-

gelöst werden. Die Brasilianische Regierung müßte dazu Landenteignungen (Großgrundbesitz) vornehmen, wofür auch die Rechtsgrundlage bereits 1964 durch ein entsprechendes Gesetz geschaffen wurde.
Die Betroffenen bitten uns über ihre Vertreter mit Unterschriften und Telegrammen, der CHESF unseren Protest gegen diese Vertragsbrüchigkeit auszudrücken, und ihre Forderungen zu unterstützen (Formulierungsvorschlag, siehe Kasten). Neben der politischen ist auch die materielle Solidarität für die Landarbeitergewerkschaft von Itaparica notwendig.
Überweisungen (Spendenquittung folgt) auf Kto.-Nr. 20 666 33 Sparkasse Freiburg, Brasilieninitiative Freiburg e.V., Stichwort: „Itaparica".

Brasilieninitiative Freiburg e.V.



Ao presidente da CHESF
Senhor Luiz Carlos Menezes, Rua Dr. Elphego Jorge da Souza, 333 Bongi – 50.000 Recife (PE)

Prezados Senhores!
Há alguns dias recebi uma participação de que um plano detalhado lhes foi entregue pelos representantes das familias prejudicadas pela construção do açude Itaparica.
Este plano descreve exatamente as terras, que segunda a opinião dos interessados, poderiam servir de indenização pela perda de sua propriedade original.
Solicito-lhes que aceite este plano e que providencie a cessão das terras propostas. Uma situação semelhante à de Sobradinho, em que centenas de pessoas foram expropriadas de sua condição de existência, tanto social como económica, não deveria repetirse aqui, pois que isto significaria um ferimento claro dos direitos humanos.
As pessoas que têm que abandonar estas terras por causa da construção de um açude têm o direito de receber um equivalente que lhes possibilite a continuação de sua vida e trabalho nesta região.

Cordialmente

Sehr geehrte Herren,
Vor einigen Tagen erhielt ich die Mitteilung, daß Ihnen am 25.11.1981 von den Vertretern der durch den Bau des Staudamms Itaparica betroffenen Familien ein detaillierter Plan vorgelegt wurde. Dieser Plan bezeichnet genau die Gebiete, die nach Meinung dieser Menschen als Entschädigung für den Verlust ihres bisherigen Besitzes in Frage kommen.
Ich fordere Sie auf, diesen Plan zu akzeptieren und den Erwerb der vorgeschlagenen Gebiete zu veranlassen. Maßnahmen wie in Sobradinho, durch die Tausende von Menschen ihrer sozialen und wirtschaftlichen Existenzgrundlage beraubt wurden, betrachte ich als groben Verstoß gegen die Menschenrechte. Sie dürfen sich auf keinen Fall wiederholen.
Die Menschen, die ihren Boden wegen des Baus eines Staudamms verlassen müssen, haben ein Anrecht, gleichwertiges Land zu erhalten, um ihr Leben in dieser Region weiterführen zu können.

Hochachtungsvoll

Frauen

Prostitution in Bangkok

Seit Taew ihre Jungfräulichkeit zu Markte getragen hat, geht es ihrer Familie gut. Taew arbeitet in einem Bangkoker Massage-Salon, während ihre Familie in einem abgelegenen Dorf in Thailands Nordosten lebt.

Früher besaß Taew's Familie kein Land. Sie teilten sich Arbeit und Ernte auf den Feldern des Onkels und sammelten Eßbares und Brennmaterial im nahen Wald. Schließlich fand ihre Tante als Dienstmädchen Beschäftigung in der Stadt Udon, und als die Amerikaner dort einen Luftwaffen-Stützpunkt erbauten, wurde sie die Geliebte eines amerikanischen Offiziers. Durch ihre Unterstützung verfügte die Familie erstmals über Bargeld. Es war auch die Tante, die Taew's Schwestern in das Geschäft mit dem Sex einführte. Ihr Einkommen führte zu einer radikalen Wende in der Situation der Familie: Dem Bau eines Hauses folgte der Erwerb von 15 Acre Reisland, das Schulgeld für die jüngeren Geschwister war nun vorhanden, um ihnen einen Schulbesuch über die obligatorischen 4 Jahre hinaus zu ermöglichen. Nachdem die GI's 1975 in die USA zurückgekehrt waren, gingen Taew's Tante und ihre Schwestern nach Bangkok und Pataya. Die Tante und eine der Schwestern heirateten schließlich und kehrten in die Bauerndörfer ihrer Ehemänner zurück.

Taew war inzwischen 18 geworden. Sie mußte nun für Bargeld sorgen, denn der Hof konnte nur in guten Erntejahren die gesamte Familie ernähren. Taew folgte ihrer Schwester nach Bangkok, wo sie zunächst als Bauarbeiterin, Hausmädchen und Kellnerin arbeitete, ehe sie zum Massagesalon kam. Eine Zeitlang verdiente sie sich Geld als „coffee-shop-girl"; sie saß in den Coffee-Shops der Hotels herum und wartete auf ausländische Kundschaft. Als Arbeiterin und Kellnerin verdiente Taew nie mehr als 50 $ im Monat; heute kann sie 50 – 100 $ im Monat ihren Eltern nach Hause schicken bei einem monatlichen Verdienst zwischen 200 und 300 $. Sie spricht uns gegenüber davon, eine Arbeit als Näherin zu suchen, da sie hierfür ein wenig ausgebildet sei, aber Taew weiß sehr wohl, daß sie dann niemals so viel verdienen wird wie augenblicklich. Taew's Eltern wissen nicht, auf welche Weise ihre Tochter ihr Geld verdient, das sie ihnen allmonatlich zuschickt. Sie sind stolz auf ihren Erfolg als „Kellnerin", obwohl die Nachbarn offen darüber reden, daß eine ungelernte junge Frau niemals so viel Geld verdienen kann, außer sie arbeitet als Prostituierte. Das Geld, welches Taew und ihre ältere Schwester nach Hause schicken ist doppelt so viel, wie die Familie aus ihrem Bauernhof erwirtschaftet. Ihr Land ist heute weiterverpachtet, dennoch liegt ihr gegenwärtiges Einkommen nur wenig über der Armutsgrenze, wie diese durch die Weltbank definiert wird. Wenn die beiden Töchter ihre Unterstützung einstellen würden, glitte die Familie in einen harten Überlebenskampf ab.

Taew ist eine von schätzungsweise 200 000 bis 300 000 Frauen, die in Bangkoks 119 Massagesalons, 119 Frisier-, Massage- und Teehäusern, 97 Nachtclubs, 248 Bordellen und 394 Disko-Restaurants arbeiten, in denen männlichen Kunden sexuelle Dienste angeboten werden. Bangkoks Sex-Industrie erreichte erstmals dieses Ausmaß, als Tausende amerikanischer GI's mit Brieftaschen voll von Dollars hierherkamen, um Erholung und Entspannung von den Grauen des Krieges in Vietnam zu finden.

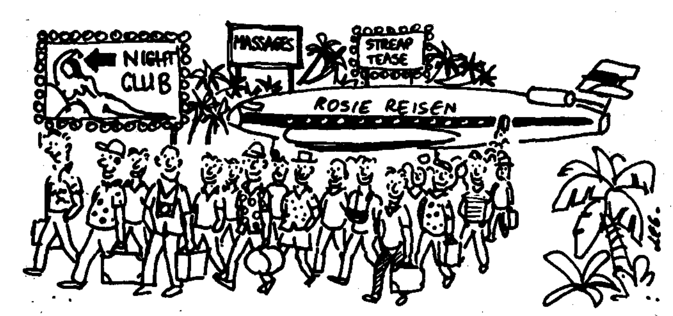
Regionale Vergnügungszentren schossen rund um die Luftwaffenstützpunkte aus dem Boden, wo 40 000 US-Diensthabende während der späten 60er Jahre stationiert waren. Stufenweise zogen die Amerikaner 1976 ihre Truppen aus Thailand ab, der Weg war frei für Asiens Touristenboom. Angelockt durch Billigflüge, reichlich vorhandene Hotelzimmer und durch das Versprechen exotischer Vergnügen, kamen 1973 bereits doppelt soviele ausländische Besucher nach Thailand – in erster Linie nach Bangkok – als im Jahre 1969. Der Tourismus bringt heute 11 % der ausländischen Devisen ein. Zu einem makabren Symbol einer Integration der auf die GI's zugeschnittenen Sexindustrie in die thailändische Wirtschaft wurde das alte Hauptquartier der „Joint U.S. Military Advisory Group", nun ein Stundenhotel für Prostituierte und ihre Kunden. Ankommende Touristen übertreffen dort die Zahl der Frauen um das Doppelte.

Amerikaner, Deutsche und Japaner stellen die größten Kontingente an ausländischen Touristen, und die Reiseunternehmen und Agenturen dieser Länder sind sich nicht zu schade, die „Anziehungskraft" Thailands ganz unverhüllt anzupreisen. So ist in einer Broschüre der deutschen Reiseagentur „Rosie-Reisen" zu lesen:

> „Thailand ist ein Land voller Extreme und die Möglichkeiten sind unbegrenzt. Alles ist möglich in diesem exotischen Land, besonders, wenn wir über seine Mädchen sprechen. Doch ist es zuweilen ein Problem für den Thailand-Besucher, den rechten Ort zu finden, wo man sich ganz den unbekannten Freuden hingeben kann ... Rosie hat auf diesem Gebiet einiges geleistet. Es ist das erste Mal, daß Sie eine Reise nach Thailand buchen können, bei der die exotischen Vergnügen bereits im Preis eingeschlossen sind."

Die weitere detailreiche Reisebeschreibung umfaßt auch folgende Bemerkung:

> „Frühstück im Hotel Royal, der Rest des Tages steht zur freien Verfügung. Im Coffeeshop stehen zahlreiche Mädchen zur Verfügung. Natürlich können sie diese mit auf ihr Zimmer nehmen ..."

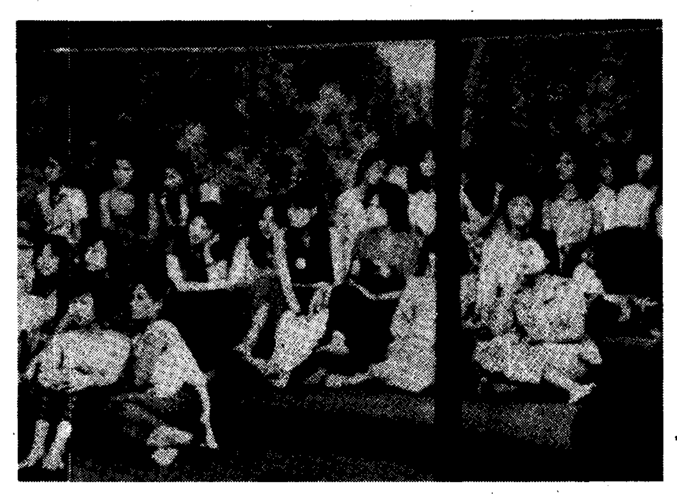


Ganze Flugzeugladungen japanischer Männer kommen mit einschlägigen Erwartungen nach Thailand, und die Amerikaner bieten durch ihre Fluggesellschaften, Hotels und Reisebüros „single men's guides" an. Bangkoks Nachtleben ist nicht auf eine Anzahl Straßen beschränkt. Mit seinen riesigen Leuchtreklamen, die in allen größeren Geschäfts- und Wohnvierteln auf die Massage-Salons aufmerksam machen sollen, ist es zum vorherrschenden Erscheinungsbild der städtischen Kultur geworden. Geschichten über Massagefrauen und ihre Auseinandersetzungen mit Kunden sind der Stoff, von dem die Regenbogenpresse ihr Dasein fristet. Offiziell ist Prostitution verboten, dennoch wird sie

ganz offen geduldet. Massage-Salons, die unter dem Schutz der Polizei stehen, sind nur der sinnfälligste Beweis dafür. Die folgende Studie basiert auf Interviews mit 50 Masseusinnen aus 9 Salons, von ärmlichen bis luxuriösen.

Die Massagesalons

Ein Massagesalon niederen Ranges befindet sich in einem 3-stöckigen Gebäude am Ende einer Bangkoker Geschäftsstraße. Der Eingang führt in eine Bar und einen Coffeeshop mit Schummerlicht und Nachclub-Dekor. Verschiedene Nischen enthalten Tische und Armsessel, wo die Kunden sitzen und trinken können. Daneben befindet sich ein Glaskäfig, in dem die Frauen in schwachem künstlichem Licht sitzen. Um den Käfig herum gibt es eine Bankreihe, auf der die Männer Platz nehmen, um ihre Wahl treffen zu können. Die Kunden treffen ihre Entscheidung anhand der Nummern, die den Blusen der Frauen angeheftet sind, und bezahlen die Gebühr für den bewilligten Tisch. Er, der Kunde, kann sie nun zu einem Drink in den Coffeeshop einladen, gewöhnlich aber begibt man sich sogleich nach oben. Natürlich gibt es keine Einrichtungen zum Zwecke der Massage. Die meisten der Kunden sind Lohnarbeiter, Taxifahrer und andere junge Männer mit niedrigem Einkommen.



Frauen im Glaskasten eines Massagesalons

Die Frauen in solch einem Etablissement niederer Stufe lassen sich einteilen in die Gruppe der „Hübschen", die 3 $ pro Stunde kosten, und jene der weniger Hübschen", die bereits für 2 $ zu haben sind. Die Frauen erhalten 1/4 bis 1/2 dieser Einnahmen, je nach Status. Die niedrigste Entlohnung erhalten sog. Leibeigene-Frauen. Sie wurden angeworben und an diesen Ort gebracht durch Agenten, die gewöhnlich ihren Eltern einen Geldbetrag vorgeschossen haben und nun Arbeit zur Abzahlung der Schulden verlangen.

Diese Frauen leben in den oberen Etagen des Salons und werden sorgfältig bewacht, um sie am Weglaufen zu hindern. Freischaffende, die aus eigenem Entschluß in den Massagesalon kommen, erhalten einen höheren Prozentsatz des bezahlten Honorars. Sie wohnen in der Regel an einem anderen Ort.

Die Etablissements „gehobeneren Anspruchs" vermitteln einen anderen Eindruck, wenn sie sich auch im Resultat nur wenig unterscheiden. Ein großer Salon dieser Art befindet sich in einem Viertel, umgeben von Hotels, Büros und öffentlichen Gebäuden. Er lockt mit Springbrunnen und großen Neonleuchten. Er verfügt über 400 Räume, ein jeder mit anderer Ausstattung. Die Kunden können wählen zwischen Räumen mit Boden- und Deckenspiegeln und solchen aus reinem Marmor; keiner der Räume besitzt aber Fenster. Hier arbeiten 400 Frauen. In diesem und in anderen Salons der gehobenen Klasse werden die Frauen eher durch Stellenanzeigen und Bewerbungen angeworben und weniger durch Agenten. Neu Eingestellte erhalten für 5 $ eine 2 bis 3-tägiges Training im besonderen „Stil" dieses Etablissements. 300 Frauen bieten hier für 4 $ pro Stunde eine echte Massage an, während die restlichen 100 Frauen zu weitergehenden Diensten im Doppel für 17,50 $ pro halbe Stunde zu haben sind. Die Frauen erhalten 38 % des Kundenhonorars. Wenn der Kunde darüberhinausgehende Wünsche hat, muß er in direkten Verhandlungen mit den Frauen ein weiteres Honorar vereinbaren. Die Frauen dürfen all das selbst behalten, was sie sich durch „spezielle Dienste" erwerben. Einige dieser Salons gehobener Klasse stellen Unterkünfte für ihre Masseusen bereit und sorgen für regelmäßige medizinische Untersuchungen. In diesen Fällen erhalten die Frauen einen geringeren Anteil an den Einnahmen, meist zwischen 25 % und 30 %.

Laut Schätzungen der Zeitung THAI RATH vom 20. Juni 1980 sind etwa die Hälfte der Kunden der Massagesalons der gehobenen Klasse Ausländer. Weitere 30 % sind thailändisch-chinesische Geschäftsleute und 15 % Verwaltungsbeamte.

Prostitution, Konkubinat und der Handel mit Sex sind natürlich seit langem bekannte und überkommene Elemente der thailändischen Gesellschaft. Aber wenn auch noch bis in dieses Jahrhundert hinein bestimmte Figuren der Oberschicht damit prahlten, mehr als 100 Frauen zu ihrem Besitz zu zählen, erreichte die Kommerzialisierung des Sexes nie jenes heutige Ausmaß, das erst Mitte der 60er Jahre auf ausländische Nachfrage hin sich rasant entwickelte. Für das Land insgesamt bewegen sich die heutigen Schätzungen der Zahl jener Frauen, die in der sog. Sex-Industrie tätig sind, zwischen 500 00 und 1 Mio.

Die Massagefrauen von Bangkok

Taews Geschichte steht als Beispiel für viele Frauen und ihre Familien.

Die überwiegende Mehrzahl der Prostituierten und Massagefrauen Bangkoks sind Zuwanderer aus dem Norden und Nordosten, den beiden ärmsten Regionen Thailands, und sie sind nicht selten die Hauptverdiener ihrer Familien.

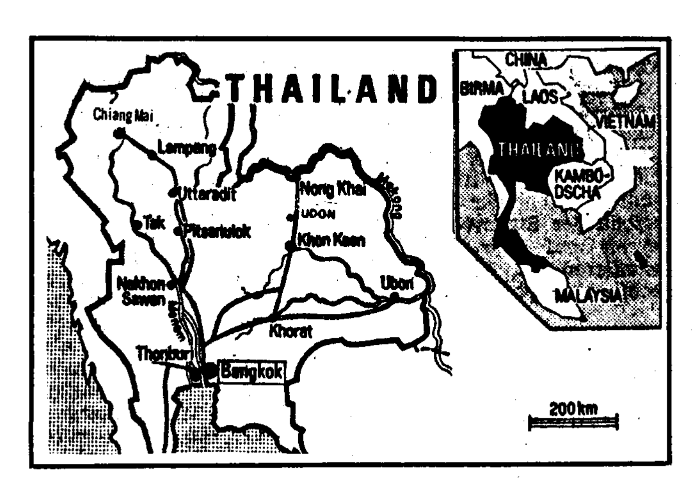
In vielen Fällen gibt es keine alternativen Einkommensquellen, um die immer weniger ausreichende landwirtschaftliche Produktion auszugleichen. In den von uns untersuchten Fällen kamen die Massagefrauen zur Hälfte aus dem Norden und zu einem Viertel aus dem Nordosten Thailands. In einer anderen Studie über 1000 Frauen fanden sich 75 %, die aus dem Norden stammten. Dreiviertel kamen aus Bauernfamilien, die restlichen aus Familien von Kleinhändlern und Lohnarbeitern. Dreiviertel der Frauen hatten weniger als 4 Jahre die Schule besucht. In der Mehrzahl kamen sie aus Großfamilien mit zwischen 5 und 7 Kindern (der durchschnittl. Haushalt im ländlichen Thailand umfaßt 5,5 Angehörige). Für die überwältigende Mehrheit der Frauen war die **Verarmung der Familie** der hauptsächliche Grund dafür, daß sie nach Bangkok zum Arbeiten gekommen waren. Die meisten hatten das elterliche Haus im Alter zwischen 18 und 23 Jahren verlassen. Zwei Drittel von ihnen kamen direkt aus ihren Dörfern in die Massagesalons. Das restliche Drittel arbeitete in der Regel zunächst als Hausangestellte (Verdienst 15 – 20 $ monatlich) oder als Kellnerin (20 – 30 $ Einkommen pro Monat). 33 der Frauen unserer Studie waren bereits verheiratet gewesen, 27 von ihnen hatten sich scheiden lassen. Mit Ausnahme von einer waren alle Frauen weniger als 5 Jahre in Bangkok. Die Hälfte der Frauen war im Alter zwischen 21 und 25 Jahren, ein Drittel war noch jünger. Etwa ein Viertel der Frauen hoffte, in weniger als einem Jahr dieser Arbeit den

Rücken kehren zu können, während ein Drittel so lange dableiben wollte, „bis ich genug Geld beisammen habe“.
Unter „genug Geld beisammen haben“ wurde Unterschiedliches verstanden. Die einen hofften, ihre Schulden bezahlen zu könnnen, andere wollten ihren Geschwistern eine Ausbildung finanzieren, der Familie ein Haus bauen oder ein kleines Geschäft eröffnen. Andere wünschten, eines Tages wieder zu ihren Familien zurückzukehren, zu heiraten die Nebenfrau eines reichen Mannes zu werden oder eine bezahlte Arbeit anderer Art zu finden. Nur drei der 50 Frauen wollten an ihrem Job auch in Zukunft festhalten.
Die interviewten Frauen berichteten von Freundinnen, die nach ein paar Jahren im Massagesalon ihre Arbeit aufgegeben hatten: mehr als die Hälfte seien nun verheiratet, in ihrer Mehrzahl seien sie aufs Land zurückgekehrt oder hätten kleine Läden eröffnet. Einige würden noch hin und wieder ihrer ursprünglichen Tätigkeit nachgehen. Das gegenwärtige Einkommen der befragten Frauen bewegte sich zwischen 75 $ und 750 $ monatlich, mehr als die Hälfte verdiente zwischen 150 $ und 300 $.
Fragen, die darauf abzielten, herauszufinden, welche Gefühle die Frauen angesichts ihres augenblicklichen Daseins hatten, ergaben unterschiedliche Reaktionen. Sie berichteten nur wenig Gutes über ihre Kundschaft und drückten ihre Unzufriedenheit über ihre Bangkoker Umgebung aus. Andere wieder erzählten weiblichen Interviewern, daß sie an ihrem Job Gefallen finden. Diese waren dann die attraktiveren und erfolgreicheren Massagefrauen bzw. solche, die unglücklichen Ehen entronnen waren. Sie hatten nun Geld in der Tasche und sahen die Chance greifbar vor sich, vorwärts zu kommen. Glanzvolle Geschichten über sehr erfolgreiche Massagefrauen gaben ihnen Hoffnung und eine Art trotzigen Stolz, der z. T. seine Ursache hat in der thailändischen Tradition eines sozial mobilen Konkubinats und Kurtisanentums. Es gibt immer die Möglichkeit, von einem reichen Geschäftsmann oder einem Ausländer geangelt zu werden.
Das Risiko von Geschlechtskrankheiten haben die Frauen jedoch selbst zu tragen. Die meisten haben die ärztlichen Rechnungen für ihre Untersuchungen selbst zu bezahlen. Eine Untersuchung von Dr. Thepanom über die gesundheitliche Verfassung von 1000 Massagefrauen ergab, daß 41 % von ihnen geschlechtskrank waren. Diese 1000 Frauen hatten zusammen 752 Kinder, die in der Regel von Verwandten versorgt wurden. 190 hatten abgetrieben – was in Thailand illegal und infolgedessen gefährlich ist. Ein Viertel der untersuchten Frauen war drogenabhängig.

Die Lebensbedingungen der Landbevölkerung im Norden und Nordosten Thailands

Wir benutzten 5 Dörfer, aus denen von uns interviewte Frauen herkamen. Eines dieser Dörfer lag im Nordosten, die vier anderen im Norden Thailands.
Der Norden und Nordosten, aus denen die Mehrzahl der Massagefrauen kommen, gelten als die ärmsten Regionen des Landes. Im extrem unfruchtbaren Nordosten ist die Landwirtschaft eine unsichere Angelegenheit. Selbst eine relativ große Anbaufläche erbringt nur geringe Erträge, von denen sich die Bauern kaum ernähren können. Obwohl es nur wenig Pachtbesitz gibt, ist das Pro-Kopf-Einkommen extrem niedrig. Der Bau eines Netzes guter Straßen zu den Luftwaffenstützpunkten der Amerikaner im Nordosten während der 60er Jahre wurde begleitet von der Einführung neuer Feldfrüchte in dieser Region, die dazu dienen sollten, in bedeutendem Umfang die landwirtschaftliche Anbaufläche zu erweitern, um die wachsende Bevölkerung zu versorgen.
Aber ohne die Einführung neuer Technologien ist es einer Bauernfamilie unmöglich, ihr Einkommen über das Subsistenzniveau zu heben, gleich welche Getreideart sie anbaut. Es steht kein Kapital zur Verfügung, um neue landwirtschaftliche Methoden oder auch andere produktivere Weisen der Erzeugung finanzieren zu können. Daher bedeutet eine Ausweitung der Produktion im Nordosten nichts anderes, als daß sich in jener Region immer mehr Bauern angesiedelt haben, die nun allesamt ein ähnliches Los verzweifelter Armut teilen.
Don Barg, ein Dorf im Nordosten, ist weit abgelegen und umfaßt 102 Familien. Die nächste Kleinstadt ist 12 Meilen entfernt und nur über eine Schotterstraße erreichbar; der Bus verkehrt zweimal am Tag. Der im Durchschnitt erzielte landwirtschaftliche Ertrag reicht gerade eben aus, um den eigenen Bedarf zu decken. Angesichts seiner dürftigen Verbindungen wurde Don Barg nur wenig beeinflußt durch das Wachstum der Stadt Udon infolge der Errichtung eines US-Luftwaffenstützpunktes und durch die neue Straße, die nun Udon mit Bangkok verbindet. Die Dorfbewohner bauen primär Reis an neben für den Verkauf bestimmten Produkten, der Wasserbüffel zieht ihre Pflüge, und sie vertrauen auf den Regen, den sie zur Bewässerung ihrer Reisfelder so dringend benötigen. Verheiratete Frauen weben ihre eigenen Stoffe, stellen ihr Bettzeug und ihre Haushaltsgeräte selbst her. Sie fangen Fische im Dorfteich und weben Körbe für ihren eigenen Bedarf oder für den Verkauf auf dem örtlichen Markt. Viele der Dorfbewohner leben in großen alten Holzhäusern aus jener Zeit, als Holz noch frei verfügbar war und das Dorf Häuser zum Verkauf an andere Gemeinden herstellte. Aber der ehemals das Dorf umgebende Wald ist heute verschwunden, es gibt keine neuen Häuser und auch keine Spur mehr von jenem Handel mit erbauten Häusern. Don Barg ist das Heimatdorf von Taew.





Im Gegensatz zum Nordosten finden sich in Nordthailand einige der ertragreichsten Reisfelder des Landes, aber sie beschränken sich auf einen schmalen Streifen beiderseits des Flusses. In den Bergen, die den größten Teil der Region bedecken, ist eine erfolgreiche landwirtschaftliche Bebauung noch härter. Die Ungleichheit in der Qualität des Bodens spiegelt sich in einem weit größeren ökonomischen Gefälle wider: die Mehrzahl der Familien besitzt zwar etwas Land, aber steht in Pachtverhältnissen oder ist von Lohnarbeit abhängig, da sie von den Erzeugnissen ihres Landes allein nicht leben kann. Viele haben sich vertraglich an erfolgreichere Verwandte gebunden oder pendeln zwischen ihren Dörfern und den Städten hin und her auf der Suche nach Saisonarbeiten. In Dörfern, die durch Straßen oder Handelsbeziehungen mit nahen Städten verbunden sind, existieren Reichtum und Armut dicht nebeneinander, Händler, Geldleiher und Großgrundbesitzer verteidigen ihre privilegierte Stellung auf Kosten der Nachbarn.
In den entlegenen Distrikten Nordthailands **Phang** und **Dok Kam Tai** gibt es, anders als in Don Barg, Anzeichen früheren Wohlstands. Sie liegen an einer alten Handelsroute, aber der Handelsverkehr ist heute nicht mehr existent, und die landwirtschaftliche Nutzung ist nun die primäre Einkommensquelle. Der durchschnittliche Landbesitz umfaßt drei Acre, das ist ungefähr so viel, wie eine Familie zum bloßen Überleben braucht. 2000 Familien dagegen sind landlos.
Da ein Teil des Landes für zum Verkauf bestimmte Anbauarten benutzt wird, ergeben sich zusätzliche Probleme dadurch, daß der Markt die Produkte entlegener Gebiete dann nicht mehr aufnehmen kann, wenn die Nachfrage nachläßt. Während der Trockenzeit können bloß die kleinen Parzellen entlang des Flusses und seiner Nebenarme kultikultiviert werden, so daß es in jedem Jahr eine lange unproduktive Zeitspanne gibt (die Trockenzeit umfaßt die Monate November bis April, Anmerk. d. Übers.). Die Region war lange Zeit eine Hauptverkehrsader für den Opiumhandel gewesen, und insbesondere die unterbeschäftigte Jugend beteiligte sich an dem Handel; teilweise wurden sie auch drogenabhängig. Bis Anfang der 70er Jahre war es für Kinder mit großen Schwierigkeiten verbunden, eine weiterführende Schule über die obligatorischen 4 Jahre Grundschule hinaus zu besuchen. Ein berufliches Ausbildungszentrum in Dok Kam Tai erteilt heute den Mädchen Unterricht im Kochen und im Schneidern, aber es gibt nur geringe Möglichkeiten, mit diesen Tätigkeiten Geld zu verdienen. Auswandern eröffnet immer noch die besten Chancen, sich ein zusätzliches Einkommen zu verschaffen.
Die Dörfer **Vieng Pa Pao** und **Tung Kwian** liegen ebenfalls im Norden. Sie sind weniger abgelegen, seit die Straße zur regionalen Hauptstadt Chiangmai an ihnen vorbeiführt. Hier sind die Probleme Ergebnis des Zusammenpralls dörflicher Armut mit städtischem Kapitalismus. Tung Kwian hat 210 Haushalte und 160 Acre Land. Es scheint auf den ersten Blick sehr wohlhabend zu sein, da im Durchschnitt 1,6 Acre auf eine 6-köpfige Familie entfallen. Aber 3/4 der Familien sind landlos und in der Bestreitung ihres Unterhalts abhängig von Lohnarbeiten oder von Produkten des umliegenden Waldes. Während der 70er Jahre sandten die Dorfbewohner eine Petition an die Regierung, in der sie um Erlaubnis nachsuchten, ein bestimmtes Stück Wald urbar machen zu dürfen. Die Erlaubnis wurde ihnen formell erteilt. Aber es wurde ihnen niemals gestattet, mit der Arbeit zu beginnen, und vermutlich haben Drohungen der Polizei sie veranlaßt, von der Durchsetzung ihrer Forderungen abzulassen. Wenig später wurde jenes Waldstück einem Armeeoffizier übertragen, der daraus eine Ananas-Plantage machte. Praktisch die gesamte Jugend der landlosen Familien migrierte daraufhin nach Chiangmai oder auf der Suche nach Arbeit auch woandershin.
Vieng Pa Pao ist ein ebensolches verarmtes Dorf, welches von der Landwirtschaft allein nicht leben kann. Die Dorfbewohner erzielten einen kleinen Nebenverdienst aus gelegentlicher Arbeit in einer Zinnmine, aber nachdem eine große Firma die Konzession zur Ausbeutung dieser Mine erworben hatte, stoppte sie den Aufkauf der gesamten Stücke und verbot jegliches, auch nur gelegentliches Sammeln und Graben auf ihrem Gebiet. In beiden Dörfern, Tung Kwian und Vieng Pa Pao, haben neue städtische Kapitalanlagen die Erwerbsmöglichkeiten zerstört, die den Dorfbewohnern ohne ausreichenden Landbesitz noch geblieben waren.
Alle diese 5 Dörfer liegen in entlegenen Regionen. Alle 5 Dörfer haben ehemals über nicht-landwirtschaftliche Einnahmequellen verfügt, die nun nicht mehr existieren, entweder weil die Waldbestände erschöpft sind oder weil private Interessen dagegenstehen. In einem der Fälle eröffnen sich Möglichkeiten für eine lokale Beschäftigung, so daß die jungen Menschen vor der Wahl stehen, eine lange Periode erzwungener Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen oder zu migrieren. Aus Don Barg und Tung Kwian sind nur ein paar junge Frauen weggegangen, aber die anderen drei Dörfer leisten regelmäßige Beiträge zu diesem Strom von Auswanderern. Eine 7 Jahre dauernde Trockenperiode zu Beginn der 70er Jahre hatte eine örtliche Krise zur Folge, in deren Verlauf eine große Zahl junger Frauen zur Migration gezwungen wurde. Seither hat besonders Dok Kam Tai eine zweifelhafte Berühmtheit erreicht hinsichtlich der Zahl und der Schönheit seiner jungen Frauen, die in den Süden abgewandert sind. Einige sind zurückgekehrt und arbeiten

nun als Agenten, indem sie bestimmte Etablissements in Bangkok mit „garantiert echten Mädchen aus Dok Kam Tai" versorgen. Der Postamtsvorsteher schätzt, daß der Betrag der Geldüberweisungen aus Bangkok ins 60000 Einwohner zählende Dok Kam Tai das 130-fache beträgt im Vergleich zu 6 Jahren davor. 1979 wurde der Totalbetrag von 3,8 Mio. $ überwiesen. Die Post hatte den Postamtsvorsteher nur mit 180000 $ ausgestattet, um Geldüberweisungen auszuzahlen.

Thailands Entwicklungsstrategie und ihre Auswirkungen

Die Wahl, vor der diese Dorfbewohner sich gestellt sehen, ist das direkte Resultat einer Entwicklungsstrategie, wie sie Thailand seit einem Vierteljahrhundert verfolgt: Sie basiert auf dem Export landwirtschaftlicher Primärprodukte und der Erhaltung eines billigen und fügsamen Arbeitsheeres zur Anziehung internationalen Kapitals. Diese Strategie hat für die Entwicklung der thailändischen Gesellschaft spezielle Begleiterscheinungen. Einerseits führt sie dazu, daß Reichtum und politische Macht sich in Bangkok konzentrieren. Gleichzeitig verdammt sie die ländlichen Gebiete zu einem „Wachstum" ohne Entwicklung: Ohne neue Mittel, die in der Landwirtschaft angelegt werden, gibt es keine Antwort auf die Frage, wie die Arbeit des individuellen Bauern produktiver gestaltet werden kann. Verbesserte Verbindungen und ein besseres Marktsystem tragen nur den Druck des Weltmarktes in die ländlichen Gebiete hinein und bewirken eine massive Ausweitung der Primärproduktion. Aber dies kommt zustande ohne grundlegenden technologischen Wandel und ohne soziale Veränderungen. Von der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche profitierten zuallererst jene, die bereits über produktives Vermögen (insb. Land) verfügten, oder die über ihre politischen Beziehungen eine solche Kontrolle ausüben konnten.
Für jene aber ohne soziale oder geographische Vorteile war die Landerschließung eine Kraft, die sie an den gesellschaftlichen Rand drängte. Ein Merkmal dieses Prozesses wird sehr deutlich in den Statistiken über die Waldbestände, der letzten Zufluchtsstätte der Armen. Zwischen 1947 und 1977 wurden die Waldbestände Thailands um die Hälfte dezimiert. Wälder, die man unangetastet ließ, lagen oft an Schräghängen entfernter Berge.
Aber der Haupteffekt dieser Entwicklungsstrategie war nicht bloß ein Anschwellen der Städte oder ein dem Land aufgenötigtes Muster eines „Wachstums" bei gleichzeitiger Stagnation. Es war vielmehr eine Kombination beider Effekte. Die Kluft im Einkommen und in den sozialen Möglichkeiten zwischen Stadt und Land weitete sich enorm. Sie schuf erst die Voraussetzungen für die Migration. Der Städter konnte sich den Dienst der Frauen zu einem Preis kaufen, der relativ gering für seine Verhältnisse war und ist. Die thailändischen Kunden in den Massagesalons kommen aus allen sozialen Schichten, aus den unterschiedlichsten Einkommensverhältnissen. Am untersten Ende dieses Marktes kaufen sich Arbeiter und Taxifahrer den „75-Cent-Trick". Frauen aus armen ländlichen Verhältnissen hat die Migration ein Einkommen verschafft, welches eine erstaunliche Höhe hat, verglichen mit den Verdienstmöglichkeiten auf dem Lande. Zwei oder drei Jahre Arbeit, und die Familie ist in der Lage, ein Haus von einer Größe und Ausstattung zu bauen, wie es nur wenige Leute auf dem Lande auch nach lebenslanger Arbeit jemals erreichen können. Ähnliche Überlegungen lassen sich auch auf internationaler Ebene fortsetzen. Sobald Thailand begann, mehr Wert auf den Export von Gütern und Dienstleistungen zu legen, die durch billige städtische Arbeitskraft bereitgestellt werden, ist die Prostitution zu einem Bereich geworden, an welchem sich die große Zahl ungelernter Arbeitskräfte eines deutlichen „verhältnismäßigen Vorteils" erfreuen können, ohne daß größerer finanzieller Aufwand nötig wäre. Das Marketing dieses Sektors regelt sich von selbst. Der „verhältnismäßige Vorteil" führt teilweise von der Verfügbarkeit einer großen Zahl von Frauen – Resultat einer Entwicklung, die durch den Bedarf der US-Truppen forciert worden war –, teilweise resultiert er aus dem niedrigen Preis. Die Agenturen, die den Sex-Tourismus vermarkten, betonen nicht nur, daß die Bar des Grace-Hotels voll von Frauen ist, sondern auch, daß diese sehr preiswert zu haben sind.
Die härter werdende Konkurrenz zwischen Deutschen, Japanern und Arabern in den späten 60er und Anfang der 70er Jahre drückte ebenfalls den Preis, den Touristen für „spezielle Dienste" zu zahlen hatten.
Nur innerhalb eines ökonomischen Systems, dessen besondere Strukturen in der beschriebenen Weise funktionieren, werden die Handlungen der migrierten Frauen verständlich. Sie entfliehen nicht ihrer Familie oder ihrem ländlichen Milieu, um der herkömmlichen Unterdrückung der Frauen zu entkommen. Statt dessen ist ihr Bemühen einzig daran ausgerichtet, die familiäre Einheit zu stützen, deren ländliche Ökonomie unter zunehmendem Druck steht. Sie handeln so, weil ihre angestammte Position in der ländlichen Gesellschaft ein beträchtliches Maß an Verantwortung enthält, zum Einkommen der Familie beizutragen. Ihre besondere Tätigkeit bietet Einkommensmöglichkeiten, die alles andere überflügeln.
Die Migration ist somit ein innerer Bestandteil der wirtschaftlichen Orientierung Thailands. Thailands Strategie stützt sich international auf die Übernahme einer abhängigen und ungeschützten Rolle innerhalb des Weltmarktes. In nationaler Hinsicht braucht es einen Primärsektor, der abhängig und fügsam ist. Ein Wirtschaftszweig, der die Frauen aus den armen Regionen des Landes anzieht und ihre Dienste dem städtischen Verdiener und den ausländischen Besuchern anbietet, ist lediglich das Spiegelbild dieser Hierarchie von Abhängigkeiten. Die jungen Frauen sind ein Teil der ländlichen Ressource, die zum Zwecke ausgeglichener Lohnverhältnisse und städtischen Wachstums ausgebeutet werden darf. Sex für den Tourismus ist einer der Dienste, die frei verfügbar werden dank der offenen Türen einer offenen Ökonomie.
Die einzige wirkliche Möglichkeit, das Problem der Prostitution zu lösen, ist eine langzeitliche. Sie liegt allein in einer grundlegenden Änderung der Einkommensverteilung zwischen Thailands Orientierung an der internationalen Ökonomie.

Pasuk Phongpaichit

(aus: Southeast Asia Chronicle, No. 78/81, übersetzt durch Südostasien-Gruppe-Frankfurt und leicht verändert durch die Redaktion der „blätter der iz3w".)
Die Originalfassung dieser Studie mit dem Titel „Rural Woman of Thailand: From Peasant Girls to Bangkok Masseuses". wurde von Pasuk Phongpaichit von der Fakultät für Ökonomie der Chulalongkorn-Universität (Bangkok) angefertigt und der „International Labor Organisation" vorgelegt. Die vollständige Fassung dieses 151-Seiten starken Berichts wurde im Februar 1981 in Genf durch die ILO veröffentlicht. Diese Zusammenfassung wurde durch das Redaktionsmitglied Marina Winnacker vom „Southeast Asia Chronicle" erstellt.

Aufruf zur Unterstützung der Arbeiterkämpfe in Südkorea

Südkorea mit seinen 38 Mill. Einwohnern hat keine nennenswerte Bodenschätze und muß derzeit über 30 Prozent seines Getreidebedarfs einführen. Das Regime versucht dieses Land ausländischen Investoren interessanter zu machen, indem es ihnen Boden freistellt, Zollfreiheit und enorme Steuererleichterungen gewährt. Besonders interessant ist Südkorea für arbeitsintensive Industriezweige, denn das Regime überläßt den Firmen vor allem auch billige Arbeitskräfte, über die beliebig verfügt werden kann. So kündigte z.B. die amerikanische Firma Fairschild 1976 600 Frauen nach zweijähriger Beschäftigung und stellte einen großen Teil von ihnen neu ein – diesmal jedoch nur zu ca. 40 % ihres früheren Lohnes – als Anfänger deklariert. In Südkorea arbeiten die Arbeiter 12 – 16 Stunden am Tag, nur ein Tag im Monat ist frei. Wenn überhaupt, gibt es 6 Tage Urlaub im Jahr, Streiks und Gewerkschaften sind verboten.
Immer mehr Arbeiterinnen begannen, sich gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren. In der Fabrik Insunsa mußten die Arbeiterinnen 13 Stunden am Tag arbeiten und hatten keinen Urlaub. Als sie eine freie Gewerkschaft gründeten, wurden sie entlassen (die Arbeitslosenquote in Südkorea liegt nach offiziellen Angaben bei 20 %). Die Arbeiterinnen weigerten sich, die Entlassungen hinzunehmen, wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. In Deutschland bekannt ist auch der Arbeitskampf der 128 Dongil-Textilarbeiterinnen im März 1978. Diese befanden sich auf dem Weg zur Wahl ihrer Gewerkschaftsvertreter und wurden von Männern, die von der Fabrikleitung gekauft waren, mit Kot beworfen und geschlagen. Danach wurden sie entlassen. Die entlassenen Arbeiterinnen stehen auf einer schwarzen Liste, die alle Firmenleitungen besitzen; deshalb können sie nirgendwo mehr eine Arbeit finden. Etwa ein Viertel dieser Arbeiterinnen arbeiten im „Komitee der entlassenen Dongil-Textilarbeiterinnen" mit, und ein Teil von ihnen ist in der ganzen Arbeiterbewegung aktiv. Im April 1978 starteten wir eine Spendenaktion zur Solidarität mit ihnen. Im Laufe der folgenden Jahre wurde uns klar, daß die verschiedenen Arbeitskämpfe als e i n e Arbeiterbewegung gesehen werden muß. So entschieden wir uns, unsere Solidaritätsarbeit für die Arbeiterbewegung im Ganzen zu leisten.
Auch unter der neuen Chun Coo-Hwan-Diktatur geht der Kampf der Arbeiter weiter, trotz verstärkter Repression. Am 30.1.1981 besetzten die Arbeiter der freien Gewerkschaft „Friedensmarkt" in Seoul das Büro der internationalen Gewerkschaftsvertretung, um gegen die Zwangsauflösung ihrer Gewerkschaft zu protestieren. Bei dieser Aktion wurden 11 Mitglieder verhaftet und inzwischen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Mit unserer Spendenaktion wollen wir auch dazu beitragen, daß diese freie Gewerkschaft ihre Arbeit fortsetzen kann.
Die Ziele dieser Daueraktion sollen hier noch mal in Kürze deutlich gemacht werden:
1. Wir wollen als in der Bundesrepublik lebende Koreaner versuchen, eine Identität durch diese Arbeit zu finden.
2. Wir wollen einen Dialog herstellen zwischen Deutschen und Koreanern in der BRD.
3. Wir wollen unsere Solidarität mit unseren Landsleuten in Südkorea ausdrücken und diese durch finanzielle Unterstützung unterstreichen.

Wir bitten Sie, uns mit ihren einmaligen oder monatlichen Spenden zu unterstützen. In den letzten drei Jahren konnten wir bereits über 13.000 DM sammeln und nach Korea schicken und wollen uns an dieser Stelle noch einmal bei allen Spendern bedanken. Über unsere Arbeit und die Lage in Südkorea geben wir gerne nähere Auskunft.

Spendenkonto:
Frankfurt Postscheckamt Nr. 25 268 - 608, Lee

KOREANISCHE FRAUENGRUPPE
in der BRD und West-Berlin
postlagernd KFG 030
1000 Berlin 61



K O R E A – I N F O – P O O L

Einen „Korea-Info-Pool" will der Korea-Arbeitskreis der ESG München einrichten. Der Pool soll eine bessere gegenseitige Information der Korea-Interessenten und -Freunde über wichtige Meldungen und vor allem über geplante und notwendige Aktionen, über Veröffentlichungen und Informationsquellen leisten.
An Publikationen sind vorgesehen:
- Rundbrief mit aktuellen Informationen und Materialien
- Übersetzungen wichtiger koreanischer und englischsprachiger Artikel
- Kopien von Dokumenten, Artikeln etc.

Der Info-Pool wird in Absprache mit den „Korea-Nachrichten" des Korea-Komitees eingerichtet. Bisher liegen einige wichtige Artikel und der erste Rundbrief mit ausführlichen Materialhinweisen vor. Für Tips, Hinweise, arbeitsmäßige (Übersetzungen!) und finanzielle Unterstützung, Bestellungen der Rundbriefe usw. ist der Korea-AK dankbar!
c/o ESG München, Friedrichstr. 25,
8000 München 40

Zur Lage der iranischen Frauen

Die Verschärfung der Unterdrückung der Frauen ist ein integraler Bestandteil des von Khomeini und der Islamischen Republik-Partei von Februar 1979 an verfolgten allumfassenden „Islamisierungsprozesses" der iranischen Gesellschaft, der mit dem Ausbau ihres Machtmonopols im Lauf der letzten 2 1/2 Jahre immer brutalere und „archaischere" Formen angenommen hat.
Ein zentraler Punkt der klerikalen Diktatur, die nach dem Sturz des Schahregimes im Iran die Macht ergriff, besteht in einer deutlichen Verschärfung der patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse in Familie und Gesellschaft.
Für die iranischen Frauen bedeutet dies u.a. die öffentliche Propagierung und den Versuch der Durchsetzung des Ideals der „tugendhaften", „islamisch bedeckten" Hausfrau und Mutter und Verteidigerin des Islam gegen die „Ungläubigen". Diese zentrale Rolle der „islamischen Frau" findet sich in der „islamischen Verfassung" vom November 1979 auch sehr deutlich ausgedrückt.

„Die Familie ist die Basis der Gesellschaft..: Es ist die primäre Pflicht der islamischen Regierung in bezug auf die Frauen... die Familie aus dem Dienst am Konsumerismus und der Ausbeutung wegzuführen und die vitale und wertvolle Pflicht der Mutterschaft zu erneuern."

Diese „Erneuerung der wertvollen Pflicht der Mutterschaft" bedeutete bisher konkret:
Massenhafte Entlassungen von Frauen aus dem Bereich der gesellschaftlichen Produktion, aus dem öffentlichen Dienst, dem Schul- und Universitätsbereich, dem Gesundheitswesen etc.
Begründet wurden diese Maßnahmen sowohl mit „islamischen" ideologischen Gründen als auch mit beschäftigungspolitischen Gründen (Männer als Ernährer der Familie sollen bei der Arbeitsplatzbesetzung Priorität gegenüber Frauen haben...)
Den Richterinnen, die auch sofort entlassen wurden, wurde die Qualifikation zur Ausübung ihres Berufs dagegen mit der Behauptung abgesprochen, daß Frauen „bekanntlich" zu „irrational" und „emotional" seien, um „rationale" Entscheidungen treffen zu können.
Dem entspricht auch die Bestimmung des islamischen Strafrechts, wonach Frauen als Zeuginnen eines Mordes überhaupt nicht anerkannt werden und einer weiblichen Zeugenaussage bei einem Totschlag nur halb so viel Gewicht beigemessen wird wie einer männlichen.
Im neuen islamischen Strafrecht ist die „Reprivatisierung" der Strafverfolgung vorgesehen, was unter anderem die in jedem Fall zu verurteilende Legalisierung der Blutrache bedeutet. Außerdem wird auch dabei wieder deutlich, daß Frauen in der Islamischen Republik nur halb soviel wert sind wie Männer. Denn wenn ein Mann einen anderen Mann ermordet, darf die Familie des Ermordeten die „Blutrache' ausüben, indem sie den Mörder umbringt. Wenn das Opfer dagegen eine Frau ist, muß ihre Familie der Familie des Mörders erst eine bestimmte Summe Geldes zahlen (als „Kompensation" für den Verlust eines Mannes), wenn sie die Blutrache ausüben will.
In diesem Strafrechtsentwurf ist auch die nachträgliche Legalisierung all jener Auspeitschungen und Hinrichtungen enthalten, mit deren Hilfe die „Islamische Republik" von Anbeginn an versucht hat, ihre Vorstellungen von „islamischer Moral" gewaltsam durchzusetzen. Die Strafen, die dort für außereheliche Beziehungen, Prostitution etc. vorgesehen sind, variieren je nach „Schwere" von Auspeitschung über Erschießung bis zur Steinigung. Die öffentlich vollzogene Steinigung hat sich zu einer neuen Form „islamischer Volksbelustigung" entwickelt, bei der auch Kinder „aktiv partizipieren"! Man kann sich die psychischen Folgen vorstellen.
Jeder Muslim hat das uneingeschränkte Recht, gleichzeitig 4 Frauen zu heiraten; den Schiiten (im Iran die große Mehrheit der Bevölkerung) ist sogar noch eine unbegrenzte Zahl von „ Zeitehefrauen" religiös erlaubt. Letztere Form der „Ehe" wird gegenwärtig von seiten der Herrschenden zur „Bekämpfung der westlichen Prostitution" eifrig propagiert. Auch die einseitige Verstoßung der Frau(en) durch ihren Mann bei gleichzeitiger starker Erschwerung der Scheidungsmöglichkeiten von seiten der Frau ist (wieder) geltendes Recht. Ohne die Zustimmung ihres Mannes kann sich eine iranische Frau kaum noch scheiden lassen. Und im Falle der Scheidung verliert die Frau (wieder) automatisch jeden Anspruch auf ihre Kinder.
Ein ganz zentraler Punkt der Islamisierungspolitik besteht in dem Versuch, die Geschlechter möglichst überall voneinander zu trennen. Dies begann mit dem Verbot der Koedukation (des Unterrichtens von Männern in Mädchenschulen und umgekehrt), des gemeinsamen Badens von Männern und Frauen und hat inzwischen sogar zur Segregation der männlichen und weiblichen Bergsteiger und der Männer und Frauen in den Teheraner Doppeldeckerautobussen geführt!
Ein wesentlicher Mechanismus der Geschlechtertrennung ist der Schleier, und die Auseinandersetzungen um den „Schleierzwang" bekommen auch von daher ihren wahren Stellenwert.
Khomeini hatte sich in seinen „vorrevolutionären Schriften" folgendermaßen zu der weiblichen Verschleierungspflicht geäußert:

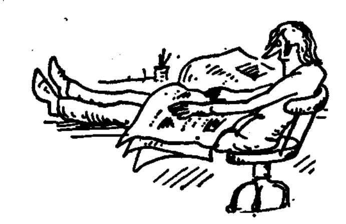
Die Frau muß ihren Körper und ihre Haare vor dem Blick der Männer verbergen. Es wird sehr empfohlen, daß sie sich auch vor Knaben vor der Pubertät verhüllt, wenn sie befürchtet, daß diese sonst begierige Blicke auf sie werfen könnten.

Der Versuch der Durchsetzung der Verschleierungspflicht wurde sofort nach dem Aufstand bei den Angestellten im öffentlichen Dienst „erprobt". Doch damals war der Widerstand der Betroffenen und die Solidarität anderer Frauen groß genug, um den Plan zum Scheitern zu bringen.
(Frauendemos am Internationalen Frauentag 1979 gegen den Tschadorzwang)
Je mehr es der Islamischen Republik aber gelang, ihre Herrschaft in der Gesellschaft zu festigen, je mehr sie die Unterdrückung und Verfolgung aller von ihr abweichenden politischen Gruppierungen verschärfte, desto stärker wurde der direkte und indirekte Druck auf die Frauen, sich nur noch verschleiert in der Öffentlichkeit zu zeigen. In den letzten Monaten hat sich die Situation so verschlimmert, daß es inzwischen als ein strafwürdiges Verbrechen betrachtet wird, wenn Frauen sich weigern, sich „islamisch zu kleiden", d.h. nicht alles außer dem Oval des Ge-

sichts und den Händen total verhüllen. Dieser Verschleierüngszwang gilt – allen „islamischen" Toleranzbekundungen zum Trotz – nicht allein für islamische Frauen im Iran, sondern auch für Angehörige der religiösen Minderheiten und sogar für westliche Ausländerinnen.
Doch damit nicht genug: die „Islamische Republik" hat sogar versucht, ihren „ideologischen" Herrschaftsbereich auf das Ausland auszuweiten. Zu den „Verhüllungsvorschriften" gehört es natürlich auch, daß Frauen auf Paßfotos alle Haare verdecken. Und seit einigen Monaten versuchen die iranischen Botschaften, dieses Gesetz auch im Ausland lebenden Iranerinnen aufzuzwingen. Gegenwärtig werden in der BRD Pässe von iranischen Frauen nur noch verlängert, wenn sie sich auf dem Paßbild auch „islamisch" darstellen. Weigert man sich, macht man sich sofort als „konterrevolutionär" verdächtig. Allerdings bedeutet die Befolgung dieser Vorschrift für sich allein natürlich noch nicht, daß man seinen Paß verlängert bekommt; denn in letzter Zeit hat das Iranische Außenministerium alle Botschaften angewiesen, den bekanntgewordenen Oppositionellen die Paßverlängerung zu verweigern.
Zu denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die von der Gewaltherrschaft des Khomeini-Regimes von Anfang an besonders hart betroffen waren, gehörten neben den Frauen die religiösen und nationalen Minderheiten. Besonders gegen die um ihre Autonomie kämpfenden Kurden – an deren Widerstand sich viele Frauen aktiv beteiligen – sind immer wieder Vernichtungsfeldzüge unternommen worden, denen Zehntausende von Menschen, darunter auch viele Frauen und kleine Kinder, zum Opfer fielen.
Inzwischen hat sich diese mörderische Form des Umgangs des Khomeini-Regimes mit seinen politischen Gegnern auf den ganzen Iran ausgeweitet; das Terrorregime schreckt gegenwärtig nicht einmal davor zurück, im Rahmen der inzwischen seit mehr als einem halben Jahr unvermindert anhaltenden Massenhinrichtungen im ganzen Land, schwangere Frauen und Kinder von 10 – 13 Jahren hinzurichten. Diese Verschärfung der Unterdrückung jeder denkbaren Form von Opposition vollzieht sich in einer Situation wachsenden wirtschaftlichen Ruins (5 Millionen Arbeitslose, 2 Millionen Flüchtlinge aus dem Krieg mit dem Irak, weitgehender Zusammenbruch der industriellen Produktion, Knappheit an Nahrungsmitteln, inflationärer Druck...)
Natürlich hat dieser staatliche Terrorismus seinerseits auch bei den oppositionellen Kräften zu einem offeneren und militanteren Widerstand geführt, den die Regierung – bisher allerdings erfolglos – mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu zerschlagen sucht.

IN UNSEREM KAMPF GEGEN DIESE TERRORHERRSCHAFT BENÖTIGEN WIR EURE S O L I D A R I T Ä T

Iranische Frauen-Initiative Frankfurt



Zur Rezension eingetroffene Bücher und Zeitschriften

Lateinamerika-Gruppe-München: Die Aguarana und der Zorn des Werner Herzog – wem der Film reißt, für den gilt ein übergeordnetes Gesetz. Broschüre, München 1981

Antonio Skarmenta: Der Aufstand. Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal 1981

Kurt Kemal u. Erika Meyer (Hg.): ... weil wir Türken sind (deutsch-türkisch), Express Edition, Berlin, Oktober 1981

Florian Steinberg u.a.: Sri Lanka, Armut im Paradies? Bd. 1, Albatrosverlag, Ffm 1981

Georg Zinner: Sozialarbeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Eine Analyse der beruflichen Praxis von Sozialarbeitern. Verlag 2000, Offenbach

Sozialistisches Büro (Hg): Sozialistische Politik und Kriegsgefahr. Verlag 2000, Offenbach

Wolfgang Lindig (Hg): Völker der Vierten Welt, Ein Lexikon der fremden Kulturen in unserer Zeit. Schöningh/Fink Verlag, München/Paderborn, 1981

Barati-Novbari, N./Seelow, F.: Differenzierungsprozeß und Strukturwandel in der Dritten Welt. FGS AP-Occasional Papers 4/1981, FU Berlin

Stichting Internat. Werkkampen (Hg): Retourtje Noord-Zuid Ontspanning? (Tourismusbroschüre). SIW, Utrecht, Nov. 1981

Tagungshinweise

„Zwischen Hunger und Überfluß" Einkaufen, Kochen und Entwicklungsfragen, 19. – 21. Februar 1982, Ökumenische Werkstatt Bethel, Information und Anmeldung bei: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

„Welternährung und Weltökologie", 26. – 28. 2.82, 7813 Staufen-Etzenbach, Information und Anmeldung bei: Dritte Welt-Medienwerkstatt, Wolfgang Sonn, Schwimmbadstraße 3, 7800 Freiburg

„Was hat Hunger mit Waffen zu tun? – Rüstungsgeschäfte mit der 'Dritten Welt'", 19. – 21.2.1982, 4803 Steinhagen, Information und Anmeldung bei: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

„Bevölkerungsentwicklung und Massenarmut" – Entwicklungspol. Fachtagung für Journalisten, 24. – 26.2.1982, 6384 Schmitten, Information und Anmeldung bei Ev. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten

„Hoffnung oder Überprüfung des Vorhandenen – Soziale Bewegungen in Ländern der 'Dritten Welt' und in den westlichen Industrienationen", 12. – 19.3.82, 6101 Roßdorf bei Darmstadt, Anmeldung bei: Projektbereich Dritte Welt der AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn

„Neue Technologien und die Neue Internationale Informationsordnung", Bonn, 22. – 24. März '82, Information und Anmeldung bei: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten-Arnoldshain

„Einführung in die Pädagogik Paolo Freires" (speziell für Mitglieder in Dritte Welt-Gruppen), Ende März (geplant), Information und Anmeldung bei: AG SPAK (Ak Freire), Reifenstuelstr. 8, 8000 München 5

„Global 2000 – die Zukunft in den nächsten 20 Jahren", 2. – 4.4.1982, Anmeldung und Information bei: AKE, 4973 Vlotho

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

Informationszentrum Bolivien-Informationsblatt Nr. 34/Jan.-Febr. 82
Das Regime ist geschwächt – der Widerstand ungebrochen: Wer bestimmt die Politik oder Der Preis der Anerkennung – Bergarbeiterstreik, Generalprobe • Kurznachrichten • Zum 200. Todestag von T. Katari • Kokain und Politik – Koka-Politik des State Departments – Die Kokainmafias in Bolivien • Das Massaker von Sopocachi, 15.1.1981 • Zeitschriftenschau, Buchtips, etc.
Preis: 2,– , Abo 12,–/20,–, Bezug: SAGO Info-Zentrum Bolivien, Friedrich-Ebert-Anlage 51e, 6900 Heidelberg

Infodienst südliches Afrika, Nr. 11/12, Dez. 1982
Namibia: Wessen Lösung in Namibia • Angola: Produzieren heißt Widerstand leisten • Zimbabwe: Erwartungskrise? • Südafrika: Gemeinsame Positionen – Repressionen – Unterwerfung ohne Kampf • Diskussion: Die Partei erzieht das Volk – Befreiungsbewegung an der Macht • Aktionen
Preis: 5,– Abo 40,– (mind. 8 Hefte) Bezug: issa, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1

Lateinamerika Nachrichten Nr. 99/ Dez. 1981
Berichte zu Brasilien, Argentinien, Chile, Uruguay, Ecuador, Costa Rica, Guatemala, Mexico • Argentinien – Die Diktatur in der Krise • Bolivien – Geschichte einer Radioschule • Brasilien – Eine Krähe hackt der anderen • Nicaragua – Wirtschaftskrise, Disziplinierung der KP, CAUS
Preis: 3,– Jahresabo (11 Hefte) 35,–, Bezug: FDCL, Savigny platz 5, 1000 Berlin 12

Nicaragua aktuell 15
Nicaragua: Opposition nutzt wirtschaftliche Lage – Aspekte zur Wirtschaft • El Salvador : FMLN gut ein Jahr alt – Zur Lage • Honduras: Ein Schritt zur „Demokratie" • Guatemala: Priester vom Militär „umgedreht" – Guerillaaktionen und Anti-Guerilla-Offensive – Generale verfolgen eigene Interessen – Interview mit einem Campesino aus dem Widerstand • Intervention: US-Aggressionen • Solidaritätsarbeit, Aufrufe etc.
Preis: 2,–, Abo 12/20,– Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Paraguay-Rundbrief, Nr. 33, Dez. 81
Familien von „Valle Ybate" wünchen angemessene Umsiedlung • Presse-Echo • „Meinen Vater töteten sie, als er schlief" – Augenzeugenbericht eines paraguayischen Jungen • Paraguay-Seminar u.a.
Preis: 2,50 DM, Abo (6 Hefte) 15,– DM, Bezug: PAG e.V. c/o I. Gräfle, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 2/82
Vorwand Polen • Naher Osten: Begins Golan-Coup – der 8-Punkte-Plan des saudischen Prinzen Fahd und die Palästinafrage • Guatemala: Staatsterrorismus wie zu Zeiten der Inquisition • El Salvador: Märzwahlen und das „My Lai" El Salvadors • Westsahara: USA verlängern Westsahara-Krieg • Namibia: Verhandlungslösung durch Erpressung • Thailand: Störbasis gegen Indochina • Laos: Interview mit P. Vongvichit und Prinz s. Phouma • Stimmen zum Rüstungsexport • Rückblick: Vor 55 Jahren Gründung der „Liga geg. Imperialismus" • Infodienst, Rezensionen etc. Preis: 2,50 DM, Abo 25,– Bezug: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Brasilien-Nachrichten, 7-8-1981
D.H. Camara 50 Jahre Priester • Brasilianische Gewerkschafter wegen Streiks verurteilt • Ronda Alta-Geschichte einer permanenten Vertreibung • Indianer – Funai-Chef zurückgetreten • VW do Brasil contra kath. Kirche? • Ausweisung von Priestern wegen Einsatz für Recht? • Neues zu Itaparica – Einsatz für Kleinbauern unerwünscht • Zeitschriftenschau, neue Bücher
Jahresabo (8 Hefte) 18,– DM, Bezug: CON-Vertrieb, Osterstraße 36, 2800 Bremen 1

EPK-Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 5/81:
Sexploitation – das Geschäft mit Asiens Frauen: US-Militärbasen und Prostitution • Prostitutionstourismus • Frauenhandel und Heiratsvermittlungsagenturen • Frauenarbeit in einer „freien Produktionszone" • Frauen in Südkorea • Portraits asiatischer Frauen
Preis: 4,– DM Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

FORUM 50
Protokoll des 5. Bundeskongress: „Multinationale Konzerne bedrohen den Frieden" • Pharmabrief
Preis: 3,– DM (Abo – 12 Hefte) 36,– DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

ila-Informationsstelle Lateinamerika, Nr. 52/Jan 82:
Schwerpunkt – Argentinische Wirtschaftspolitik • Guatemala – Die Revolution auf dem Land und der FP 31 • Brasilien – Hohe Gefängnisstrafen für Gewerkschafter • Ecuador – Widersprüche und Schwierigkeiten einer Demokratie • MY LAI in El Salvador • Mörderisches Schweigen – Zur Berichterstattung der Medien • Ländernachrichten – Bolivien, Chile, Mexico, Nicaragua • Berichte, Kampagnen etc.
Preis: 2,50 DM, Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg